

Symposium

Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften

30 Jahre Schader-Stiftung

Alexander Gemeinhardt (Hrsg.)



Schader Stiftung

Symposium

Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften

30 Jahre Schader-Stiftung

Alexander Gemeinhardt (Hrsg.)

Dem Stifter

Alois M. Schader

zum 90. Geburtstag



Schader Stiftung

Herausgeber

Alexander Gemeinhardt
Schader-Stiftung
Goethestr. 2, 64285 Darmstadt
Telefon 06151 1759-0
Telefax 06151 1759-25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Unter Mitarbeit von
Anna-Lena Treitz, Monika Berghäuser
und Alla Stoll (Lektorat)

Photographie
Christoph Rau, Darmstadt

Satz, Gestaltung und Herstellung
Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-932736-49-0



November 2018





Inhaltsverzeichnis

Einführung

10 Praxis des Dialogs
Alexander Gemeinhardt

15 Einführung in das Symposium
Jutta Allmendinger

17 Schlussworte des Symposiums
Rudolf Kriszeleit

19 Impuls und Debatte
Christof Eichert

Öffentliche Wissenschaft

24 Auf dem Weg ins Freie entsteht Zugluft
Stefan Selke

33 Aus der Echokammer in die Öffentlichkeit
Alfred Nordmann

36 Salongespräche in transdisziplinären und transformativen Prozessen
Martin Führ und Silke Kleihauer

44 Vorträge, Austausch und dann?
Gisela Kubon-Gilke

51 Dialog von seinen Grenzen her denken
Sebastian Kurtenbach

Akademische Generationen

62 Akademische Ausbildung für die Praxis
Anne Schreiter

65 Mehr Fragen als Antworten
Tabea Freutel-Funke und Marilena Geugjes

71 Praxen vernetzen und Perspektiven eröffnen
Lars Rinsdorf

78 Soziologie und Praxis. Eine autobiographische Skizze
Wolf Lepenies

82 Vom Prozess Jesu zum europäischen Menschenrechtsschutz
Angelika Nußberger

Grundlegungen

88 Die kulturellen Grundlagen der Demokratie
Christine Landfried

98 Angst und Vertrauen. Zwei Gefühle machen Politik
Joachim Valentin

Nebeneinander, gegeneinander, miteinander
106 *Matthias Schulze-Böing*

117 Minsky meets Habermas. Ein interdisziplinärer Selbstversuch
Moritz Hütten, Andreas Kaltwasser und Ulrich Klüh

Technik

132 Digitale Transformation
Sabine Landwehr-Zloch und Werner Stork

143 Zur Notwendigkeit der 3D-Digitalisierung
Dieter W. Fellner, Constanze Fuhrmann und Pedro Santos

Raumfahrttechnologien unterstützen den digitalen Wandel
152 unserer Gesellschaft
Frank Zimmermann

Stiftungen

162 Stiftungen als wissensbasierte Intermediäre
Otfried Jarren und Franziska Oehmer

169 Was haben Stiftungen mit Öffentlicher Wissenschaft zu tun?
Daniela Kobelt Neuhaus

Plural und partizipativ. Historische Bildung in der
173 Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bernd Hüttner

Kommunikation

Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften und das Problem
178 der (Un-)Verständlichkeit
Gunther Hellmann

181 Polarisiert, oder nicht polarisiert? Das ist hier die Frage!
Dirk Metz und Manon Metz

187 Ich kann dir gar nicht sagen wie intelligent das ist
Heiko Depner

Verantwortung

194 Verantwortliche Forschung und Praxis

Paul Kirchhof

198 Mitreden, einmischen, verantworten

Klaus-Dieter Altmeyden

204 Dimensionen verantwortlichen Handelns

Klaus-Michael Ahrend

Programm

214 Programm des Symposiums am 16. Juli 2018

„Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“

30 Schader Stiftung
1988–2018

1

Einführung

10 **Praxis des Dialogs**

Alexander Gemeinhardt

15 **Einführung in das Symposium**

Jutta Allmendinger

17 **Schlussworte des Symposiums**

Rudolf Kriszeleit

19 **Impuls und Debatte**

Christof Eichert

Praxis des Dialogs

Wenn Alois M. Schader von der frühen Phase seiner Stiftung berichtet, dann fällt bald der Begriff der „Demonstrativbauvorhaben“. Unter ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Prämissen Handlungsoptionen aufzeigen, was man tun könnte, wenn man denn wollte und dürfte, ist Grundaufgabe der Schader-Stiftung – und das im gesellschaftswissenschaftlichen Rahmen mit direktem Bezug zur Praxis. Die Schader-Stiftung hat sich zu einer Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäße Gesellschaftswissenschaften entwickelt, sie hat Expertise darin gewonnen, in anregenden Settings Modelle und Konzepte zu beraten, zu analysieren. Sie lädt außergewöhnliche, originelle Publika ein, um Debatten zu führen, für die an anderen Orten kein Raum zur Verfügung steht. Doch diese Stiftung baut nicht, sondern ermöglicht und vermittelt Dialoge, sie ist Facilitator, manchmal Anstifterin oder Antreiberin. Immer aber „nur“ sprechend, und dazu orientiert an der Erfahrung und Überzeugung, dass das persönliche Gespräch und die echte Begegnung durch nichts zu ersetzen ist. Führen wir also nur einen Dialog über den Dialog? Erzielen wir als Stiftung Wirkung? Ein Begriff, der den Stifter in seiner lebenslangen Beschäftigung mit Effizienz und Innovation ebenso umtreibt wie er in der Stiftungsszene seit einigen Jahren erhebliche Aufmerksamkeit erfährt. In jedem Fall füllen Stiftungen, füllen auch wir als Schader-Stiftung, Lücken aus, die in den etablierten Systemen von Wissenschaft und Forschung, von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft bestehen. Als Stiftungen tun wir, was andere nicht tun, obwohl es getan werden müsste, obwohl es als Problem, als Thematik Gestalt und Relevanz gewinnt. Und wir tun das, was wir tun, dann nach Möglichkeit auch gleich richtig und nach allen Möglichkeiten gut. Nach dreißig Jahren verfestigen sich Wirkungen, die aus unzähligen Projekten, Begegnungen und Anregungen im Horizont der Schader-Stiftung entstanden sind; diese Stiftung wirkt ein auf die Praxis der Gesellschaftswissenschaften.

Welche Praxis meinen wir?

Der „Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ kreist um zwei zentrale Begriffe, einen der beiden versucht die Satzung der Schader-Stiftung zu fassen: unter Gesellschaftswissenschaften werden all jene Wissenschaften verstanden, „die sich mit der Weiterentwicklung des Gemeinwesens auseinandersetzen“. Unbestimmt ist hingegen die Praxis. Zwar ist in der Präambel der Satzung von „Politik, Wirtschaft und Kultur“ die Rede, die „der kontinuierlichen Verständigung mit den Gesellschaftswissenschaften bedürfen“, konkretisiert wird der Praxisbegriff allerdings nicht. Nicht in der Satzung, die Alois M. Schader seiner Stiftung am 30. November 1988 gegeben hatte. Auch nicht in der novellierten Fassung, die auf den Tag genau fünfundzwanzig Jahre später am 30. November 2013 in Anwesenheit des erstmals tagenden Senats in Kraft trat und die Arbeitsweise der Stiftung neu beschreibt.

Im Kontext des dreißigjährigen Jubiläums wurde es also Zeit, sich dieser Frage, vielleicht einer der elementaren Fragen der Schader-Stiftung zu widmen: „Was ist eigentlich diese Praxis?“ Eine gute Frage – kein Wunder, Alois M. Schader pflegt sie selbst in nicht immer bequemen, aber immer treffenden Momenten zu stellen. Es war also naheliegend für jene, die inhaltlich und thematisch Verantwortung für die Stiftung tragen, den Wunsch nach einer Behandlung der Frage nach der Praxis der Gesellschaftswissenschaften aufzunehmen und sich dieser ominösen Praxis aus verschiedenen Richtungen zu nähern. Die Sprecherin des Senats, Jutta Allmendinger, der Sprecher des Kleinen Konvents (Wissenschaftlicher Beirat), Klaus-Dieter Altmeyden, und der

Vorsitzende des Vorstands, Alexander Gemeinhardt, haben das Symposium zum 90. Geburtstag des Stifters geplant, aus dessen Erträgen der vorliegende Band entstanden ist. Für die Durchführung des Symposiums übernahmen diese mit den Mitgliedern der Stiftungsratsleitung, Rudolf Kriszeleit und Karin Wolff, Verantwortung gemeinsam mit Christof Eichert als weiterem Vorstandsmitglied.

Den Stifterwillen leben

„Wenn Sie den Stifterwillen wissen möchten, können Sie mich fragen!“ Die Schader-Stiftung lebt in der glücklichen Situation, seit drei Jahrzehnten gemeinsam mit ihrem Stifter die Idee und die Mission der eigenen Arbeit hinterfragen und entwickeln zu können. Fast schon lakonisch mutet Alois M. Schaders Vorgabe an, die Gesellschaftswissenschaften sollen in der Stiftung ein- und ausgehen und sie als ihre Stiftung begreifen. Eine Stiftung, die dieses Temperament lebt, verfällt dann auch auf den Gedanken, den 90. Geburtstag des Stifters mit einem wissenschaftlichen Symposium zu begehen. Ob es eine Zumutung wäre, am Geburtstag quasi zu arbeiten, wurde dieser in einem Vorab-Interview im „Darmstädter Echo“ gefragt; nein, denn Zuhören sei ja keine Arbeit.

Im Fünf-Jahres-Turnus hat die Schader-Stiftung sich zuletzt ihrer Aufgaben in Publikationen vergewissern können. 2008 würdigte der Jubiläumsband „In diesem Geschäft gibt es keine Mathematik“ zentrale Prozesse und Projekte aus zwei Jahrzehnten Stiftungsarbeit. 2013 erschien der unspektakulärere, aber nachhaltig wirksame Band „25 Jahre Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ zur Jubiläumstagung, die zugleich als erster Großer Konvent Satzungsrelevanz erlangt hat und die Arbeit der Stiftung fortlaufend prägt. Mit ihrer originären Kommunikations- und Kooperationsstruktur mit den Nutznießern und Partnerinnen der Stiftung, also den Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftlern selbst, gemeinsam mit Praktikerinnen und Praktikern, geht die Schader-Stiftung seit fünf Jahren einen neuen, erfolgreichen und in dieser Form in der Stiftungslandschaft einmaligen Weg. Die Einberufung des ersten Großen Konvents am 29. November 2013 etablierte diesen als elementares Beratungsorgan der Stiftung, das seitdem kontinuierlich gut angenommen wird. Der aus dem Großen Konvent heraus gewählte Kleine Konvent versteht sich als Wissenschaftlicher Beirat, der auch die Entwicklung des jeweils nächsten Konventsprogramms in enger Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle verantwortet. Die Konventsthemen, die am Ende jedes Großen Konvents auf die folgende Jahrestagung weisen, rahmen das Stiftungsprogramm erkennbar.

2013 25 Jahre Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis

2014 Nachhaltigkeit im Dialog

2015 Öffentliche Wissenschaft

2016 Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung?

2017 Definiere Deutschland!

2018 Mehr ... wagen. '68, '18 und die politisierte Gesellschaft

2019 DU BIST NICHT ALLEIN. Öffentlicher Raum im Dialog

Auch die Verleihung des Schader-Preises, der 1993 erstmals vergeben wurde, kann seit 2013 noch weitaus stärker für die Stiftung fruchtbar gemacht werden. Es spricht für den Weitblick des Stifters, den Preisträgerinnen und Preisträgern eine entscheidende Aufgabe in der Stiftung zu übertragen. Am fünfundzwanzigsten Gründungstag der Stiftung trat am 30. November 2013 satzungsgemäß erstmals der Senat als neu geschaffenes Gremium zusammen. Der Senat, der sich durch die Zuwahl einer neuen Preisträgerin und das Ausscheiden des dienstältesten Mitglieds mit der kommenden Preisverleihung kontinuierlich regeneriert, trägt die Last der Wahrung des Stifterwillens in der Ewigkeitsperspektive. Dies tut der Senat mit Ernst und Lust gleicher-

maßen, nimmt teil an der Entwicklung der Stiftung und ist ansprechbar für deren Belange. Dass dies auch eine Wertschätzung dem Stifter gegenüber spiegelt, ist greifbar und belastbar.

Inter-Multi-Trans

Im Rahmen einer Tagung des Arbeitskreises „Wissenschaft und Forschung“ des Bundesverbands Deutscher Stiftungen, die im Januar 2017 rund fünfzig Stiftungsmangerinnen und -vorstände im Schader-Forum zusammenführte, wurde über die Aufgaben und Selbstverpflichtungen von Stiftungen in kooperativen und koproduktiven Dialogformen diskutiert: „Inter – Multi – Trans. Wissenschaftsförderung und disziplinäre Grenzüberschreitungen“. Interdisziplinarität, Transdisziplinarität und speziell Transformative Forschung in ihren vielfältigen Herausforderungen und Chancen zu ermöglichen, damit multisektorale Zugänge zu Problemen zu schaffen, stellen die Stiftung in ihrer Organisationsfunktion von Dialog nicht nur kontinuierlich vor neue Aufgaben. Hier zeigen sich inspirierende Möglichkeiten, Ressourcen der verschiedenen Disziplinen und Sektoren gemeinsam zu nutzen. Die Schader-Stiftung wird dabei *expressis verbis* als Dritter Ort, als neutrale Vermittlerin und als vertrauenswürdige Moderatorin genutzt.

So sehr sich unter dem Konventsthema *Öffentliche Wissenschaft* die Reflektion neuer und sich bewährender Verfahren transparenter und koproduktiver Wissenschaft im Zentrum der Stiftung etabliert hat, geht es in der Konsequenz des Stiftungszwecks nicht um einen „Dialog über den Dialog“ als *l'art pour l'art*. Die Schader-Stiftung ist weder Fortbildungseinrichtung noch Methodenvermittlerin. Zwar basiert die Arbeit der Stiftung auf den in drei Jahrzehnten erworbenen Kompetenzen, aber im Kern ist es ihre Intention, ständig offen für weitere Meinungen, für neue Zugänge zu bleiben. Träger dieses Anspruchs sind die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wissenschaftliche, vermittelnde und organisierende Aufgaben sachkundig wahrnehmen. Ebenso in diesem Sinne agieren die Mitglieder der Organe und Gremien: des Senats, des Kleinen Konvents als Wissenschaftlichem Beirat, des Stiftungsrats und der Beiräte, beispielsweise für die Kunst in der Galerie oder die Projekte im Themenbereich Integrationspotenziale. Aber auch die Angehörigen der Stiftung im weiteren Sinne sind Motoren des Stifterwillens, indem sie aus Fördernehmern zu Beteiligten geworden sind.

Dialog von Hand gemacht

Mit der Vielzahl der Projekte und der Breite der Aufgaben ergibt sich für die Schader-Stiftung immer wieder die herausragende Situation, konstruktive Kritik und Impulse ins eigene Haus zu holen. Da entsteht im Kontext eines Sommercamps ein „Zentrum für urbane Unsicherheit (ZuU)“ oder in der Vorbereitung eines BarCamps zu den '68ern aus dem Impuls der Kritik an hierarchischen und starren Veranstaltungsformaten in der akademischen Welt der „AK Tagungsrevolte“ im Umfeld der Stiftung. Mit dem dreißigsten Jahr begibt sich die Stiftung wieder auf einen neuen, erweiterten Weg. Unter dem Titel DIALOGmanufaktur wird die Schader-Stiftung agile Formate und laborartige Diskurse unterstützen, die in einem transformativen Anspruch Dialog entstehen lassen. Dies wird der Skalierung der Stiftungsarbeit über die Wissenschaftsstadt Darmstadt hinaus dienen. Zwar stellt das Stiftungszentrum für diese DIALOGmanufaktur den Raum, deren Ergebnisse sollen dezidiert aber auch andernorts verwirklicht werden. Damit zeigt die Systematik der Schader-Stiftung Wirkung über ihre räumlichen Grenzen hinaus. Von Anfang an und konstitutiv wird die Praxis zu beteiligen sein, was den wissenschaftlichen Partnern ermöglicht, genau durch diese Kooperation, Koproduktion und Kollaboration weiter zu kommen als in sequentiellen Formaten und klassischem Transfer. Die Aufgabe der Schader-Stiftung umfasst durchaus gutes wissenschaftliches Arbeiten, ebenso aber das solide Handwerk des Dialogs, eben eine Manufaktur.

Dabei spielt neben dem Schader-Forum das Haus Schader eine gewichtige Rolle. Hier, bis 2017 Wohnsitz des Stifters, begann die Arbeit der Stiftung. Das Gebäude wird behutsam verändert, barrierearm zugänglich gemacht und als besonderer Ort entwickelt, der mehrere Qualitäten erfüllt, die sowohl in der Wissenschaft, in der Stiftungslandschaft und speziell in der Wissenschaftsstadt Darmstadt in dieser Form bemerkenswert sind. Haus Schader wird weiterhin ein erkennbarer Ort sein. Dazu zählt die Galerie als Raum der Kunst, der Garten als Ort der Begegnung und in Zukunft das Haus selbst für agile lebendige Formate und für Zusammenkünfte, die von Vertrautheit, Gastlichkeit und einer ganz besonderen Wertschätzung von Menschen in einer bewussten Haltung, Verantwortung und einem innovativen Anspruch geprägt sind. Ab 2020 wird eine Unterkunft für Programme des Artist / Scientist / Journalist in Residence bereitstehen.

Ein Symposium zum 90. Geburtstag

Mit dem vorliegenden Band nimmt die Schader-Stiftung ein Desiderat des Stifters auf. Was denn „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ ist, von der die Stiftung ausgeht, treibt Alois M. Schader fortwährend um. Die Erkenntnis, dies nicht abschließend und nicht umfassend und gültig festhalten zu können, soll nicht davon abhalten, eine ernsthafte Annäherung zu unternehmen. Dieser Aufgabe haben sich – in bester Atmosphäre, hoher Motivation und fühlbarer gegenseitiger Freundschaft und Wertschätzung – enge Vertraute der Stiftung anlässlich des 90. Geburtstags des Stifters am 16. Juli 2018 in einem Symposium gewidmet. Beiträge des Symposiums sowie Teilnehmender und Geladener finden sich in diesem Jubiläumsband. Damit ist keine Harmonisierung geleistet, aber es sind Wegmarken gesetzt auf einem kontinuierlichen Weg der Stiftung. Genau dreißig Beiträge publizieren wir damit zum 30. Geburtstag der Stiftung.

Die Schader-Stiftung nimmt sich im gesellschaftswissenschaftlichen Diskurs vorwiegend dringender, überkomplexer oder liegengelassener Gegenstände an. Das ist eine ebenso herausfordernde wie lohnende Tätigkeit. Die große Unabhängigkeit der Stiftung dank ihrer Existenz als politisch wie wirtschaftlich unabhängige Instanz ist dabei ein hoher Wert, den es zu sichern und mit Leben zu füllen gilt. Die kontinuierliche Offenheit gegenüber Ideen, Engagement und Innovation, die Einsicht, dass die bessere Idee die gute überholen und ein guter Gedanke sich durchzusetzen vermag, unabhängig davon, wer ihn formuliert, führt zu einem werthaltigen, offenen, verlässlichen und innovativen Mindset. Wenn die Frankfurter Allgemeine Zeitung den Stifter 2015 anlässlich der Verleihung der Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt als „Menschenfreund“ bezeichnete, trifft das den Kern der Stiftung, die prospektiv auf eine ganz spezielle Art dem Menschen dient. Wie dies aus der Perspektive einer wissenschaftsfördernden Stiftung und ihrer Partner praktisch aussieht, umkreisen die Beiträge des vorliegenden Bandes. Auch hier begegnen dem Leser und der Leserin dringende, überkomplexe und liegengelassene Themen, Fragestellungen, Probleme. Die Lektüre lohnt und sie wird – wie immer in der Schader-Stiftung – Anregung sein für Neues im Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis.

Als Herausgeber danke ich den Autorinnen und Autoren dieses Buches für ihre Beiträge und Wegbegleitung der Stiftung. Meine Kolleginnen Monika Berghäuser und Anna-Lena Treitz haben am Entstehen der Publikation entscheidenden Anteil. Im Hintergrund sind selbstverständlich die Kolleginnen und Kollegen im Haus jene, die den Stifterwillen täglich leben und als Ermöglicherinnen und Gastgeber des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis den wichtigsten Job machen. Ihnen gilt in allen Funktionen, in der wissenschaftlichen Arbeit, dem Veranstaltungsmanagement, der Haus- und Veranstaltungstechnik, dem Controlling und den internen Services der Dank der Stiftung, deren Teil sie selbst sind. Der vorliegende Band ist durch

die Mediengestaltung der Druckerei Reinheimer wieder vorzüglich betreut worden, so wie Thomas Reinheimer und Lukas Geißler das seit Jahren für viele Publikationen der Schader-Stiftung bereits getan haben.

Der Band „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften. 30 Jahre Schader-Stiftung“ ist Alois M. Schader zugeeignet. Diejenigen, die durch ihre Aufsätze, ihre Präsenz beim Symposium, ihre guten Wünsche anlässlich des 90. Geburtstags des Stifters, ihre konkrete Kooperation mit der Stiftung, aber auch durch ihre tägliche Arbeit für die Schader-Stiftung dazu beigetragen haben, gratulieren beiden Jubilaren; der Stiftung und dem Stifter.

Darmstadt, im November 2018
Alexander Gemeinhardt

Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Vorsitzender des Vorstands und Direktor des Stiftungszentrums der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Religionspädagogik, Sozialwesen und Soziale Verhaltenswissenschaften. Von 2000 bis 2003 war er Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Hessen und Nassau, anschließend Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (Bensheim). Er gehört der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) an, vertritt die Schader-Stiftung in verschiedenen Beiräten und Gremien in Hochschulen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und moderiert seit 2014 den Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Einführung in das Symposium

Sehr geehrter lieber Herr Schader, sehr geehrte liebe Frau Schader,
liebe Mitglieder der Schader-Stiftung und aller Gremien der Schader-Stiftung.

Ich spreche heute als Vorsitzende des Senats, eine Rolle, die weder ich noch andere mir gewünscht haben. Professor Stephan Leibfried hätte heute gerne den Senat repräsentiert, unerwartet ist er kürzlich verstorben. Wir alle trauern um ihn.

Heute aber ist ein froher Tag. Es gibt zwei Anlässe, die uns zusammenführen und die wir feiern. Sie gehören untrennbar zusammen. Herr Schader feiert heute seinen 90. Geburtstag, seine Stiftung wird bald 30 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, lieber Herr Schader, von uns allen, und unser größter Dank für all die guten Dinge, die Sie und Ihre Stiftung bewirkt haben. Besonders bemerkenswert ist Ihre Vision einer anderen und besseren Welt. Doch dabei bleiben Sie nicht stehen. Sie arbeiten aktiv daran, mit Ihrer Stiftung diese Vision umzusetzen, großzügig und großmütig. Wir alle sind dabei und versuchen zu helfen. Wir tun es aus Überzeugung und mit großer Freude. Es ist uns eine Ehre.

Bescheiden wie Sie sind, soll sich dieses Symposium aber nicht um Sie drehen, es soll um die Stiftung gehen. Nun, das wird nicht möglich sein. Die Arbeit der Stiftung und der hervorragenden Menschen, die für die Stiftung arbeiten, ist mit Ihnen untrennbar verbunden.

Versetzen wir uns in das Jahr 1988. Alois M. Schader war 60 Jahre alt, ein hervorragender, immer etwas anderer Bauplaner, ein beeindruckender Architekt – denken Sie nur an sein Wohnhaus, an das wunderbare Ensemble von Stil, Komposition und Funktion seiner Architektur. Früh verfolgte Alois Schader die großen gesellschaftlichen Entwicklungen sehr genau und formulierte daraus Handlungsimperative für den Städte- und Wohnungsbau. Die auf große Familien angelegten Wohnungen passten nicht mehr für die neuen Kleinfamilien. Die Wohnungen vermochten sich auch nicht den Lebensverläufen und sich ändernden Bedarfen ihrer Bewohner anzupassen. Im Alter braucht man andere Wohnungen als in der Familienphase, wenn die Kinder klein sind. Doch nicht nur die oft mangelnde Passung von Wohnungsgröße und Personenzahl trieb ihn um. Auch die zunehmende Spaltung unserer Städte entlang Bildung, Einkommen und Herkunft der Bewohner machte ihm zu schaffen, die Entwicklung der Mietpreise, die Vertreibung Vieler aus dem öffentlichen Raum. All dies analysierte er scharf, ließ es aber wiederum nicht dabei bewenden. Schader ist ein Übersetzer, er packt an. Er entwickelte und beriet Wohnprojekte im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus inmitten der „guten Gegenden“, nicht an deren Rande. Welches Thema könnte heute, 30 Jahre später, aktueller sein? Leider sehen wir zu wenige vergleichbar starke, eindringliche und handlungsorientierte Impulse.

Bis heute finde ich es daher bemerkenswert, dass Alois Schader als verantwortungsvoller Unternehmer beschloss, eine Stiftung zu gründen, die unterschiedliche Kräfte zusammenbringen sollte. Auf der einen Seite die ihm vertraute Praxis, auf der anderen Seite die unterschiedlichen Disziplinen, die sich mit gesellschaftlichen Veränderungen beschäftigen. In vielerlei Hinsicht war dieser Ansatz visionär, denn er setzte nicht auf eine eng definierte Impact-Forschung, die über Jahrzehnte hinweg verfolgt wird, nur um schließlich in einem Gesetzesvorhaben aufzutauchen. Auch setzte er nicht auf

eine spezifische Personengruppe. Er machte es sich und seiner Stiftung zum Ziel, ganz unterschiedliche Kreise zusammen zu bringen und zum Dialog einzuladen. Das macht die Stiftung besonders.

Alois Schader war seiner Zeit auch voraus, wenn wir über Impact sprechen. Bedenken Sie nur, dass bei Forschungsvorhaben der EU erst seit kurzem „Transfer“ ganz großgeschrieben wird – im Übrigen ohne zu spezifizieren, was unter „Transfer“ zu verstehen ist. Die Schader-Stiftung hingegen hatte von Beginn an ein klares Verständnis dessen, was sie will. Ihr ging und geht es nicht darum, erst einmal zu warten, was die Wissenschaft an Ergebnissen produziert, um dann politische und gesellschaftliche Akteure zum Handeln anzuregen. Es geht darum, von Beginn an miteinander zu diskutieren, gemeinsam zu planen und schließlich etwas auf den Weg zu bringen. Der Weg ist das Ziel. Diese Stiftung und ihre Räumlichkeiten bieten die Plattform für diese kommunikative Zusammenkunft.

Visionär ist auch das, was die Stiftung unter Gesellschaftswissenschaften fasst. Das zeigt besonders die Galerie, die immer wieder zum Diskurs mit der Kunst einlädt und uns vor Augen führt, wie oft die Kunst schneller als die Wissenschaft neue Entwicklungen „riecht“. Diesem Gespür für Veränderungen sollten wir uns häufiger aussetzen und es aufnehmen in unsere Arbeiten.

Wir alle sind heute zusammengekommen, um der visionären Kraft von Alois Schader, der visionären Kraft der Schader-Stiftung, zu genügen. Das ist kein einfaches Unterfangen. Zusammen werden wir heute versuchen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Was wäre ein besseres Geschenk zum 30. Geburtstag der Schader-Stiftung und für den Stifter zu seinem 90. Geburtstag? Viele Querdenker, viele soziale Innovationen – das wäre mein großes Glück und sicherlich auch ein kleines Glück für Alois Schader selbst.

Im Namen des gesamten Senats freue ich mich sehr auf diesen Tag. Ich gratuliere der Stiftung und ich gratuliere Alois M. Schader mit großem Dank für sein weites Herz und seinen klugen Verstand.

Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger Ph.D., geboren 1956, ist seit 2007 Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung sowie Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie studierte Soziologie und Sozialpsychologie, promovierte an der Harvard University und habilitierte sich an der Freien Universität Berlin. Von 1992 bis 2007 war sie Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, von 2003 bis 2007 Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg. Themen ihrer Forschung sind unter anderem Soziologie des Arbeitsmarktes sowie Bildungs- und Organisationssoziologie. 2013 erhielt Jutta Allmendinger den Schader-Preis. Sie ist Sprecherin des Senats der Schader-Stiftung.

Schlussworte des Symposiums

Meine Damen und Herren,

es folgt die Zusammenfassung der Zusammenfassung. Ich möchte die beiden Kolleginnen Tabea Freutel und Marilena Geugies nicht replizieren oder ihnen widersprechen, auch wenn ich dies an einem Punkt gerne täte. Aber dafür wird es eine andere Gelegenheit geben. Insofern darf ich Ihnen zunächst im Namen von Alois M. Schader sehr herzlich dafür danken, dass Sie heute gekommen sind. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie an vier nicht ganz einfachen Panels teilgenommen haben, an vier sehr unterschiedlichen Panels mit völlig unterschiedlichen Impulsen. Danke, dass Sie sich an der Diskussion beteiligt haben. Die Schader-Stiftung tut zwar ganz viel, ohne Sie wäre das alles jedoch ebenso wirkungs- wie nutzlos.

Es war nicht ganz altruistisch von Seiten der Schader-Stiftung, eine Veranstaltung anlässlich des doppelten Geburtstagsjubiläums unter die Überschrift „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ zu stellen. Jede vernünftige Organisation – gleich ob gewinnorientiert oder rein wissenschaftsorientiert – muss sich spätestens alle fünf bis sechs Jahre selbst hinterfragen. Die Frage muss sein: Ist das, was wir die letzten Jahre gemacht haben, immer noch richtig und wohin geht es weiter? Sie wissen, dass die Schader-Stiftung im Jahr 2013 einen Neustart in die Wege geleitet hat. Es gibt einige hier, die mathematisch begabt sind und rechnen können. Heute sind seit diesem Neustart etwa fünf Jahre vergangen und natürlich fragen wir uns – sowohl Alexander Gemeinhardt und seine beiden Vorstandskollegen Alois Schader und Christof Eichert als auch wir im Stiftungsrat und der Kleine Konvent als Wissenschaftlicher Beirat – wie die nächsten fünf Jahre inhaltlich gestaltet werden sollten. Zu klären bleibt auch, mit welchen Instrumenten dies geschehen soll. Die verschiedenen Panels haben uns einige Hinweise gegeben. Sie haben uns gezeigt, dass nicht alles, was wir in den letzten fünf oder auch in den letzten 30 Jahren gemacht haben, falsch war. Einiges war sogar ziemlich in Ordnung.

Ein ganz wesentlicher Punkt, den Tabea Freutel und Marilena Geugies in ihrer Zusammenfassung aufgegriffen haben, ist das Stichwort „Diskursraum“. Wenn Praxis und Gesellschaftswissenschaften zueinander finden sollen, muss es einen Raum und einen Rahmen geben, in dem nicht sofort in Heller und Pfennig abgerechnet wird. Dann braucht es einen Raum, der es ermöglicht, Gedanken zu spinnen, miteinander zu diskutieren und sich auch einmal zu irren. Daran, so denke ich, müssen und werden wir festhalten.

Dabei muss immer wieder neu gefragt werden, was wir meinen, wenn wir von „Praxis“ sprechen. Es mag sein, dass die Antwort immer wieder ähnlich ausfällt. Aber wir werden überlegen müssen, wie wir Personen in praktischer Verantwortung, zum Beispiel politischer oder ökonomischer Natur, stärker einbeziehen können. Neben der Finanzbranche gibt es eine Fülle von anderen ökonomischen Verantwortungen. Hier ist zum Beispiel die Automobilindustrie zu nennen. Etwa stellt sich die Frage nach der Zukunft selbstfahrender Autos oder die Frage, wer eigentlich für den Schlamassel der letzten drei Jahre Verantwortung tragen muss. Diese Fragen sind bisher ungeklärt und das halte ich für verheerend. Umso mehr müssen wir dafür sorgen, Personen in ökonomischer Verantwortung stärker in Diskurse in der Schader-Stiftung einzubinden.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt eingehen. Ich stelle immer wieder fest, dass der Begriff „Gesellschaftswissenschaften“ als klar definiert gilt. Aber ich als Ökonom weiß gar nicht, ob ich dazu gehöre oder nicht. Angelika Nußberger hat gerade gesagt, Juristen gehörten dazu. Glücklicherweise gehöre ich also vielleicht doch dazu. Aber sind Historiker auch Gesellschaftswissenschaftler, gehören sie dazu? Soziologen gehören ganz selbstverständlich dazu, sind jedoch beispielsweise von den Politologen abzugrenzen. Wir sollten Gesellschaftswissenschaftlern die Möglichkeit geben, sich stärker interdisziplinär zu vernetzen. Gerade im Hinblick auf die praktische Umsetzung bestimmter Vorhaben könnte es hilfreich sein, Wissenschaftlern dafür mehr Raum zu geben.

Was können wir also aus der heutigen Veranstaltung mitnehmen? Alexander Gemeinhardt hat Ihnen bereits angekündigt, dass Sie nach Abschluss dieses Jubiläumsjahres eine gedruckte Zusammenfassung dieser Veranstaltung in den Händen halten können. Ich halte das für ein ehrgeiziges Unterfangen, hoffe jedoch, dass tatsächlich zeitnah Ergebnisse präsentiert werden können. Wir werden es uns erlauben, auch bei kommenden Veranstaltungen wieder auf Sie zuzukommen. Einerseits deshalb, weil Schader-Preisträger, Mitglieder des Kleinen Konvents und Mitglieder des Stiftungsrates eine besondere Verpflichtung dazu haben und auch sehr gerne hier vorne stehen. Andererseits aber weil wir besonders jungen Wissenschaftlern eine Plattform bieten wollen. Insofern war es umso hervorragender, dass Sie beide – Tabea Freutel und Marilena Geugjes – die schwierige Aufgabe übernommen haben, den heutigen Tag zusammenzufassen. Dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich danken. Wir werden uns in Zukunft noch mehr als bisher der nächsten wissenschaftlichen Generation öffnen und ihre Anregungen aufnehmen.

Wir danken Ihnen noch einmal herzlich für Ihre Teilnahme und wünschen Ihnen einen wunderschönen Nachmittag und gemeinsamen Abend. Wir freuen uns darauf, den Geburtstag von Herrn Schader ausgelassen und fröhlich zu feiern. Vielen Dank.

Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, promovierte an der Universität Hannover, war bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und als Referatsleiter im Hessischen Ministerium der Finanzen tätig. Bis 2001 leitete Rudolf Kriszeleit die Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, anschließend war er Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Er wurde 2018 zu einem der beiden Vorsitzenden des Vereins 3. Ökumenischer Kirchentag Frankfurt 2021 gewählt. Seit 2014 ist er Mitglied der Stiftungsratsleitung der Schader-Stiftung und seit 2016 deren Vorsitzender.

Impuls und Debatte

Die Diskussion des Symposiums sollte sich auf die Herausforderungen für die aktuelle und zukünftige Arbeit der Schader-Stiftung ausrichten. Die Schader-Stiftung versteht sich dabei als Plattform eines aktiven Dialogs, als Akteurin zwischen Wissenschaft und Praxis.

Zentrale Bedingung für diesen Dialog ist die Neugier der Partner auf die jeweils andere Seite und deren Einschätzungen. Die Vortragenden aus Wissenschaft, Stiftungswesen und Kultur sollten vor diesem Hintergrund ihre Überlegungen für eine Öffentliche Wissenschaft und zum Beitrag der Stiftung präsentieren. Gewünscht waren Anmerkungen zu einem „Dialog zwischen reflektierter Wissenschaft und reflektierter Praxis“, zu dem anstelle einer Konfrontation mit der Haltung des Gegenübers vor allem der Wille zur Kooperation beziehungsweise Koproduktion gehören müsste.

Wie kann die Schader-Stiftung in diesem Sinne auch in Zukunft ein „Zwischenraum“, Labor und Ausgangspunkt von „produktiver Reflektion“ werden?

Begonnen haben wir mit Daniela Kobelt Neuhaus als stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Stiftungen und einem Blick auf soziale Innovationen als großes Thema der Praxis auf allen Ebenen der öffentlichen Hände, zugleich auch der Stiftungswelt. Stiftungen sollen neugierig sein und die Innovation suchen. Den kritischen, besser gesagt den reflektierten Blick können die Praxis und die Stiftungswelt als Real-Labor für Projektideen dabei nicht ausblenden, wir brauchen eine reflektierte Projektarbeit.

Bei dieser Aufgabe können Stiftungen die Brücke zur Wissenschaft sein. Beteiligen die operativ oder fördernd tätigen Stiftungen aktiv die Wissenschaft, suchen sie die Unterstützung und den Dialog zu ihren Projektideen? Verstehen sich dann beide Seiten auch als Partner oder sind sie sich eher fremd. Diese Frage richtet sich auch an die Beziehung zur Praxis, für die manche Projektidee nicht selten eine die eigene Routine störende Intervention ist. Gibt es eine produktive Ebene der neugieriger Dialoge?

Fortsetzen konnten wir mit Stefan Selke, der zu Transformativer und Öffentlicher Wissenschaft forscht, zur Rolle der Wissenschaft bei dieser Aufgabe. Wir brauchen auch eine reflektierte Wissenschaft, die sich ihrer Aufgabe als Teil einer gesellschaftlichen Entwicklung bewusst ist. Doch was ist der Reflektionsraum, wer ist der Adressat der Erkenntnis? Und zudem: versteht der Adressat die Botschaft?

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien kürzlich ein Beitrag zur Wissenschaft unter der Überschrift „Nie mehr Langeweile“ und dem wichtigen Hinweis: der beste wissenschaftliche Aufsatz sei jener, der keiner sein wolle. Haben Impulse wie etwa im Blog „Stabile Seitenlage“ des Vortragenden Resonanz oder langweilen sie die Praxis? Intellektueller Impuls und reflektierte Teilhabe an der anschließenden Debatte sind ein Auftrag der Öffentlichen Wissenschaft. Allerdings: was ist die gemeinsame Sprache, in der wir Antworten geben wollen? Gibt es eine lingua franca für den Dialog neugieriger Partner? Verstehen sich öffentliche Sozialwissenschaftler mit Praxisvertretern?

Zuletzt kam der Theatermacher Roman Schmitz zu Wort. Was ist in der Fortsetzung des Gedankens zur reflektierten Praxis und reflektierten Wissenschaft ein reflektier-

tes Theater? „Theater funktioniert nicht alleine. Aber zusammen!“ (so der Titel einer Veranstaltungsreihe am Staatstheater Darmstadt). Was ist der Reflektionsraum, die Bezugsgröße? Das Publikum? Die Gesellschaft? Die Wirklichkeit? Die Theater-Theorie? Welche Funktion hat für Sie das Theater in einer vielfältigen Gesellschaft, die von sehr verschiedenen kulturellen Erfahrungen und Bildungsständen geprägt ist?

Ein Gedanke dazu stammt von Denis Hänzi, Soziologe an der Technischen Universität Darmstadt, der in seiner Dissertation „Die Ordnung des Theaters. Eine Soziologie der Regie“ schreibt: „Die Theaterregie ist heute so entfesselt, der künstlerische Möglichkeitsraum so offen wie nie. Kreatives Chaos allenthalben? Nicht wirklich. Im (Sub-) Feld der freien Szene – manchmal offenkundiger, vielfach unbemerkt – jedenfalls ist man sich allemal nicht zu schade, sich der gesellschaftlichen Realitäten der Gegenwart als dem wirklich zentralen ‚Bezugsproblem‘ anzunehmen.“

Hier klingt eine deutliche Kritik durch, das klassische Theater verweigere sich der gesellschaftlichen Realität. Braucht das Theater die Wissenschaft und die Praxis als Partner?

Am Ende konnten die Vortragenden zusammen nochmals die Bedeutung der Schader-Stiftung als „Zwischenraum für alle Beteiligten“ erörtern. Sie will der zu allen Seiten hin stabile Brückenschlag sein, der Ort der reflektierten Dialoge. Allerdings bleibt die Frage, wer diese Brücke nutzen möchte, damit noch offen. Neugier können immer nur Personen haben, die sich auf den Weg zur anderen Seite machen, um dort zu lernen. Eine Institution ist zwar möglicherweise in ihrer Summe von Erfahrungen klüger, aber nie neugieriger als ihre Mitwirkenden!

Wie schaffen wir individuelle Neu-Gier? Wie schaffen wir einen Dialog-Raum, der von produktiver Reflektion und kollektiver Neugier geprägt ist? Dass dies möglich ist, beweist die Schader-Stiftung immer wieder mit innovativen Projektanordnungen. Hier ist sie Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis, zugleich Kommunikator einer beidseits verstandenen lingua franca und Motor des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis, getrieben von den neugierigen Menschen, die hinter dem Projekt stehen.

Alle Beteiligten werden so Akteure in einer produktiven Reflektion.

Dr. Christof Eichert, geboren 1953, ist seit 2017 Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften. Von 1985 bis 1995 war er in den Innenministerien von Baden-Württemberg und Sachsen tätig, parteiloser Bürgermeister in Isny im Allgäu und Reutlingen sowie von 1995 bis 2003 Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg. Anschließend war Christof Eichert Mitglied der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, von 2007 bis 2010 Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein-Westfalen und bis 2016 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Er stand von 1996 bis 2003 als Präsident dem Deutschen Bibliotheksverband vor.

2

Öffentliche Wissenschaft

24 **Auf dem Weg ins Freie entsteht Zugluft**

Stefan Selke

33 **Aus der Echokammer in die Öffentlichkeit**

Alfred Nordmann

36 **Salongespräche in transdisziplinären und transformativen Prozessen**

Martin Führ und Silke Kleihauer

44 **Vorträge, Austausch und dann?**

Gisela Kubon-Gilke

51 **Dialog von seinen Grenzen her denken**

Sebastian Kurtenbach

Auf dem Weg ins Freie entsteht Zugluft

Wissensproduktion im Dialog mit Praxis und Öffentlichkeit

Die Suche nach einer neuen Haltung

Im Titel des Symposiums liegt zugleich die Aufforderung, über etwas nachzudenken, was allzu oft vernachlässigt wird: Eine ausgeprägte und institutionalisierte „Praxis“ der Gesellschaftswissenschaften ist bislang nicht zu erkennen, wohlklingende Rhetorik verbindet sich noch allzu oft mit weitgehender Handlungsstarre. Was fehlt, ist eine erkennbare, ernstzunehmende und legitimierte Haltung, die darin bestünde, dass „Praxis“ und „Theorie“ weder unvereinbare Gegensätze noch hierarchisch zu denkende Kategorien sind. Deshalb besteht für mich die Zukunft der gesellschaftlichen Wissensproduktion vor allem darin, einen „Weg ins Freie“ zu finden – heraus aus den durch Selbstbezüge geschlossenen akademischen Zirkeln, hinein in das Panoptikum der Gesellschaft selbst, die aufregend ist, wie schon lange nicht mehr. Die rein akademische Form der Wissensproduktion kann zwar selbst auch als eine „Praxis“ angesehen werden. Ein derart aufgeweichter und allgemeiner Praxisbegriff hilft indes kaum weiter, wenn die Ziele in der Öffnung der Wissenschaft und einer intensivierten Rückkopplung mit der Gesellschaft bestehen.

In einer Mischung aus persönlichen Erinnerungen und skizzenartigen Reflektionen möchte ich mich daher als aktiver und überzeugter Öffentlicher Soziologe der Frage nähern, unter welchen Umständen produktive Dialoge zwischen Wissenschaft und Praxis stattfinden und gelingen können. Genau diese Frage führt dann auch zur Hervorhebung der Rolle von Stiftungen. Und hierbei insbesondere der Schader-Stiftung, die seit 30 Jahren das Ziel verfolgt, genau diese Dialoge zu fördern.

Meine Überlegungen beginne ich mit einigen provokanten Bildern. Sie sollen verdeutlichen, wie die Praxis der Gesellschaftswissenschaften gerade *nicht* aussehen sollte.

Wer heute versucht, innerhalb der akademischen Welt neues Wissen zu produzieren, leidet zunehmend unter dem erzwungenen Kniefall vor dem Richterstuhl messbarer Nützlichkeit. Sichtbare Betriebsamkeit wurde wichtiger als Gelehrsamkeit. Gleichwohl sind die Klagen und das Unwohlsein über die Pathologien des Wissenschaftssystems bei näherem Hinsehen gar nicht so neu. Die britische Sozialreformerin und Gründerin der London School of Economics (LSE), Beatrice Webb, pflegte schon früh einen tief-sitzenden Skeptizismus gegen das etablierte Wissenschaftssystem ihrer Zeit. In ihrer Arbeit balancierte sie auf dem schmalen Grat zwischen ästhetischem Schreiben und fundierter Recherche. Für den Umgang mit ihrem empirischen Material entwickelte sie eine Methode, die zwar damals unter dem Verdacht der Unwissenschaftlichkeit stand, gleichwohl aber höchst erfolgreich war. In ihrem Wohnzimmer stapelten sich tausende von Forschungsnotizen, die sie immer wieder neu arrangierte. Und zwar so lange, bis die Zusammenhänge im Material „zu sprechen“ begannen. So fand sie ihre eigene Stimme und ihren Weg ins Freie. Das waren die Voraussetzungen für erfolgrei-

Dieser Beitrag ist die überarbeitete und ergänzte Fassung des Impulsreferats, das vom Autor am 16. Juli 2018 anlässlich des Symposiums „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ im Themenblock „Öffentliche Wissenschaft“ gehalten wurde. Teile des Vortrages gehen selbst wieder auf eine praktische Form Öffentlicher Wissenschaft zurück: eine Radiovorlesung mit dem Titel „Lob des Narrativen“ (produziert von SWR 2 Aula und gesendet am 4. Mai 2018). Nachhörbar unter: <https://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/aula-lob-der-narration-plaedoyer-fuer-eine-andere-art-von-wissenschaft/-/id=660374/did=21634056/nid=660374/fj3s5l/index.html> (27.09.2018).

che Dialoge mit der Praxis – während andere sich genau dieser Praxis verschlossen. Es verwundert daher kaum, dass sich Beatrice Webb den typischen Gesellschaftswissenschaftler ihrer Epoche vorstellte wie ein astronomisches Observatorium, in das „kein einziges Fenster“ eingebaut wurde.¹ Das ist ein bedrückendes, zugleich aber immer noch aktuelles Bild. Studierende der Soziologie lernen heute weniger denn je, mit ihrer Sprache Fenster zu öffnen und den Weg ins Freie zu finden. Mehr noch: Wer einmal erlebt hat, wie sich SoziologInnen bei einem öffentlichen Science Slam vor dem Publikum für ihr eigenes Fach entschuldigen, bleibt mehr als verwirrt zurück.

Öffentliche Soziologie mit postdisziplinärer Haltung

Eine *Öffentliche Soziologie* ist also auch rund fünfzehn Jahre nach dem echoreichen Postulat „For Public Sociology“² sowie der vorausgehenden Selbstkritik von Herbert Gans unter dem Titel „More of us should become public sociologists“³ eher eine Randerscheinung. Noch immer sind es vor allem die selbst errichteten Barrieren, die sich zwischen Wissenschaft und Praxis schieben, weshalb Zygmunt Baumann⁴ plakativ einforderte, die Soziologie vor der Soziologie zu retten. Einer der Wortführer der *New Public Social Sciences*, John Brewer, rät deshalb zum Verlassen „disziplinärer Bunker“ im Kontext einer „postdisziplinären“ Wissenschaft⁵, um den öffentlichen Wert (public value) der Gesellschaftswissenschaften gegenüber einem (vermeintlichen) ökonomischen Nutzen (impact) zu betonen. Eine postdisziplinäre Haltung bedeutet, die distinktive Funktion disziplinärer Wissensbestände zugunsten einer klaren Ziel- und Problemlösungsorientierung in den Hintergrund zu rücken. Jenseits von Fachgrenzen lernen Wissenspartner, mit Verunsicherungen durch fremde Perspektiven umzugehen. Aber es gibt noch mehr Prominente, die mit ähnlichen Appellen aufwarten. Der Soziologe Richard Sennett spricht in seinem Manifest „How I write. Sociology as Literature“ gar von „Gedankenfestungen“, wenn er die Selbstreferentialität akademischer Wissensproduktion kritisch in den Blick nimmt.⁶ Sind das nun alles Übertreibungen von Zynikern oder Besserwissern? Nein, denn herablassendes Besserwissen ist tendenziell die Praxis derer, die sich hinter Ritualen, Konventionen und Jargon verschanzen. Sprache als Barriere anstatt als Brücke führt zur Entfremdung von möglichen Publika, aber auch von sich selbst.

Es ist bezeichnend, dass kein Gesellschaftswissenschaftler diesen Zustand einer *entfremdeten Praxis* perfekt in Worte fasst, sondern der argentinische Journalist und Essayist Martín Caparrós. In seinem brillant recherchierten Buch „Der Hunger“ über die Ursachen globaler Ungleichheit⁷ findet sich eine Stelle, nach deren Lektüre die Praxis der Gesellschaftswissenschaften eigentlich nicht mehr beim Alten bleiben kann: „Fachbegriffe vermeiden jede Emotion,“ stellt Caparrós zunächst lakonisch fest. Nur um dann auf die tieferen Ursachen dieser *institutionalisierten Teilnahmslosigkeit* einzugehen. Zwar unterstellt er denjenigen WissenschaftlerInnen, die sich mit den Phänomenen Ungleichheit und Hunger beschäftigen, zunächst das Beste. Aber das Resultat dieser Wissenschaftspraxis kritisiert er zu Recht scharf: „Unterstellen wir mal, es geht den Experten dabei um Professionalität, darum, die Gegenstände ihrer Studien genauer zu definieren. Oder um politische Korrektheit, darum, den Affront zu vermeiden, der

1 Lepenies, Wolf (1985): Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft. München: Hanser.

2 Burawoy, Michael (2005): For Public Sociology. In: American Sociological Review, vol. 70, 1, S. 4–28.

3 Gans, Herbert (2002): More of Us Should Become Public Sociologists. Footnotes (Juli/August). Online verfügbar unter <http://www.asanet.org/footnotes/julyaugust02/fn10.html> (23.09.2015).

4 Baumann, Zygmunt (2014): What Use is Sociology? Conversations with Michael-Hviid Jacobsen and Keith Tester. Cambridge: Polity.

5 Brewer, John (2013): The Public Value of Social Sciences. London: Bloomsbury.

6 Sennett, Richard (2009): How I write: Sociology as Literature. Münster: Rhema.

7 Caparrós, Martín (2015): Der Hunger. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

entsteht, wenn man einen Hund auch als solchen beim Namen nennt. Unterstellen wir mal, sie tun es aus gutem Willen, um ihre Arbeit richtig zu machen. Dennoch: Am Ende verwandeln sie die Probleme und das Leid von Milliarden Menschen in einen Text, den nur Eingeweihte verstehen, während die Mehrheit nicht begreift, worum es geht. Kurz: Diese Sprache funktioniert wie eine Schranke gegen das *allgemeine Wissen*, auf das es doch eigentlich ankommt.“

Damit ist der Kern des Problems bezeichnet. Eine Wissenschaft, die Leid von Menschen in Texte verwandelt, anstatt dazu beizutragen, Probleme zu lösen, ist gleichbedeutend mit einer Wissenschaft, die unfähig dazu ist, Dialoge zu führen. Leid, das in Texte verwandelt wird, ist der enttäuschende Ausdruck eines herablassenden Besserwissertums, das niemals Transformationsprobleme lösen wird. Diese Texte sind höchstens Ausdruck eines armseligen Relativismus' der Zahlen (zum Beispiel in Armutsberichten), einer Distanz zur Welt und der Abwesenheit ethischer Beteiligung. Denn genau darum geht es: Es gibt kaum noch Orte, an denen das von Caparrós angemahnte „allgemeine Wissen“ entstehen und, wichtiger noch, *zirkulieren* kann. Wo sind diese Orte? Die Seminarräume an den Hochschulen sind es jedenfalls nicht.

Um Hochschulen wieder zu öffentlichen Hochschulen zu machen, an denen allgemeines Wissen jenseits von Fachgrenzen zirkulieren kann, bedarf es noch weitreichender Anstrengungen. Gegenwärtig ist der Schutz der Wissenschaft *vor* der Öffentlichkeit meist noch stärker ausgeprägt als die Tendenz zur Öffnung der Wissenschaft *in* Richtung Gesellschaft. Der Bezug zur Praxis oder zur Öffentlichkeit wird noch immer als (minderwertiges) Pflicht- oder Notprogramm deklassiert. Öffentliche Wissenschaft ist nur selten Teil einer bewusst gelebten Rolle. Meist wird eine „Überfremdung“ der Wissenschaft durch außerwissenschaftliche Interessen befürchtet, die sich vermeintlich reputationsschädigend auswirkt. Die Öffentlichkeit wird als Zumutung verstanden, nicht als Resonanzraum. Als gesellschaftliches Subsystem soll sich Wissenschaft ja auf eine spezifische Leistung konzentrieren. Dazu gehört aber im Selbstbild vieler GesellschaftswissenschaftlerInnen weder, das Wissen der Anderen zu berücksichtigen, noch die Anderen am eigenen Wissen teilhaben zu lassen. Die Praxis der Wissenschaft ist daher durch ein *strukturelles Defizit* gekennzeichnet. Zur (vermeintlichen) Leistungssteigerung werden einerseits Grenzen nach außen gezogen (Postulat der Autonomie der Wissenschaft). Andererseits wird die Absicherung von (vermeintlich unverzichtbaren) Standards nach innen (Normierung wissenschaftlicher Operationen, normatives Regel- und Gratifikationssystem, Sprache als Barriere) vorgenommen. Der Mythos der Leistungssteigerung von Wissenschaft beruht auf dem bereits von Robert Merton hervorgebrachten Argument, dass die doppelte Grenzziehung nach innen und außen zu einer Erweiterung abgesicherten Wissens führe. In der Immunisierung beziehungsweise Indifferenz gegen die Ansprüche der Öffentlichkeit wird sogar ein Prinzip der Leistungssteigerung erkannt. Das Erkenntnismandat der Wissenschaft könne vermeintlich nur durch Unabhängigkeit und Standardisierung eingelöst werden. Außerwissenschaftliche Publika braucht es dazu kaum, was die geringe Affinität für diese Bereiche (Öffentlichkeit, Publika, Zivilgesellschaft, Medien) zumindest ansatzweise erklärt.

Zur Illustration nur ein einziges plakatives Beispiel: Ein Wissenschaftler fordert in einer Vorlesung mit dem (eigentlich) vielversprechenden Titel „Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit“⁸ sinngemäß für die eigene Gemeinschaft das *Recht auf Unverständlichkeit*. Im Mittelpunkt sollte seiner Meinung nach ein striktes innerdisziplinäres Bewährungsprogramm stehen, das sich gerade *nicht* an Verständlichkeit ausrichtet. Hinzu käme noch das *Recht auf Schweigen*. Lang dauernde Reifezeiten

8 Neidhardt, Friedhelm (2002): Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit. WZB-Vorlesungen (3). Berlin: WZB.

wissenschaftlicher Wissensproduktion seien der Maßstab für professionelles Forschen. Die Praxis aber hat meist drängende Fragen, deren Beantwortung gerade keinen Zeitaufschub duldet. Und völlig zu Recht haben Vertreter der Praxis auch wenig Freude an Unverständlichkeit. Das eigentliche Problem liegt aber noch tiefer: Aus der institutionalisierten Gleichgültigkeit dieser unverständlichen und verschwiegenen Wissenschaft resultieren langfristig mangelnde gesellschaftliche Integration und erodierende Legitimation der Wissenschaft insgesamt – am deutlichsten sind bereits jetzt die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften betroffen. Bürgern ist (vor allem in ihrer Rolle als Steuerzahler) oft nicht klar, in welchem Umfang das, was Wissenschaftler in deren Praxis tun, mit ihren eigenen Sinn- und Nutzenerwartungen zusammenhängt. Das inner- und das außerwissenschaftliche Relevanzsystem fallen immer weiter auseinander. Das ist das genaue Gegenteil eines Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis.

Resonanzräume engagierter Öffentlicher Soziologie

Bevor ich zur Rolle der Stiftungen komme, möchte ich drei Beispiele aus meiner persönlichen Praxis als Öffentlicher Soziologe einflechten. In aller Kürze sollen sie illustrieren, was sich Unverständlichkeit und Schweigen entgegensetzen lässt und welche Effekte damit verbunden sein können:

Erstens: Für den Deutschlandfunk produzierte ich 2018 ein einstündiges Radiofeature über die soziale Utopie des „Geldverteilers von Salzburg.“ Das Thema des Features ist durch und durch ambivalent: Ein Mann sitzt in einem Container und verteilt Geld an Arme. Ist das nützlich? Bei der Bearbeitung dieses Themas ging es mir mehr um „erzählerische Wahrheit“ als um abschließende Befunde. Das Medium des Features bietet die Möglichkeit, vielfältige Perspektiven und Sichtweisen in den Vordergrund und die gesellschaftswissenschaftliche Einordnung in den Hintergrund zu rücken. Im Medium Radio verzichte ich auf die Nennung akademischer Titel.⁹ Reichweite ist wichtiger als Reputation. Öffentliche Wissenschaft hat in diesem Fall die Aufgabe und das Ziel, Debatten über strittige gesellschaftliche Fragen zu initiieren, anstatt über prestigeträchtige Fachveröffentlichungen Probleme und Leid einfach nur in Texte zu verwandeln. Verteilungsgerechtigkeit wird so zu einem Gegenstand des allgemeinen Wissens und nicht zum Topos akademischer Theorieproduktion. Damit kehren sich interessanterweise auch Produktionsabläufe um: Letztendlich wurde aus dem Feature ein Buch¹⁰, das die vielen Stimmen zu dem Projekt des Geldverteilers „polyvokal“ einfängt, anstatt eine fachwissenschaftliche Bewertung abzugeben. Damit wurde die Schranke gegen das allgemeine Wissen aufgehoben, die Lesenden können und sollen Wissen ko-produzieren.

Zweitens: Das „Haus der Geschichte“ in Bonn stellte 2018 Exponate aus, die im Kontext einer Aktion meiner „organischen“ Öffentlichen Soziologie entstanden. Es handelt sich um Artefakte, Fotos, Videos und Zitate aus dem Kontext einer öffentlichen Demonstration gemeinsam mit Armutsbetroffenen vor dem Brandenburger Tor. Dieser Event fand 2013 statt und war Teil eines dreitägigen Programms zusammen mit engagierten Künstlern, Journalisten, Politikern und vor allem Armutsbetroffenen. Eine derartige Praxis eingreifender Gesellschaftswissenschaft stößt nicht überall auf Gegenliebe. So verzichtete die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) auf die Förderung dieser Veranstaltung. Im Kontext der Kampagne „DGS goes public“ hatte ich mich 2013 (in der ersten Runde) als einziger Antragsteller mit dieser Projektidee beworben. Das scheint mir bezeichnend für die (damalige) Diskrepanz zwischen Absichtserklärung („go public“) und Praxis zu sein. Fünf Jahre später konnte ich dann im Halbdunkel des Ausstellungsraums spontan entstehende Diskussionen belauschen. Klar ersichtlich

⁹ Die Sendung ist bei Interesse hier nachzuhören: https://www.deutschlandfunk.de/fairshar-der-geldverteiler-von-salzburg.1247.de.html?dram:article_id=407537 (27.09.2018).

¹⁰ Selke, Stefan (2018b): Der Geldverteiler vom Mirabellplatz. Baden-Baden: Tectum.



Organische Öffentliche Soziologie (vor dem Brandenburger Tor)
 Quelle: Stefan Selke 2013

setzen sich die BesucherInnen im Museumskontext auf eine vollkommen andere Art und Weise mit Themen (Armut, Tafeln, Gerechtigkeit) und damit zusammenhängenden Argumenten auseinander. Dieses Beispiel zeigt: Soziologisches Wissen kann gerade auch dann wirksam werden, wenn auf Gesten fachlicher Distinktion verzichtet wird und es an einem anderen Ort als *allgemeines Wissen* in verständlicher Form auftaucht und zirkulieren kann.

Ein letztes Beispiel: Zwei meiner Sachbücher wurden für das Theater adaptiert. Für mich persönlich war das jeweils eine ganz besondere Genugtuung. So griff das Schauspielhaus Essen in der Saison 2015/16 unter dem Leitthema „Werte zählen“ mein Sachbuch „Lifelogging“¹¹ über digitale Selbstvermessung (und gerade nicht eine meiner Fachpublikationen) auf. Im Theaterstück mit dem schönen Titel „Ich habe nichts zu verbergen. Mein Leben mit Big Data“ fanden sich dann direkte Zitate und Beispiele aus dem Buch wieder. Auch der Kabarettist Ingo Borchers griff ähnliche Stellen für sein Bühnenprogramm „Ich“ auf. Das Theater „hintenlinks“ in Krefeld wiederum baute aus Passagen meines Buches „Schamland“ über Armut in Deutschland¹² eine beeindruckende Gänsehaut-Szene im Stück „Budenzauber“. Selten war ich zufriedener als im Theatersaal im Bewusstsein darüber, dass meine Beiträge zu relevanten gesellschaftlichen Problemen „den Weg ins Freie“ gefunden hatten. Theater, die allgemeinem Wissen einen Ort geben, sind prädestinierte Partner für Öffentliche Wissenschaft. Andere Partner sind Stiftungen.

Die Rolle der Stiftungen für die kulturelle Position von Wissen

Von einem System, das die eigene Unverständlichkeit und die eigene Verschwiegenheit als Bewährungsprogramm in den Mittelpunkt stellt, sind auch in Zukunft kaum ernsthafte Reformen zu erwarten, die das Verhältnis zu Praxis und Öffentlichkeit betreffen. Es braucht daher andere Protagonisten. Die Rolle der Stiftungen – und hier insbesondere der Schader-Stiftung – lässt sich vor dem skizzierten Hintergrund in einem Satz zusammenfassen: Stiftungen ermöglichen eine *alternative kulturelle Position von Wissen und Wissensprozessen*. Sie tragen dazu bei, allgemeines Wissen zirkulieren zu lassen.

11 Selke, Stefan (2014): Lifelogging. Wie die digitale Selbstvermessung unsere Gesellschaft verändert. Berlin: Econ.

12 Selke, Stefan (2013): Schamland. Die Armut mitten unter uns. Berlin: Econ.

Zur Erläuterung dieser Behauptung greife ich auf zwei Klassiker zurück. Neben einer beeindruckenden Aktualität liefern sie tieferliegende Begründungsdimensionen für das schwierige Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis.

Wissensproduktion im Modus von Haben und Sein

Zunächst nehme ich Bezug auf den Psychoanalytiker Erich Fromm und dessen bekanntes Hauptwerk „Haben oder Sein“¹³. Mit der Unterscheidung zwischen *Haben* und *Sein* bezeichnet Fromm zwei grundlegende Existenzweisen des Menschen und somit zwei Arten der Orientierung in der je eigenen (Um-)Welt. Diese Unterscheidung macht Barrieren sichtbar, die sich immer wieder zwischen Wissenschaft und Praxis schieben.

Leben im Modus des Habens bedeutet, sich etwas „konsumierend einzuverleiben“. Das betrifft selbstverständlich alle alltäglichen Konsumakte. Aber eben auch den Konsum von Wissen beziehungsweise Wissensprodukten. Im Haben-Modus zu lernen und Wissen zu produzieren heißt vor allem: Inhalte werden zwar *wahr-*, aber nicht *an-*genommen, sie bleiben innerlich fremd. Das Ergebnis ist informierte Ignoranz. Da im gegenwärtigen Wissenschaftssystem vor allem Zeit fehlt, wird Wissen immer häufiger unter der Bedingung informierter Ignoranz produziert. Der Zwang zu (messbarer) Betriebsamkeit frisst jegliche Möglichkeit zu verinnerlichter Gelehrsamkeit auf¹⁴, so wünschenswert Letztere auch wäre. Der Philosoph Peter Bieri spricht in diesem Zusammenhang von einer Art Gereiztheit, die sich als Resultat rhetorischer Fassaden einstellt, als Folge des rhetorischen Drills, der im schlimmsten Fall in „Gehirnwäsche und Sektenzugehörigkeit“ mündet. Das Gegenmodell nennt er „gedankliche Unbestechlichkeit“¹⁵. Aus purer Erschöpfung sind WissenschaftlerInnen dabei, sich als handelndes Subjekt zu verlieren¹⁶, wenn sie Wissen im Modus des Habens konsumieren.

Die Selbstreferentialität des Wissenschaftssystems kann vor diesem Hintergrund als Beispiel für den Verlust der Gemeinwohlorientierung durch eine gestörte Zweck-Mittel-Balance dienen. Bildung, die immer mehr einer massenindustriellen Logik folgt, macht WissenschaftlerInnen zu „Gefangenen in einem künstlichen Milieu“¹⁷ und sie *entkoppelt* Wissenschaft von der Praxis. Orientiert sich die Effizienz von Forschungs- und Bildungsprozessen immer einseitiger an internen Maßstäben, geht die gesellschaftliche Außenperspektive verloren. Genau das passiert gegenwärtig, wohin man auch schaut. Aber genau diese Fremdheit ist keine gute Basis für einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Im Haben-Modus wird die eigene Meinung als eine Art Besitztum verstanden. Man sagt „ich habe Wissen“ oder „ich weiß“. Wissen wird wie eine Ware betrachtet. Vor allem aber bedeutet Wissen im Haben-Modus auch, einen Titel zu haben und dieses Besitztum entsprechend zu nutzen. Kurz: Im Haben-Modus stehen die eigene Meinung und der eigene Status einem echten dialogischen Austausch untereinander und mit der Praxis im Weg.

Leben im Modus des Seins bedeutet nach Fromm hingegen ein vitales Interesse am Wandel und auch an persönlichen Veränderungen. Im Seins-Modus wird Wissen – gerade auch „das Wissen der Anderen“ – zum bereichernden Bestandteil der eigenen

13 Fromm, Erich (2018 / Erstveröffentlichung 1976): *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*. München: dtv.

14 Selke, Stefan (2018a): Betriebsamkeit statt Gelehrsamkeit. Öffentliche Hochschulen als Werkzeuge konvivialer Gesellschaften. In: Selke, Stefan / Treibel, Annette (Hrsg.): *Öffentliche Gesellschaftswissenschaften. Grundlagen, Anwendungsfelder und neue Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 405–433.

15 Bieri, Peter (2017a): *Wie wäre es gebildet zu sein? (Extra: Die Vielfalt des Verstehens)*. München: Komplett-Media.

16 Bieri, Peter (2017b): *Eine Art zu leben. Über die Vielfalt menschlicher Würde*. Frankfurt a.M.: Fischer.

17 Illich, Ivan (2009 / Erstveröffentlichung 1973): *Tools for Conviviality*. London: Boyars Publishers.

Gedanken- und Lebenswelt. Erst auf diese Weise kann echte Perspektivenvielfalt entstehen. Es beginnt aber noch viel früher: Im Seins-Modus wird Zuhören zu einem aktiven, bewussten Prozess, der auch den Austausch von je eigenen Motivgeschichten beinhaltet. Die Motive der eigenen Praxis verschieben sich im besten Fall von „um-zu-Motiven“ (zum Beispiel etwas zu tun, *um* anderen zu gefallen etc.) zu echten „weil-Motiven“ (etwas zu tun, *weil* es Sinn macht, *weil* es eine ethische Beteiligung ausdrückt etc.).

Neue Ideen entstehen erst dann, wenn Menschen miteinander reden, die nichts festhalten wollen, sondern den Mut besitzen, ihre eigene Meinung loszulassen, die also bereit sind, auf ihre Wissensbesitztümer zu verzichten. Erst dann hört eine Unterhaltung auf, ein *Austausch von Waren* zu sein und wird zu einem *Dialog*, bei dem es keine Rolle mehr spielt, wer welchen Titel, welche Position und wer Recht hat. Genau das ist mit einer alternativen kulturellen Position von Wissen gemeint. Dieses Wissen kann und wird *zirkulieren*, auch über die Grenzen des Wissenschaftssystems hinaus. Genau darauf sollte es bei einem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis ankommen.

Hermeneutik des Hungers

Meine zweite Referenz ist eine Hommage an die Theologin und Dichterin Dorothee Sölle, die im Kontext der Befreiungstheologie sehr bekannt wurde. Den Hinweis auf ihre Verstehenslehre verdanke ich der Freundschaft mit einem Mönch, mit dem ich mich regelmäßig zu Fragen Öffentlicher Wissenschaft austausche. Von ihm konnte ich lernen, dass es auch in der Wissenschaft darauf ankommt, Lebensform und Wissensform in Einklang zu bringen, will man langfristig biographische Beschädigungen und Entfremdungen vermeiden.¹⁸

Sölle unterscheidet in ihrem Erkenntnismodell zwischen einer „Hermeneutik des Verdachts“ und einer „Hermeneutik des Hungers“, zwischen *ordentlichen* und *außerordentlichen* Wegen zum Wissen. Die „Hermeneutik des Verdachts“ kennzeichnet den *orthodoxen* Weg zur Erkenntnis, also das „brave“ Verfolgen tradierter Lehren, die Ebene des „abgesicherten“ Lehrbuchwissens, der „ordentliche“, methodische, aber auch dogmatische und teils sogar gelenkte Weg zum Wissen. Es gibt unzählige historische Beispiele, die zeigen, dass unter diesen Bedingungen kaum Innovationen zu erwarten sind – man denke nur an Brechts „Leben des Galilei“. Im Stück räsoniert der Gelehrte über den Zustand seiner Zeit, deren Wissenskanon und die Notwendigkeit, einen Weg ins Freie zu finden: „Denn wo der Glaube tausend Jahre gesessen hat, eben da sitzt jetzt der Zweifel. (...) was nie bezweifelt wurde, das wird jetzt bezweifelt. Dadurch ist eine Zugluft entstanden, welche sogar den Fürsten und Prälaten die goldbestickten Röcke lüftet.“¹⁹

Galilei folgt einer „Hermeneutik des Hungers“, die Zugluft entstehen lässt. Trotz des Wissens um den Ausgang des historischen Konflikts wäre es wieder an der Zeit, mehr von dieser Zugluft zu verspüren. Eine „Hermeneutik des Hungers“ meint nach Sölle den *heterodoxen* Weg zur Erkenntnis. Also nicht institutionalisierte (sowie nicht institutionalisierbare) Formen der Wissensproduktion. Und damit auch: Methodenpluralismus, ethische Beteiligung, „weltverändernde Tätigkeiten“. Soziale Realität wird nicht bloß abstrahiert dargestellt, sondern im Lichte der damit verbundenen Praktiken verstanden *und* verändert. Heute sprechen wir plakativ von transformativer Wissenschaft²⁰. Der Unterschied zwischen einer „Hermeneutik des Verdachts“ und einer „Her-

18 Quartier, Thomas (2018): Monastische Lebensform als engagierte Wissensform. In: Selke, Stefan / Treibel, Annette (Hrsg.): Öffentliche Gesellschaftswissenschaften. Grundlagen, Anwendungsfelder und neue Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 323–341.

19 Brecht, Bertolt (2017 / Uraufführung Zürich 1943): Leben des Galilei. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

20 Schneidewind, Uwe / Singer-Brodowski, Mandy (2014): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis.

meneutik des Hungers“ besteht (in einem Satz) darin, dass im ersten Fall *Autoritäten* befolgt werden, während im zweiten Fall eine *experimentelle Suche* nach Wissensformen beginnt, die wir in der zeitgenössischen Wissenschaftssprache als „sozial robust“ bezeichnen. Es ist nichts anderes als das „allgemeine“ Wissen, das Martín Caparrós so schmerzlich vermisst, wenn er klagt, dass menschliches Leid durch Wissenschaft bloß in Texte verwandelt wird.

Stiftungen als dritter Ort

Zusammenfassend lässt sich vor diesem Hintergrund die Rolle von Stiftungen präziser beschreiben. Die Schader-Stiftung ist nicht nur das genaue Gegenteil eines „fensterlosen Observatoriums“, sie ist vor allem ein Ort, an dem die experimentelle Suche nach zirkulationsfähigem Lösungswissen für dringende Probleme der Praxis seit 30 Jahren nachhaltig praktiziert wird, ein Ort, an dem bei Zugluft nicht gleich Türen und Fenster geschlossen werden. Einige Eigenschaften der Stiftung sind dafür besonders hilfreich:

Die Schader-Stiftung ist ein *offener Suchraum* für die dazu notwendige Artikulations- und Übersetzungsarbeit. Sie bietet Raum für Gespräche, die sich gerade *nicht* auf den warenförmigen Austausch von Wissensbesitztümern beschränken. Im Sinne von Fromm ermöglicht die Stiftung tendenziell, vom Habens- in den Seins-Modus der Wissensproduktion zu gelangen. Die Schader-Stiftung ermöglicht Dialoge, deren Regeln nicht allein durch Sprecherpositionen vordefiniert sind, sondern durch *nachweisbare Beteiligung* an den Problemen und Zielen der Praxis. Sie sorgt dafür, dass alle Beteiligten sich wechselseitig wahrnehmen, anstatt einfach nur informiert zu ignorieren. Die Schader-Stiftung ist auch ein informeller Entwicklungsraum für zukunftsfähige Anreizsysteme. Gerade im Bemühen um die nächste akademische Generation bietet sie eine Plattform, auf der sich das prekäre Wechselverhältnis zwischen persönlicher Entwicklung und Karrierekalkül zumindest ausloten lässt. In der Summe gelingt damit genau die Verschiebung der kulturellen Position von Wissen, die ich als essentiell für einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis ansehe. Nochmals: Echter Wissensdialog bedeutet, vom Haben- in den Seins-Modus der Wissensproduktion zu kommen. Dazu braucht es in beide Richtungen „offene Fenster“, um das Wissen der Anderen überhaupt wahrnehmen zu können, anstatt systemstabilisierender Barrieren, die in Sprache, Status oder Schweigegelübden begründet sind.

Für mich persönlich ist die Schader-Stiftung auch ein Ort, der Mut macht. Ein Ort, an dem es möglich ist, Dinge auszusprechen, die sonst ungern gehört werden. Ein Rückzugsort vor den Zumutungen des Richterstuhls nachweisbarer Nützlichkeit, die die akademische Welt mehr und mehr dominieren. Ein Ort, der den Weg ins Freie markiert und an dem Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Praxis mit dem notwendigen Proviant versorgt werden.

Dafür meinen ganz persönlichen Dank an Herrn Schader und das gesamte Team der Stiftung!

Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, lehrt Soziologie und Gesellschaftlichen Wandel an der Hochschule Furtwangen. Er ist Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft sowie Visiting Professor an der University of Huddersfield (UK). Stefan Selke studierte Luft- und Raumfahrttechnik und promovierte in Soziologie. Als disziplinärer Grenzgänger ist er als wissenschaftlicher Publizist, Buchautor und Blogger sowie Interview- und Gesprächspartner in den Medien präsent. Stefan Selke versteht sich als Öffentlicher Soziologe, der Positionen und Haltung zu gesellschaftlich umstrittenen Themen entwickelt. Seine Forschungsthemen sind Armutsökonomie, Digitalisierung, Utopien, Weltraumexploration sowie Öffentliche Wissenschaft. Stefan Selke ist seit 2014 Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

Literatur:

- Baumann, Zygmunt (2014): *What Use is Sociology? Conversations with Michael-Hviid Jacobsen and Keith Tester*. Cambridge: Polity.
- Bieri, Peter (2017a): *Wie wäre es gebildet zu sein? (Extra: Die Vielfalt des Verstehens)*. München: Komplett-Media.
- Bieri, Peter (2017b): *Eine Art zu leben. Über die Vielfalt menschlicher Würde*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Brecht, Bertolt (2017): *Leben des Galilei*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brewer, John (2013): *The Public Value of Social Sciences*. London: Bloomsbury.
- Burawoy, Michael (2005): *For Public Sociology*. In: *American Sociological Review*, 4, S. 4–28.
- Caparrós, Martín (2015): *Der Hunger*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fromm, Erich (2018): *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*. München: dtv.
- Gans, Herbert (2002): *More of Us Should Become Public Sociologists*. *Footnotes (Juli/August)*. <http://www.asanet.org/footnotes/julyaugust02/fn10.html> (23.09.2015).
- Illich, Ivan (2009): *Tools for Conviviality*. London: Boyars Publishers.
- Lepénies, Wolf (1985): *Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*. München: Hanser.
- Neidhardt, Friedhelm (2002): *Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit. WZB-Vorlesungen (3)*. Berlin: WZB.
- Quartier, Thomas (2018): *Monastische Lebensform als engagierte Wissensform*. In: Stefan Selke/Annette Treibel (Hrsg.): *Öffentliche Gesellschaftswissenschaften. Grundlagen, Anwendungsfelder und neue Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 323–341.
- Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2014): *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.
- Selke, Stefan (2013): *Schamland. Die Armut mitten unter uns*. Berlin: Econ.
- Selke, Stefan (2014): *Lifeloggung. Wie die digitale Selbstvermessung unsere Gesellschaft verändert*. Berlin: Econ.
- Selke, Stefan (2018a): *Betriebsamkeit statt Gelehrsamkeit. Öffentliche Hochschulen als Werkzeuge konvivialer Gesellschaften*. In: Stefan Selke/Annette Treibel (Hrsg.): *Öffentliche Gesellschaftswissenschaften. Grundlagen, Anwendungsfelder und neue Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 405–433.
- Selke, Stefan (2018b): *Der Geldverteiler vom Mirabellplatz*. Baden-Baden: Tectum.
- Sennett, Richard (2009): *How I write: Sociology as Literature*. Münster: Rhema.

Aus der Echokammer in die Öffentlichkeit

„Es ist also für jeden einzelnen Menschen schwer, sich aus der ihm beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten. [...] Dass aber ein Publikum sich selbst aufkläre, ist eher möglich; ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit lässt, beinahe unausbleiblich.“
Immanuel Kant, Was ist Aufklärung?

Stiftung, Theater und Wissenschaft

Kants Zuversicht bietet ein Motto für die Schader-Stiftung, für das Theater, für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Nun meinen wir zu wissen, dass diese Zuversicht nicht zu rechtfertigen und Aufklärung keineswegs unausbleiblich ist – historische Erfahrung und dieser Tage das so genannte „post-faktische“ Zeitalter des Populismus und der *fake news* scheinen dagegen zu sprechen. Aber entsteht dieser Eindruck, weil einfach nicht stimmt, dass diese Aufklärung eines Publikums „nichts erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen“? Oder entsteht dieser Eindruck nicht vielmehr, weil sich ein solches Publikum nicht so schnell einfindet und überhaupt erst ermöglicht werden muss? Auch dies wäre demnach ein Motto für die Schader-Stiftung, für das Theater, für die Geistes- und Sozialwissenschaften: Es geht darum, allererst die Bedingungen zu schaffen für ein Publikum, das sich selbst aufzuklären vermag.

Wenn Kant von „Publikum“ spricht, meint er, was seinerzeit vielleicht als Gelehrtenrepublik, heute als *scientific community* gilt – nämlich die „Leserwelt“, an die sich jemand „in der Qualität eines Gelehrten ... durch Schriften wendet“. Kants Auffassung, dass die gelehrte und gelehrsame Leserwelt vorbildlich sei „für ein Publikum im eigentlichen Verstande“, begegnen wir heute noch insbesondere in Habermas' Konzeption einer kommunikativen Rationalität, die er zurückführt auf die „central experience of the non-coercively uniting, consensus creating power of argumentative speech, in which different participants overcome their initially subjective points of view, and, thanks to the commonality of reasonably motivated convictions, assure themselves simultaneously of the unity of the objective world and the intersubjectivity of their context of life.“

Dass die Wissenschaft sich selbst aufkläre, wenn man ihr nur Freiheit lässt, ist beinahe unausbleiblich. So weit so gut, aber ist das schon genug und müssen wir politische Auseinandersetzungen demnach nur noch und so gut es eben geht am Vorbild der Wissenschaften ausrichten? Reicht es vielleicht sogar, frei nach John Dewey einfach zu unterstellen, dass „inquiry“ der gemeinsame Nenner von gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Erfahrung sei und sich die Aufklärung jeglichen Publikums nun gewissermaßen von selbst vollziehe?

An dieser Stelle spätestens kommt das Theater ins Spiel und die Abfolge von Dramaturgien, denen es jeweils darum geht, wie sich ein Publikum zusammenfindet und zu dem Geschehen auf der Bühne verhält. Musik und Emotionalität können das Publikum gefangen nehmen und zusammenschweißen, dabei aber auch manipulieren. Es gibt aber auch eine Form des Mitleids, die nicht auf psychologischer Identifikation beruht, sondern auf einer genauen Kenntnis sozialer Mechanismen und deren unerbittlicher Logik. Mit prüfendem Blick reagiert das Publikum durchaus differenziert auf die ihm vorgesezte Wirklichkeit. Durch Provokation und Schock oder direkte Ansprache wird ein empört polarisiertes Publikum erzeugt. Während ein Bertolt Brecht auf ein Publi-

kum setzt, das aus kritischem Abstand heraus unauflösbaren Widersprüchen auf die Spur kommt, bemüht sich dieser Tage eine Gruppe wie „Rimini Protokoll“ dokumentarisch darum, sein Publikum in faktengespeiste Deliberationsprozesse einzubeziehen. Nicht alle, aber erstaunlich viele dieser Dramaturgien sind politisch motiviert, wollen ihr Publikum nicht für dumm verkaufen, sondern seine Selbst-Aufklärung befördern.

Der Experimentierfreudigkeit des Theaters steht die Experimentierfreudigkeit der Schader-Stiftung nicht nach, wenn es darum geht, Kommunikations- und Partizipationsformate zu erproben und dabei herauszufinden, zu welchen Themen wie informiert und wie diskutiert werden muss, wobei die Möglichkeit einer Konsensbildung gewahrt bleiben soll und alle wesentlichen Akteure einbezogen sein müssen. Nicht anders als im Theater beschränken sich diese Publikumskonstruktionen zunächst modellhaft auf die eigenen Räumlichkeiten. Im viel beschworenen Zeitalter der Echo-kammern, der *fake news*, des Vertrauensverlusts etablierter Institutionen stellt sich die Frage noch einmal anders – weiträumiger – nach der Produktion von Öffentlichkeit, einer Leserwelt oder Publikums.

Privacy by design

Zweierlei Sorge verbindet sich mit unseren Ausflügen in den *cyberspace* und unserem Auftritt in sozialen Medien. Da ist einerseits die Sorge um den Schutz der Privatsphäre, da ist andererseits die Sorge um den guten Ton in der Öffentlichkeit (*public sphere*). So wie schon Kant es in seinem Aufklärungsaufsatz tut und anders als viel später Hannah Arendt, sollten diese Problemfelder komplementär betrachtet werden – sie gehören zusammen und verlangen nach ähnlichen Lösungen.

Beim Schutz der Privatsphäre geht es im Internet nicht anders als in der Zivilgesellschaft um Respekt vor Heim und Herd, unseren Wohn- und Schlafzimmern, in die auch die Polizei nur mit besonderem Suchbefehl eindringen darf. Die technische und politische Herausforderung besteht nun darin, diesen Raum auch im Cyberspace so zu gestalten, dass Datensammler, Voyeure und Suchmaschinen an seiner Schwelle Halt machen müssen. Diese Herausforderung hat einen Namen: *privacy by design*. Gemeint damit ist einerseits, dass die Entwicklung technischer Systeme die Privatsphäre berücksichtigen soll, um gewisse Begehrlichkeiten von vornherein auszuschließen. So würde eine *privacy-respecting software* nicht erst hoch aufgelöste Daten sammeln, um sie dann zugunsten der Anonymisierung teilweise auszublenden und nur noch schematisch zu repräsentieren – sie würde die Daten schon so sammeln, dass sie nur generische Aussagen oder schematische Bilder ermöglichen. Andererseits entscheidet das *privacy by design* darüber, was in einem gegebenen Fall überhaupt privat ist und was nicht. Ob eine radikalisierende Meinungsäußerung, ob ein Einkauf oder eine finanzielle Transaktion der geschützten Privatsphäre zugehören, wer diese Sphäre respektieren muss und wer in sie eindringen darf, entscheidet das *privacy by design*. Damit wird das Ausmaß der Herausforderung anerkannt und vor allem deutlich, dass die Privatsphäre nicht einfach das innerlich Verborgene oder die besonderen Lebensumstände meint, wie es bei Arendt und Kant erscheinen mag. Sie ist auch nicht einfach das Gegenstück zur Öffentlichkeit, wonach ich schon dann in der Öffentlichkeit bin, wenn ich aus der Privatsphäre heraustrete.

Stellung nehmen im Öffentlichen Raum

Und hier kommt nun zum Tragen, dass auch das Publikum, der öffentliche Raum technisch und gesellschaftlich gestaltet werden müssen. In der Zivilgesellschaft ist Öffentlichkeit paradigmatisch, wo das Gemeinwohl parlamentarisch und parteipolitisch, in Leserbriefen und Zeitungskolumnen ausgehandelt wird. Kennzeichnend für Öffentlichkeit ist nicht so sehr, dass ich gesehen werde, sondern dass ich Stellung nehme und mir meine Stellungnahme zugeschrieben wird, dass ich *nolens volens* in der

Verantwortung stehe. Daraus ergibt sich der zwanglose Zwang, die eigenen Partikularinteressen hinter konsensfähige Betrachtungen des Gemeinwohls wenigstens scheinbar zurückstellen. Über diesen zwanglosen Zwang erweist sich der sozialisierende Charakter der Öffentlichkeit – wir wahren den guten Ton, um unsere eigene Glaubwürdigkeit zu erhöhen, um gegenseitigen Respekt einfordern zu können, und schließlich weil wir wissen, dass wir unter gegenseitiger Beobachtung stehen und unsere Äußerungen jederzeit gegen uns verwendet werden können. Hier heißt die Herausforderung also *publicity by design* und besteht darin, die nur scheinbar hermetisch verschlossenen *echo-chambers* so zu öffnen, dass wir nicht mehr nur von Gleichgesinnten in einer Welt umgeben sind, in der wir immer nur Bestätigung erfahren, sondern hinaustreten in das grelle Licht der Öffentlichkeit, in der wir nicht so frei und ungezügelt reden, dafür im Gegenzug den respektvollen Meinungsunterschied erwarten dürfen. Zivilgesellschaftlich wird dies beispielsweise dadurch eingefordert, dass der Name auch eines anonymen Leserbriefautors „der Redaktion bekannt“ ist und dass es immer jemanden geben muss, der verantwortlich ist im Sinne des Presserechts. Die technische Herausforderung ist wiederum, Suchmaschinen und Wutbürgern kenntlich zu machen, wie und wo der öffentliche Raum mit seinen eigenen, stillschweigend geltenden Verhaltensregeln beginnt.

Publicity by design – das wäre also eine Öffentlichkeitswerkstatt, in der Entwürfe geprüft werden für die Formierung eines Publikums, dessen Aufklärung vielleicht sogar unausbleiblich ist. Eine solche Werkstatt ist das Theater – und das mit jeder Inszenierung eigens konstituierte Publikum, das unterschiedliche Spielräume hat, dies oder das zu sehen, so oder so zu befinden. Auch die Vorlesungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften haben diese Qualität, unbedingt aber auch die maßgeschneiderten Diskussions- und Partizipationsformate der Schader-Stiftung.

Prof. Dr. Alfred Nordmann, geboren 1956, ist seit 2002 Professor für Philosophie der Wissenschaften und der Technowissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Philosophie, Neuere deutsche Literatur und Wissenschaftsgeschichte an den Universitäten Tübingen und Hamburg, wo er 1986 promovierte. Von 1985 bis 2002 arbeitete er beruflich und gastweise als Dramaturg in Tübingen, Konstanz und Hannover. Von 1988 bis 2002 war er am Philosophy Department der University of South Carolina tätig, mit dem er bis heute assoziiert ist. Schwerpunkt seiner Forschung ist die Frage nach einer technikphilosophischen Grundlegung der Wissenschaften.

Salongespräche in transdisziplinären und transformativen Prozessen

Mit den Sustainable Development Goals (SDGs) hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 2015 die Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, noch einmal im Zusammenhang formuliert.¹ Es geht, jedenfalls in den Industriestaaten, um nicht weniger als eine grundlegende Umgestaltung der Produktions- und Konsummuster, was auch im Titel „Transforming Our World“ zum Ausdruck kommt. Angesichts dessen steht die Wissenschaft vor der Frage, wie sie ihre Rolle in den anstehenden Umgestaltungsprozessen definiert und ausfüllt.² Der Wissenschaftsrat resümiert: „So erfordert die Komplexität, Dynamik und Langfristigkeit großer gesellschaftlicher Problemlagen eine wissenschaftliche Bearbeitung, die über eindimensionale, unidisziplinäre Analysen und Lösungsansätze hinausgeht und der Interaktion zwischen den Fachgebieten sowie zwischen der Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen Rechnung trägt.“³ Gefordert sind folglich Bearbeitungsformen, die sowohl eine Verständigung über Disziplinergrenzen hinweg als auch den Austausch mit den Praxisakteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen. Eine Problemkonstellation inter- und transdisziplinär zu durchdringen und so die Basis für neuartige Lösungsansätze zu schaffen, gehört allerdings bislang nicht zum klassischen Kanon von Hochschul-Curricula. Vor diesem Hintergrund ist im Kontext des an der Schader-Stiftung angesiedelten Arbeitskreises „Transdisziplinarität in der Lehre“ das Format der Salongespräche entstanden.⁴

Die Idee der Salongespräche entstand in Anlehnung an die philosophischen, naturwissenschaftlichen und literarischen Salons des 18. und 19. Jahrhunderts. Dort trafen sich Denker, Politiker, Wissenschaftler mit Dichtern und anderen Künstlern in einem vertrauten Rahmen, um sich gemeinsam über Themen auszutauschen, die von aktuellem Interesse waren. Bekannt ist etwa die „Tafelrunde“, bei der die Herzogin Anna Amalia von Weimar jeweils freitags in ihrem Wittumspalais einen illustren Kreis versammelte.

Der Beitrag beschreibt die mit dem Format der „Salon-Gespräche“ verbundenen Intentionen und die bislang gewonnenen Erfahrungen und zeigt vor dem Hintergrund der Herausforderung, Veränderungsprozesse in Richtung einer Nachhaltigen Entwicklung auf den Weg zu bringen auf, welche Funktionen das Format der Salongespräche in transdisziplinären Prozessen erfüllen kann. Eine erste Themenreihe der Salongespräche fragte, wie eine energetische Stadtentwicklung nach den Kriterien

1 United Nations (2015): Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development (Agenda 2030).

2 Zu der diesbezüglichen Debatte siehe etwa: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, 2011): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU. Schneidewind, Uwe / Singer-Brodowski, Mandy (2013): Transformative Wissenschaft – Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis; sowie Wissenschaftsrat (WR) 2015: Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen. Positionspapier. Stuttgart/Köln: Wissenschaftsrat. Online verfügbar unter www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4594-15.pdf (14.10.2018).

3 Ebd. (2015), S. 17.

4 Siehe dazu auch Kleihauer, Silke (2015): Salongespräche als transdisziplinäres Format am Beispiel einer „Energetischen Sanierung im Quartier“. Online verfügbar unter <https://www.schader-stiftung.de/themen/gemeinwohl-und-verantwortung/fokus/sne/artikel/transdisziplinaere-nachhaltigkeitspotenziale> (14.10.2018).



Abb. 1 Georg Melchior Kraus, Geselligkeit bei der Herzogin Anna Amalia von Weimar
Quelle: http://www.ammermann.de/Klassik/herzogin_anna_amalia.htm

der Nachhaltigen Entwicklung zu gestalten ist. Das abschließende Kapitel formuliert ein vorläufiges Fazit und ordnet in knapper Form die Salongespräche in den Kontext transformativer Wissenschafts-Praxis-Projekte ein.

Herausforderung: Veränderungsprozesse in Richtung Nachhaltige Entwicklung

Will man Beiträge zu den SDGs leisten, bedarf es in der Regel der Systeminnovationen: ein Zusammenspiel aus technischen und sozialen Innovationen, jeweils unterstützt durch veränderte institutionelle Rahmenbedingungen.⁵ Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Veränderungsprozesse Richtung „Nachhaltige Entwicklung“ praktisch immer Verhaltensveränderungen von Akteuren erfordern. Dabei müssen verschiedene Akteure zusammenwirken: Zunächst schon dafür, um die jeweils anzugehende Problem-Konstellation in ihrem Wirkungsgefüge zu durchdringen; aber auch wenn es darum geht, kreative Potentiale freizusetzen, um Lösungen für diese Probleme zu entwickeln.

Wer transdisziplinäre Prozesse initiieren will, muss daher die Akteure für eine Mitwirkung gewinnen, die über das notwendige – oftmals implizite – Wissen verfügen. Dies sind aber in der Regel genau die Akteure, die auch in dem aktuellen System eine maßgebliche Rolle spielen. Angesichts des Umstandes, dass Veränderungen nicht nur die bisherige Praxis in Frage stellen, sondern zugleich mit Unsicherheiten einhergehen, die bei den Akteuren oftmals Abwehrreaktionen hervorrufen, kommt es darauf an, einen spezifischen Diskursraum zu schaffen: Das Format muss gewährleisten, dass diejenigen, die das bestehende Problem (mit)verursachen, sich öffnen dafür,

- ihr bisheriges Vorgehen im Lichte der in den SDGs niedergelegten normativen Anforderungen in Frage zu stellen,
- die problemverursachenden Faktoren zu analysieren,
- um auf dieser Basis nach neuen Lösungen zu suchen.

⁵ Siehe hierzu das Vorhaben „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“, welches die Hochschule Darmstadt unter anderem mit der Schader-Stiftung durchführt, <https://sne.h-da.de> (21.10.2018).

Es geht also darum, mit den für eine Problemstellung relevanten Akteuren in eine konstruktive Form der Zusammenarbeit zu gelangen. Für transdisziplinäre Prozesse liegt darin eine der größten Herausforderungen. Denn in dieser Form zusammenzuarbeiten und gemeinsam neue Ideen zu entwickeln, überschreitet das Alltagsgeschäft. Daher müssen sich die relevanten Akteure aus ihren etablierten Routinen herausbewegen. Sie müssen aber nicht nur anders an die Fragestellung herangehen, sie müssen außerdem in der Lage sein, konstruktiv mit anderen Akteuren neue Ideen zu entwickeln.

Idee und Zielsetzung der Salongespräche

Wie erarbeitet man mit Praxisakteuren ein gemeinsames Problemverständnis zu einem konkreten Thema? Diese Frage stand am Anfang der Überlegungen. Wie wir bestimmte Ideen bewerten und Probleme angehen, hängt davon ab, wie wir diese Probleme wahrnehmen. In unserem Alltagsgeschäft arbeiten wir meist in einem effektiven Standardmodus innerhalb etablierter Routinen. Daniel Kahneman bezeichnet diese Form des Denkens als „schnelles Denken“ oder System I-Denken.⁶ In einem vertrauten Umfeld führt schnelles Denken verlässlich zu guten Ergebnissen. Leider funktioniert dieser Standardmodus nicht, wenn es um Fragestellungen außerhalb unserer etablierten Routinen geht. Wenn wir Problemstellungen, die komplex, mehrdeutig und in die Zukunft gerichtet sind, bewältigen wollen, müssen wir vom schnellen Denken ins langsame Denken (System II-Denken) wechseln.

Dieser Wechsel in den Denkstrukturen ist dabei nicht allein auf der individuellen Ebene zu vollziehen; vielmehr muss das Format gewährleisten, dass eine Gruppe sich gemeinsam auf den Weg macht, in einen konstruktiven Dialog bisherige Wahrnehmungsraster und Denkschemata zu überschreiten, um zu Lösungen zu gelangen, die etablierte Strukturen aufbrechen. Die Erfahrung zeigt, dass dies durchaus voraussetzungsvoll ist. Denn nicht selten ist in den SDG-relevanten Handlungsfeldern etwas anderes zu beobachten: unproduktives Beharren auf den eigenen Standpunkten, Verweis auf Sachzwänge und die begrenzten eigenen Möglichkeiten.

Stufen der Gesprächsführung

In Anlehnung an Otto Scharmer⁷ lassen sich vier Stufen der Gesprächsführung unterscheiden: Zunächst die einseitige Form des Dialoges, in dem die Beteiligten *Zueinander* sprechen, ohne wirklich aufeinander einzugehen; von Scharmer bezeichnet als „downloading“, bei dem die Beteiligten in ihrer jeweiligen Blase (bubble) verbleiben. Auf der folgenden Stufe der *Debatte* gehen die Beteiligten zwar aufeinander ein, verbleiben im Wesentlichen in ihrer eigenen Perspektive und stellen die Unterschiede zu denen der anderen Diskursteilnehmenden im Modus des „Ja, aber“ heraus; oftmals mit dem Ziel, die anderen von der eigenen Sichtweise zu überzeugen. Mit dieser Diskursform sind durchaus Lernprozesse verbunden, diese bleiben jedoch unterhalb der dritten Stufe, in der die Beteiligten in der Weise aufeinander eingehen, dass sie – in der Reflexion der Sichtweise des Gegenübers – ihre eigene Position verändern. Erst hier handelt es sich um einen wirklichen Dialog im Sinne des *Miteinander*-Sprechens, der es erlaubt, die eigene Perspektive im Modus des *individuellen „ja, und“* zu erweitern und im Kontext eines größeren Systems einzuordnen. Auf der vierten, der eigentlich *kreativen* Stufe sind die Beteiligten in der Lage, gemeinsam neue Deutungsmuster und Lösungsansätze zu entwickeln. Fruchtbare, in die Zukunft gerichtete Gestaltungsoptionen lassen sich in einem Umfeld entwickeln, das der vierten Stufe entspricht und einen Dialog im Modus des *kollektiven „ja, und“* unterstützt.

6 Kahneman, Daniel (2012): Schnelles Denken, langsames Denken. München: Siedler.

7 Scharmer, C. Otto (2018): The Essentials of Theory U. Oakland (CAL): Berrett-Koehler, S. 42 ff.

Voraussetzung für die beiden letzten Stufen dürfte dabei eine Verständigung nicht nur über die Problemkonstellation sein, sondern auch darüber, welche normativen Ziele man anstrebt.

Anforderungen an das Diskursformat

Das zu entwickelnde Format sollte daher die Teilnehmenden aus ihren etablierten Routinen herausholen und eine Atmosphäre schaffen, in der sich die Teilnehmenden öffnen und gemeinsam an einem Thema weiterdenken, mit dem Ziel konstruktive Dialoge zu ermöglichen und zum kreativen Gedankenaustausch einzuladen. Die Herausforderung war daher auf zwei Ebenen zu verorten: der Ebene des individuellen Denkens und der kollektiven Ebene, in einem Diskursformat mit anderen gemeinsam kreativ Lösungen zu entwerfen. Dafür setzt das Formatkonzept auf ein entsprechendes Ambiente und auf Strukturen, die einen solchen Gesprächsverlauf ermöglichen.

Das Ambiente der Salongespräche orientiert sich an den historischen Vorbildern. Es schafft einen attraktiven Ort, für den die Beteiligten einen Teil ihres Feierabends „opfern“. Sie erwartet ein gedeckter Tisch, eingerahmt von einem virtuellen Kaminfeuer. Ein fester Kern an Teilnehmenden freut sich darauf, in vertrauter Atmosphäre anregende Gespräche zu führen. Leckere Häppchen und passende Getränke tun ihr Übriges. Das Ambiente unterstützt die Beteiligten, ihre etablierten Routinen zu verlassen und in einem ungewöhnlichen räumlichen Kontext gemeinsam weiter zu denken. Eine Bedingung für gelingende Salongespräche ist damit ein attraktives Ambiente, welches den Charakter dieses Diskursformates auch räumlich symbolisiert.

Salongespräche im hier beschriebenen Sinne sind keine lockere Plauderei. Sie bedürfen vielmehr einer spezifischen Strukturierung, die darauf angelegt ist, die Gruppe in einen konstruktiven Dialog zu führen mit dem Ziel, die Stufe des *kollektiven „ja, und“-*Modus zu erreichen.

Abfolge und Kontinuität der Teilnehmenden

Dies lässt sich erfahrungsgemäß nicht an einem einzigen Termin erreichen. Vielmehr muss die Gruppe die Möglichkeit haben, sich gemeinsam weiterzuentwickeln. Dazu bedarf es einer Abfolge von Terminen, die – bezogen auf das jeweilige Leitthema – unterschiedliche Praxisthemen zum Gegenstand haben. Voraussetzung für die angestrebten Lernprozesse ist eine Kontinuität der Beteiligten. Jedenfalls eine Kerngruppe der Mitwirkenden nimmt regelmäßig teil.

Weitere Voraussetzung ist eine Konstellation von Akteuren, die sich gegenseitig ergänzen. Sie bringen unterschiedliche disziplinäre und professionelle Erfahrungen in den Prozess ein, um aus der Zielorientierung Lösungen zu entwickeln. Otto Scharmer verwendet hierfür den Begriff der Co-Initiation⁸, denn es geht darum, nicht nur miteinander zu sprechen, sondern sich dafür zu öffnen, gemeinsam weiter zu denken und gemeinsam etwas Neues zu erschließen. Voraussetzung dafür ist eine vertrauensvolle Atmosphäre unter den Beteiligten, was einen „geschützten Raum“ des Diskurses erfordert.

Schon im Vorfeld des ersten Salongesprächs sind die (potentiellen) Teilnehmenden auf die Intention der Gesprächsreihe sowie auf die Kernfragen einzustimmen.

Frageraster

Die auf der Basis der Vorgespräche ausgewählten Akteure aus Wissenschaft und Praxis erörtern anhand mehrerer aufeinander aufbauender Fallbeispiele die Leitfrage: „Wie

8 Scharmer (2018), ebd., S. 78 ff.

entstehen und was ebnet den Weg zur Planung und Umsetzung nachhaltigerer Konzepte in der Praxis?“ Ein Frageraster lenkt die Aufmerksamkeit auf die Akteur-Konstellation und die jeweils wirksamen Anreize und Hemmnisse. Den Gesprächseinstieg bilden jeweils kurze Impulse aus der Praxis, ergänzt um Kommentare anderer Praxis- und Wissenschaftsakteure. Projektmanager berichten aus der Praxis über ihre Lösungsansätze und neue Möglichkeiten der fachlichen Absicherung durch erweiterte Systemgrenzen (etwa: Quartier statt Einzelgebäude), durch Kooperation unterschiedlicher Akteure und das Zusammenführen der jeweils spezifischen Perspektiven. Explizit geht es nicht darum, „Leuchtturm“-Projekte vorzustellen, sondern „alltagsrelevante“ Probleme anzugehen.

Der Impuls sollte Aufschluss geben zu folgenden Aspekten („Frageraster“):

- Was war die Motivation dafür, einen/diesen besonderen Weg zu gehen?
- Welche Akteure hatten/haben hier Beiträge zu leisten?
Welche Hemmnisse sind dabei zu überwinden?
Was sind die kritischen Erfolgsfaktoren?
- Wie lassen sich die angestrebten Innovationen mit den professionellen Standards der Akteure, aber auch den sonstigen Rahmenbedingungen (Recht, Finanzierung, Haftung etc.) vereinbaren?
- Welche Änderungen in den institutionellen Rahmenbedingungen und sonstigen Arrangements empfehlen sich?

Wünschenswert ist es dabei, über die „Systemgrenzen“ des Projekts/Fallbeispiels hinauszugehen und andere/bessere Lösungen, die sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht realisieren ließen beziehungsweise als Option nicht sichtbar waren, mit in den Blick zu nehmen.

Salongespräche zur energetischen Sanierung im Quartier

Gegenstand der ersten Reihe der Salongespräche war, die energetische Gebäudesanierung in bestehenden Siedlungsstrukturen mit anderen Anforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Einklang zu bringen.⁹ Dazu gilt es, „Experimente zu wagen“. Welche Möglichkeiten gibt es, jenseits eingefahrener Standards (etwa: Gebäudehülle aus 18 cm Polystyrol-Dämmstoff, inkl. des toxikologisch hoch problematischen Flamm- schutzmittels Hexabromcyclododecan) die unterschiedlichen Anforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung zu integrieren?

Die Salongespräche mit der Schader-Stiftung fragten daher danach, wie eine energetische Stadtentwicklung anhand der Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung zu gestalten ist. Wie kann man zu ganzheitlichen Lösungen gelangen, die etwa auch die Lebensqualität im Quartier berücksichtigen? Akteure aus der Praxis berichten – gestützt auf das übergreifende Frageraster – über proaktive Lösungsansätze. Welche Möglichkeiten ergeben sich durch erweiterte Systemgrenzen (etwa: Quartier statt Einzelgebäude, Einbezug von Energiegewinnen und kybernetischen Ansätzen), durch Kooperation unterschiedlicher Akteure und das Zusammenführen der jeweils spezifischen Perspektiven?

Die Gesprächsleitung lag bei der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) an der Hochschule Darmstadt. Sie führte mit den Impulsgebern jeweils Vorgespräche entlang des Fragerasters. Das Frageraster strukturierte sowohl die Vorbereitung als auch den Ablauf der Salongespräche. Es regte die Beteiligten an nachzuzeichnen, wie nachhaltige Konzepte in der Praxis entstehen und was den Weg zur Umsetzung ebnet. Es bildete auch die Grundlage für die Auswertung. Dabei ergaben sich die in der folgenden Tabelle aufgeführten konkretisierenden Hinweise.

⁹ Unter Berücksichtigung von Ergänzungen durch Dr. Bettina Brohmann, Öko-Institut e.V., und Dr.-Ing. Georg Cichorowski, Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse – sofia / Hochschule Darmstadt.

Frageraster	Konkretisierung
1. Was ist Motivation dafür, Konzepte Nachhaltiger Entwicklung zu realisieren?	Erschließung geschäftlicher Möglichkeiten; unter Berücksichtigung von u.a. institutionellen Rahmenbedingungen, gesellschaftlichen Zielvorgaben, Governancestrukturen
Was kann die Motivation hemmen?	Mögliche Widersprüche zwischen ökologischer, sozialer und individueller Verantwortung und den ökonomischen Rahmenbedingungen
2. Welche Akteure haben hier Beiträge zu leisten?	Welche Akteure sind relevant? Wann sind sie im Prozess relevant? Was können wir von ihnen erwarten? Wie binden wir sie ein?
Welche Hemmnisse sind dabei zu überwinden?	Welche strukturellen, organisatorischen oder informatorischen „Stolpersteine“?
Was sind die kritischen Erfolgsfaktoren?	Anreize durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Lernprozesse initiieren; Vorhaben muss im Hinblick auf die Ziele der jeweiligen Organisation plausibel sein.
3. Wie lassen sich Innovationen mit den professionellen Standards der Akteure, aber auch den sonstigen Rahmenbedingungen (Recht, Finanzierung, Haftung etc.) vereinbaren?	
4. Welche Änderungen in den institutionellen Rahmenbedingungen und sonstigen Arrangements empfehlen sich?	
Wie entstehen innovative Lösungsansätze?	Kenntnisse über alternative Optionen
Prozessumsetzung	Akteur-Setting; Rolle und Zielvorstellung der beteiligten Akteure; Institutionelle Rahmenbedingungen müssen stimmen

In den Diskussionen zeigte sich, dass in der öffentlichen Debatte, aber auch in den konkreten Vorgaben des Regelwerkes noch immer das Narrativ aus der „Ölkrise“ der 1970-er Jahre spürbar ist. Im Vordergrund steht das „Einsparen“ von Energie. Solange weit überwiegend fossile Energieträger zum Einsatz kommen, deckt sich dies mit den Klimaschutzziele. Sobald man aber in nennenswertem Umfang auf Erneuerbare Energien zurückgreifen kann, verschieben sich die Gewichte: Die Kraft der Sonne steht reichlich zu Verfügung, was auch neue Gestaltungsoptionen eröffnet. Das bisherige „spare, spare“ bedeutete in der Praxis vor allem „dämme, dämme“; und zwar auch dann, wenn sich durch neue Lösungen, etwa der passiven Nutzung solarer Strahlungswärme, höhere CO₂-Reduktionen erzielen lassen. Dementsprechend, so ein erstes Zwischenergebnis aus den Salongesprächen, sind das Regelwerk und die öffentliche Debatte klar am Klimaschutzziel auszurichten.¹⁰

¹⁰ Dieses Narrativ fand noch während der Salongespräche auch Eingang in Führ, Martin (2015): Zu gut gemeint, aber überholt: Energieeinsparstandards als Innovationsbremse. In: Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), 2015, S. 129–130. Siehe dazu jetzt auch Führ, Martin / Rudolph-Cleff, Annette / Bizer, Kilian / Cichorowski, Georg (Hrsg., 2018): Dämmen allein reicht nicht – Plädoyer für eine innovationsoffene Klimaschutzpolitik im Gebäudereich. München: Oekom (i.E.).

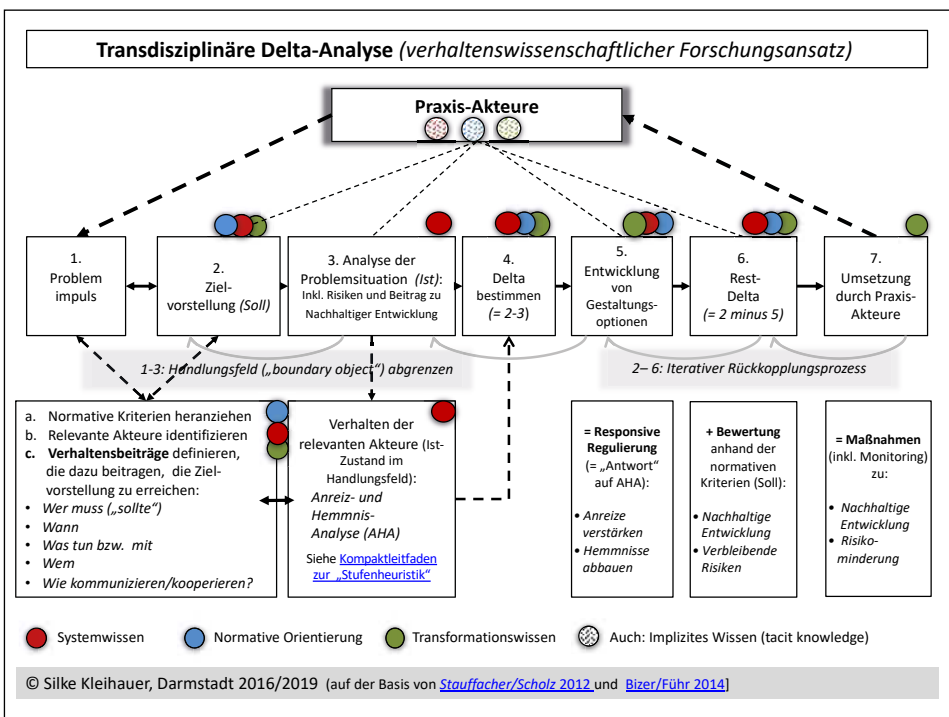


Abb. 2 Prozessschritte in transdisziplinären Projekten
 Quelle: Silke Kleihauer 2016

Eine Fortführung der Salongespräche, aber auch die im Arbeitskreis „Transdisziplinarität in der Lehre“ konzipierte „Spring School“, in der in Form eines Planspiels mit Praxisakteuren Studierende unterschiedlicher Studiengänge der Hochschule Darmstadt und der Technischen Universität Darmstadt gemeinsam Lösungs-Optionen für ein Gebäude-Ensemble konzipieren sollten, scheiterten daran, dass die Praxisakteure aus der Stadtwirtschaft über einen längeren Zeitraum voll und ganz damit beschäftigt waren, Unterkünfte und sonstige Betreuung für die zahlreichen Flüchtlinge in Darmstadt bereitzustellen. Hinzu kamen personelle Wechsel in den Unternehmen der Stadtwirtschaft.

Fazit: Entwicklung eines kreativen Dialogs

In der Rückschau lässt sich festhalten: Das Format der Salongespräche eröffnet einen offenen Blick auf die konkreten Problemstellungen und ermöglicht die gemeinsame Reflexion über Hemmnisse. Es fördert die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Praxis, Behörden, Politik und Forschung mit dem Ziel, kreative Potentiale für „nachhaltigere“ Lösungs- und Handlungsoptionen zu entwickeln; und zwar sowohl innerhalb der beteiligten Unternehmen und sonstigen Organisationen, als auch auf lokaler beziehungsweise regionaler Ebene und schließlich auch im Hinblick auf die Fortentwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen¹¹.

Die Analyse der „neutralen“ Fallbeispiele über das Frageraster ermöglicht den Teilnehmern, sich konstruktiv mit konkreten Herausforderungen auseinanderzusetzen und dabei auch in das System II-Denken zu gelangen. Kurz gesagt: Die Salongespräche schaffen für den Transformationsprozess ein Klima, in dem unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Interessen über die Fallbeispiele offen und konstruktiv diskutieren.

¹¹ Konkrete Vorschläge für ein „Gebäudeklimaschutzgesetz“, zur Fortschreibung der Förderlandschaft, zur CO₂-Bepreisung und zur Einrichtung eines generationenübergreifenden Klimaschutzfonds und begleitende Forschungsaktivitäten finden sich in einem Policy Paper Bizer, Kilian / Führ, Martin (2018): Effektiver Klimaschutz im Gebäudebestand. Verfügbar unter www.sofia-darmstadt.de/fileadmin/Dokumente/Sonstige/iENG/Forschungsbedarf_iENG-Buergen_2018-04-15_final.pdf (02.10.2018).

Die Fallbeispiele haben eine Katalysatorfunktion für den reflexiven Diskurs. So gewinnen die Akteure einen veränderten, systemoffenen Blick auf mögliche Lösungsoptionen.

Im Kreis der Teilnehmenden sollte dazu jeweils spezifisches Orientierungs-, System- und Transformationswissen vertreten sein. Dies erlaubt es, ein gemeinsames „Transformatives Wissen“ zu entwickeln, das gute Voraussetzungen schafft, komplexe Projekte zum Erfolg zu führen (siehe Abbildung 2). Je nach Gesprächsverlauf gelingt es, in den Salongesprächen die ersten vier Schritte zu gehen; im Idealfall entwickelt man gemeinsam (Konzepte für) Gestaltungsoptionen. Je nach Verlauf können sich mit den beteiligten Praxis-Akteuren Szenario-Prozesse¹² anschließen, an deren Abschluss ein Strategieworkshop¹³ steht, der den Handlungsbedarf für die unterschiedlichen Akteure mittel- und langfristig aufzeigt.

Im Rahmen des Projektes „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung“ (s:ne), welches die Hochschule Darmstadt im Rahmen der Bund-Länder-Initiative „Innovative Hochschule“ durchführt, kommt das Format der Salongespräche – wiederum in Kooperation mit der Schader-Stiftung – erneut zur Anwendung.

Prof. Dr. Martin Führ, geboren 1958, ist seit 1994 Professor für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtsvergleichung an der Hochschule Darmstadt und leitet dort die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) sowie ein Teilvorhaben des Projekts „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Er studierte Rechtswissenschaften, promovierte und habilitierte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Nach seiner Tätigkeit im Öko-Institut e.V. hatte Martin Führ von 1993 bis 1994 die Professur für Rechtsfragen der Technikentwicklung an der Fachhochschule Fulda inne. Er war von 2008 bis 2015 von der Europäischen Kommission ernanntes Mitglied im Verwaltungsrat der Europäischen Chemikalienagentur. Seine Schwerpunkte sind unter anderem Verfassungs-, Umwelt und Technikrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht sowie die ökonomische Analyse des Rechts und der Gesetzesfolgenabschätzung.

Dr. Silke Kleihauer, geboren 1965, leitet seit Januar 2018 das Vorhaben „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ in der Hochschule Darmstadt (h_da) im Rahmen der BMBF-Förderung „Innovative Hochschule“, zu deren Projektpartnern unter anderen die Schader-Stiftung zählt. Zudem leitet sie die Nachhaltigkeitsaktivitäten der Hochschule Darmstadt. Zuvor bearbeitete Silke Kleihauer inter- und transdisziplinäre Forschungsprojekte in der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) und entwickelte den Masterstudiengang „Risk Assessment and Sustainability Management“ (RASUM). Silke Kleihauer studierte Biologie und Chemie. Sie promovierte in Tübingen zu einem Thema an der Schnittstelle zwischen Ökologie, Biotechnologie, Wissenschaftstheorie und Recht.

12 Siehe etwa den Abschlussbericht zu dem durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Projekt „Marktchancen für eine nachhaltigere Chemie“ (SuSport): Kleihauer, Silke / Führ, Martin / Schenten, Julian et al. (2018). Online verfügbar unter www.sofia-darmstadt.de/fileadmin/Dokumente/Sonstige/SuSport/SuSportbericht-fortgeschrieben_2018-05-15_final.pdf (14.10.2018); sowie Schönborn, Joana (2018): Transdisziplinärer und transformativer Szenarioansatz (RASUM-Masterarbeit, i.E.).

13 Aus dem SuSport-Projekt (a.a.O.) ging etwa eine „Proactive Alliance“ hervor, indem Akteure aus global tätigen Unternehmen unterschiedlicher industrieller Branchen daran zusammenwirken, einen einheitlichen Standard zu erarbeiten, der über die industriellen Sektoren hinweg und auf globaler Ebene entlang der Lieferketten über die Inhaltsstoffe der Erzeugnisse berichtet, und zwar auf der Basis einer „full material disclosure“, also der Volldeklaration der chemischen Bestandteile; siehe dazu den Bericht in Chemical Watch vom 14.06.2018.

Vorträge, Austausch und dann?

Wissenschaft und Praxis im Wechselverhältnis

Stiftungen sind wichtiger Teil gesellschaftlichen Engagements. Sie verfolgen häufig soziale, gesundheitsbezogene und kulturelle Ziele, versuchen unter anderem Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme zu schaffen und diskutieren Lösungen beziehungsweise tragen aktiv zu deren Lösung durch ihr Engagement bei. Die Schader-Stiftung verfolgt das spezielle Anliegen, den Dialog zwischen den Gesellschaftswissenschaften im weiteren Sinne und der Praxis zu befördern. Letztlich geht es ihr darum, über diesen Weg der Weiterentwicklung einer (humanen) Gesellschaft zu dienen.

Ziel dieses Beitrages ist es zu zeigen, über welche Wege aus den von der Stiftung geförderten Tagungen und den Interaktionen mit den Tagungspartnern tatsächlich Impulse für die politische Praxis entstehen können und in welcher Weise die Politik auch auf die gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsanstrengungen rückwirkt. Dazu wird unter anderem die Theorie Eduard Heimanns¹ herangezogen, der die Bedeutung sozialer Bewegungen für gesellschaftliche Reformen ins Zentrum seiner Überlegungen zum Übergang vom typischen Kapitalismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem demokratischen Sozialismus als evolutionären Weg stellte. Ähnlich wie Heimann sieht es in heutiger Zeit Richard Freeman² im Zusammenhang mit der Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsstandards. Freeman setzt dabei insbesondere auf die verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten des Internet, die die sozialen Interaktionen und die Wächterfunktion des zivilgesellschaftlichen Engagements befördern könnten. Wenn man Heimann und auch frühen Neoliberalen³ folgt, dann wird jedoch erkennbar, dass diese Möglichkeit nicht voraussetzungslos ist und ohne geeignete *Governance*-Strukturen, ohne zielführende Ordnungs- und Interventionsrahmungen gar ein gegenteiliger, zerstörerischer Effekt eintreten kann. Wie gezeigt werden soll, kann die Arbeit von Stiftungen im Sinne einer humanen Gesellschaft ein Baustein dafür sein, den desaströsen Weg verschließen zu helfen.

Gesellschaftswissenschaften und Politikberatung

In einem mittlerweile reichlich naiv anmutenden Verständnis hat zum Beispiel die Ökonomik als gesellschaftswissenschaftliche Disziplin im weiteren Sinne ihre politische Rolle lange Zeit so verstanden, dass sie über theoretische Analysen und empirische Untermauerungen Wirkzusammenhänge aufzudecken versucht, um daraus Handlungsempfehlungen für die Politik abzuleiten und zu kommunizieren. Der Politik und ihren Akteuren wiederum verbleibt die Aufgabe, im Anschluss im Sinne des „wohlmeinenden Diktators“ die wissenschaftlich fundierten Vorschläge zum Wohle der Gesellschaft umzusetzen. Problematisch an dieser Sicht ist vielerlei: erstens, dass die Interessen, Motive und vermeintliche Handlungszwänge von Politiker_innen ausgeblendet werden, zweitens, dass das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als

1 Heimann, Eduard (1980 / Erstveröffentlichung 1929): Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Mit einem Vorwort von Bernhard Badura. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

2 Vgl. z.B. ein Interview mit Richard Freeman (o.J.): Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=F2CgZGlwxUc> (20.8.2018). Ausführlich dargelegt sind die Argumente in folgendem Buch: Freeman, Richard / Elliott, Kimberly A. (2003): Can Labor Standards Improve Under Globalization? Washington, D.C.: Peterson Institute.

3 Vgl. Horn, Karen (2018): Der Neoliberalismus wird achtzig. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 32 vom 12.08.2018, S. 32.

Einbahnstraße von der Wissenschaft zur Politik gesehen wird und drittens die Unterschlagung der Tatsache, dass konkrete Beratung auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertise stets auf bestimmten wissenschaftlichen Paradigmata beruht und entsprechend die Berater_innen häufig so ausgewählt werden, dass sie im Rahmen ihres Denkschemas „ideologisch bzw. regierungsparteikonforme wünschenswerte“ Empfehlungen geben⁴. Letzteres erweckt den Anschein, als würde der gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnis allein eine Art Feigenblattfunktion zukommen, um intendierte oder schon realisierte politische Maßnahmen zu legitimieren. Besonders deutlich wird das immer dann, wenn Expert_innen zu von der politischen Linie abweichenden Vorschlägen kommen. Eine Expert_innenkommission zum aktuellen Wohnungs- und Mietproblem schlug zum Beispiel vor, die Mietpreisbremse abzuschaffen und auch den sozialen Wohnungsbau nicht wieder zu beleben. Ohne es inhaltlich zu diskutieren: Die politische Reaktion darauf war Expert_innenschelte. Wenn Politiker_innen aber ohnehin völlig überzeugt von bestimmten Wirkungszusammenhängen sind und alles andere wie im vorliegenden Fall als „marktradikalen Unfug“⁵ abtun oder behaupten, jeder (!) wisse doch, dass der Markt keinen bezahlbaren Wohnraum schaffe,⁶ dann braucht es weder Beratung noch Austausch. Austausch würde bedeuten, die gegenseitigen Argumente aufzunehmen, zu diskutieren und zu reflektieren sowie letztlich im wechselseitigen Berücksichtigen von Wirkungszusammenhängen, von Problemanzeigen und empirischer Evidenz Lösungen zu erarbeiten und deren Implementierung vorzubereiten.

Viertens, so kann im Zusammenhang mit der Kritik am naiven Politikberatungsverständnis ergänzt werden, fokussieren die Gesellschaftswissenschaften, speziell die Ökonomik, häufig Einzelphänomene und übersehen in ihrer Beratung durch das elementaristische Herangehen Nebeneffekte, die ebenso politischen Handlungsbedarf auslösen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Hinweis führender Gesundheitsökonom_innen darauf, dass Kopfpauschalen bei der gesetzlichen Krankenversicherung erhebliche Effizienzvorteile generieren und mittelfristig sogar eine Art Bürgerversicherung auf Kosten der privaten Krankenversicherungen hervorbrächten. Der Vorschlag ist, wenn denn die Argumente tatsächlich plausibel sind, politisch so gut wie nicht umsetzbar, solange es das Gerechtigkeitsempfinden breiter Bevölkerungsschichten erheblich verletzt und solange keine kurzfristigen Kompensationen für Niedrigeinkommensbezieher_innen ergänzend den Umstieg flankieren.⁷

Seit geraumer Zeit gibt es einen gewissen Bewusstseinswandel gerade innerhalb der Ökonomik, indem der politische Prozess selbst mit modelliert wird und vor allem, indem inzwischen die Einsicht vorhanden ist, dass Wissenschaft und politische Praxis immer in einem wechselseitigen Verhältnis stehen. Die Foren für diesen Austausch sind allerdings in der Regel auf die selbst schon gefiltert besetzte Arbeit von Kommissionen oder auf spezielle Formate beschränkt. Die spezifischen Intentionen und auch Nachteile solcher Formen der Zusammenarbeit wurden bereits am Beispiel der wohnungspolitischen Beratung durch Kommissionen benannt. Umso verdienstvoller ist es,

4 Besonders prägnant legt dies Gebhard Kirchgässner dar, vgl. Kirchgässner, Gebhard (2015): Sind Ökonomen als politische Berater so gut und neutral wie sie gemeinhin annehmen? In: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik 14, S. 55–82.

5 So Torsten Schäfer-Gümbel gemäß einer Meldung der Westfälischen Rundschau vom 23.08.2018. Online verfügbar unter <https://www.wr.de/politik/beratergremium-gegen-mietpreisbremse-und-sozialwohngen-id215157619.html> (23.08.2018).

6 Mit diesen Worten reagierte die zuständige Ministerin Katarina Barley auf das Gutachten der Kommission, vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/katarina-barley-kritisiert-experten-schelte-fuer-mietpreisbremse-a-1224704.html#ref=nl-dertag> (23.08.2018).

7 Vgl. Breyer, Friedrich (2015): Effizienz und Gerechtigkeit im Gesundheitswesen – eine Design-Herausforderung. In: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik 14, S. 211–234.

wenn dieser Austausch – wie auch der mit anderer als nur der politischen Praxis – durch Stiftungen systematisch befördert wird. Dennoch verbleibt die Frage, wie sich dieser Austausch im politischen Alltag mit all seinen realen oder auch nur wahrgenommenen Zwängen in reale Handlungen umsetzen kann.

Von der Sozialgestalt über soziale Bewegungen zur politischen Handlung

Die Frage nach Wegen zu einer humanen, inklusiven Gesellschaft war im aufkommenden Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert zentral. Bei allen Ansätzen, die einen eher evolutionären Zugang zur Beantwortung wählten, ist für die hier gestellte Frage die Theorie Eduard Heimanns von besonderem Interesse, da er zivilgesellschaftliches Engagement und soziale Bewegungen ins Zentrum seiner Überlegungen stellte.⁸

Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Eduard Heimann (1889–1967) wurde 1919 von der damaligen sozialdemokratischen Räteregierung zum ersten Generalsekretär der Sozialisierungskommission ernannt, die die Verstaatlichung von sogenannten Schlüsselindustrien vorbereiten sollte. 1925 wurde er an die Universität Hamburg auf einen Lehrstuhl für Theoretische und Praktische Sozialökonomie berufen und entwickelte sich zu einem führenden Sozialpolitiktheoretiker. 1933 musste er als Jude und Sozialdemokrat emigrieren. Im Oktober 1933 trat er eine Professur an der New York School for Social Research an. Er blieb bis 1958 an der New School, kehrte aber ab 1948 immer wieder für jeweils längere Zeit nach Deutschland zurück. Nebenher studierte er in den USA christliche Theologie, und er lehrte nach diesem Studium zudem Sozialethik am Union Theological Seminary in New York.

Heimann wird zu den führenden religiösen Sozialisten des letzten Jahrhunderts gezählt. Zwar war er deutlich in die marxistische Tradition eingebunden, er nutzte aber dennoch gewisse liberale Vorstellungen mit einem speziellen Modell des demokratischen Sozialismus, bei dem Arbeiterselbstverwaltungen in Kombination mit einem durchaus optimistischen Blick auf die Leistungsfähigkeit wettbewerblicher Systeme zur Sicherung der materiellen Grundlagen einer Gesellschaft zentrale Elemente waren. Ähnlich wie Alexander Rüstow – als Namensgeber des Begriffs Neoliberalismus im deutschsprachigen Raum – ging es ihm um einen „dritten Weg“ zwischen unreguliertem Kapitalismus und sozialistischer Zentralverwaltung. Heimann war sogar mit Rüstow befreundet, und beide gehörten dem sogenannten Kairos- oder auch Tillich-Kreis an, der als Keimzelle des religiösen Sozialismus zu Zeiten der Weimarer Republik angesehen wird. Sozialistische Gerechtigkeitsideen und christliche Gebote der Nächstenliebe und Fürsorge zu vereinen war Ziel dieses Kreises.

Heimann konnte, wie erwähnt, liberalen Ideen durchaus etwas abgewinnen, aber er vertrat die These, dass durch das feudale Erbe im Übergang zu einem Marktsystem die eigentliche liberale Idee von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Durch Macht- und sehr ungleiche Eigentumsverhältnisse sei es illusorisch gewesen davon auszugehen, dass freie und verantwortungsvolle Individuen in einer Gesellschaft zu einem harmonischen Miteinander finden. Rechtliche Freiheit mag es zwar gegeben haben, aber eben keine soziale Freiheit. Das sei letztlich die Ursache dafür gewesen, dass Arbeiter_innen zum warenäquivalenten Anbieten ihrer Arbeit (überdies auf monopsonistisch organisierten Arbeitsmärkten) gezwungen waren, mit den konkreten Folgen ihrer Verelendung und Verlust an menschlicher Würde und Gemeinschaftlichkeit.

⁸ Vgl. zu den nachfolgenden Ausführungen und weitergehender Literatur insbesondere Kubon-Gilke, Gisela et al. (2018): Gestalten der Sozialpolitik. Theoretische Grundlegungen und Anwendungsbeispiele. Marburg: Metropolis, Kap. 4.2.2.7.

Den Weg zum demokratischen Sozialismus sieht Heimann als evolutionäre Abfolge. Die Idee des Liberalismus habe sich geradezu pervertiert in einen für Arbeiter_innen unfreien Kapitalismus. Diese Unfreiheit und Ungerechtigkeit habe soziale Ideen genährt und dadurch soziale Bewegungen initiiert. Gerade das Freiheitsideal sieht Heimann unmittelbar als Ergebnis liberaler Denktraditionen, die sich in den Köpfen verankert hätten, aber konkret durch die quasi-feudalen Startbedingungen des Kapitalismus verhindert wurden. Sozialpolitik sieht er als Antwort auf die Stärke der sozialen Ideen – er nennt sie auch Sozialgestalten – und sie münden seiner Ansicht nach in eine Art dialektischen Prozess: Einerseits stützen die Reformen den Kapitalismus, indem sie durch „Nachgeben“ revolutionäre Bestrebungen verhindern, aber mit den Reformen drängen sie den Kapitalismus gleichsam auch zurück. Sozialpolitik ist für Heimann stets ein Herrschaftsabbau zu Gunsten der Beherrschten. Die Dialektik im Sinne gleichzeitigen Stützens und Zerstörens des kapitalistischen Systems zeige sich in einem konservativ-revolutionären Doppelwesen der Sozialpolitik. Heimanns Vision sah so aus, dass er als Weg zu einem demokratischen Sozialismus mit Wettbewerbselementen eine Abfolge von sozialen Ideen über soziale Bewegungen bis hin zu Manifestationen in sozialpolitischen Setzungen unterstellte. Sozialpolitische Regelungen wiederum würden die sozialen Ideen weiter stärken und erweitern. Zum Schluss würde sich die Gesellschaft wandeln. Genossenschaften, arbeiterselbstverwaltete und analoge Formen sozialisierten Unternehmenseigentums würden zum Schluss auf Märkten agieren.

Interessant sind die Ausführungen Heimanns zu der Frage, wie denn genau die sozialen Ideen entstehen und wie sie in sozialen Bewegungen münden, die dann den notwendigen politischen Druck für Reformen aufbauen.⁹ Konkret sieht er die dominante Leitidee von Freiheit und Arbeitswürde als „Sozialgestalt“. Daraus habe sich erst die Arbeiterbewegung entwickeln können. Auch wenn Heimanns Weg sehr optimistisch klingt und auch wenn sich der tatsächliche Pfad anders als von ihm vermutet entwickelt hat, so erwähnt er doch selbst, dass solche leitenden Sozialgestalten wandelbar oder multistabil sind, sie hängen an gesellschaftlichen Kategorien, an wissenschaftlichen Paradigmata und Denkmustern, und die jeweils prägnanteste Gestalt kann sich durchsetzen und zur starken sozialen Bewegung werden. Dass dabei vom Grundsatz her auch nationalistische, diskriminierende und generell totalitäre Entwürfe zumindest denkbar sind, erwähnt Heimann nicht, es kann aber aus seinen Ausführungen geschlossen werden. Die evolutionären Pfade sind damit keineswegs zwangsweise in Richtung auf eine humane und inklusive Gesellschaft gerichtet. Also stellt sich die Frage, ob und wie durch konstruktive Austausche zwischen Wissenschaft und Politik die Pfade zumindest in diese Richtung beeinflusst werden können.

Die Rolle der Stiftungen für Dialog und politisches Handeln

An dieser Stelle wird nun die Arbeit einer Stiftung bedeutsam, die sich der Entwicklung einer humanen Gesellschaft verschreibt, indem sie den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaft und der Praxis befördert. Auch wenn es durch Tagungen und andere Diskussionsforen nur kleine Zutaten für einen solchen konstruktiven Dialog sind: Wissenschaftliche Erkenntnisse, multiparadigmatische Ansätze im Widerstreit können neue Leitideen hervorbringen und auch Wege zur Umsetzung aufzeigen. Diese dürfen aber nicht in den Wissenschaften allein verhaftet bleiben, sie müssen vielmehr im Wechselspiel mit Politik und Gesellschaft diskutiert und geschärft werden. Dies unterstützt zum Beispiel die Schader-Stiftung durch ihre vielfältigen Aktivitäten und Kooperationen.

9 Vgl. dazu Heimann, Eduard, Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik, a.a.O., S. 148 ff.

Wenn nun diese neuen (humanen) sozialen Ideen hinreichend Prägnanz erlangen und in die gesamte Gesellschaft hinein kommuniziert werden können, gibt es zumindest eine Chance auf eine entsprechende soziale Bewegung, die die politisch Verantwortlichen zu entsprechenden Maßnahmen veranlasst. Um nicht in unerfüllbare Utopien abzugleiten, ist dabei aber auch immer eine konkrete Inzidenzanalyse zur Abschätzung von Effizienz- und Verteilungseffekten notwendig, das heißt ohne sozialwissenschaftliche Erkenntnis könnten ansonsten auch rein illusionäre Gedanken mit fatalen Umsetzungskonsequenzen genährt werden.

Die notwendigen Formate zum Austausch zwischen Wissenschaft und Politik / Gesellschaft sind vielfältig und können nicht schematisch abgearbeitet werden. Gesellschaftswissenschaftliche Ansätze müssen entwickelt werden und sich im Diskurs heterodoxer Ansätze bewähren. Dazu muss nicht zwangsläufig in allen Phasen die Praxis eingebunden werden. Dann aber muss der Elfenbeinturm auch verlassen werden, und konkrete Folgen für die politische, berufliche und gesellschaftliche Praxis sind zu diskutieren. Nach eventuell einigen Prozessschleifen, bei denen unter anderem die Praxis mit neuen Fragen an die Wissenschaft zur Revision oder Schärfung von Theorien und deren normativen Grundlagen verhilft, bleibt zum Schluss die Kommunikationsfrage. Solange die Idee beziehungsweise Sozialgestalt in einem engen Zirkel verbleibt, kann sie keine Kraft für eine soziale Bewegung entfalten. Publikationen (Bücher, Broschüren, Zeitschriftenbeiträge, Interviews), die Gründung von Initiativen und auch Tagungsreihen zu einem entsprechenden Oberthema wie Menschenwürde oder Würde der Arbeit können die Öffentlichkeit erreichen, und die modernen digitalen Medien können als neue Formen der Kommunikation angesehen werden, die die Möglichkeiten zur Verbreitung von Ideen potenzieren.

Darauf genau setzt Richard Freeman, der als international renommierter Arbeitsmarkttheoretiker stets die Würde der Arbeit ins Zentrum seiner Analysen stellt und vor allem im Zusammenhang mit Arbeitsstandards bei als prekär bezeichneter Arbeit insbesondere im Kontext sogenannter Entwicklungsländer der Ansicht ist, dass nur soziale Bewegungen, verändertes Konsumverhalten unter anderem Verbesserungen der Standards auslösen werden.¹⁰ Zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Organisationen und auch die Wissenschaften bekommen bei ihm eine Art Wächterfunktion. Wenn Verfehlungen oder Missachtung elementarer Standards immer wieder und schnell Empörung hervorrufen, die sogar wirtschaftliche Nachteile für Unternehmungen mit sich bringen, könne es möglich werden, dass ein ähnlicher wie von Heimann beschriebener Weg zu einer humaneren Arbeitswelt besritten werde. Gerade das Internet sieht Freeman als geeignetes Medium zur schnellen Verbreitung entsprechender Informationen und als Sammelbecken für soziale Bewegungen an.

Dass die digitale Welt solche prinzipiellen Möglichkeiten zur Förderung humaner, inklusiver Gesellschaften grundsätzlich eröffnet, ist nicht zu bestreiten. Dennoch kann auch ein anderer Weg besritten werden, indem die Internet-Nutzer_innen häufig nur noch mit gefilterten Informationen versorgt werden, die stets nur ein bereits vorhandenes Weltbild und Ideal nähren, alternative Sichtweisen aber ausblenden. Über solche gefilterten Informations- und Deutungsbahnen kann es eher zu multiplen Sozialgestalten kommen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass sich antidemokratische, totalitäre und intolerante soziale Ideen als besonders stark herausstellen:

„[Die Digitalisierung] verändert Werte und Normen, und sie hat Einfluss darauf, wie wir überwiegend Politik wahrnehmen und welche Aufgaben wir ihr zuschreiben. Es ist

¹⁰ Vgl. Freeman, Richard/Elliott, Kimberly A., Can Labor Standards Improve Under Globalization? A.a.O.

ein altes demokratietheoretisches Thema, dass Demokratie eine bestimmte Einstellung zur Politik benötigt, in der Problemlösung und Rücksicht auf Minderheiteninteressen zentral sind. Wenn sich hingegen Politik als reiner Kampf darstellt (Gut gegen Böse, Inländer_innen gegen Ausländer_innen, Ethnien gegeneinander, Religionen gegeneinander, reiner Verteilungskampf), dann geht es um die bloße Durchsetzung eigener Verteilungsinteressen oder ideologischer Positionen. Setzt sich die zweite Sicht durch, wird entweder politische Abstinenz derjenigen erfolgen, die sich im Verteilungskampf als chancenlos einschätzen, oder extremistische Positionen werden geschürt. Die jetzigen Informationsplattformen begünstigen den zweiten, demokratiezerstörenden Weg, indem sie unter anderem über sogenannte Filterblasen eigene ideologische Positionen oder Thesen über die Niedertracht etablierter Politiker_innen und Parteien stärken und keine Gegenpositionen oder Politikalternativen anbieten. Sollte sich dieser Trend fortsetzen und sich keine starke, nach Humanität strebende soziale Gegenbewegung etablieren, ist letztendlich nicht nur eine humane Arbeitswelt in Frage gestellt, sondern eine humane Gesellschaft insgesamt.“¹¹

Bereits seit den dreißiger Jahren ist die Frage nach der Gefahr des Abgleitens in totalitäre Regimes zentral für diejenigen selbsternannten Neoliberalen gewesen, die zu ähnlichen Diagnosen wie Heimann zum Scheitern des reinen Liberalismus kamen und einen starken Staat zur Verhinderung von Machtkonzentrationen sowohl politisch als auch wirtschaftlich einforderten.¹² Sie hatten starke Ansprüche an Demokratie und staatliches Handeln und betonten immer wieder, dass das rein formale demokratische Mehrheitsprinzip keine Absicherung gegen mehrheitlich gewählte Tyrannei bietet. Ähnlich, wie sie einen sehr strikten Ordnungsrahmen für Märkte zur Verhinderung von Marktmacht forderten, sahen sie es als zwingend notwendig an, dass die Politik in einem zustimmungsfähigen allgemeinen Rechtsrahmen agiert, in dem zulässige Abstimmungsbereiche definiert sind und die Privatsphäre der Individuen weitgehend geschützt ist.

Entsprechende Ordnungspolitik, so schwierig sie in Zeiten der Globalisierung durch nationalstaatliche Politik auch implementierbar sein mag, kommt nicht ohne entsprechenden Ordnungs- und eventuell genau definierten Interventionsrahmen auch für die digitalen Medien aus. Sollte das gelingen, ist auch eine etwas optimistischere Sicht im Hinblick auf eine humane Gesellschaft möglich, da sich dann die Netzwerkarbeit aller Stiftungen, Initiativen, Bündnisse und anderer nicht nur leichter bündeln lässt, sondern in einem offenen Informationszugang ohne Vorsortierungen – zum Beispiel die deutlich empfundenen Ungerechtigkeiten im Hinblick etwa auf prekäre Arbeitsverhältnisse, auf die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung – sich über die Zivilgesellschaft umsetzungsfähige und freiheitssichernde soziale Ideen generieren lassen, die dann mit immer mehr Druck auf die Politik letztlich Systemanpassungen hin zu einer humaneren Gesellschaft nach sich ziehen. Ein zu mächtiger Staat, dem der notwendige Ordnungsrahmen fehlt, ist dabei selbst auch ein Gefahrenherd. Das sieht man bereits jetzt an den Bestrebungen und Modellversuchen in China, ein Sozialkreditsystem aufzubauen und dabei alle verfügbaren Informationen von der Zahlungsmoral bis hin zum Überqueren einer Straße bei roter Ampel zu nutzen, um darüber mit Belohnungen und Strafen die Menschen zu politisch gewünschtem Verhalten zu zwingen.¹³

11 Kubon-Gilke, Gisela / Emanuel, Markus / Gilke, Claus / Kirchhoff-Kestel, Susanne / Schlosser, Simone / Vilain, Michael (2018): Bits und Bytes ade? Wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen der Digitalisierung und Folgen für eine humane Arbeitswelt. Manuskript. Evangelische Hochschule Darmstadt, S. 31.

12 Vgl. Kubon-Gilke, Gisela et al., Bits und Bytes ade? Ebd., Kap. 6.4; sowie Horn, Karen, Der Neoliberalismus wird achtzig, a.a.O.

13 Vgl. Siemons, Mark (2018): Chinas Sozialkreditsystem. Die totale Kontrolle. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung – Debatten. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/chinas-sozialkreditsystem-die-totale-kontrolle-15575861.html> (27.08.2018).

Für Stiftungen, die sich der Förderung inklusiver Gesellschaften verschreiben, stellt sich deshalb die Frage, ob es nicht gerade die ordnungspolitischen Voraussetzungen sind, die neben allen Skandalisierungen spezieller gesellschaftlicher Entwicklungen und dem Austausch zu diesen Problemen regelmäßig zum Gegenstand von Tagungen gemacht werden sollten.

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, geboren 1956, ist seit 1998 Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen, ihre Promotion und Habilitation erfolgte an der Technischen Universität Darmstadt. Darauf folgten eine Gastprofessur an der Goethe-Universität Frankfurt am Main sowie eine Vertretungsprofessur an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Themen ihres Arbeitsbereichs und ihrer Forschung sind unter anderem Normative und Ethische Grundfragen der Ökonomie, Analysen des Arbeitsmarktes, Bildungsökonomie, Armut und Unterversorgung sowie Reformen des Sozialstaats. Gisela Kubon-Gilke gehört seit 2018 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

Dialog von seinen Grenzen her denken

Orientierungspunkte in Zeiten autoritärer Bedrohungen

Vom Streit zum Dialog

Bereits zur Wende zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert wurde die Produktivität des Streits beschrieben, wobei dieser vor allem als Konkurrenz begriffen wurde.¹ Zwar sind Konflikte nicht angenehm, sie tragen aber zum gesellschaftlichen Fortschritt bei, da Lösungen im gegenseitigen Austausch gefunden werden. In der Nachkriegszeit entwickelte sich dann das Paradigma der Konsensorientierung.² Mittlerweile wird wieder verstärkt auf die Produktivität des Streits verwiesen. Hier wird aber die Bedingung zugrunde gelegt, dass Streit per se nicht hilfreich ist, sondern in eine Streitkultur eingebettet sein sollte, bei dem Dialogverfahren das zentrale Mittel sind. Bei Simmel war dies beispielsweise das Rechtssystem mit dem absoluten, weil emotionslosen und rein sachbezogenen Gerichtsverfahren. Spätere Autoren haben unter anderem den Tarifstreit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ebenfalls in dieser Traditionslinie gedeutet und untersucht.³ Demnach steht nicht der Konfliktgegenstand im Mittelpunkt des Interesses, sondern der Deutungsrahmen von Konflikt, mitsamt Regeln für alle Diskursteilnehmer, beispielsweise bei der Entwicklung Deutschlands vom Einwanderungs- zum Integrationsland. Eine Streitkultur, welche dies ermöglicht, hätte das Zeug zur Leitkultur.⁴ Die Formel ist leicht und hoffnungsvoll: Je mehr Konflikt, desto besser für eine Gesellschaft, denn das bedeutet, dass mehr Gruppen integriert sind und mitbestimmen wollen, denn die neue Diversität erzeugt Reibungspunkte über vermeintlich feste Regeln.⁵ Unklar bleibt aber die Rolle von Stimmungen für Findungsprozesse gesellschaftspolitischer Herausforderungen und muss es auch durch ihre irrationale Natur bleiben.⁶

Neben informellen Aushandlungen⁷ ist Dialog ein üblicher Weg, Einigkeit in einem konfliktreichen Feld zu erzeugen oder sich zumindest respektvoll die Meinung zu sagen. Dialog kann vom Wortstamm her als Zwiegespräch übersetzt werden. Demnach findet dieser zwischen zwei Parteien statt, welche in einen wechselseitigen kommunikativen Prozess eingebunden sind. Darüber hinaus gibt es keine eindeutige definitorische Festlegung, sondern eher prozessbezogene Beschreibungen. Gemein ist allen Annäherungen, dass Dialog ein vielschichtiger Prozess ist, der über die typische Vorstellung eines Gesprächs oder eines Gedankenaustauschs hinausgeht, da in ihm

Der Aufsatz geht auf zahlreiche Gespräche mit Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer zurück, dem ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte. Siehe aktuell auch: Heitmeyer (2019): *Autoritäre Versuchungen*.

1 Simmel, Georg (1908): *Der Streit*. In: Rammstedt, Otthein (Hrsg.): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Band 11 der Gesamtausgabe. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 284–382. Weber, Max (2006). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Paderborn: Voltmedia.

2 Gabriel, Oscar W. (1991): *Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie: Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz*. In: Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hrsg.): *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 371–396.

3 Dahrendorf, Ralf (1959): *Class and Class Conflict in Industrial Society*. London: Routledge.

4 Siehe dazu das Interview mit Aladin El-Mafaalani: *Integration? Gelingt in Deutschland besser als je zuvor*. Online verfügbar unter Spiegel Online vom 27.07.2018, <http://www.spiegel.de/plus/soziologe-aladin-el-mafaalani-streitkultur-ist-die-beste-leitkultur-a-00000000-0002-0001-0000-000158616315> (11.09.2018).

5 El-Mafaalani, Aladin (2018): *Das Integrationsparadoxon*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

6 Bude, Heinz (2016): *Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen*. München: Carl Hanser.

7 Hüttermann, Jörg (2017): *Flüchtige Begegnungen – Ausweichinteraktionen – Konflikte*. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) e.V.

eine umfassende Bandbreite menschlicher Erfahrungen, tiefsitzender Wertvorstellungen, intensiver Emotionen und Denkmuster verwurzelt ist.⁸ Bei einem Dialog werden gegenseitig Meinungen erkundet, wobei die Subjektivität des Gegenübers respektiert wird. Dadurch wird der Andere immer zum Prüffeld des Eigenen – und das in einem reziproken Verhältnis. Man ist bereit, in einem Gespräch voneinander zu lernen oder die Perspektive des Gegenübers zumindest in Gänze zur Kenntnis zu nehmen.

Demokratien kennen Dialoge zum Beispiel in Wahlkämpfen, wie Town Hall Meetings in den USA, oder Wahlkampfständen in deutschen Fußgängerzonen. Aber auch Talk-Shows oder Bürgerbeteiligungsverfahren sind Ausdruck dafür, dass Meinungen und Perspektiven in einem kommunikativen Prozess zusammengebracht oder zumindest angehört werden sollten. Getreu dem Motto „Wir können zwar nicht alle gleichzeitig sprechen, aber singen“ scheint es, dass je vielfältiger die Melodie einer Diskussionsrunde ist, desto gehaltvoller ist auch die Tragkraft des erzielten Dialogergebnisses, selbst wenn es mehr Differenzen als Einigkeit dokumentieren sollte. Eine solche prinzipielle Offenheit ist ein demokratischer Wert für sich. Doch ist auch festzustellen, dass Dialog Grenzen hat, die es zu kennen gilt, um die produktive Kraft des Dialogs nutzen zu können.

Um Grenzen des Dialogs soll es im Folgenden gehen. Ziel ist es, die relationalen Konturen der konstruktiven Kraft des Dialogs zu skizzieren. Dafür wird auf zwei Aspekte besonders eingegangen. Im anschließenden zweiten Abschnitt wird die Auswahl von Dialogpartnern besprochen, wodurch es automatisch zu Grenzziehungen gegenüber Gruppen oder Meinungen kommen muss. Daraus werden auch Koordinaten einer Dialogauswahl skizziert. Im dritten Abschnitt werden die Wirkungsgrenzen von Dialog besprochen, vor allem mit Bezug auf den Diskurs. Das abschließende Fazit zieht Folgerungen für die Praxis des Dialogs.

Grenzen setzen: Bedrohter Dialog – bedrohlicher Dialog?

Die wohl größte Herausforderung des Dialogs ist die *Auswahl von Dialogpartnern* und die schon fast unmögliche Frage, ob es hier überhaupt Grenzen geben darf. Das radikaldemokratische Prinzip ist, wer mitredet, bestimmt auch mit, und das sollten am besten alle. Diese einfache Formel liegt auch dem Dialog zugrunde, und in einem demokratischen Gemeinwesen haben (fast) alle das Recht und die Möglichkeit mitzureden, und das Gewicht ihrer Meinungen wird dabei als gleichwertig betrachtet. Daher muss die Überlegung, wer als Dialogpartner ausgewählt wird, mit Bedacht getroffen werden, da eine Auswahl grundsätzlich auch einen Ausschluss bedeutet. Relativ einfach ist eine solche Standortbestimmung in Bezug auf Extremisten. Dass salafistische Hassprediger mit deutschen Spitzenpolitikern in abendlichen Talkshows sitzen, gilt als ausgeschlossen. Ebenso ist es fragwürdig, ob gewaltbereite Linksextremisten zu Dialogveranstaltungen über Wirtschaftsfragen eingeladen werden sollten oder Rechts-extreme, wie die Partei „der Dritte Weg“, genauso zu gesellschaftspolitischen Themen gehört werden sollten, wie zweifelsfrei den demokratischen Grundsätzen verpflichtete Parteien. Offener Dialog verlangt demnach von seinen Teilnehmern die Wertschätzung der Meinung des Anderen. Paradoxerweise kann in solchen Extremfällen Dialogverweigerung zugleich zu einem Mittel der Demokratiebewahrung werden.

Während die Entscheidung für oder gegen einen Dialog mit Vertretern extremer Positionen noch einfach zu treffen ist, wird die Abgrenzungsrechtfertigung weniger eindeutig, wenn das offensichtlich menschenfeindliche Spektrum verlassen wird. Der aufkeimende Rechtspopulismus mit seinem autoritären Duktus stellt einen solchen

⁸ Bohm, David (2008): Der Dialog. Das offene Gespräch am Ende der Diskussionen. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 9.

Grenzfall für Dialog in Demokratien dar und das aus drei Gründen. Erstens erfahren vor allem rechtspopulistische Parteien und Plattformen, wie die AfD oder Pegida, verstärkten *Zuspruch in relativ großen Teilen der Gesellschaft*. Daher ist es fragwürdig, ob circa 15% bis 20% der wahlberechtigten Bevölkerung beziehungsweise ihrer Vertreter vom Dialog ausgeschlossen werden sollten oder dürfen. Die schiere Größe scheint dies zu verbieten und bereits den Gedanken ad absurdum zu führen, insbesondere, weil deren Anhängerschaft in einigen Regionen Deutschlands, wie zum Beispiel dem Freistaat Sachsen, Mehrheiten darstellen.⁹ Ein solcher Ausschluss kann sogar als gefährlich für eine Demokratie gesehen werden, weil dadurch große Teile der Bevölkerung nicht mehr an vorparlamentarischen Meinungsbildungsprozessen beteiligt oder vertreten werden würden.

Zweitens finden sich gegenüber dem (Rechts)Populismus *wenige programmatische Ausschlusskriterien*, da sich dieser ereignis- und stimmungsgesteuert wandelt. Die Stärke des Populismus ist es, Stimmungen in der Bevölkerung aufzunehmen, zuzuspitzen und zu kanalisieren. Populisten werben nicht mit eigenen festgelegten Überzeugungen oder ausgefeilten Programmen um die Wählergunst, sondern mit erspürten Einzelthemen. Diese ideologische Flexibilität führt wiederum dazu, dass extremistische Elemente nicht eindeutig zu identifizieren sind.¹⁰ Es handelt sich schlichtweg nicht um ein geschlossenes Weltbild, sondern um einige nur lose verbundene, aber rhetorisch kompatible Normen wie Law-and-Order¹¹ und rassistische Überzeugungen¹², welche in einer Ideologie der Ungleichwertigkeit wurzeln.¹³ Doch selbst hier findet sich ein weites Spektrum an Facetten innerhalb des Spitzenpersonals rechtspopulistischer Parteien und ihrer Anhängerschaft. Ein kategorischer Ausschluss aufgrund der Staatsfeindschaft, wie etwa bei salafistischen Hasspredigern, scheint in Anbetracht der inneren Pluralität und Flexibilität rechtspopulistischer Gruppierungen demnach nicht eindeutig gerechtfertigt zu sein.

Drittens würde durch eine Dialogverweigerung die Chance vertan, Meinungen zu beeinflussen und demnach extremeren Gruppierungen die Wählerschaft durch Vernunft und Rationalität streitig zu machen. Die Kernüberzeugung des demokratischen Wettbewerbs ist es, durch Diskussion Mehrheiten zumindest perspektivisch verändern zu können, ansonsten hätten zum Beispiel parlamentarische Debatten keinen Wert. Basierend auf dieser aufklärerischen Idee, dass die beste Idee zugleich auch den höchsten Zuspruch erfährt, dürfte demnach kein kategorischer Ausschluss aus Dialogprozessen stattfinden, da sonst auch der *Weg der Selbsterkenntnis versperrt* wäre. Allerdings wissen wir, dass Meinungsbildung in politischen Debatten nicht vollends rational ist, sondern auf Emotionen, politischer Sozialisation und aktuellen Lebensbedingungen fußt.¹⁴

Angesichts der selbstaufgelegten prinzipiellen Offenheit von Dialog gegenüber Dialogpartnern, welche nicht eindeutig dem extremistischen Spektrum angehören, ergibt sich zwangsläufig das Dilemma, ob Dialog zu einem Mittel umfunktioniert werden kann, demokratische Normen, wie die Nicht-Diskriminierung von Gruppen, auszuhöhlen.

9 Bei der Bundestagswahl 2017 vereinigte die rechtspopulistische AfD 27,0% der Zweitstimmen im Freistaat Sachsen auf sich und wurde dadurch stärkste Kraft.

10 Lewandowsky, Marcel / Giebler, Heiko / Wagner, Aiko (2016): Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. In: Politische Vierteljahresschrift, 57(2), S. 251.

11 Zick, Andreas / Küpper, Beate / Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz, S. 109.

12 Schröder, Martin (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. In: SOEPPapers 975.

13 Heitmeyer, Wilhelm (2019): Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.

14 Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45.

Eindeutigkeit besteht in diesem Punkt nicht, da es auf das jeweilige Dialogformat ankommt. Grundsätzlich sind offene, das heißt relativ unmoderierte und thematisch eher generell gehaltene Formate anfälliger dafür, dass auch demokratiegefährdende Botschaften Verbreitung finden.¹⁵ Folglich ist eine Annäherung an die Grenze zum Ausschluss umso ferner, je strukturierter und thematisch fokussierter Dialogformate sind. Diese Koordinaten, das konkrete Format und der thematische Rahmen, sollten demnach in die Abwägung von Dialogangeboten und -partnern mit einbezogen werden, wobei klar sein muss, das Erkennen einer Grenze bedeutet auch, diese als Bereitschaft zu interpretieren, damit gegebenenfalls ein Ausschlusskriterium zu definieren.

Grenzen finden: Die Wirkung von Dialog verstehen

Während die Grenzfindung gegenüber Dialogpartnern entlang formatbezogenen, thematischen und in letzter Konsequenz gesetzlichen Regelungen verläuft, ist dies weniger klar definiert, wenn auf die Wirkung von Dialog abgezielt wird, denn auch diese verläuft in Grenzen. Dialog ist in erster Linie ein Prozess der kommunikativen Meinungsbildung und des Austauschs und streng genommen eine Methode zur Kenntnisnahme einer teils anderen Perspektive und Bewertung zu einem geteilten Interessengegenstand. Dass damit Meinungen oder Einstellungen verändert werden, ist nicht garantiert.

Um die Möglichkeit und Grenzverläufe der Wirksamkeitsentfaltung von Dialog zu skizzieren, ist es hilfreich, ihn als Element des Diskurses zu betrachten.¹⁶ Zur Diskurstheorie gibt es eine Fülle von Arbeiten, die sich aber in ihren Grundüberlegungen decken: Diskurs setzt sich aus zahlreichen kommunikativen und interpretativen Akten zu einer Themenfamilie zusammen und wird prozessual charakterisiert. In eher kritischen Ansätzen wird davon ausgegangen, dass Diskurs durch Machtdifferenziale strukturiert ist, welche zwar konstruiert sind, aber, anders als bei Dialog in der Auseinandersetzung, nicht verringert werden.¹⁷ Wirkmächtig wird Diskurs durch die von ihm bestimmte Bewertung von Informationen in einem zeitgeschichtlichen und ortsbezogenen Kontext. Hierzu werden einzelne Begriffe und die innewohnenden Implikationen öffentlich diskutiert und teils umgedeutet. Das wohl berühmteste Beispiel ist die Umdeutung des Terminus „fanatisch“ im Nationalsozialismus, wie sie Klemperer beschreibt.¹⁸ Durch die positive Konnotation beziehungsweise Verknüpfung mit anderen Attributen wie helden- oder tugendhaft wird nicht nur die Bewertung des Wortes umgedeutet, sondern Fanatiker auch zu etwas Vorbildhaftem. Das bedeutet, dass in einem Diskurs Attribute miteinander verknüpft werden können, selbst wenn dies nur kommunikativ passiert und nicht objektiv vorhanden ist. In Deutschland erkennen wir beispielsweise, dass Repräsentanten der AfD in ihrer medialen Kommunikation die Wörter „Messer“ und „Migration“ in der Konnotation einer Täterschaft miteinander verknüpfen. Eine Prüfung der Behauptungen ist kaum möglich, da in der polizeilichen Kriminalstatistik „Messer“ noch nicht lange genug und auch noch nicht flächendeckend als Tatwaffe gesondert erfasst werden.

Genau hier befindet sich die Nahtstelle, bei der Dialog Wirkung entfalten kann oder eben auch nicht, und das in zweierlei Weise. Zum einen wird Dialog vor allem dann wirksam, wenn er sich noch in Diskursverläufen bewegt, in denen es einen Aushandlungsgegen-

15 Siehe z.B. Glorius, Birgit / Schondelmayer, Anne-Christin / Dörfel, Robinson (2018): „Wandel durch Annäherung“? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen. In: *Flucht-Migration und gesellschaftliche Transformationsprozesse*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 111–139.

16 Habermas, Jürgen (1995): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

17 Foucault, Michel (1974): *Die Ordnung der Dinge: Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

18 Klemperer, Victor (1998 / Erstveröffentlichung 1947): *LTI – Notizbuch eines Philologen*. Berlin: Aufbau.

stand gibt. Beispielsweise ist es zurzeit ausgeschlossen, einen Dialog darüber zu führen, ob es einen Klimawandel gibt. Hier kann an keine allgemein anerkannte Argumentationslinie angeknüpft werden, die dem widerspricht, sodass eine Gegenposition normativ kaum Anerkennung finden kann. Demnach ist die *gesellschaftliche Aushandlungsmöglichkeit des Dialoggegenstandes* eine Grenzmarkierung der Wirksamkeit von Dialog.

Zum anderen können in der diskursbezogenen Mikroveranstaltung eines Dialogs die Grenzen des Sagbaren verändert werden, was einerseits perspektivische Grenzen erweitert, andererseits humanistischen Grundwerten entgegenstehen kann. Ein Konzept einer solchen Diskursverschiebung ist das der *Overton Windows*. Das aus der amerikanischen Politikwissenschaft stammende Konzept wurde am Think-Tank Mackinac Centers von Joseph P. Overton entwickelt und beschreibt, dass es ein Möglichkeitsfenster politischer Entscheidungen gibt, welches zwischen politischen Polen, wie Konservatismus und Liberalismus, liegt. Ist ein Argument innerhalb dieses Fensters zu verorten, ist die Umsetzung der politischen Idee möglich. Seine Erklärungskraft gewinnt das Konzept dadurch, dass die Festlegung dieses Fensters im politischen Diskursraum nicht als starr angesehen wird, sondern sich ausdehnen und verschieben kann. Vom Zentrum des Möglichkeitsfensters gesehen gibt es immer Ideen und Konzepte, die außerhalb dessen liegen, welche skaliert bis hin zu radikal und unsagbar sind. Das Overton Window kann sich verschieben, indem man das Unsagbare fordert und dadurch einen Tabubruch im Diskurs erzeugt. In der Folge werden alle anderen Ideen in der Diskussionsrichtung, welche zuvor als radikal angesehen wurden, relativiert und als Konsensgegenstand denkbar. In der Sozialpsychologie kennt man dies als *Door-in-the-Face Technique*, wonach viel gefordert wird, um überhaupt etwas zu erreichen.¹⁹ Mit einer solchen Veränderung geht auch die normative politische Verortung von Spitzenpolitikern einher. Wer gestern noch „rechtsaußen“ angesehen wurde, kann heute oder morgen schon als „Mitte“ wahrgenommen werden, ohne dass sich ihre oder seine Ansichten verändert hätten.²⁰

Eine der Antriebsfedern einer Diskursverschiebung ist Dialog. Denn in einem Dialog muss die Position des Gegenübers ernst genommen werden, sonst würde man sich nicht auf den Austausch einlassen. Hier bietet sich eine öffentliche Bühne für die Wiederholung von Informationen, ob sie nun zutreffen oder nicht. Dass dies mit Risiken verbunden ist, zeigen Hasher et al., die den sogenannten *truth-effect* nachgewiesen haben.²¹ Der Effekt besteht darin, dass eine dauerhaft wiederholte Information als wahr anerkannt wird, selbst wenn sie objektiv falsch ist. Durch Diskurs werden demnach kollektive Meinungsbildungsprozesse beeinflusst, die auch im Dialog ihren Widerhall finden. Dabei haben Falschmeldungen und Emotionalisierung den Effekt, dass sich die Grenzen des Sagbaren und damit der politischen Alternativen verschieben, indem sie dauerhaft in kommunikativen Prozessen, wie zum Beispiel öffentlichen Dialogveranstaltungen, wiederholt werden.

Doch ist eine Normalitätsveränderung nicht alleine auf den politischen Raum bezogen, sondern findet auch Widerhall in der Alltagswelt von Menschen, so beim Zusammenleben in Städten. Am Beispiel Bautzen wurde herausgearbeitet, dass eine Normali-

19 Cialdini, Robert B. et al. (1975): Reciprocal Concessions Procedure for Inducing Compliance: The Door-in-the-Face Technique. In: Journal of Personality and Social Psychology, 31(2), S. 206–215.

20 Siehe zum Overton Window auch: <http://debate-debate.com/2017/10/04/verschiebung-des-sagbaren-das-overton-window> (12.09.2018).

21 Hasher, Lynn / Goldstein, David / Toppino, Thomas (1977): Frequency and the Conference of Referential Validity. In: Journal of Verbal Learning and Verbal Behavior, 16(1), S. 107–112. Siehe auch: Koch, Thomas / Zerback, Thomas (2011): Wiederholung und Wahrheit. Wie die mehrmalige Präsentation politischer Slogans die Einschätzung ihrer Glaubwürdigkeit beeinflusst. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 59(4), S. 487–504.

tätsverschiebung ein spezifisches gewaltbezogenes Klima gegenüber Geflüchteten und ihren Unterstützern erzeugt hat, was bis hin zur Legitimation von Gewalt von Deutschen gegenüber Geflüchteten reichte (niemals umgekehrt!). Im Erleben Geflüchteter, als sozial herabgesetzte Gruppe in einer raumerzeugten Konfliktordnung, präsentiert sich die Stadt damit als *feindseliger Ort*.²² Raumbezogene Untersuchungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit²³ oder gesellschaftlichem Klima²⁴ weisen in eine ähnliche Richtung, wobei hier mehr Einstellungen als tatsächliche Handlungen im Fokus stehen. Es ist demnach nicht nur das Sagbare, was sich verschiebt, sondern auch das Machbare, was mitunter einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenstehen kann.

Damit ist die Rolle von Dialog in solch krisenhaften Zuständen ambivalent. Einerseits kann Dialog ein Mittel zur Krisenintervention sein, um Eskalationsspiralen zu unterbrechen²⁵, andererseits kann Dialog dazu beitragen, denen Öffentlichkeit zu verschaffen, welche die Grenzen des Sagbaren-, und in der Konsequenz des Machbaren verschieben. Auch hier ist das Beispiel der Oberlausitz heranzuziehen. Im September 2018 fand in Bautzen die Veranstaltung „Politik im Hof“ statt, zu der, neben Politiker*innen, auch ein Unternehmer zu einer Podiumsdiskussion eingeladen wurde, welchem von mehreren Seiten eine Nähe zur Reichsbürgerbewegung unterstellt wird. Der Hintergrund ist, dass er durch sein karikatives Engagement eine Plattform mitermöglicht, bei der reichsbürgernahe Gruppierungen werben sowie Vertreter der verschwörungstheoretischen Szene Vorträge in einem intellektuell anmutenden Rahmen halten konnten. Diese unterstellte Nähe zu einer insgesamt sehr heterogenen, aber allesamt staatsfeindlichen Gruppierung wurde nicht abschließend geklärt.²⁶ Dabei ist es nicht alleine entscheidend, ob dies zutrifft, sondern, dass in einer solch unklaren Situation auch ein aktiv ablehnendes Verhältnis zum Staat vermeintlich salonfähig gemacht wird, indem die Thematik einen prominenten Platz in einer Dialogveranstaltung erhält. Denn eine Voraussetzung für Dialog ist, die Meinung des Gegenübers grundsätzlich für akzeptabel zu halten, da sonst ein Dialog ein sinnloses Unterfangen darstellt.²⁷ Die Reaktion darauf ist häufig, dass *Dialog etwas Gutes sein muss* und Bedenken insoweit antidemokratisch sind. Dass es Konstellationen gibt, die genau andersherum funktionieren, wird zum Leidwesen einer offenen Gesellschaft übersehen.

22 Kurtenbach, Sebastian (2018): Ausgrenzung Geflüchteter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.

23 Zum Beispiel Marth, Julia / Grau, Andreas (2010): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum: zur Rolle der politischen Kultur. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 3 (Mai), S. 153–156.

24 Crandall, Christian S. / Miller, Jason M. / White, Mark H (2018): Changing Norms Following the 2016 U.S. Presidential Election: The Trump Effect on Prejudice. In: Social Psychological and Personality Science, 9, 2, S. 186–192.
Jäckle, Sebastian / König, Pascal D. (2017): The Dark Side of the German „Welcome culture“: Investigating the Causes Behind Attacks on Refugees in 2015. In: West European Politics, 40, 2, S. 223–251.
Piatkowska, Sylwia J. / Hövermann, Andreas (2018): A Culture of Hostility and Crime Motivated by Bias: A Cross-National Multilevel Analysis of Structural Influences. In: International Criminal Justice Review.

25 Döring, Helge / Kurtenbach, Sebastian (2019): Eskalation und Dialog. Konturen eines friedlichen Miteinanders. In: BDS - Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen (Hrsg.): Flüchtigkeiten – Sozialwissenschaftliche Debatten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, im Druck.

26 Siehe dazu https://www.deutschlandfunk.de/reichsbuerger-wenn-extremismus-vom-rand-in-die-mitte-der-724.de.html?dram:article_id=427576 (12.09.2018); oder <https://www.sz-online.de/nachrichten/streit-um-sternwarten-sponsor-3982288.html> (12.09.2018).

27 In einem Gespräch mit einem lokalen Betreiber der nachrichtenähnlichen Plattform Ostsachsen TV wird das kritisierte finanzielle Engagement des Unternehmers nicht als Einflussnahme, sondern als karitative Tätigkeit gerechtfertigt (<https://www.youtube.com/watch?v=VrzvW7T4acI&t=26s>; Zuletzt gesehen: 12.09.2018). Auch finden sich entsprechende Aussagen des Unternehmers in einem Youtube Video, welches ihn in einem Gespräch mit dem verschwörungstheoretischen Autor Thorsten Schulte vor der Kulisse der Bautzener Altstadt zeigt. Dabei werden mehrere Themen angeschnitten, wie die Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018 sowie vermeintliche Manipulation durch Medien und Zensur. Die Nähe zur Reichsbürgerbewegung wird darin zurückgewiesen, wobei kritisch-prüfende Fragen nach journalistischem Standard in keinem der beiden Beiträge zu finden sind. <https://www.youtube.com/watch?v=sUKIyRUYpAY&feature=youtu.be> (12.09.2018).

Es ist deutlich geworden, dass Dialog nicht ausschließlich konstruktiv wirken muss, sondern eine destabilisierende Rolle einnehmen kann. Zugleich sollte seine Wirkung auch nicht überschätzt werden, da nicht alle Akteure an Dialogformaten teilnehmen können oder möchten. Beispiele hierfür sind solche, die der Sprache des Dialogs, zum Beispiel Deutsch, nicht mächtig sind, gesundheitlich eingeschränkt sind oder ein ideologisches Weltbild verinnerlicht haben, welches ihnen verbietet, an Dialogen teilzunehmen. Umgekehrt sollte die Wirkung von Dialog auch nicht unterschätzt werden. Vor allem bei Krisen mit einer steigenden Konfliktintensität können Dialogveranstaltungen eine deeskalierende Wirkung entfalten, was auch der Entwicklung einer Streitkultur zuträglich ist. Durch eine solche kann das demokratische Lösungspotenzial des Dialogs genutzt werden.

Fazit

Der Beitrag hat sich mit den Grenzen des Dialogs beschäftigt. In der zwangsläufig unvollendeten Auseinandersetzung wurde zum einen auf die Auswahl der Dialogpartner als Grenzlegung eingegangen. Dabei wurde verdeutlicht, dass sie sich an formatbezogenen, inhaltlich und letztendlich normativen Orientierungspunkten entlang aufspannen. Daraufhin wurde die Wirkung von Dialog, der einerseits vom Aushandlungsgegenstand selbst und zum anderen vom vorherrschenden Diskurs begrenzt wird, beleuchtet. Hier ist festzuhalten, dass Dialog dazu beitragen kann, die Grenzen des Sag- und in der Folge des Machbaren zu verschieben. Ob dies immer die Intention ist, bedarf einer behutsamen Abwägung des genauen Ziels des Dialogs.

Die herausgearbeiteten Punkte bedeuten für die Dialogpraxis, dass die Auswahl der Dialogpartner reflektiert werden muss. Klar ist, dass Extremisten kaum für Dialog in Frage kommen, während dies für Rechtspopulisten weniger grundsätzlich zu beantworten ist. Hier kommt es mehr auf das jeweilige Dialogformat, die Moderationsintensität und den Themenfokus an. Allerdings wohnt der Öffnung von Dialog gegenüber völkisch-autoritären Gruppen die Gefahr inne, dass dadurch einer Normalitätsverschiebung Vorschub geleistet wird. Im Windschatten eines (vermeintlichen) Dialogs können menschenfeindliche Argumente Verbreitung finden und Ausgrenzung und Herabsetzung gegenüber spezifischen Gruppen wie Geflüchteten, Journalisten oder Politikern nach sich ziehen, was bis hin zu Gewalt reichen kann. Die Ausschreitungen im August 2018 in Chemnitz haben dies eindrücklich bewiesen. Daher muss vor einem Dialog auch immer die Einbettung in den jeweiligen gesellschaftlichen Diskurs mitbetrachtet werden.

Dialog, mitsamt seinen Grenzen und seiner Wirkung, bildet ein breites Spektrum für weitergehende Arbeiten. Hier ist vor allem die Wirkung von Dialog in verschiedenen Stadien von Eskalation zu nennen, wodurch den jeweiligen Formaten eine erhöhte Aufmerksamkeit zukommt. Weiterhin ist der Effekt der genauen Besetzung von Dialogrunden sowie der konkreten Verarbeitung der diskutierten Aspekte noch nicht hinreichend bekannt. Auch Arbeiten, die besonders ähnliche sowie möglichst unterschiedliche Konstellationen vergleichen, können Aufschluss über Dialogdynamiken geben.

Dr. Sebastian Kurtenbach, geboren 1987, ist Vertretungsprofessor für Politikwissenschaft / Sozialpolitik, Schwerpunkt Kommunalpolitik und kommunale Sozialpolitik am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster. Er studierte Soziale Arbeit an der Fachhochschule Düsseldorf sowie Sozialwissenschaft im Studienprogramm Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum und promovierte an der Universität zu Köln. Anschließend war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld tätig. Seit November 2017 gehört Sebastian Kurtenbach als kooptiertes Mitglied der nächsten akademischen Generation dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

Literatur:

- Bohm, David (2008): *Der Dialog. Das offene Gespräch am Ende der Diskussionen*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Bude, Heinz (2016): *Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen*. München: Carl Hanser.
- Cialdini, Robert B. et al. (1975): *Reciprocal Concessions Procedure for Inducing Compliance: The Door-in-the-Face Technique*. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 31(2), S. 206–215.
- Crandall, Christian S./Miller, Jason M./White, Mark H (2018): *Changing Norms Following the 2016 U.S. Presidential Election: The Trump Effect on Prejudice*. In: *Social Psychological and Personality Science*, 9, 2, S. 186–192.
- Dahrendorf, Ralf (1959): *Class and Class Conflict in Industrial Society*. London: Routledge.
- Döring, Helge / Kurtenbach, Sebastian (2019): *Eskalation und Dialog. Konturen eines friedlichen Miteinanders*. In: *BDS – Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen (Hrsg.): Flüchtigkeiten – Sozialwissenschaftliche Debatten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, im Druck.
- El-Mafaalani, Aladin (2018): *Das Integrationsparadoxon*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Foucault, Michel (1974): *Die Ordnung der Dinge: Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gabriel, Oscar W. (1991): *Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie: Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz*. In: *Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 371–396.
- Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin / Dörfel, Robinson (2018): *„Wandel durch Annäherung“? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen*. In: *FluchtMigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 111–139.
- Habermas, Jürgen (1995): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hasher, Lynn/Goldstein, David/Toppino, Thomas (1977): *Frequency and the Conference of Referential Validity*. In: *Journal of Verbal Learning and Verbal Behavior*, 16(1), S. 107–112.
- Heitmeyer, Wilhelm (2019): *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Hüttermann, Jörg (2017): *Flüchtige Begegnungen – Ausweichinteraktionen – Konflikte*. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) e.V.
- Jäckle, Sebastian / König, Pascal D. (2017): *The Dark Side of the German „Welcome culture“: Investigating the Causes Behind Attacks on Refugees in 2015*. In: *West European Politics*, 40, 2, S. 223–251.
- Klemperer, Victor (1998/Erstveröffentlichung 1947): *LTI – Notizbuch eines Philologen*. Berlin: Aufbau.
- Koch, Thomas / Zerback, Thomas (2011): *Wiederholung und Wahrheit. Wie die mehrmalige Präsentation politischer Slogans die Einschätzung ihrer Glaubwürdigkeit beeinflusst*. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 59(4), S. 487–504.
- Kurtenbach, Sebastian (2018): *Ausgrenzung Geflüchteter*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Lewandowsky, Marcel / Giebler, Heiko / Wagner, Aiko (2016): *Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), S. 247–275.
- Marth, Julia / Grau, Andreas (2010): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum: zur Rolle der politischen Kultur*. In: *vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 3 (Mai), S. 153–156.
- Piatkowska, Sylwia J. / Hövermann, Andreas (2018): *A Culture of Hostility and Crime Motivated by Bias: A Cross-National Multilevel Analysis of Structural Influences*. In: *International Criminal Justice Review*.
- Schröder, Martin (2018): *AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich*. In: *SOEPPapers* 975.
- Schulz, Winfried (2011): *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Simmel, Georg (1908): Der Streit. In: Rammstedt, Otthein (Hrsg.): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Band 11 der Gesamtausgabe. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 284–382.

Strohmeier, Klaus Peter (2009): Die Stadt im Wandel – Wiedergewinnung von Solidarpotential. In: Biedenkopf, Kurt / Bertram, Hans / Niejahr, Elisabeth (Hrsg.): Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“. Stuttgart: Bosch-Stiftung, S. 157–173.

Weber, Max (2006 / Erstveröffentlichung 1922): Wirtschaft und Gesellschaft. Paderborn: Voltmedia.

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.

3

Akademische Generationen

62 **Akademische Ausbildung für die Praxis**

Anne Schreiter

65 **Mehr Fragen als Antworten**

Tabea Freutel-Funke und Marilena Geugjes

71 **Praxen vernetzen und Perspektiven eröffnen**

Lars Rinsdorf

78 **Soziologie und Praxis. Eine autobiographische Skizze**

Wolf Lepenies

82 **Vom Prozess Jesu zum europäischen Menschenrechtsschutz**

Angelika Nußberger

Akademische Ausbildung für die Praxis

„Und was macht man dann damit?“

So manchem jungen Wissenschaftler ist diese Frage – meist mit besorgtem Unterton – schon mehrfach begegnet, besonders dann, wenn mit dem Studium oder der Promotion kein klares Berufsbild wie Jurist, Ärztin oder Lehrer verbunden ist.

Akademische Ausbildung und Beruf

Akademische Ausbildung und Praxis werden nicht nur auf Familienfeiern und von besorgten Verwandten weniger als komplementär, denn als konträr verstanden: „Elfenbeinturm“ und „Praxisferne“ stehen dann dem „richtigen“ Leben, einem „richtigen“ Job außerhalb der Hochschultore gegenüber. Je länger Hochqualifizierte zudem im Wissenschaftssystem verweilen, desto größer scheint die Kluft zu werden.

Schaut man sich die Statistik für Promovierte unter 45 Jahren in Deutschland an, fällt jedoch auf, dass auch nach Abzug von Medizin und Jura lediglich 19% der akademisch weit Ausgebildeten an einer Hochschule tätig sind. Der Großteil, 65%, arbeitet in der Wirtschaft, die restlichen 16% sind im öffentlichen Dienst beschäftigt.¹ Die Akademikerarbeitslosigkeit ist mit 2,5% zudem vergleichsweise niedrig.²

Eine akademische Ausbildung bereitet statistisch gesehen also auch für Berufe in anderen Arbeitswelten vor. Aber ist Wissenschaft weniger „Praxis“ als es außerakademische Bereiche sind? Und für welche Praxis sollte denn wie ausgebildet werden?

Eine weiterführende Ausbildung wie die Promotion und Stationen als Postdoc sollen auf eine wissenschaftliche Karriere vorbereiten – das erklärte Ziel ist in der Regel die Professur. Gleichzeitig ist es kein Geheimnis, dass diesen wenigen Stellen deutlich mehr junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gegenüberstehen. Viele Promovierte zielen daher bereits während der Zeit an der Uni auf außerakademische Bereiche. Informationen über Karriereoptionen außerhalb der Wissenschaft sind jedoch nicht flächendeckend institutionalisiert, hinzu kommt ein diffuses Gefühl des Scheiterns, wenn andere Karrierewege verfolgt werden. Der außerakademische Praxisbezug ist sicher abhängig von der Disziplin und der Nähe zu passenden Jobs außerhalb der Wissenschaft: Laborleiter oder Ingenieurin in der Industrie zu werden, ist bei den relevanten Fächern naheliegend. Aber was können ein Chemiker im Non-Profit-Bereich oder aber eine Historikerin in der Wirtschaft anfangen?

Fähigkeiten und Führung

Eigentlich recht viel, wenn Stärken und Talente richtig allokiert werden. Denn im Wissenschaftsbetrieb sammeln junge Forschende neben Fachkenntnissen auch „transferable skills“, also Fähigkeiten, die in anderen Bereichen ebenfalls von Nutzen sind: Projektmanagement, Teamarbeit, Datenanalyse, kritisches Denken und Fundraising, der Umgang mit Misserfolgen und kreatives Problemlösen, um nur einige zu nennen. Zum einen ist WissenschaftlerInnen ohne außerakademische Erfahrung jedoch oft nicht

1 Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (Hrsg.): Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017, S. 186.

2 Stand 2017, Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Berichte: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Berufe/generische-Publikationen/Broschuere-Akademiker.pdf> (27.09.2018).

bewusst, dass sie über diese Fähigkeiten verfügen, oder das Wording unterscheidet sich von branchenüblichen Begriffen. Es ist also eine Übersetzungsleistung notwendig, um Stärken und Kenntnisse in anderen Bereichen als der Wissenschaft zu benennen. Zum anderen fehlt es trotz solcher universell einsetzbaren Fähigkeiten an Erfahrungen, an Unterstützungsangeboten und oft auch an Vorbildern – denn ProfessorInnen und GruppenleiterInnen, die als MentorInnen und Führungskräfte wahrgenommen werden, können diese Aufgaben durchaus gut ausfüllen, es ist jedoch nicht garantiert. Hinzu kommt, dass eine strategische Personalentwicklung an Universitäten weniger breit ausgebaut ist oder aber trotz dessen aufgrund hierarchischer Strukturen systemische Mängel gute Führungspraxis erschweren, wie zum Beispiel die jüngsten Vorwürfe von Mobbing in der Max-Planck-Gesellschaft gezeigt haben.³

Gerade bei Führungs- und Managementthemen sind junge WissenschaftlerInnen in der Regel auf sich allein gestellt. Dazu gehören besonders das Führen von MitarbeiterInnen, Selbstreflexion, strategische Planung und die Kenntnis passender Kommunikationswerkzeuge. In diesen Bereichen sollten WissenschaftlerInnen individuell und systemisch besser unterstützt werden – durch flächendeckend institutionell verankerte Maßnahmen an Universitäten und Forschungseinrichtungen, aber auch durch eine Anpassung des Systems, in dem sie wirken (einen Aufschlag hat die Junge Akademie mit ihrem Vorschlag zu Departments statt Lehrstühlen gemacht⁴). Denn gute Führungspraxis ist sowohl in der Wissenschaft als auch in außerakademischen Bereichen essentiell. Die wissenschaftliche Methode – also kritisches Hinterfragen von Fakten, Neugier und Experimentierfreude, der Umgang mit Fehlversuchen – bietet eigentlich beste Voraussetzungen für ein progressives Führungsverständnis. Denn solche Soft Skills werden in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Diese Zukunft ist mit dem digitalen Zeitalter bereits angebrochen. Technologische und gesellschaftspolitische Veränderungen werden zwar beforscht, in der akademischen Ausbildung werden die Konsequenzen für die lebens- und arbeitsweltliche Praxis jedoch noch nicht ausreichend inhaltlich und strukturell abgebildet. Das Hochschulforum Digitalisierung hat Kompetenzen auf Grundlage von Zukunftstrends zusammengetragen: Neue Wirtschafts- und Organisationsformen erfordern beispielsweise besondere Kollaborationsfähigkeiten. Wenn heute Kommunikations- und Empathiefähigkeit bereits bedeutsam sind, wird dies perspektivisch noch zunehmen. Darin mischt sich zudem ein Bedarf an einer ganz neuen „Media Literacy“, also der Fähigkeit, Medieninhalte dekodieren, verstehen und interpretieren zu können. Verstärkt nachgefragt wird auch sein, eine Vielzahl an Informationen und Daten, die noch dazu ständig in Veränderung begriffen sind, zu interpretieren, zu kontrollieren und sinnvoll zu nutzen. Generell werden der Umgang mit Unsicherheit und die Fähigkeit, kreative Lösungen zu finden, an Bedeutung gewinnen. Aber auch die Fähigkeit, über verschiedene Kulturgrenzen zusammenzuarbeiten und Sinn zu stiften, wird noch wichtiger werden.⁵

Wissenschaft als Praxis muss sich wie auch andere Gesellschaftsbereiche an neue Realitäten anpassen. Im besten Falle verschwinden dann Grenzziehungen wie die eingangs genannten vom Elfenbeinturm auf der einen und dem „echten Leben“ auf der anderen Seite. Denn alle Lebens- und Arbeitswelten werden sich in Zukunft

3 Thiel, Thomas (2018): Exzellenz und Exzess. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/max-planck-gesellschaft-neue-mobbing-vorwuerfe-15747710.html> (02.10.2018).

4 https://www.diejungeakademie.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/aktivitaeten/wissenschaftspolitik/stellungnahmen_broschuren/JA_Debattenbeitrag_Department-Struktur.pdf (18.03.2019).

5 <https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/future-work-skills-interview-tobias-seidl-kompetenzen> (18.03.2019).

grundlegend verändern. Um diese Veränderungen mitzugestalten und nicht von ihnen getrieben zu werden, bedarf es kompetenter Gestalter und eines systemischen Wandels – und damit einer zeitgemäßen akademischen Ausbildung. Dafür muss es möglich sein, neue Ansätze ausprobieren zu können und verstärkt mit anderen Sektoren zu kollaborieren.

Ziel muss es heute schon sein, für eine Zukunft auszubilden, in der wir Professionen haben werden, für die es noch gar keine Bezeichnung gibt. Das sollte dann auch als Antwort auf die Frage „Und was macht man dann damit?“ ausreichen.

Dr. Anne Schreiter, geboren 1984, ist seit 2016 Geschäftsführerin der German Scholars Organization e.V. (GSO). Sie studierte Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste in Berlin sowie Chinesische Sprache in Nanjing und Shanghai. Vor ihrer Tätigkeit bei der GSO hat Anne Schreiter Programme für Führungskräfte entwickelt und Karriereworkshops für Doktoranden und Postdocs geleitet. Sie wurde an der Universität St. Gallen im Fach Organisationssoziologie promoviert und hat ein Jahr als Postdoc an der University of California in Berkeley geforscht.

Mehr Fragen als Antworten

Gedanken der nächsten akademischen Generation zu den drei großen Themen des Symposiums

Vorausgeschickt

Die Autorinnenschaft – hart umkämpfte Währung in der Wissenschaft – teilen wir uns in diesem Beitrag; wir schreiben gemeinsam in alphabetischer Reihenfolge. Warum wir es uns überhaupt anmaßen, Äußerungshoheit im Namen des akademischen Nachwuchses zu besitzen? Weil wir aktiv an der Gestaltung von Veranstaltungen der Schader-Stiftung teilgenommen haben, und nicht etwa, weil wir ein „Mandat“ unserer Generation erhalten hätten. Dieses Stück spiegelt folglich unsere subjektiven Meinungen wider, für die wir keinen allgemeinen Geltungsanspruch erheben möchten. Und wer ist sie eigentlich, diese Nachwuchsgeneration, für die wir sprechen dürfen? Auch wenn wir beide uns in unseren Fächern, Geburtsjahren und Lebensumständen unterscheiden, so haben wir doch auch viele Gemeinsamkeiten, die man als typisch für Jungwissenschaftler*innen an deutschen Hochschulen beschreiben könnte. Alle diese Gemeinsamkeiten kommen recht ambivalent daher. Beispielsweise haben wir einerseits in zahlreichen und teilweise langjährigen Auslandsaufenthalten viel internationale Erfahrung gesammelt. Weiterhin verfügen wir über Einblicke in die Arbeit vieler verschiedener Institutionen, Organisationen, Ministerien und Redaktionen. Andererseits bedeutet dies allerdings, dass wir zahlreiche Stunden und viel Arbeit in unbezahlte Praktika gesteckt haben. Für ein solches Praktikum, vor allem in einer anderen Stadt, musste man schon einmal investieren, genau wie für den Auslandsaufenthalt. Wer diese Mittel nicht hat, hat das Nachsehen. Und in unseren aktuellen Anstellungen als akademische Universitätsmitarbeiterinnen fühlen wir uns zwar einerseits privilegiert, da wir für etwas bezahlt werden, das uns Spaß macht und interessiert, und dies in Kontexten tun können, in denen wir auch schon vor dem Erreichen des Doktorgrades ernst genommen werden. Wir fühlen uns gut unterstützt von Professorinnen und Professoren, die an uns und unsere Arbeit glauben, sowie durch Stiftungen und Graduiertenförderprogramme. Andererseits würden wir uns aber, sollten wir diesen Weg weitergehen, bis zum Professorinnenstatus ausschließlich in befristeten Arbeitsverhältnissen befinden. Planungssicherheit? Fehlanzeige. Oft ist wenige Wochen vor dem Auslaufen des aktuellen Vertrags noch nicht klar, ob und wie es danach weitergeht. Ob der nächste Antrag bewilligt wird. Ob die nächste Stelle zustande kommt. Nachwuchswissenschaftler*innen führen ein sehr wechselhaftes und ambivalentes Arbeitsleben: irgendwo zwischen der geistigen Elite des Landes und dem Arbeitsamt.

Im Folgenden wollen wir, Vertreterinnen ebendieser akademischen Nachwuchsgeneration, wenige Antworten geben und viele Fragen stellen, Fragen, die uns in unserer Arbeit im akademischen Feld voraussichtlich immer wieder an verschiedenen Stellen begegnen werden und deren Beantwortungen wir uns im Austausch mit der vorherigen und der folgenden Generation wünschen würden.

Öffentlichkeit und Wissenschaft

Bevor der Frage nachgegangen werden kann, ob und wie „die“ Wissenschaft sich „der“ Öffentlichkeit nähern sollte, muss beantwortet werden, wer ebendiese Öffentlichkeit eigentlich ist. Ist es die eigene Fachöffentlichkeit, die Community einer angrenzenden Teildisziplin, die Öffentlichkeitsabteilung der eigenen Universität oder Fachhochschu-

le, oder wagt man sich gar an eine Öffentlichkeit, der in ganz anderer Sprache begegnet werden muss (oder müsste)? Die Beiträge der verschiedenen Teilnehmer*innen des Symposiums haben gezeigt, dass über diese Definition von Öffentlichkeit in den Sozialwissenschaften keine Einigkeit besteht.

In Bezug auf die öffentliche Wahrnehmbarkeit von Wissenschaft hat sich viel getan in den letzten Jahren: Der Unterhaltungswert von wissenschaftlichen Inhalten wurde von einem breiten, internetfähigen Publikum entdeckt. Anschaulich und amüsant werden sie im Rahmen von Ted Talks, Science Slams, Pechu Kucha-Vorträgen und Podcasts vermittelt. Ist es diese Öffentlichkeit, die wir erreichen wollen? Auch Wissenschaftsjournalismus spielt in der verständlichen Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten eine wichtige Rolle. Jedoch ist der Zugang für Jungwissenschaftler*innen für diese Art von Öffentlichkeit nicht selbstverständlich, bedarf es dafür doch eigener präsentierbarer Ergebnisse, mit denen man sich positionieren könnte, welche erst einmal erarbeitet werden wollen. Außerdem ist fraglich, wie groß das Publikum tatsächlich ist, das über Wissenschaftsjournalismus erreicht werden kann. Und manchmal stellen sich Menschen aus dem eigenen Umfeld, Verwandte, Party- oder Zugbekanntschaften als die kritischste aller Öffentlichkeiten heraus: „Warum machst du das? Ist das denn wichtig? Was ändert das an der Situation? Und dafür braucht man wirklich *so* lange?“, oder aber: „Und wann fängst du dann *richtig* an zu arbeiten?“

Nicht alle diese Fragen kann und muss man als Jungwissenschaftler*in sofort beantworten können. Denn an theoretischen Grundlagen und methodischen Feinheiten zu arbeiten, ist wichtiger Bestandteil der Wissenschaft, obwohl es für Außenstehende weder spannend noch relevant klingen mag. Jedoch sollten wir diese Fragen auch nicht aus den Augen verlieren und sie vor allem nicht belächeln oder abtun. Das Hinterfragen von Motivation und Relevanz erdet und bindet die Wissenschaft zurück an Öffentlichkeit und Praxis.

Abgesehen von der Frage, welche dieser Öffentlichkeiten nun bespielt werden soll, herrscht in den Sozialwissenschaften auch kein Konsens darüber, ob und, falls ja, zu welchem Grade an die Öffentlichkeit herangetreten werden sollte. Auch während des Symposiums der Schader-Stiftung stellte sich heraus, dass es offenbar eine Gratwanderung ist, Wissenschaft und Öffentlichkeit zusammenzubringen. Gute Argumente gibt es für beide Seiten dieses Grats.

Wer die Wissenschaft als im Dienste der Öffentlichkeit stehend sieht, als eine Wissenschaft, die gesellschaftliche und politische Realität verändern, verbessern soll, läuft Gefahr, einer Verwertungslogik zu verfallen, denn nicht nur beforscht werden sollte, was gerade Konjunktur hat. Wissenschaft sollte nicht nur an ihrem Nutzen oder ihrer Anwendbarkeit für Gesellschaft und Politik gemessen werden. Dies würde sowohl die Standards guter Forschung in Frage stellen als auch zu schnellen und einfachen Antworten, da am leichtesten anwendbar, ermutigen. Und parallel zu dieser Überlegung erscheint es schon als beunruhigend genug, dass sich das Wissenschaftssystem bereits selbst beschränkt, was die Auswahl von Forschungsfragen betrifft: Die Logik der Drittmittelvergabe fördert eine Forschung, die sich nah am wissenschaftlichen Mainstream und an etablierten Methoden bewegt. Die dadurch entstandene Tendenz zu immer kleinteiligerer und quantifizierbarer Forschung lässt kaum Raum für Grundlagenforschung und Fragen, die sich größeren Zusammenhängen widmen – doch das ist ein anderes Thema und kann an dieser Stelle nur angedeutet werden.

Wird aber Wissenschaft, und dies ist das andere Extrem, als abgeschlossenes System angesehen, als „Raumschiff“, wie es so treffend in einem Symposiumsbeitrag hieß, in dem Ergebnisse und Erkenntnisse zirkulieren und verstanden werden, niemals

jedoch nach außen gelangen, stellt sich die Frage nach dem Sinn dieser Weltraumexpedition. *Science for science's sake?* Es wäre schade, wenn dies der einzige Anspruch von Sozialwissenschaft wäre. Oft liegt der Grund dafür, dass wissenschaftliche Produkte kaum an die Öffentlichkeit gelangen, aber nicht (nur) am Unwillen, sondern an Verständlichkeit. Das Raumschiff Wissenschaft pflegt in der Regel eine Sprache, die von Externen weder gesprochen noch verstanden wird. Die Produkte, die von einem abgeschlossenen wissenschaftlichen System hervorgebracht werden, sind somit nicht anschlussfähig an die Wissensbestände der nichtwissenschaftlichen Außenwelt. Dies führt zu einer Entfernung und Entfremdung zwischen Wissenschaft und dem Rest der Gesellschaft, was immer, aber im Besonderen momentan, zu Zeiten von Fake News, Faktenzweifler*innen, die sich von Globalisierung und Digitalisierung abgehängt fühlen, und einer immer weiter auseinanderdriftenden Gesellschaft eine gefährliche Entwicklung ist. Vor allem die Sozialwissenschaften sollten an gesellschaftlichem Zusammenhalt und gelingender Sozialintegration interessiert sein und nicht durch Distinktionspraktiken das Entstehen von Parallelgesellschaften fördern.

Wissenschaft und Öffentlichkeit miteinander in Dialog zu bringen ist also eine Gratwanderung, die aber unbedingt gegangen werden muss. Jedoch stellt diese Wanderung eine besondere Herausforderung für Jungwissenschaftler*innen dar: Neben Forschungstätigkeiten, dem ständigen Ausbau der Publikationsliste, dem Anfertigen der Qualifikationsarbeiten und dem Erarbeiten und Schärfen eines eigenen wissenschaftlichen Profils bleibt in der Regel wenig Zeit, sich über die öffentlichkeitswirksame Aufbereitung der eigenen Ergebnisse Gedanken zu machen. Wer in der Wissenschaft bleiben möchte, kann es sich leider kaum leisten, nach rechts und links zu schauen. Zudem schlägt sich öffentliches Engagement weder im Impact Factor nieder, noch wird es bei Berufungsverfahren berücksichtigt. Das Wissenschaftssystem funktioniert nach seiner eigenen Logik. In dieser Logik ist das Präsentieren nach außen (noch) nicht angelegt. Mit der Öffentlichkeit, in welcher Form auch immer, in Kontakt zu treten, kann folglich als Luxus angesehen werden, der bei der momentanen Ausgestaltung des Systems etablierten und entfristeten Wissenschaftler*innen, spricht: Professor*innen, vorbehalten bleibt. Dies führt wiederum dazu, dass es eine recht homogene Gruppe von Wissenschaftlern (sic) ist, die in der Öffentlichkeit sichtbar ist. Obwohl der Zugang zur akademischen Ausbildung für junge Menschen aus bildungsferneren Elternhäusern leichter geworden ist, nimmt die Repräsentation von sozialer Diversität an Universitäten mit steigendem Bildungsgrad deutlich ab. Dies gilt auch für Frauen. Und obwohl aktuell so viele Frauen wie nie zumindest im akademischen Mittelbau arbeiten, waren hier die Arbeitsbedingungen für sie noch nie so schlecht. Die erfolgreiche Vereinbarung von Familienplanung und der voraussetzungsvollen akademischen Karriere bedarf privilegierter Kontextbedingungen, über die nicht jede Frau verfügt. Doch auch dies ist ein Problem, das hier nicht im Vordergrund stehen soll.

Wissenschaftler*innen, die regelmäßig in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sind, sind also mehrheitlich männlich und in entfristeter Beschäftigung. Zudem sind es oft Persönlichkeiten, die durch Selbstinszenierung und -vermarktung den eigenen Namen zur Marke gemacht haben. Ein markantes Äußeres, ein extravaganter Kleidungsstil, ein besonderer Habitus – der Wiedererkennungswert spielt eine zunehmend wichtige Rolle für den Erfolg innerhalb der Wissenschaftscommunity und in der Öffentlichkeit. Neben der Titulierung als Wissenschaftler geht es dann oft auch darum, noch möglichst viele weitere, vermeintlich legitimierende Bezeichnungen hinter dem Schrägstrich zu sammeln: Wissenschaftler/Aktivist, Wissenschaftler/Künstler, Wissenschaftler/Herausgeber/Kurator/Beiratsmitglied. Dies zeigt einmal mehr, dass ein distinktes und wiedererkennbares Profil als relevant erachtet wird, jedoch sollten zumindest Jungwissenschaftler*innen sich dabei noch so viel Flexibilität wahren, dass sie für den akademischen

Arbeitsmarkt verwertbar bleiben. Paradoxe Erwartungen also, ähnlich wie der Aufbau von tiefgehender Expertise bei gleichzeitiger Anstellung in befristeten Projekten.

Die Beziehung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit kann aber auch so gedacht werden, dass nicht nur Wissenschaft in die Öffentlichkeit getragen wird, sondern auch, dass die Wissenschaft offen für Einflüsse aus der Öffentlichkeit ist. In diesem Zusammenhang kann Wissenschaft als Berufsfeld im Kontext von Öffentlichkeit verstanden werden, das durch Quereinsteiger*innen und Praktiker*innen, die sich erst später für eine akademische Karriere entscheiden, neue Dynamik und frische Einsichten erhalten könnte. Diese Richtung ist allerdings schwer möglich. Perspektivisch würden wir uns darum wünschen, dass diese Durchlässigkeit in die Wissenschaft hinein auch zu späteren Zeitpunkten im Lebenslauf noch möglich ist.

Akademische Ausbildung für die Praxis

Als Vertreterinnen der „Generation Praktikum“ haben wir spätestens beim zweiten Praktikum von insgesamt etwa zehn verstanden, dass Modelle, Definitionen und Theoreme, die wir in unserem Studium gelernt haben, in Arbeitsbereichen, die Gesellschaft, Kultur oder Politik nahestehen, selten weiterhelfen. Das rührt jedoch daher, so glauben wir, dass ein sozialwissenschaftlicher Studiengang zu so viel mehr befähigt als zu einem einzigen Beruf. Im Vergleich zu beispielsweise Medizin oder Jura ist der mögliche Aufgabenbereich für eine*n Sozialwissenschaftler*in so groß, dass Studieninhalte unmöglich an einem bestimmten Beruf ausgerichtet werden können. Entgegen einer gängigen Überzeugung werden beispielsweise die wenigsten Politikwissenschaftler*innen später Politiker*innen (... „und was machst du *dann* damit?“). Was uns als studierte Sozialwissenschaftlerinnen bei unseren Tätigkeiten in verschiedenen Kultur- und Bildungsinstitutionen, Vertretungen, Ministerien und Nichtregierungsinstitutionen jedoch von großem Vorteil war, war unsere Fähigkeit zur Reflexion und zum Hinterfragen. Nicht nur unsere eigene Rolle, auch die Eigenlogiken der verschiedenen Arbeitsfelder und Institutionen können wir schnell begreifen und bewerten. Verstandene Strukturen lassen sich auf andere Bereiche anwenden, komplexe Zusammenhänge in Kontext bringen und verstehen. Diese Fähigkeit hat uns das Studium gelehrt.

Zudem finden wir, dass – ähnlich wie Forschungsthemen – Studieninhalte nicht an ihrer Praktikabilität oder Anwendbarkeit gemessen werden sollten. Die Lehrinhalte der sozialwissenschaftlichen Studienfächer sind das, was in der entsprechenden Wissenschaftscommunity als State of the Art gehandelt wird. Sie auf das einzudampfen, was später in möglichen Berufen gebraucht werden könnte, würde einem „Studium“ nicht mehr gerecht werden. Das sozialwissenschaftliche Studium sollte zum Denken und Verstehen befähigen, nicht für einen bestimmten Beruf ausbilden. Die „Praxis“, für die akademisch ausgebildet werden soll, ist im Falle der Sozialwissenschaften also das Denken, das Hinterfragen, eine bestimmte Sicht auf soziale Systeme und Komplexe.

Begreift man den wissenschaftlichen Beruf wiederum als Praxis, als späteres Aufgabengebiet für eine*n Sozialwissenschaftsstudent*in, für den während des Studiums vorbereitet wird, so fällt auf, dass nicht alle Standards wissenschaftlichen Arbeitens, die in einer Disziplin erlernt wurden, auf andere Disziplinen übertragbar sind. Trotz mittlerweile zahlreicher interdisziplinärer Studiengänge ist, was gelesen, wie zitiert und was vorausgesetzt wird, in siloähnlichen Strukturen verhaftet. Wie geforscht, in welcher Sprache und in welchem Format publiziert wird, ist von Teildisziplin zu Teildisziplin verschieden. Das erschwert die gemeinsame Erarbeitung von interdisziplinären Fragestellungen und sorgt dafür, dass viele Doktorand*innen zu Beginn ihrer Promotionsphase das wissenschaftliche Arbeiten neu erlernen müssen.

Verantwortliche Forschung und Praxis

Diese Überschrift, sicherlich absichtlich deutungssoffen formuliert, legt zunächst die Frage nahe, wer für wen verantwortlich ist. Auch kann „verantwortlich“ sowohl als „in Verantwortung“ als auch als „verantwortungsvoll“ verstanden werden. Beide Lesarten sollen hier kurz angeschnitten werden.

Einerseits sollte es nicht die Rolle der gesellschaftlichen Realität sein, lediglich Anschauungsobjekt und Problem für wissenschaftliche Forschung zu sein. Wissenschaft ist vielmehr in der Verantwortung, die Realität nicht passiv bleiben zu lassen. Als Teil der Gesellschaft kann sich Wissenschaft nicht von gesellschaftlichen Entwicklungen und Prozessen abkoppeln. Darum ist sie in der Verantwortung, diese auch sinnvoll in ihr eigenes System zu integrieren. Ein Beispiel dafür wäre partizipative Forschung und die gemeinsame Gestaltung von Forschungsprojekten, die über klassische Evaluationsstudien hinausgehen. Andererseits ist es auch nicht die Verantwortung von Wissenschaft, im Dienste der Öffentlichkeit lediglich die soziale Realität zu erklären und Entwicklungen vorauszusagen, so wie beispielsweise im Kontext der Eurokrise oder des Arabischen Frühlings regelmäßig gefordert. Die Verantwortung füreinander sehen wir vielmehr als gegenseitig an.

Mit dieser wechselseitigen Verantwortung geht die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit einher. Ziel sollte es sein, eine gemeinsame Sprache zu etablieren, die Einblicke in und Verständnis für das jeweils andere zulässt. Das soll nicht bedeuten, dass alle Grenzen zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit abgebaut werden sollten: Am Ende des Tages praktizieren Praktiker*innen eigenverantwortlich, und Urheberschaft wie Autorenschaft wissenschaftlicher Produkte verbleiben bei den Forscher*innen. Was die andere Lesart betrifft, „verantwortlich“ im Sinne von „verantwortungsvoll“, so gibt es Gremien, die prüfen, ob die Verantwortung, die Wissenschaftler*innen gegenüber ihren Forschungsteilnehmenden haben, wahrgenommen wird. Im Rahmen von Peer Review-Prozessen wird darüber hinaus sichergestellt, dass sowohl Forschungsprozess als auch -produkt qualitative Standards erfüllen und somit der Verantwortung gegenüber der restlichen Community gerecht werden. Der verantwortungsvolle Umgang mit Forschungsobjekten wird zwar mithilfe unterschiedlicher Strukturen aber doch kontinuierlich angestrebt. Die Verantwortung, dass die Wissenschaftler*innen selbst unter guten Bedingungen arbeiten, hat jedoch (noch) nicht den gewünschten Stellenwert.

Als empirisch forschende Wissenschaftlerinnen nehmen wir unsere Verantwortung gegenüber unseren Gesprächs- und Interviewpartnern ernst und sollten uns bei anschließenden Aussagen über das Forschungsfeld immer auch dahingehend hinterfragen, ob es tatsächlich legitim ist, dass wir auf diese Art und Weise über eine Personengruppe sprechen, nur, weil wir sie beforscht haben. Denn wer erteilt uns das Mandat dazu? In Bezug auf beforschte Personengruppen, soziale Gruppen oder Schichten fällt außerdem auf, dass es vergleichsweise viel Forschung zu marginalisierten oder prekarierten sozialen Gruppen gibt, wohingegen sich einige gesellschaftliche Gruppen dem „Beforschtwerden“ entziehen können. Auch wenn beispielsweise Policyforschung Entscheidungsprozesse unter die Lupe nimmt, so bleibt doch die Verantwortlichkeit von Entscheidungsträger*innen oft im Dunkeln. Wenig wissen wir über die Dynamiken und Prozesse in Kreisen, in denen die Eliten unserer Gesellschaft gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen treffen. Es läge sowohl in der Verantwortung der Eliten, sich der Forschung zu öffnen, als auch in der Verantwortung der Forschung, Eliten und ihre Entscheidungsstrukturen mehr ins Zentrum ihrer Studien zu rücken.

Abschließend

Wie zu Beginn angekündigt, haben wir mehr Fragen aufgeworfen, als wir beantworten können. Wir hoffen jedoch, mit den in diesem Stück präsentierten Gedanken eine zumindest kleine Debatte anstoßen zu können und sind der Schader-Stiftung dankbar, dass sie uns den Raum dafür zur Verfügung gestellt hat.

Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit ist schwierig, aber wichtig. Ein Füreinander-Verständnis-Haben ist wichtig. Für diesen Austausch und das Finden einer gemeinsamen Sprache braucht es von unserer Seite engagierte Wissenschaftler*innen, die den Dialog mit der Öffentlichkeit anstoßen und sich auf ihn einlassen. Vor allem aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, wenn daran auch Jungwissenschaftler*innen beteiligt wären. Dazu müssten zunächst Möglichkeiten geschaffen werden, die es jungen Forscher*innen erlauben würden, im Laufe ihrer Karriere mehr als das Ziel im Blick zu behalten, als endlich in entfristeter Position zu sein. Das Engagieren von Jungwissenschaftler*innen für einen konstruktiven Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit müsste darum vom Wissenschaftssystem honoriert werden, was aktuell kaum der Fall ist. Darum würden wir bereits etablierte Wissenschaftler*innen, die sich im Rahmen ihrer Rolle in beispielweise Berufungskommissionen in der Position befinden, das Wissenschaftssystem mitgestalten zu können, dazu ermutigen, öffentliches Engagement von Bewerber*innen positiv zu berücksichtigen. Wissenschaftler*innen sind mehr als nur ein Impact Factor.

Zumindest im Kleinen, so sind wir überzeugt, kann den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit jede*r starten, jeden Tag. Dazu sind weder Fernsehinterviews noch große öffentliche Auftritte nötig. Das, was wir an Erkenntnissen aus unserer wissenschaftlichen Arbeit ziehen, die Standards, die wir voraussetzen, und die Anforderungen, die wir an uns selbst und den Rest unserer Community stellen, sollten auch im Alltag und im Umgang mit Mitmenschen beachtet und umgesetzt werden. Zivilcourage, Solidarität und das Einsetzen für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist gelebte Wissenschaft.

Tabea Freutel-Funke, geboren 1983, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kooperativen DFG-Graduiertenkolleg „Doing Transitions“ der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sie studierte Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Anschließend absolvierte sie das Masterstudium Urban Studies (4Cities) in Brüssel, Wien, Kopenhagen und Madrid. Von 2012 bis 2014 war Tabea Freutel-Funke als Projektleiterin bei der Robert Bosch Stiftung tätig. Zwischen 2014 und 2015 lebte sie in Rumänien und war dort für das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) als Kulturmanagerin in Sibiu tätig. Ihre Promotion befasst sich mit dem Übergang zu selbstständiger Mobilität von Kindern in Berlin und New York City.

Marilena Geugjes, geboren 1991, ist Doktorandin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg und Vorstandsmitglied des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind kollektive Identität, gesellschaftliche Kohäsion und die Gesellschaften Skandinaviens sowie politische Konflikte, vor allem in Subsahara-Afrika. Marilena Geugjes hat langjährige Berufserfahrung als freie Journalistin, unter anderem bei der Süddeutschen Zeitung. Für ihr ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe wurde sie mit dem Jugendfriedenspreis der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) ausgezeichnet.

Praxen vernetzen und Perspektiven eröffnen

Gedanken zum Verhältnis von Gesellschaftswissenschaften und außerwissenschaftlichen Organisationen

Die Debatte um Karrierewege in den Gesellschaftswissenschaften ist richtig, wichtig und bisweilen auch hitzig. Im Fokus stehen dabei häufig Forderungen nach mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für Wissenschaftler*innen, die an ihrer Promotion oder Habilitation arbeiten, nach angemessenen Arbeitsbedingungen und nachhaltiger Förderung an den Instituten. Die beteiligten Akteur*innen entwickeln abhängig von der eigenen Sozialisierung im Fach, vom fachlichen Schwerpunkt und Verlauf der eigenen Karriere unterschiedliche Standpunkte und Vorschläge, aber doch eint sie in der Regel der Hintergrund, vor dem sie ihre vielfältigen Argumente ausbreiten, nämlich die Rekrutierung von geeigneten Kandidat*innen auf Spitzenpositionen innerhalb des Wissenschaftssystems.

Diese Darstellung ist zugegebenermaßen grob vereinfachend. Gleichwohl soll dieser Beitrag bewusst eine andere Perspektive auf junge Wissenschaftler*innen einnehmen, indem er herausarbeitet, wie stark diese Gruppe ganz unabhängig von ihren persönlichen Karrierezielen von einem intensiven Austausch mit Organisationen außerhalb des Wissenschaftssystems profitieren kann und welche Chancen sich daraus für Akteur*innen außerhalb der Gesellschaftswissenschaft ergeben, die mitunter ebenfalls der akademischen Forschung mit einer gesunden Portion Skepsis gegenüberstehen.

Distanz zwischen Forschung und Praxis

Bevor dieser Gedanke weiter ausgeführt wird, stellt sich die Frage nach dessen Relevanz. Diese ergibt sich vornehmlich daraus, dass die Gesellschaftswissenschaften im Vergleich etwa zu den Lebenswissenschaften, den Ingenieurwissenschaften oder den Wirtschaftswissenschaften über ein weniger klar definiertes Berufsfeld jenseits der akademischen Forschung verfügen. Wer nicht mehr im Universitätslabor an Reibungskoeffizienten von Hubkolbenmotoren forschen mag, wechselt leicht nach Weissach, um künftig Sportwagen zu entwickeln. Wer die Kommunikationswissenschaft vorangebracht hat, ist deswegen noch lange nicht automatisch in einer Redaktion willkommen. Diese Differenz ist folgenreich und soll in ihren Konsequenzen kurz umrissen werden.

Am bedeutsamsten scheint hier eine größere Distanz zwischen der akademischen Forschung einerseits und den außerwissenschaftlichen Akteur*innen andererseits zu sein, für die gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse von Bedeutung sein könnten. Am Beispiel der Kommunikationswissenschaft lässt sich dies zeigen und möglicherweise auch von Autor*innen mit einer jeweils spezifischen Expertise auf andere Gesellschaftswissenschaften übertragen. Hier gilt es zunächst festzuhalten, dass Wissenschaft und außerwissenschaftliche Akteur*innen natürlich vielfältig miteinander vernetzt sind: Medienunternehmen und Medienregulierer sind wichtige Auftraggeber*innen für kommunikationswissenschaftliche Forschung. Kommunikationswissenschaftler*innen sind gefragte Gesprächspartner*innen für Medien zu aktuellen Themen der (politischen) Kommunikation, ob es nun um Gaming, Dynamiken in sozialen Online-Netzwerken oder Medienvertrauen und Desinformation geht. Entscheider*innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertrauen auf den Rat von Kommunikationswissenschaftler*innen in strategischen Fragen. Und es gibt einen umfassenden Austausch auf Konferenzen und Tagungen.

Aber gleichwohl sind akademische Forschung auf der einen Seite sowie Forschung und Entwicklung auf der anderen institutionell, personell und thematisch deutlich lockerer miteinander verbunden als etwa in der Medizin oder den Ingenieurwissenschaften. Gemeinsame Institute, eng verzahnte, langfristig angelegte Projekte oder umfangreiche Ko-Finanzierungen und eine relativ hohe Durchlässigkeit hinsichtlich der Berufsfelder in Forschung und Entwicklung, wie wir sie aus diesen Feldern als gängige Praxis kennen, sind in der Kommunikationswissenschaft eher die Ausnahme als die Regel, etwa in der Mediaforschung oder PR-Beratung. Das muss – etwa unter dem Blickwinkel wissenschaftlicher Unabhängigkeit oder gesellschaftlicher Verantwortung von Wissenschaftler*innen – nicht zwangsläufig ein Nachteil sein. Aber es bleibt eben auch nicht folgenlos für die Beziehung von inner- und außerwissenschaftlichen Akteur*innen.

Auch wenn man sich auf Podien immer wieder die Wichtigkeit des gegenseitigen Austausches und des gemeinsamen Interesses am Gegenstand versichert: Die Praxen der außerwissenschaftlichen Akteur*innen, die professionell kommunizieren – oder es zumindest idealerweise tun sollten – und der Kommunikationswissenschaft bleiben relativ unabhängig voneinander und folgen unterschiedlichen dominanten Logiken – auch jenseits unterschiedlicher Sachziele wie Wissensgewinn auf der einen Seite beziehungsweise hohen Reichweiten oder strategisch gestalteten Beziehungen zu wichtigen Stakeholdern und weiteren kommunikativen Zielen auf der anderen. Die Berührungspunkte dürften in stärker praxisorientierten Feldern wie der Journalismus- oder PR-Forschung mitunter vielfältiger und enger sein, am grundsätzlichen Befund ändert dies aber wenig.

Dieses Nebeneinander ist aber umso folgenreicher, je stärker Wissenschaft in einer digitalisierten Gesellschaft ihre Daten nicht selbst erheben kann, sondern zur angemessenen Beschreibung des Gegenstandes auf Datenbestände zurückgreifen muss, über die außerwissenschaftliche Akteur*innen verfügen. Hier mag man durchaus berechtigt einwenden, dass die Verfügungsgewalt über Datenspuren, die Bürger*innen in einer datafizierten Umwelt umfassend und zwangsläufig hinterlassen, eine gesamtgesellschaftlich zu klärende Frage sei, insbesondere bezogen auf mächtige Plattformanbieter wie Facebook oder Intermediäre wie Google. Aber diese politischen Prozesse werden, so sie denn überhaupt erfolgreich sein sollten, allein wegen ihrer transnationalen Komponente ihre Zeit in Anspruch nehmen, sodass es zumindest aus einer Mittelfristperspektive durchaus sinnvoll erscheint, das Phänomen genauer in den Blick zu nehmen – und sicher auch ausführlicher, als es in dieser Gedankenskizze möglich ist. Der Fokus liegt daher auf der Beziehung, die schon in der Einleitung beschrieben worden ist: Zwischen jungen Wissenschaftler*innen in der akademischen Qualifikationsphase auf der einen Seite und außerwissenschaftlichen Akteur*innen wie Unternehmen, Verbänden oder öffentlichen Organisationen auf der anderen.

Perspektiven der kommenden akademischen Generationen

Wer nach dem Masterstudium in der Forschung bleibt, konzentriert sich aus guten Gründen darauf, innerwissenschaftliche Anforderungen zu erfüllen, seien dies nun substantielle Beiträge zum Projekt, in das man eingebunden ist, der Aufbau eines professionellen Netzwerkes, eine möglichst große Zahl von Publikationen in möglichst renommierten wissenschaftlichen Fachzeitschriften, internationale Sichtbarkeit, die Aneignung von Fähigkeiten, die notwendig sind, um erfolgreich Drittmittel einzuwerben, oder gar fachpolitisches Engagement in wissenschaftlichen Fachgesellschaften. Denn dies sind die notwendigen, wenn auch oft nicht hinreichenden Bedingungen für eine erfolgreiche Karriere in der Wissenschaft, die idealerweise darin mündet, als Professor*in mit hoher Autonomie ein Forschungsfeld gestalten zu können.

All das geschieht unter Wettbewerbsbedingungen, die sicherlich bis zu einem gewissen Grad durch wissenschaftspolitische Entscheidungen und die vielfach diskutierten Dysfunktionalitäten im Wissenschaftssystem verschärft werden, aber im Kern den Interessen eines Faches entsprechen, aus der Vielfalt guter Kandidat*innen jene zu fördern und mit knappen Ressourcen auszustatten, die besonders kreative und nachhaltige Beiträge zum Erkenntnisgewinn liefern. In diesem Wettbewerb zu bestehen kostet Zeit und Energie. Gleichwohl geht es bei dieser Fokussierung nicht allein um die Ressourcen, die junge Wissenschaftler*innen investieren, sondern eben auch um eine mentale Orientierung an wissenschaftlichen Standards wie theoretischer Ausgereiftheit, der Angemessenheit empirischer Methoden, der unbedingten Präzision von Sprache und Fragestellungen und vor allem der Unabhängigkeit von Interessen, die es Wissenschaft erst möglich macht, ihren spezifischen und wertvollen Beitrag zu einer aufgeklärten, modernen Gesellschaft zu leisten.

Diese Fokussierung ist nicht zu verwechseln mit einem Tunnelblick. Wissenschaftler*innen, die sich mit gesellschaftlichen Fragestellungen auseinandersetzen, bleiben in gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge und persönliche soziale Netzwerke eingebunden. Gerade Phänomene, für die sich die Kommunikationswissenschaft interessiert, haben hohe Alltagsrelevanz, die sich – idealerweise reflektiert – in der wissenschaftlichen Annäherung an den Gegenstand niederschlägt und den Austausch mit Akteur*innen erleichtert, die Gegenstand der Forschung sind. In den methodologischen Grundlagen der qualitativ-entdeckenden Forschung ist diese Eingebundenheit sogar tief verankert als wichtiges Element im Prozess der Erkenntnisgewinnung. Aber gleichwohl steigt mit der Fokussierung junger Wissenschaftler*innen auf das innerwissenschaftliche Feld die Gefahr, die Chancen aus dem Blick zu verlieren, die sich jenseits der Wissenschaft ergeben können, und die Inspiration, die der Austausch mit der Praxis jenseits der akademischen Forschung für die eigene wissenschaftliche Arbeit liefern kann.

Von welcher Inspiration, von welchen Chancen ist hier die Rede? Zunächst einmal von solchen, die im Entdeckungszusammenhang für eigene, profilbildende Forschungsvorhaben wie etwa die Promotion angesiedelt sind. So unverzichtbar bei der Entwicklung von Forschungsfragen die innerwissenschaftliche Kommunikation ist, um Forschungslücken zu identifizieren und die eigenen Ansätze mit vorhandenen Arbeiten zu vernetzen, so hilfreich kann es sein, diese wissenschaftliche Fundiertheit um eine besondere gesellschaftliche Relevanz anzureichern, die im Austausch mit Akteur*innen außerhalb der Wissenschaft besonders gut herausgearbeitet werden kann. Hieraus kann sich ein zusätzlicher Impact der eigenen Arbeit als Forscher*in entwickeln, der in Zeiten, in denen verstärkt nach der *accountability* von Wissenschaftsorganisationen gefragt wird, keine rein altruistische Angelegenheit mehr ist.

Chancen ergeben sich aus einem stärkeren Austausch mit außerwissenschaftlichen Akteuren für die empirische Arbeit. Etwa auf der Suche nach (Ko-)Financiers, die die Realisation angemessener Forschungsdesigns erlauben, über professionelle Netzwerke, die den Zugang zum Feld oder den Zugriff auf Daten, die zur Beantwortung aktueller Fragestellungen notwendig sind, wesentlich erleichtern oder gar erst möglich machen, bis hin zu Expert*innen, die in *member checks* wissenschaftliche Zwischenergebnisse diskutieren und so wertvolle Hinweise zur Interpretation von Daten oder der Optimierung empirischer Designs liefern. Es gibt für all das gute Beispiele in der Praxis der Gesellschaftswissenschaften, die Anreiz sein können, diesen Austausch zu vertiefen.

Austausch verschiedener Eigenlogiken

Dieser Austausch kann unter Umständen auch attraktive Karriereperspektiven jenseits des akademischen Feldes eröffnen, die im innerwissenschaftlichen Diskurs mitunter vielleicht zu vorschnell mit Begriffen wie Exit-Option oder Plan B belegt werden: In der Beratung, in kommerzieller Forschung und Entwicklung oder in Führungspositionen, die mittelfristig in Form von Professuren an Hochschulen für angewandte Forschung auch wieder Perspektiven im akademischen Feld eröffnen können. Vielleicht würde es mancher Debatte um Karrierewege ein wenig ihrer Schärfe nehmen, wenn man hier zu einer verbalen Gleichberechtigung fände, zumal in einem hochkompetitiven Feld der Plan A in Form einer Professur nicht die *default option* für die involvierten Akteur*innen ist.

Inspiration ergibt sich aber auch auf einem anderen Feld. Bei allen Unterschieden in den Zielen ist der Wissenschaftsbetrieb gleichwohl von ähnlichen Organisationslogiken geprägt, die auch die Organisationen außerhalb der Wissenschaft bestimmen, aus denen Förder*innen, Beforschte und Expert*innen stammen, die regelmäßig in empirische gesellschaftswissenschaftliche Forschung eingebunden sind. *Young scholars* und *young professionals* teilen eine Reihe von Herausforderungen: kreative Ideen entwickeln, die ihnen den Zugang zu den allokativen und autoritativen Ressourcen sichern, die sie benötigen, um den Grundstein einer erfolgreichen Karriere zu entwickeln; die eigenen Projekte so effizient managen, dass organisationale und individuelle Ziele gleichermaßen erreicht werden; Widerständen begegnen, die sich aus den Routinen ergeben, die eine reife Organisation entwickelt hat, in die man erst kürzlich eingestiegen ist, oder Chancen erkennen, die sich aus dem Beitritt zu einem innerorganisationalen Veränderungsnetzwerk ergeben können.

Für die Wissenschaft ergeben sich hier Gelegenheiten aus einem anders akzentuierten Methodendiskurs in außerwissenschaftlichen Organisationen, der weniger auf die fundierte Beschreibung und Erklärung von Phänomenen abzielt, sondern stärker auf die Lösung von Problemen, sei dies nun in Form von Verfahren zur systematischen Ideenentwicklung und -bewertung, der Integration verschiedener inner- und außerorganisationaler Akteur*innen in Entwicklungsprozesse oder Projektmanagementansätze, die der deutlich gestiegenen Unsicherheit und Veränderungsgeschwindigkeit in der Projektumgebung Rechnung tragen. Und nein, hier sollen nicht zum gefühlten zehntausendsten Mal pauschal die Vorzüge des agilen Managements beschworen werden, ohne genau zu wissen, was man darunter versteht. Vielmehr geht es um ein Plädoyer, sich mit der Frage, wie man seine Forschung innerhalb eines organisationalen Kontexts entwickelt, genauso systematisch zu beschäftigen wie mit dem Forschungsdesign selbst. Und das kann im Austausch mit außerwissenschaftlichen Akteuren, die eine spezifische Methodenexpertise mitbringen, mitunter besser gelingen.

Dass die Möglichkeiten, die sich aus so einem Austausch ergeben könnten, noch nicht vollständig ausgeschöpft werden, liegt allerdings nicht nur an der beschriebenen Fokussierung von Wissenschaftler*innen in der Qualifikationsphase, sondern auch an den außerwissenschaftlichen Akteur*innen, die als Austauschpartner*innen in Frage kämen. Auch diesbezüglich kann es an dieser Stelle nicht um eine tiefgreifende Analyse gehen, sondern um Beobachtungen, die sich aus dem persönlichen Agieren in diesem Feld ergeben.

Professionelle Akteur*innen tun sich, gerade wenn sie wie etwa in der Medienindustrie unter hohem täglichen Erfolgsdruck stehen, mitunter schwer mit dem hohen Detaillierungsgrad, der Abstraktheit und Vorläufigkeit sowie der langfristigen Perspektive der akademischen Forschung, die oft nicht die konkreten Handlungsanleitungen

für die Gestaltung von professionellen Abläufen liefert, die sich die Akteur*innen aus der Praxis versprechen, die etwa die Kommunikationswissenschaft untersucht. Und zwar unter anderem deshalb, weil die Erwerbsbiographien der Akteur*innen im Vergleich etwa zur Ingenieurwissenschaft sehr unterschiedlich sind und weniger stark von einer akademischen Sozialisation in vergleichbaren Instituten geprägt werden.

Einsichten der Forschung

Dies gilt insbesondere für Forschungsfelder wie die digitalisierte Kommunikation, in der die Märkte eine Entwicklungsdynamik vorgeben, der etablierte Prozesse der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung kaum noch gewachsen sind. Selbst bei Phänomenen, die bei der Vorbereitung einer empirischen Studie hochaktuell waren, können die empirischen Befunde fast schon veraltet sein, wenn sie nach Review und Revision schließlich in einer Fachzeitschrift erscheinen.

Die Distanz zur Forschungslogik kann abfärben auf die Wahrnehmung der Wissenschaftler*innen, die nach dieser Logik Erkenntnisse produzieren. Wer an vermeintlich Abseitigem und wenig Praxisrelevantem forscht, hat auch als Individuum der Praxis außerhalb der Gesellschaftswissenschaften vermeintlich wenig zu bieten. Quereinsteiger*innen, die die akademische Welt nach ein paar Jahren in Drittmittelprojekten verlassen, gelten im Vergleich zu Hochschulabsolvent*innen tendenziell als weniger handlungsorientiert und weniger kompatibel zur eigenen Personalentwicklungsstrategie.

Diese Wahrnehmung mag bisweilen verstärkt werden durch einen Habitus der wissenschaftlichen Akteur*innen, der auf eine Abgrenzung von der Praxis abzielt. Mit Blick auf junge Wissenschaftler*innen kommt mitunter noch eine gewisse Elitenorientierung außerwissenschaftlicher Akteur*innen hinzu, die sich zur besseren Durchsetzung von strategischen Zielen innerhalb außerwissenschaftlicher Organisationen mit Hilfe von Forschungsergebnissen aus durchaus nachvollziehbaren Gründen der Glaubwürdigkeit gestandener Expert*innen mit eindrucksvollen akademischen Biographien bedienen. Gleichwohl unterschätzen Unternehmen und Organisationen damit den Beitrag, den (junge) Wissenschaftler*innen zur Erreichung von Organisationszielen leisten können, indem sie als externe Expert*innen aus einem weniger von der dominanten Logik einer Industrie geprägten Blickwinkel Situationen analysieren und Handlungsmöglichkeiten entwickeln können. Das gilt besonders für strategische Fragen, bei deren Lösung gerade das Abstraktionsvermögen, die methodische Strenge und die analytischen Fähigkeiten gefragt sind, die auch für eine erfolgreiche innerwissenschaftliche Karriere unverzichtbar sind.

Im Ergebnis verlieren letztlich beide, die Praxis innerhalb und außerhalb der Gesellschaftswissenschaften, indem sie intellektuelle Impulse, Methoden, Wissen und Perspektiven nicht in dem Umfang für sich nutzbar machen, wie er zumindest auf lange Sicht möglich und wünschbar wäre. Das gilt wenigstens mit Blick auf die Kommunikationswissenschaft besonders in einer digitalisierten und vernetzten Gesellschaft, in der einerseits eine wachsende Zahl von Branchen und gesellschaftlichen Problemstellungen kommunikationswissenschaftliche Expertise nachfragt und andererseits der Gegenstand selbst von Akteur*innen geprägt wird, die bislang nicht im Fokus wissenschaftlicher Konzepte von Massenkommunikation standen.

Die Praxis des Dialogs

In einem verstärkten Austausch von Unternehmen, Organisationen und Politik auf der einen Seite und Wissenschaftler*innen in der Qualifikationsphase auf der anderen Seite stecken also durchaus Potenziale. Daher ist es ein mehr als ehrenwertes Ziel, diese Sphären systematisch zusammenzubringen, um diese Potenziale zumin-

dest aufzuzeigen und in Teilen sogar zu heben. Das gilt insbesondere für Förder*innen der Wissenschaft wie die Schader-Stiftung, die die Praxis der Gesellschaftswissenschaften explizit zum Schwerpunkt ihrer Tätigkeit erhoben haben.

Wie aber sollte so ein Dialog idealerweise stattfinden? Als Konsequenz aus den bisher vorgetragenen Überlegungen vor allem auf Augenhöhe, vorbehaltlos und mit großer Offenheit. Auf Augenhöhe, weil alle Beteiligten gleichermaßen wertvolle Beiträge dazu leisten können, die Ergebnisse zu verbessern, an denen auf beiden Seiten Profis arbeiten. Vorbehaltlos, weil die Distanz beider Sphären nur zu kleinen Teilen aus Animositäten und bewusstem Missverstehen herrührt, sondern zum großen Teil in den Unterschieden der dominanten Logiken beider Bereiche zu suchen ist, an denen sich die Akteur*innen aus guten Gründen orientieren. Vorbehaltlos bedeutet hier, sich diese Unterschiede und ihren Einfluss auf individuelles Handeln bewusst zu machen. Offenheit ist vonnöten, um einen Nutzen der Adaption wissenschaftlicher und nicht-wissenschaftlicher Methoden auch dort zu entdecken, wo man sie intuitiv nicht vermuten würde.

Zudem darf diese Zusammenarbeit keine Einbahnstraße sein. Es kann etwa nicht ausschließlich darum gehen, Forschungsgelder, Daten oder einen leichteren Feldzugang zu bekommen; genauso wenig um *customer insights* zum Nulltarif. Denn in beiden Fällen würde man die eigene Handlungslogik gerade nicht verlassen. Aber genau darin liegt der zentrale Treiber dafür, dass beide Seiten vom Austausch profitieren. Im Umkehrschluss spricht dies für Formate, die persönlichen Austausch ermöglichen und die gemeinsame Arbeit an relevanten Themen. Der persönliche Austausch ist hilfreich, um eine gemeinsame Sprache zu entwickeln, die Differenzen nicht verwischt, sondern als Energiequelle definiert. Die gemeinsame Arbeit an einer Fragestellung macht Differenzen in der Herangehensweise sehr konkret erfahrbar und damit auch die Möglichkeiten und Vorteile, die sich aus der gegenseitigen Adaption von Methoden ergeben. Idealerweise wird dieser Prozess von Expert*innen aus beiden Feldern moderiert, die zur Reflexion und neuen Perspektiven anregen. Im Ergebnis entsteht so ein Umfeld, in dem man voneinander lernen und sich gegenseitig inspirieren kann. Idealerweise bleibt es nicht bei punktuellen Zusammentreffen. Die sind unverzichtbar, um das Eis zu brechen. Aber gerade weil es mitunter anstrengend ist sich kennenzulernen, sollte man sie als Investition in eine längerfristige Zusammenarbeit sehen.

Auf dem Weg zu so einem intensiven Austausch hat die Schader-Stiftung bereits wichtige Impulse gegeben. Zunächst dadurch, dass sie Wissenschaftler*innen in der Qualifikationsphase aus allen Gesellschaftswissenschaften gemeinsam den Raum gegeben hat, über die Rahmenbedingungen des Starts in eine akademische Karriere zu diskutieren. Insbesondere bindet sie in wachsendem Umfang junge Wissenschaftler*innen in ihre Veranstaltungen ein und traut ihnen wertvolle Beiträge an hervorgehobener Position zu.

Darüber hinaus gäbe es aber durchaus noch Möglichkeiten, diesen Austausch weiter zu vertiefen. Zu denken wäre an Plattformen, auf denen Expert*innen aus der Praxis und junge Wissenschaftler*innen gemeinsam Forschungsideen, vielleicht sogar Forschungsprogramme entwickeln. Zu prüfen wäre, ob nicht neue Formen des Mentorings konzeptioniert werden könnten, die erfolgreiche innerwissenschaftliche Ansätze ergänzten. Mit Graduiertenkollegs ist in den vergangenen Jahren ein neuer institutioneller Kontext für den Einstieg in eine wissenschaftliche Karriere entstanden. Möglicherweise könnte eine Stiftung auch in diesem Fall Expert*innen von außerhalb und innerhalb der Wissenschaft gemeinsam darüber nachdenken lassen, ob hier vielversprechende Wege des Austausches lägen. Denkbar wären aber auch

Workshops, in denen junge Wissenschaftler*innen gemeinsam Lösungen für Probleme erarbeiten, die sich in der Praxis der Gesellschaftswissenschaften stellen. All dies könnte dazu beitragen, die Durchlässigkeit zwischen beiden Bereichen zu erhöhen – zum Gewinn von Gesellschaftswissenschaften und Praxis.

Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist seit 2012 als Studiendekan für die Studiengänge Crossmedia-Redaktion und Public Relations an der Hochschule der Medien Stuttgart (HdM) verantwortlich. Er studierte Journalistik und Raumplanung an der Universität Dortmund und promovierte dort. Nach Stationen im Bereich Forschung war er von 2008 bis 2012 Professor für Verlagsmanagement im Studiengang Medienwirtschaft an der HdM. 2017 hatte er eine Gastprofessur an der Hogeschool van Amsterdam inne. Lars Rinsdorf ist seit 2018 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK). Seine Forschungsschwerpunkte sind Rezeptionsforschung, Redaktionsmanagement, Forschung und Entwicklung in Medienunternehmen und Medienmarken.

Soziologie und Praxis

Eine autobiographische Skizze

Als ein Mitarbeiter Emile Durkheims (1858-1917) entmutigt die Arbeit an einem Forschungsprojekt aufgeben wollte, schrieb ihm sein Patron, ein Gründungsvater der Soziologie: „Objektiv gibt es gar keinen Grund, zu resignieren. Nein, die sozialen Tatbestände entgehen uns bestimmt nicht. Sie sind genauso disziplinierbar wie die anderen.“ Das geschah um die Wende zum 20. Jahrhundert – als die Soziologie noch jung und ihrer Sache sicher war. Es gab kein Praxisfeld, dessen soziologische „Disziplinierung“ Emile Durkheim sich nicht zutraute – sein Selbstbewusstsein ging so weit, den Anspruch zu erheben, mit Hilfe der Soziologie die Grundlagen einer säkularen Moral geliefert zu haben, welche der Industriegesellschaft zu stärkerer Bindungskraft verhelfen konnte. Durkheim stellte an die Gesellschaftswissenschaften nicht nur den Anspruch, „sich mit der Weiterentwicklung des Gemeinwesens auseinander zu setzen“, er wollte das „Gemeinwesen“ nicht nur analysieren und verstehen, sondern stabilisieren. Die Soziologie als herausragende Gesellschaftswissenschaft musste sich nicht um Beziehungen zur „Praxis“ bemühen, sie war, im allumfassenden Sinn, selber Praxis.

Die Aktualität der „staatsbürgerlichen Mission“ Durkheims zeigt sich im Selbstzweifel moderner Gesellschaften an ihrer Bindungskraft. Immer drängender stellt sich in identitätsschwachen und wertbeliebigen Gemeinwesen die Frage, ob die Institutionen des säkularen Staates in der Lage sind, Werte und Überzeugungen zu vermitteln, die unsere Gesellschaft zusammenhalten und lebenswert machen. Die Frage nach der Möglichkeit einer weltlichen Moral ist es, die Durkheim zu unserem Zeitgenossen macht. Seine Soziologie ist Moralwissenschaft im doppelten Sinn: sie beschäftigt sich auf der normativen Ebene ebenso mit den Wertorientierungen der Menschen wie im Bereich der Empirie mit ihren tatsächlichen Verhaltensweisen, den *mores*.

Als junger Assistent habe ich an der Freien Universität Berlin eine nicht nur selbstbewusste, sondern überhebliche Soziologie kennengelernt. Es war in den post-68er Jahren, als die Soziologie im Schlepptau der obligatorischen Marx-Exegese sich zu einer allumfassenden Deutungsdisziplin der Gesellschaft spreizte. „Praxisrelevanz“ hieß das Schlagwort der Stunde, meinte aber weniger die Beziehung zu konkreten Praxisfeldern als den Anspruch, die Gesellschaft als Ganzes umzuwälzen. Vertreter des Faches traten dabei so provozierend auf, dass von Seiten konservativer Kollegen die Abschaffung der Soziologie gefordert wurde. An der Selbstabschaffung hatte ich kein Interesse, aber ich fand es dringend notwendig, den Begriff der Praxisrelevanz konkret zu unterfüttern. Zusammen mit einem Kollegen verfasste ich ein Memorandum, das in der Tat die Abschaffung der Soziologie forderte – als Hauptfach. Zugleich sollte in Zukunft die Soziologie in der Universität eine herausragende Rolle spielen – als obligatorisches Nebenfach. Kein Jurist würde die Universität verlassen, der nicht Rechtssoziologie gehört, kein Arzt durfte die Approbation erhalten, der nicht Medizinsoziologie studiert hatte. Im Grunde genommen ging es um das Einüben eines soziologischen Blicks, der wie beiläufig „praxisrelevant“ sein würde. Es bedeutete eine etablierte „Praxis“ mit Hilfe der Soziologie mit anderen Augen zu sehen – die Soziologie sollte dadurch zum Heilmittel gegen Betriebsblindheit werden. Als ich später am Institute for Advanced Study in Princeton den großartigen Anthropologen Clifford Geertz kennenlernte, formulierte er die Kernfrage, die der soziologisch oder anthropologisch geschulte Wissenschaftler den von ihm untersuchten „Praktikern“ beim ersten Kontakt stellen sollte: „What do

you think you do when you do what you normally do?“ Dies war die Reflexionszumutung, welche die Gesellschaftswissenschaften routiniert an die Praxis richten müssen.

Meine Doktorväter – Helmut Schelsky und Dieter Claessens – repräsentierten den Praxisbezug der Gesellschaftswissenschaften auf unterschiedliche Weise. Helmut Schelsky, der Entdecker der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, war der eindrucksvollste, oft rabiat argumentierende konservative Denker, den ich kennengelernt habe, setzte seine Überzeugungen aber harten Praxischecks aus und hielt seine Studenten an, das Gleiche zu tun. Er war kein engstirniger Ideologe und machte Vorschläge zu überraschenden Koalitionsbildungen, welche im Falle der Umsetzung die professionelle Praxis des Faches erheblich verändert hätten. Dazu gehörte die Aufforderung an den „Kontrahenten“ Jürgen Habermas, mit ihm eine „Kleinstgesellschaft für Soziologie auf Zeit“ zu gründen. Meinungsstark, war Schelsky stets „Auf der Suche nach Wirklichkeit“, wie der Titel einer Sammlung seiner Essays heißt. Institutionell drückte sich die Praxisorientierung der von ihm vertretenen Gesellschaftswissenschaft darin aus, dass er seinem professionellen Alltag durch das Pendeln zwischen dem Münsteraner Lehrstuhl und der Sozialforschungsstelle Dortmund eine eindrucksvolle, auch räumlich verankerte Theorie-Praxis-Balance gab.

Dieter Claessens war ebenfalls sowohl in Münster als auch in Dortmund verortet, bevor er einen Ruf an die Freie Universität Berlin annahm. Geprägt von der typisch deutschen Tradition der philosophischen Anthropologie wurde die Soziologie der Familie und der frühkindlichen Entwicklung zu seinem bevorzugten Praxisfeld, auf dem die Theorie ihre Einsichtsfähigkeit zeigen konnte. „Ganz praktisch“ wurde seine soziologische Tätigkeit dadurch, dass er, zusammen mit seinen Assistenten, eine regelmäßig aktualisierte „Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland“ veröffentlichte.

Sowohl Schelsky als auch Claessens akzeptierten, dass ich meine Doktorarbeit zu einem Thema schreiben wollte, das sich auf den ersten Blick einer soziologischen Analyse eher zu entziehen schien: Melancholie. Gegenüber dieser Vermutung klang der Titel der Dissertation – *Melancholie und Gesellschaft* – trotzig: „Das Thema hat nichts mit Soziologie zu tun? Das wollen wir doch einmal sehen!“ Der „soziologische Blick“ zeigte sich in der Forschungsmaxime, nicht danach zu suchen, was Melancholie sei, sondern herauszufinden was es bedeute, wenn jemand sich selbst oder andere als „melancholisch“ bezeichne. Damit war die Voraussetzung für die „Disziplinierung“ eines auf den ersten Blick Soziologie-fernen Themas geschaffen. An die Stelle von Substanzvermutungen traten jetzt Funktionsanalysen – die Praxis der Melancholie-Zuschreibungen wurde zum Thema. Dieser Ansatz erwies sich auch auf überindividueller Ebene als fruchtbar: „French Boredom“ oder „Maladie anglaise“ waren eben keine Kennzeichen von Nationalcharakteren, sondern polemische Melancholie-Etiketten.

Literarische Quellen spielten in diesem Themenfeld eine wichtige Rolle. In vielen Werken der „Belletristik“ fanden sich Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge, die es an Präzision und Plausibilität mit den Enquêtes und Analysen der Soziologen aufnehmen konnten. Gesellschaftliche Praktiken, in denen sich die kulturellen Selbstverständlichkeiten einer Epoche oder eines Milieus spiegelten, bildeten sich in den Gesellschaftsromanen eines Balzac oder Dickens oft eindrucklicher ab als in den Gesellschaftswissenschaften. Die Soziologie war eine „dritte Kultur“, die seit ihrer Entstehung zwischen der narrativen Anziehungskraft der Literatur und dem methodologischen Rigorismus der Naturwissenschaften schwankte.

Die Reflexionszumutung gegenüber den Vertretern der Praxis richteten die Gesellschaftswissenschaften auch an sich selbst. Systematisch geschah dies zunächst in der Wissenssoziologie und später in den „Social Studies of Science“. Als Ergebnis zeigte

sich, dass die Praxis der soziologischen Wissensproduktion oft erheblich von der Selbstwahrnehmung der Forscher abwich. Dies galt auf der Makroebene beispielsweise für Annahmen über das Entstehen der modernen empirischen Naturwissenschaften wie auf der „Mikroebene“ für Fallstudien, in denen die Schritte rekonstruiert wurden, die im Labor zu wichtigen Entdeckungen führten. Das Wissenschaftssystem wurde zu einem bevorzugten Objekt gesellschaftswissenschaftlicher Forschung.

Besonders fruchtbar wurde die Analyse der Wissenschaftspraxis auf der Ebene der Institutionen. Deren Definition als „auf Dauer gestellte Verhaltensweisen“ lernte ich früh im Soziologiestudium kennen. Institutionen waren Praxisroutinen – und forderten die Gesellschaftswissenschaften heraus, deren Mechanismen zu untersuchen und Alternativen herauszufinden. Die Institution, in der ich den größten Teil meines wissenschaftlichen Lebens verbracht habe, ist das Wissenschaftskolleg zu Berlin. Wie andere Institutes for Advanced Study lädt das Wissenschaftskolleg in jedem Jahr eine Gruppe von Gelehrten ein, damit sie ungestört von administrativen Verpflichtungen Forschungsthemen ihrer Wahl bearbeiten können. Im Prinzip kommen die sogenannten „Fellows“ aus allen Disziplinen, wobei die Gesellschaftswissenschaften in der Regel den größten Anteil ausmachen. In dieser Gemeinschaft auf Zeit stellt sich jedem einzelnen Mitglied ein Übersetzungsproblem: Es muss die Auswahl einer Forschungsfrage, deren epistemologische Grundannahmen, die Entscheidung für bestimmte Methoden und schließlich die Forschungshypothesen Wissenschaftlern anderer Disziplinen verständlich machen. Unweigerlich kommt es dabei zu einer Konfrontation zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, wobei oftmals die Gesellschaftswissenschaften eine vermittelnde Rolle spielen. Die Bildung interdisziplinärer Kontakte zwischen den Fellows ist in diesem Zusammenhang weniger wichtig als der Druck auf den Einzelnen, anderen und sich selbst Rechenschaft über die Voraussetzungen der eigenen Forschungspraxis abzulegen. Jedem stellt sich die Geertz'sche Frage. Routinen verlieren ihre Selbstverständlichkeit, man sieht das eigene Tun mit neuen Augen, übt sich, um eine Passage aus Robert Musils Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“ zu zitieren, im „Möglichkeitssinn“: „Wenn es ... Wirklichkeitssinn gibt, dann muss es auch etwas geben, was man Möglichkeitssinn nennen kann. Wer ihn besitzt, sagt beispielsweise nicht: Hier ist dies oder das geschehen, wird geschehen, muss geschehen, sondern er erfindet: Hier könnte, sollte oder müsste geschehn; und wenn man ihm von etwas erklärt, dass es so sei, wie es sei, dann denkt er: Nun, es könnte wahrscheinlich auch anders sein. So ließe sich der Möglichkeitssinn geradezu als die Fähigkeit definieren, alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist.“ Für die Gesellschaftswissenschaften gilt es mit Blick auf einzelne Praxisfelder deren „Wirklichkeit“ nicht als unverrückbar anzunehmen: Es könnte auch ganz anders sein.

Zu einem Praxistest wurde für das Wissenschaftskolleg nach 1989 die Initiative zur Gründung von Institutes for Advanced Study in Mittel- und Osteuropa, um mit ihrer Hilfe dem einsetzenden „Brain Drain“ entgegenzuwirken. In Budapest und Bukarest, in Sofia und Sankt Petersburg sollten Institutionen entstehen, die für einheimische Gelehrte ebenso attraktiv waren wie für Forscher aus dem Ausland. Alle Gründungen waren praktische Übungen in Kontextsensitivität: man musste heimische Gepflogenheiten ernst nehmen ohne sich von ihnen einengen zu lassen. Es waren Lernerfahrungen, die zu einer Einsicht führten, die in den Gesellschaftswissenschaften – von der Soziologie bis zur Ethnologie – verallgemeinerbar ist: dem Romantizismus des „local knowledge“ („Die Einheimischen wissen es besser“) darf man ebenso wenig verfallen wie der Arroganz des „universal knowledge“ („Wir sind schließlich die Experten“). Zur erfolgreichen Praxis von Institutionengründungen gehört es, „lokales“ und „universales“ Wissen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern miteinander zu verkoppeln.

Zu den ersten Fächern, die ich am Beginn meines Studiums in München belegte, gehörte die Zeitungswissenschaft. Als Hauptfach wählte ich sie bald ab, weil bereits Selbstdefinitionen wie „Die Zeitung ist das Zeitgespräch der Gesellschaft“ die Banalitätsfallen ahnen ließen, in die man beim Studium geraten würde. Dass ich das Fach nicht ganz aufgab, lag an Peter Glotz, der uns Studenten vormachte, wie wirkungsvoll die Publizistik politisch eingesetzt werden kann – und mit dieser Fähigkeit später erheblich zur Profilschärfung der Sozialdemokratischen Partei beitrug. Noch während des Studiums wurde für mich aus der Zeitungswissenschaft die Zeitungspraxis, im Laufe der Zeit schrieb ich als Autor in allen überregionalen deutschen Zeitungen und Wochenzeitungen. Publizistisch tätig zu sein, bedeutete zunächst, „deadlines“ ernst zu nehmen und Zeitungsartikel so präzise wie möglich mit soziologischen Kenntnissen abzusichern ohne dabei in Jargon zu verfallen. Jargonfreiheit wurde aber nicht nur zum publizistischen Ideal – sie wurde auch zu einem Leitmotiv wissenschaftlicher Forschung, deren Ergebnisse so verständlich wie möglich dargestellt werden sollten. Zur bevorzugten Praxis meiner gesellschaftswissenschaftlichen Tätigkeit gehörte neben dem Engagement in Institutionen die Publizistik. Als Soziologe Autor zu sein, bedeutete, Forschungs- und Darstellungsweise gleichen Rang einzuräumen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolf Lepenies, geboren 1941, war von 1984 bis 2006 Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und von 1986 bis 2001 Rektor des Wissenschaftskollegs Berlin. Er studierte Soziologie, Philosophie und Publizistik in Münster, München und an der Freien Universität Berlin, wo er sich 1970 habilitierte. Forschungsaufenthalte führten ihn an die Maison des sciences de l'homme, Paris, und das Institute for Advanced Study Princeton, New Jersey. Wolf Lepenies war Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Fritz Thyssen Stiftung Köln und ist unter anderem Mitglied der American Academy of Arts and Sciences, der Académie Universelle des Cultures in Paris sowie der Royal Swedish Academy of Sciences. 2010 erhielt er den Schader-Preis und gehört dem Senat der Schader-Stiftung an.

Vom Prozess Jesu zum europäischen Menschenrechtsschutz

Zum Wert der akademischen Ausbildung für die Praxis

Wer nachdenkt, kann nicht schon vor Beginn wissen, an welches Ziel er kommen will. Wer lernt, muss sich auf das Abenteuer einlassen, Wissen zu sammeln, das zunächst zusammenhanglos, unverbunden und sperrig zu sein scheint. Nicht immer wird sich die Hoffnung erfüllen, dass sich Einzelelemente des Erlernen in der Tat auch in ein stimmiges Bild, in ein großes Ganzes einfügen lassen. Aber „Bildung“ ist nicht „Ausbildung“. Innovatives Denken fordert unorthodoxe Wege.

Das Studium der Rechtswissenschaften ist, anders als die meisten anderen Gesellschaftswissenschaften, sehr strukturiert aufgebaut, wie schon die Terminologie der „kleinen“ und „großen“ Scheine sowie der „kleinen“ und „großen“ Übungen verdeutlicht. Man „hangelt“ sich vom Allgemeinen zum Besonderen, vom Vertragsschluss zum Verbraucherschutz, vom Verwaltungsakt zum Genehmigungsverfahren für Flughäfen, vom Taschendiebstahl zum Mord. Es gilt die Grundlagen des geltenden Rechts zu verstehen, den Umgang mit der Sprache des Rechts und ihren Begriffen, deren nachvollziehbare und vernunftgerechte Auslegung im Mittelpunkt steht, zu üben. Man mag darüber streiten, inwieweit all dies Wissenschaft oder einfach nur Wissensvermittlung ist. Die Tatsache alleine, dass es viele Theorien und Thesen gibt, genügt noch nicht, um diese Frage zu beantworten, auch nicht der Hinweis auf den Kanon der klassischen an den Universitäten seit alters her gelehrt Fächer, zu denen neben der Medizin und der Theologie auch die Rechtswissenschaft zählt.

Prägend ist, dass Tausenden von Studierenden dasselbe Wissen vermittelt wird, Wissen, das abfragbar ist und in den Staatsexamina auch abgefragt wird, Wissen, das in einer von null bis achtzehn reichenden Punkteskala bewertet werden kann. Dabei ist das Besondere, dass das Wissen nicht abstrakt bleibt, sondern von Anfang an in konkrete Sachverhalte eingebaut wird. Während Mediziner Kreuzchen bei Multiple-Choice-Tests machen, müssen Juristen Fälle lösen. Damit werden sie befähigt, als Rechtsanwalt, Richter, Staatsanwalt zu arbeiten.

Aber so richtig und wichtig all dies ist, so wenig kann es genügen. Nimmt man den Anspruch ernst, dass „Akademie“ mehr bedeutet als Lehranstalt, so kann die akademische Ausbildung nicht mit dem Erlernen eines abgegrenzten juristischen Stoffes abgeschlossen sein. An der Universität sollte es auch den Blick zur Seite geben, das Offensein für (scheinbar) unnötiges Wissen, innovatives Nachdenken anstelle von Nachzeichnen bekannter Linien. In eine vom Kosten-Nutzen-Effekt bestimmte Welt mag dies nicht passen, dort mag es unbequem sein. Und doch ist nicht zu übersehen, dass gerade das Abseitige, das Exotische in der akademischen Ausbildung für die Praxis einen ganz besonderen Wert haben kann. Allerdings mag der Weg manches Mal lang sein, wie im Fall der Anekdote, die ich erzählen will, in der der Weg vom Seminar zum Prozess Jesu in München im Jahr 1984 zur Arbeit einer Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg im Jahr 2018 führt.

Ich war im zweiten Semester meines Studiums der Rechtswissenschaft in München und hatte gerade die Vorlesungen zum Bürgerlichen Recht sowie zum Staatsorgani-

sationsrecht gehört, dazu eine Einführung ins Römische Recht. Viel wusste ich noch nicht, dafür war ich umso neugieriger. So lockte mich das Angebot zu einer Veranstaltung zum „Prozess Jesu aus juristischer Sicht“, zu einem Seminar, das ungewöhnlich war nicht nur mit Blick auf das deutlich außerhalb des Curriculums gelegene Thema, sondern auch mit Blick auf die Zeit – mittwochabends von 19 bis 21 Uhr – und mit Blick auf die Teilnehmer: wir waren zwei Studierende, drei Professoren (mit sehr bekannten Namen) – Professor Medicus, Professor Thür und Professor Nörr – und eine Reihe von Assistenten. Mein Referatsthema war, die verschiedenen Evangelien zum Prozess Jesu mit Blick darauf zu vergleichen, welche rechtlich relevanten Elemente in die jeweiligen Erzählungen aufgenommen oder dabei ausgelassen worden waren. Ich erinnere mich nur mehr an wenige Details, etwa daran, dass das Zerreißen der Gewänder durch Pilatus nicht, wie ich bis dahin gedacht hatte, ein Ausdruck großer Ergriffenheit war, sondern vielmehr eine nach jüdischem Recht übliche Geste, die ein Todesurteil bedeutete. Anhand ähnlicher Textelemente ließen sich die Überlagerungen von drei Rechtsschichten, dem römischen Recht, dem in den Provinzen geltenden römischen Recht und dem jüdischen Recht, analysieren.

Nun will ich nicht behaupten, dass mir das Detailwissen zum Prozess Jesu bei meiner Tätigkeit als Richterin helfen würde. Dennoch habe ich aus dem Seminar vieles „mitgenommen“ für meinen weiteren Weg. Dies gilt zunächst einmal für die juristische Textanalyse, für das „verstehende Lesen“. Gelernt habe ich, Worte mehrfach umzudrehen, um zu erkennen, welche Konzepte und Ideen dahinter stehen. Genau dies gilt es auch gegenwärtig zu tun, wenn es darum geht, nachzuvollziehen, welche Ideen hinter verschiedenen Regelungen in verschiedenen europäischen Ländern stehen. Auch das In-den-Kontext-Stellen ist von großer Wichtigkeit. Texte aus dem ersten Jahrhundert, als Zeit- und Glaubensdokumente aufgezeichnet, lassen sich nicht ohne Wissen zu den besonderen Gegebenheiten der Zeit verstehen. Anders und doch ähnlich ist es, wenn ich im Europa der Gegenwart Gesetzestexte aus Frankreich oder Aserbeidschan im Vergleich nebeneinander sehe. Bei meiner Arbeit als europäische Richterin muss ich aus einem 1949/1950 ausgearbeiteten Vertrag allgemeine Standards herauslesen, auf die sich rasant entwickelnden Gesellschaften der Gegenwart übertragen und dann bei konkreten Fällen entscheiden, ob Menschenrechte verletzt wurden oder nicht. Hier gilt es in ähnlicher Weise, einen konkreten Text zu interpretieren, aber nicht losgelöst von den jeweiligen Gegebenheiten. Ein Beispiel mag dies illustrieren. Überall in Europa geht man davon aus, dass bei Entscheidungen zu Fragen, die Kinder betreffen, das „Kindeswohl“ ausschlaggebend sein müsse. Nur ist man sich aber in keiner Weise darüber einig, was „Kindeswohl“ im konkreten Fall bedeuten könne. In nordeuropäischen Staaten wie Norwegen oder Schweden geht man davon aus, „Problemeltern“, die etwa drogenabhängig oder geisteschwach sind, seien nicht in der Lage, sich in adäquater Weise um ihre Kinder zu kümmern und befürwortet daher, gibt es konkrete Anzeichen von Vernachlässigung, die Überführung der Kinder in Pflegefamilien; Besuchsrechte der biologischen Eltern werden dann in der Regel drastisch gekürzt, oftmals auf wenige Stunden im Jahr. Beschwerden gegen entsprechende Maßnahmen monieren eine Verletzung der Eltern in ihrem von der Konvention geschützten Recht auf Familienleben. Hier gilt es zu bestimmen, inwieweit tatsächlich Konflikte zwischen den Rechten von Eltern und Kindern bestehen und ob die „radikalen“ Lösungen der Trennung von Eltern und Kind mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar sind. Aber diese Fragen lassen sich nicht beantworten, berücksichtigt man nicht auch den Kontext und lässt sich auf die hinter den entsprechenden nationalen Regelungen stehenden verschiedenen Vorstellungen ein.

Es ist nicht die Vermittlung konkreten Wissens, vielmehr aber das Erlernen von Techniken, das hier die akademische Ausbildung so wertvoll für die Praxis macht. Dies gilt natürlich auch für die Schulung, in einem Seminar als Anfänger vor einem sich durch

fachliche Reputation auszeichnenden Publikum mit Selbstvertrauen Thesen vorzutragen. Klar zu formulieren, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und andere zu überzeugen zu versuchen – dies wird in einem Seminar zum Prozess Jesu in gleicher Weise wie in den Beratungen der Großen Kammer des Straßburger Gerichtshofs gefordert. Immer wird man Kritik und Widerrede begegnen, und immer wird man damit in offener Weise umgehen müssen.

Nun wird in der Gegenwart in vielfacher Weise versucht, derartige akademische Lernmodelle in den Curricula zu berücksichtigen, etwa, wenn ein „studium generale“ zur Pflicht erklärt wird oder wenn man bei Seminaren Wahlfreiheit lässt. Nichtsdestotrotz ist nicht zu übersehen, dass die akademische Ausbildung in engere Zeitschemata gefügt und mehr nach unmittelbarer Effizienz als nach (möglichen) Langzeitwirkungen beurteilt wird. So wichtig ein solides Wissensfundament ist, so wenig dürfen aber bei einer akademischen Ausbildung, die ihrem Namen gerecht wird, die „intellektuellen Zuckerstücke“ vergessen werden. Detailwissen ist mehr und mehr – unabhängig von den persönlichen Kenntnissen – über Suchmaschinen abfragbar und damit dauernd präsent. Innovation, neuartiges Kombinieren, Offenheit dafür, Altbekanntes neu zu sehen – all dies gilt es an den Universitäten zu lehren.

In diesem Sinn kann der Weg vom Seminar zum Prozess Jesu zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte führen. Ebenso mag das Althochdeutsche bei der Arbeit in einem Verlag für Schulbücher hilfreich sein, das Nachdenken über Autopoiesis ein tieferes Verständnis über Verhandlungsstrategien fördern. Vielleicht wird derartiges akademisches Wissen im praktischen Leben aber auch nur mit einem Achselzucken, allenfalls mit Nostalgie erinnert. Dennoch, auch wenn es nur dazu beiträgt, dass man sich ein Staunen über die unendliche Vielfalt des Wissens bewahrt, sind derartige Elemente einer akademischen Ausbildung ein Gewinn und verhindern, als Schmalspurpraktiker zu enden und den Blick für größere Zusammenhänge zu verlieren.

Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika Nußberger, geboren 1963, ist seit 2011 Richterin und seit 2017 Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Zudem ist sie Direktorin des Instituts für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung der Universität zu Köln, wo sie seit 2002 als Professorin lehrt und forscht. Angelika Nußberger studierte Slawistik und Rechtswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). Studien- und Forschungsaufenthalte im Ausland und die Habilitation an der LMU München folgten. Sie forscht unter anderem zum deutschen, europäischen sowie internationalen Grundrechtsschutz und dem Einfluss des Völkerrechts auf die Rechtsentwicklung in Mittel- und Osteuropa. 2015 erhielt Angelika Nußberger den Schader-Preis und ist seitdem Mitglied im Senat der Schader-Stiftung.

4

Grundlegungen

88 **Die kulturellen Grundlagen der Demokratie**

Christine Landfried

98 **Angst und Vertrauen. Zwei Gefühle machen Politik**

Joachim Valentin

Nebeneinander, gegeneinander, miteinander

106 *Matthias Schulze-Böing*

117 **Minsky meets Habermas. Ein interdisziplinärer Selbstversuch**

Moritz Hütten, Andreas Kaltwasser und Ulrich Klüh

Die kulturellen Grundlagen der Demokratie

Über die Notwendigkeit von Grenzüberschreitungen

Demokratische Politik beruht auf anspruchsvollen kulturellen Voraussetzungen. Zu diesen Voraussetzungen gehört das Engagement der Bürger für eine gemeinsame Zukunft. Die Debatte über unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie diese Zukunft aussehen soll, muss mit Empathie geführt werden. Denn nur auf der Basis eines wechselseitigen Einfühlungsvermögens aller Beteiligten gedeiht in einer Demokratie die Auseinandersetzung über unterschiedliche Ideen und Interessen.¹ Die kulturellen Grundlagen der Demokratie haben also mit Emotionen zu tun.

Wir beobachten nun schon seit etwa einem Jahrzehnt, dass die kulturellen Grundlagen der Demokratien in Europa und den USA ins Wanken geraten. Ein wachsender Teil der Bevölkerung verliert nicht nur das Vertrauen in die politischen Eliten, sondern darüber hinaus in demokratische Institutionen und Verfahren.² Mit dem Verlust des Vertrauens in demokratisches Regieren nimmt die Angst vor der Zukunft zu. Diese Angst instrumentalisieren die Populisten für ihre antipluralistische und antielitäre Politik.³ Wie konnte es dazu kommen?

Es ist meine *Hypothese*, dass repräsentative Demokratien in einer kritischen Lage sind, weil die politischen Eliten die Folgen der vielfältigen gesellschaftlichen Fragmentierungen für die kulturellen Grundlagen der Demokratie unterschätzt haben. Die Fehlentwicklungen der repräsentativen Demokratien wurden immer wieder schönge-redet.⁴ Tatsächlich aber beschädigt die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich die Verbundenheit der Bürger durch ein allgemeines Interesse, das sich immer wieder neu in der gleichen diskursiven Chance aller Argumente herauskristallisieren muss. Diese Verbundenheit ist in einer repräsentativen Demokratie die Grundlage für die Verbindlichkeit der kollektiven Entscheidungen⁵ und ein entscheidender Faktor für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger zur EU und zu einer globalen Gemeinschaft ist ebenfalls nicht allein rationaler Natur und leidet unter den Folgen der politischen Kluft zwischen geringen Partizipationsmöglichkeiten und weitreichender Gestaltungsmacht der supranationalen und internationalen Institutionen. Und schließlich wirkt sich die soziale Kluft zwischen Bürgern und politischen Eliten auf das demokratische Potential der Öffentlichkeit aus. Die Eliten nehmen die öffentliche Meinung nicht mehr in ihrer Gesamtheit wahr und zeigen wenig Verständnis für die Probleme der Globalisierungsverlierer. Dabei geht es nicht allein um das rationale Verstehen, sondern auch um die Fähigkeit der Eliten, sich in die Sorgen benachteiligter Bürgerinnen und Bürger hineinzusetzen.

1 Landfried, Christine / Post, Robert (2017): Schluss mit den Schönfärbereien. Die Eliten vergessen die kulturellen Voraussetzungen der Demokratie. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.03.2017, S. 11.

2 Mounk, Yascha (2018): *The People vs. Democracy. Why our Freedom is in Danger & How to Save it*. Cambridge, London: Harvard University Press, S. 105 ff.

3 Müller, Jan-Werner (2017): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp, 5. Auflage, S. 129.

4 Mounk, Yascha: *The People vs. Democracy*, a.a.O., S. 11 und S. 103.

5 Preuß, Ulrich K. (1996): *Wo bleibt das Volk? Erwartungen an demokratische Repräsentation*. In: Fabricius-Brand, Margarete / Börner, Bertram (Hrsg.): *4. Alternativer Juristinnen- und Juristentag*. Baden-Baden: Nomos, S. 98.

Im Prozess der Globalisierung sind also neue ökonomische, politische und soziale Trennlinien⁶ in den europäischen Staaten und den USA entstanden, die demokratische Politik schwächen und populistische Kräfte stärken. Gewinnen Populisten erst einmal die politische Macht, dann höhlen sie die kulturellen Grundlagen der Demokratie weiter aus. Sie erklären ihre politischen Gegner zu Feinden und behaupten, sie allein repräsentierten das Volk.

In meinem Beitrag werde ich *erstens* Indikatoren nennen, die auf eine Gefährdung der kulturellen Grundlagen von Demokratien hinweisen und *zweitens* analysieren, weshalb die kulturellen Grundlagen der Demokratie an Substanz verlieren. *Drittens* möchte ich am Beispiel einer Installation von Bruce Nauman beschreiben, auf welche Weise ein Künstler zum Nachdenken über Orientierungslosigkeit und Fragmentierung in einer sich globalisierenden Welt anstiftet. Bruce Naumans Kunst lässt sich mit Hannah Arendts Konzept des Denkens in einen Zusammenhang bringen. Und *viertens* geht es um die Frage, welchen Beitrag die Gesellschaftswissenschaften leisten können, um die kulturellen Grundlagen der Demokratie wieder zu stärken.

Die Gefährdung der kulturellen Grundlagen von Demokratien

Die Wertschätzung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen, das Vertrauen der Bürger in die gewählten Repräsentanten und eine politisch wirksame Öffentlichkeit bilden die kulturelle Basis demokratischen Regierens. In einer sich globalisierenden Welt werden als weitere kulturelle Voraussetzungen der Demokratie die Anerkennung von Verschiedenheit, Toleranz und ein kommunikativer Umgang mit Differenz immer wichtiger.⁷ Es muss gemeinsame Werte und akzeptierte Verfahren geben, um die Konflikte im Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen auf demokratische Weise austragen und auch Konfrontationen aushalten zu können.

Doch wie sieht die Realität aus? Das Vertrauen der Bürger in demokratische Institutionen wie Parlamente und politische Parteien ist schon seit längerer Zeit zurückgegangen. Im Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedstaaten hatten nach einer Umfrage des Eurobarometers im Frühjahr 2016 nur 28 Prozent der Bürger Vertrauen in ihr nationales Parlament und 27 Prozent Vertrauen in ihre nationale Regierung.⁸ In den USA ist der Verfall an Vertrauen in das Parlament noch dramatischer. Nach der Umfrage des Gallup-Instituts aus dem Sommer 2016 vertrauten gerade einmal 9 Prozent der Bürger dem Kongress.

Die politischen Parteien schneiden bei der Frage des Vertrauens noch schlechter ab als die Parlamente. Im Durchschnitt der 28 EU-Mitgliedstaaten hatten im Frühjahr 2016 nur 15 Prozent der Bürger Vertrauen in politische Parteien. Deutschland lag mit 22 Prozent Vertrauen der Bürger in die Parteien im oberen Drittel des EU-Durchschnitts. Das Schlusslicht bildete Frankreich. Nur vier Prozent der Bürger vertrauten hier 2016 den politischen Parteien.⁹ Das extreme Misstrauen der Franzosen in die politischen Parteien war einer der Gründe, dass Emmanuel Macron mit seiner Bewegung „En Marche“ am 7. Mai 2017 die Präsidentschaftswahl gewinnen konnte.

Schließlich zeigen die Erfolge der Populisten mit ihren fremdenfeindlichen Programmen, dass Toleranz und Anerkennung von Anderssein in Zeiten steigender Migration nicht mehr selbstverständlich sind. Im Frühjahr 2016 hielten die Bürgerinnen und Bür-

6 Wolfgang Merkel im Interview mit Peter Lindner: Eine kulturelle Trennlinie durchschneidet Deutschland. In: Süddeutsche Zeitung vom 25.07.2018.

7 Landfried, Christine (2011): The Concept of Difference. In: Raube, Kolja / Sattler, Annika (Hrsg.): Difference and Democracy. Exploring Potentials in Europe and Beyond. Frankfurt a.M., New York: Campus, S. 15–45.

8 Eurobarometer 85, Frühjahr 2016. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, S. 16.

9 Ebd., S. 46.

ger in allen EU- Mitgliedstaaten mit Ausnahme Portugals die Migration für eines der beiden wichtigsten Probleme in Europa.¹⁰ Die mit wachsender Migration verknüpfte Sichtbarkeit des Islam hat in Europa zu heftigen Konflikten geführt, etwa wenn es um den Bau einer Moschee oder die Verschleierung der Frauen geht. Es gebe zwar Schnittstellen im Alltag zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, so die Soziologin Nilüfer Göle, aber „es kommt nicht wirklich zu einer Verbindung zwischen den Bürgern mit ihren unterschiedlichen Überzeugungen, geschweige denn zu einer gegenseitigen Anerkennung.“¹¹

Die Ursachen für die Aushöhlung der kulturellen Grundlagen der Demokratie

Das abnehmende Vertrauen der Bürger in demokratische Institutionen, die schwindende Integrationskraft der Volksparteien und die Erfolge der populistischen Parteien lassen sich nach meiner Hypothese mit gesellschaftlichen Fragmentierungen erklären, die von den politischen Eliten in ihren Folgen für die kulturellen Voraussetzungen demokratischen Regierens unterschätzt wurden. Ich möchte drei Bereiche des gesellschaftlichen Auseinanderdriftens skizzieren: die Kluft zwischen Arm und Reich, die Kluft zwischen geringer demokratischer Beteiligung und umfassender politischer Kompetenz in supra- und internationalen Organisationen und die Kluft zwischen Bürgern und Eliten im öffentlichen Diskurs.

Die wachsende Ungleichheit in und zwischen Staaten ist eine Folge der strukturellen Herausforderungen der Globalisierung, aber auch eine Folge politischer Entscheidungen. Die Nationalstaaten mussten auf den rasanten sozio-ökonomischen Wandel seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts reagieren und sahen sich gleichzeitig in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt.¹² Häufig hat die Politik den Weg der Anpassung an den Markt gewählt. In den USA wurden während der Präsidentschaft von Ronald Reagan und in Großbritannien während der Regierung von Margaret Thatcher der Spitzensteuersatz für Einkommen, die Kapitalertragssteuer und die Körperschaftsteuer drastisch gesenkt. Diese Steuerpolitik wurde in beiden Ländern mit umfassenden Deregulierungen verknüpft. Mit einer zeitlichen Verzögerung wurden auch in Deutschland die einkommens- und vermögensstarken Schichten steuerlich entlastet.¹³ Besonders folgenreich war die Liberalisierung der Kapitalmärkte und damit „die Öffnung der Märkte für den freien Zustrom von kurzfristigem Spekulationskapital“¹⁴. Mit diesen Entscheidungen für ein wirtschaftspolitisches Konzept der Deregulierung und Liberalisierung wurde den negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung gerade nicht gegengesteuert. Auch internationale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank haben sich diesem Konzept verschrieben und „den Aspekten Gerechtigkeit, Beschäftigung und Wettbewerb, der Geschwindigkeit und Reihenfolge von Reformen oder auch der Frage, wie Privatisierungen umgesetzt werden sollten, zu wenig Beachtung geschenkt“¹⁵.

Die Folgen der Globalisierung erhielten dadurch eine bestimmte Richtung.¹⁶ Sie sind mit einer ungleichen Verteilung von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften verbunden. Der Wirtschaftswissenschaft-

10 Ebd., S. 8-9.

11 Göle, Nilüfer (2016): *Europäischer Islam. Muslime im Alltag*. Berlin: Wagenbach, S. 12.

12 Stiglitz, Joseph (2006): *Die Chancen der Globalisierung*. München: Siedler, S. 41.

13 Hartmann, Michael (2018): *Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden*. Frankfurt a.M., New York: Campus, Kapitel 3, S. 98 ff.

14 Stiglitz, Joseph: *Die Chancen der Globalisierung*, a.a.O., S. 37.

15 Ebd.

16 Yascha Mounk, *The People vs. Democracy*, a.a.O., S. 220, betont zu Recht, dass die nationale Politik zwar nicht den Prozess der Globalisierung steuern, wohl aber die Folgen für die Bürger beeinflussen könne. Insofern könne man angesichts der zerstörerischen Folgen der Globalisierung von einem politischen Versagen sprechen.

ler Thomas Piketty zeigt in seiner Studie zum Kapital im 21. Jahrhundert, dass die Einkommen aus Kapital prozentual stärker wachsen als das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Dieser Mechanismus sei nun im Zusammenhang mit der ungleichen Verteilung der Vermögen zu sehen. So besitzen die reichsten 0,1 Prozent der Erde einen Anteil von 20 Prozent am Gesamtvermögen.¹⁷ Thomas Piketty fordert uns auf, darüber nachzudenken, was es bedeutet, dass die Kapitalrendite schneller wächst als die Gesamtwirtschaft, und diese „Ungleichheit der Kapitalrendite in Abhängigkeit von der Größe des Ausgangsvermögens verstärkt wird.“¹⁸ Dies führe zu einer „globalen Dynamik der Vermögensakkumulation und -verteilung..., die explosive Folgezeitigen und eine völlig außer Kontrolle geratene Spirale der Ungleichheit in Gang setzen“ könne.¹⁹

Die Daten belegen, dass die Vermögen schneller wachsen als die Einkommen und insbesondere die Ungleichheit der Vermögen zunimmt. In Deutschland sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Zeitraum von 1991 bis 2016 stärker gestiegen als die Arbeitnehmereinkommen.²⁰ In den USA besaßen 2014 die oberen 10 Prozent der Bevölkerung 75 Prozent des Vermögens, die mittleren 40 Prozent der Bevölkerung etwa 25 Prozent und die unteren 50 Prozent der Bevölkerung hatten gar kein Vermögen.²¹

Die Soziologin Saskia Sassen argumentiert, dass die ökonomischen Ungleichheiten inzwischen so extrem sind, dass man sie nicht mehr mit den herkömmlichen Begriffen erfassen könne. Sie spricht daher von „expulsions“, von Ausweisungen oder Ausschlüssen. Wie extrem die Ungleichheit in einem Land werden könne, zeigten die USA, wo im Zeitraum von 1983 bis 2010 alle Zugewinne an Vermögen pro Haushalt an die beiden oberen Fünftel der Bevölkerung gingen, während das mittlere Fünftel und die beiden unteren Fünftel allesamt einen Rückgang des Vermögens verzeichneten.²² Während die USA ein Beispiel für extreme Ungleichheit seien, könne man in Griechenland, Spanien und Portugal das Schrumpfen ganzer Volkswirtschaften beobachten. Das Schrumpfen des Wirtschaftsraumes komme beispielsweise zustande, wenn gut ausgebildete Jugendliche, die keinen Arbeitsplatz finden, das Land verlassen. Der Raum der Wirtschaft werde dadurch kleiner und man könne statistisch sogar ein leichtes Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf verzeichnen. „The expelled become invisible to formal measurements, and thereby their negative drag on growth rates is neutralized.“²³

Bei solch krassen ökonomischen Ungleichheiten wird der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft brüchig. Wenn sozio-ökonomisch benachteiligte Schichten der Bevölkerung den Eindruck haben, dass die Politik ohnehin nicht für sie da ist, dann werden sie das Vertrauen in demokratische Institutionen verlieren. Und die Bürger liegen mit ihrem Eindruck, dass die Politik die Interessen der unteren Schichten aus den Augen verliert, gar nicht so falsch.

Für die USA hat der Politikwissenschaftler Martin Gilens die Politikpräferenzen von Bürgern unterschiedlicher Einkommensstufen mit den Politikergebnissen verglichen.

17 Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck, S. 583–584.

18 Ebd., S. 586.

19 Ebd.

20 Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 2016, S. 13.

21 International Monetary Fund, Fiscal Monitor, Oktober 2017, S. 42.

22 Sassen, Saskia (2014): Expulsions. Brutality and Complexity in the Global Economy. Cambridge, London: The Belknap Press of Harvard University Press, S. 35.

23 Ebd., S. 37.

Er kommt zu dem Ergebnis, dass amerikanische Regierungen seit den 1980er Jahren insbesondere die Präferenzen der reichsten Bürger bei ihren politischen Entscheidungen berücksichtigten.²⁴ Die Präferenzen der Mehrheit der Amerikaner spielten unter den meisten Umständen keine Rolle für die Inhalte der Politik. Auch für Deutschland wurde für ein breites Spektrum politischer Themen im Zeitraum von 1998 bis 2013 eine Schieflage politischer Repräsentation nachgewiesen. Die Daten zeigen „einen deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen von Personen mit höherem Einkommen, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen.“²⁵ Eine derart einseitige Responsivität der gewählten Repräsentanten widerspricht auf eklatante Weise dem demokratischen Grundsatz der politischen Gleichheit.

Neben der Kluft zwischen Arm und Reich ist in den Prozessen der Europäisierung und Globalisierung ein Missverhältnis zwischen demokratischer Mitwirkung und politischen Kompetenzen der supra- und internationalen Organisationen entstanden. Die politischen Kompetenzen der EU sind kontinuierlich gewachsen, ohne dass die politische Teilhabe der Bürger in der europäischen Politik Schritt halten konnte. Wichtige politische Fragen werden in der EU durch exekutive und judikative Organe entschieden. Dies ist möglich, weil im Vertrag über die Arbeitsweise der EU detaillierte Bestimmungen über einzelne Politikbereiche festgelegt sind und dieser Vertrag wie eine Verfassung behandelt wird. Was aber in einer Verfassung geregelt ist, steht Mehrheitsentscheidungen nicht mehr offen. Dies bedeutet konkret, dass die Gestaltung zahlreicher europäischer Politiken von der demokratischen Auseinandersetzung in politisch wirksamen Öffentlichkeiten entkoppelt ist.²⁶

In der europäischen Politik wird daher die Kluft zwischen Bürgern und politischen Eliten im öffentlichen Diskurs besonders deutlich. Die europäische Politik stützt sich auf Exekutiven und Experten und bleibt für einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger intransparent. So notwendig Experten und ihr Wissen für politisches Handeln sind, und so sehr die populistische Expertenverachtung zu bekämpfen ist, so gilt auch, dass in einer Demokratie die Bürger die praktische Erfahrung machen müssen, dass ihre Meinung bei politischen Entscheidungen zählt. Mehr denn je brauchen Demokratien als Gegengewicht zu den populistischen Parolen öffentliche Debatten, in denen über die gesellschaftlichen Gräben und nationale Grenzen hinweg kommuniziert wird. Genau diese Integration leidet eine zunehmend fragmentierte und kommerzialisierte Öffentlichkeit nicht.²⁷

In einer Öffentlichkeit, in der die Massenmedien oft der politischen Macht zu nahe stehen²⁸, und die sozialen Medien ein Forum für Gleichgesinnte sind²⁹, verengt sich der Raum für die Vielfalt der Perspektiven. Doch gerade in einer Zeit, in der sich die westlichen Gesellschaften durch die Migration dauerhaft verändern, sollte die Öffent-

24 Gilens, Martin (2012): *Affluence & Influence. Economic Inequality and Political Power in America*. Princeton and Oxford: Princeton University Press, Introduction, S. 199 und S. 233.

25 Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 / 2017, S. 161.

26 Grimm, Dieter (2016): Die demokratischen Kosten der Konstitutionalisierung. Der Fall Europa. In: ders., *Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie*. München: Beck, S. 112 ff.

27 Neverla, Irene (2017): „Lügenpresse“ – Begriff ohne jede Vernunft? Eine alte Kampfvokabel in der digitalen Medienlandschaft. In: Lilienthal, Volker / Neverla, Irene (Hrsg.): „Lügenpresse.“ Anatomie eines politischen Kampfbegriffs. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 25.

28 Augstein, Jakob (2017): Haben wir Grund, uns zu schämen? Von der notwendigen Selbstkritik der Journalisten. In: Lilienthal, Volker / Neverla, Irene (Hrsg.), „Lügenpresse“: a.a.O., S. 55 ff.

29 Jarren, Otfried (2018): Kommunikationsrat für Facebook, Google & Co? Die Macht der Intermediäre als wissenschaftliche wie gesellschaftliche Herausforderung. Vortrag des Preisträgers des Schader-Preises 2018, Darmstadt, 04.05.2018. Online verfügbar unter <https://www.schader-stiftung.de/themen/kommunikation-und-kultur/fokus/medien/artikel/kommunikationsrat-fuer-facebook-google-co> (23.10.2018).

lichkeit ein Ort sein, an dem eine möglichst große Vielfalt von Meinungen zur Geltung kommt, und auch der Unsicherheit ein Platz eingeräumt wird.³⁰

In einem Exkurs zu Hannah Arendt und zu einer Neonarbeit von Bruce Nauman möchte ich zeigen, wie wichtig in kritischen Situationen die Selbstreflexion für den öffentlichen Diskurs ist. Die eigenen Erfahrungen, auch Gefühle, in Verbindung mit der „Aktivität des Denkens“³¹ sind für Hannah Arendt und Bruce Nauman die Grundlagen, um herrschendes Wissen und Konventionen immer wieder neu in Frage zu stellen.

Exkurs: Hannah Arendt und Bruce Nauman über die Aktivität des Denkens

Denken ist für Hannah Arendt etwas anderes als Wissen.³² Es ist der Unterschied zwischen der Suche nach Sinn und der Produktion verifizierbaren Wissens.³³ Im Denken unterbrechen wir Wissen und Handeln und stellen die herrschenden Doktrinen, Regeln und Verhaltensweisen schonungslos auf den Prüfstand.³⁴ Wir ziehen uns aus der Öffentlichkeit zurück und fragen uns, ob das, was um uns herum geschieht, einen Sinn ergibt. Die Aktivität des Denkens sei ein Prozess, bei dem wir mit uns selbst in Dialog treten und die in unserem Bewusstsein liegende Differenz aktiviert werde. Jeder Mensch habe die Möglichkeit des Denkens, weil wir uns alle mit der Differenz auseinandersetzen können, die wir als Individuen in uns tragen. „A difference is inserted in my Oneness. (...) Human consciousness suggests that difference and otherness, which are such outstanding characteristics of the world of appearances as it is given to man as his habitat among a plurality of things, are the very conditions for the existence of man's ego as well.“³⁵

Das Denken, so Arendt, das Verhaltensnormen und Wissen immer wieder neu prüfe, schaffe selbst keine Werte und könne uns auch nicht ein für alle Mal sagen, was gut und was böse sei.³⁶ Aber es schärfe unser Urteil über das, was wir guten Gewissens tun können. Denken hänge also mit moralischen Abwägungen zusammen. Die politische Bedeutung der Aktivität des Denkens zeige sich in Krisensituationen, in den Momenten, in denen die Dinge auseinanderzufallen drohen: „At these moments, thinking ceases to be a marginal affair in political matters. When everybody is swept away unthinkingly by what everybody else does and believes in, those who think are drawn out of hiding because their refusal to join is conspicuous and thereby becomes a kind of action.“³⁷

Die Aktivität des Denkens findet zwar nicht in der Öffentlichkeit statt, erzeugt aber Resonanz im öffentlichen Diskurs und ermöglicht es, rationale und emotionale Aspekte zu verknüpfen. Das Denken als Dialog mit uns selbst gründet in der Differenz, die jedem Individuum innewohnt und öffnet uns zugleich für die Vielfalt an Differenz, die wir in der Welt antreffen, wenn wir den privaten Bereich verlassen und in der Öffentlichkeit als Bürger präsent sind. Die Wirklichkeit in all ihrer Komplexität werde erst im öffentlichen Diskurs und nur in dem Maße verständlich, „als Viele miteinander über sie reden und ihre Meinungen, ihre Perspektiven miteinander und gegeneinander austauschen.“³⁸ Im

30 Göle, Nilüfer: *Europäischer Islam*, a.a.O., S. 259.

31 Arendt, Hannah (1971): *Thinking and Moral Considerations*. In: *Social Research* 383 / 1971, S. 417–466. S. 421.

32 Ebd., S. 421.

33 Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Konzept Hannah Arendts vgl. meinen Vortrag „Kulturelle Voraussetzungen der Mediendemokratie im 21. Jahrhundert“. Symposium Mediendemokratie 2017, Hamburg, 26.10.2017.

34 Arendt, Hannah: *Thinking and Moral Considerations*, a.a.O., S. 435.

35 Ebd., S. 442.

36 Ebd., S. 445.

37 Ebd.

38 Arendt, Hannah (1993): *Was ist Politik?* In: Ludz, Ursula (Hrsg.): *Fragmente aus dem Nachlaß*. München, Zürich: Piper, S. 52.

öffentlichen Diskurs³⁹ erfahren wir aus der Vielfalt der Perspektiven die Wirklichkeit der Welt. Die politische Rationalität der Öffentlichkeit zeigt sich in dieser Vielfalt der Besonderheiten und nicht etwa in der fehlenden Emotionalität des Diskurses. Irrational wird ein Diskurs erst, „wenn sich die Emotionalität der Selbstreflexion verweigert.“⁴⁰

Die Parallelen des Konzeptes der Aktivität des Denkens mit der Kunst von Bruce Nauman sind verblüffend. Soeben ging eine Ausstellung im Schaulager bei Basel über das Werk von Bruce Nauman mit dem Titel „Disappearing Acts“ zu Ende. Die Ausstellung, in Zusammenarbeit der Laurenz-Stiftung und des Museum of Modern Art (MoMA) konzipiert, wird ab 21. Oktober in New York gezeigt werden. Im Vorwort des Kataloges lesen wir: „Wenn wir uns durch seine [Naumans] Environments bewegen oder vor einer Zeichnung wie *MAKE ME THINK ME* stehen, bekommen wir eine Ahnung davon, was es heißt, wach zu sein – in der Welt zu sein. Indem sein Werk die Art und Weise hinterfragt, wie Konventionen festgelegt werden, beseitigt es jegliche Gewissheit und weist uns an, lieber unsere eigenen Urteile zu bilden, als auf vertraute Regeln zurückzugreifen.“⁴¹

Kathy Halbreich, Kuratorin der Ausstellung, erklärt den Titel „Disappearing Acts“. Der rote „Faden emotionaler, intellektueller und formaler Aufmerksamkeit, der sich von der Studienzeit des Künstlers bis heute“⁴² durchziehe, seien die „Erscheinungsformen des Verschwindens.“⁴³ Das Verschwinden sei „das gedankliche Bindemittel“, das Nauman geholfen habe, „den Sinn des Ganzen deutlich hervortreten zu lassen“.⁴⁴ Ganz ähnlich sieht Hannah Arendt in der Aktivität des Denkens einen Prozess, der keine Werte oder Gewissheiten produziere, sondern akzeptierte Verhaltensweisen auflöse und unser moralisches Urteil schärfe.⁴⁵ Diese moralischen Urteile bedeuteten keine Gewissheit oder gar Wahrheit für immer, sondern ermöglichten uns die Orientierung im gesellschaftlichen Zusammenleben.⁴⁶

In der Neonarbeit Bruce Naumans „Human Nature/Life Death/Knows Doesn't Know“ aus dem Jahr 1983 (vgl. Abbildung) sind Worte, die menschliche Grunderfahrungen und Gefühle ausdrücken, kreisförmig und diagonal angeordnet und leuchten abwechselnd auf. Das Durcheinander der Worte und der ständige Wechsel von Aufleuchten und Verlöschen führen beim Betrachten dazu, dass man gar nicht mehr weiß, wohin man schauen soll. Die Gefühle werden durcheinander gewirbelt. „Wo Sinn entsteht, bricht er gleich wieder auseinander.“⁴⁷ Bruce Nauman reflektiert Gegensätze: Human – Nature, Life – Death, Knows – Doesn't Know, Pleasure – Pain, Love – Hate. Er legt Worte übereinander und führt somit zusammen, „was eigentlich nicht zusammenpasst“⁴⁸. Wenn Gegensatzpaare gleichzeitig aufleuchten, wird „die herkömmliche Dichotomie visuell aufgehoben“⁴⁹. Wie auch in anderen Neonarbeiten betont Nauman „Unter-

39 Arendt, Hannah (1998): *The Human Condition*. Chicago und London: The University of Chicago Press, 2. Auflage, S. 58.

40 Neverla, Irene (2017): „Lügenpresse“-Begriff ohne jede Vernunft? A.a.O., S. 40.

41 Lowry, Glenn D. (2018): Vorwort. In: Halbreich, Kathy et al. (Hrsg.): *Bruce Nauman: Disappearing Acts*. Laurenz-Stiftung, Schaulager / The Museum of Modern Art, New York. Münchenstein / Basel: Schaulager.

42 Halbreich, Kathy: *Disappearing Acts Appear – Schaustücke des Verschwindens*. In: *Bruce Nauman: Disappearing Acts*, ebd. S. 23.

43 Ebd.

44 Ebd.

45 Arendt, Hannah: *Thinking and Moral Considerations*, a.a.O., S. 445 und 446.

46 Ebd., S. 425.

47 Bruce Nauman: *Disappearing Acts*, a.a.O., S. 295.

48 Ebd.

49 Holl, Ute: *Einstellung und Wiederholung. Neonarbeiten als Kino*. In: *Bruce Nauman: Disappearing Acts*, a.a.O., S. 172.



Bruce Nauman „Human Nature/Life Death/Knows Doesn't Know“ (1983) © VG Bild-Kunst, Bonn 2018

brechung, Differenz und Wiederholung⁵⁰. Er bringt die Fragmentierungen und die Orientierungslosigkeit zum Ausdruck, die heute noch mehr als zur Zeit der Entstehung der Arbeit das gesellschaftliche Zusammenleben prägen.

Bruce Nauman möchte uns mit seiner Installation zu einem „inneren Dialog“⁵¹ anstiften – also zu dem, was Hannah Arendt die Aktivität des Denkens und die Unterbrechung des Handelns nennt.⁵² Die Neonarbeiten sind eine Aufforderung, über menschliche Grunderfahrungen immer wieder neu unter veränderten Lebensumständen nachzudenken.⁵³ Bruce Nauman macht uns Betrachter zu Teilnehmenden, verwickelt uns in das Geschehen⁵⁴ und schärft unsere Sinne für Mehrdeutigkeiten. Er fordert uns heraus, „als Menschen, als Bürger, aufmerksam zu sein, achtsam, auch widerständig“⁵⁵. Was ist zu tun, wenn wir uns die gegenwärtige Lage der repräsentativen Demokratien vor Augen führen?

Der Beitrag der Gesellschaftswissenschaften zur Stärkung der kulturellen Grundlagen von Demokratien

Die Richtung, in die notwendige Reformen gehen müssten, ist in meiner Hypothese schon angedeutet. Ich habe argumentiert, dass die politischen Eliten die Folgen gesellschaftlicher Fragmentierungen für die kulturellen Grundlagen demokratischen Regierens unterschätzt und die repräsentative Demokratie auf diese Weise in eine

50 Ebd.

51 Halbreich, Kathy: Disappearing Acts Appear, a.a.O., S. 27.

52 Arendt, Hannah: Thinking and Moral Considerations, a.a.O., S. 423 und S. 426.

53 Halbreich, Kathy: Disappearing Acts Appear, a.a.O., S. 27.

54 Ebd., S. 28.

55 Kathy Halbreich in der Sendung „Mit Kuratorin Kathy Halbreich durch die Bruce Nauman Ausstellung im Schaulager in Basel.“ Kunscht! Kultur im Südwesten. Kulturmagazin im SWR Fernsehen am 20.03.2018.

schwierige Lage manövriert haben. Die Trennlinien zwischen Arm und Reich, zwischen geringer demokratischer Beteiligung und umfassender Politikgestaltung in der EU und zwischen Bürgern und politischen Eliten müssen als politisches Problem ernst genommen und überwunden werden. Die Rückbesinnung auf die Werte der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität, die Realisierung demokratischer Teilhabe auf der europäischen Ebene und die Schaffung öffentlicher Räume für das Gespräch zwischen Eliten und Bürgern sind notwendige Schritte, um die kulturellen Grundlagen demokratischen Regierens wieder zu festigen. Nur wenn die Bedeutung der ganz realen Fehlentwicklungen im sozio-ökonomischen Bereich für die kulturellen Grundlagen der Demokratie erkannt wird, besteht die Chance, aus der Krise der Demokratie zu lernen.

Die kulturellen Grundlagen der Demokratie können durch politisches Handeln in einem freiheitlichen Staat nicht erzwungen, wohl aber gefördert werden.⁵⁶ Welchen Beitrag aber können die Gesellschaftswissenschaften leisten? Zunächst einmal können die Gesellschaftswissenschaften durch präzise Analysen über die soziale und politische Wirklichkeit aufklären. Der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty und sein Team haben in 15 Jahren Forschungsarbeit Erkenntnisse gewonnen, die unser Verständnis der historischen Dynamiken der Verteilung des Reichtums verändern. Im Forschungsprozess kann auch neue Wirklichkeit entstehen. So ist die Soziologin Nilüfer Göle im Rahmen ihrer Feldforschungen über den europäischen Islam mit ihren Mitarbeiterinnen in 21 europäische Städte gefahren und hat Muslime und Nicht-Muslime zu Einzelgesprächen und Diskussionsrunden in einen „experimentellen öffentlichen Bereich“ eingeladen. Auf diese Weise wurde den Muslimen aus dem „zeitgenössischen Europa eine Stimme verliehen, den Menschen, die bei den öffentlichen Kontroversen im Fokus stehen, bei den Debatten in den Medien oder in der Politik aber fehlen“⁵⁷.

Die Wissenschaftler können in einem nächsten Schritt die Ergebnisse ihrer Analysen in einer einfachen, aber nicht vereinfachenden Sprache in einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen und diskutieren. Es ist wichtig, dass Wissenschaftler im Dialog mit Praktikern die Komplexität der Wirklichkeit abbilden und auf diese Weise die vereinfachenden Lösungen der Populisten ad absurdum führen. Als Lehrende können wir den Studierenden vermitteln, dass Wissenschaft auch eine Haltung ist. Wird diese Haltung der Skepsis und des Argumentierens vermittelt, dann können die Studierenden später in ihren Berufen zur Festigung der kulturellen Grundlagen der Demokratie beitragen.

Die Grenzüberschreitung der Gesellschaftswissenschaften zur Praxis kann auch mit praktischen Reformvorschlägen verbunden sein. Die Politikwissenschaftlerin Patrizia Nanz und der Soziologe Claus Leggewie haben das Konzept der „Zukunfts-räte“ als einer neuen Form der Bürgerbeteiligung von der lokalen über die nationale bis zur europäischen Ebene entwickelt. Es handelt sich um dauerhafte Einrichtungen, in denen Bürger wichtige Zukunftsfragen identifizieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Die kulturellen Voraussetzungen für das Gelingen dieses Experiments sehen die beiden Wissenschaftler in einer kooperativen und vertrauensvollen Herangehensweise der Beteiligten. Kooperation erfordere Empathie und nichts spreche dagegen, „politische Gefühle für eine im besten Sinne bürgerliche, produktive Fortentwicklung der Demokratie zu nutzen“⁵⁸.

56 Ernst-Wolfgang Böckenförde ist mit seinem Satz aus dem Jahr 1964 „Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ oft missverstanden worden und hat daher in einem Interview mit Christian Rath, Die Tageszeitung vom 23.09.2009, betont, dass der Staat die „moralische Substanz“ seiner Bürger stützen und fördern könne.

57 Göle, Nilüfer: *Europäischer Islam*, a.a.O., S. 15.

58 Nanz, Patrizia / Leggewie, Claus (2018): *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*. Berlin: Wagenbach, S. 17 und S. 23.

In der Tat: Auch Emotionen haben ihren Platz in der demokratischen Auseinandersetzung. Dies bedeutet nicht, die Idee einer Rationalisierung der politischen Macht durch Kritik und Kontrolle der Öffentlichkeit aufzugeben. Jürgen Habermas begründet „das Gebot einer politisch fungierenden Öffentlichkeit“⁵⁹ mit der Annahme, dass die Ergebnisse demokratischer Verfahren und der öffentlichen Diskurse im Rahmen dieser Verfahren die „Vermutung der Vernünftigkeit“ beanspruchen dürfen.⁶⁰ Wenn wir dieses Gebot einer die Macht rationalisierenden Öffentlichkeit ernst nehmen wollen, dann müssen wir auch die emotionale Dimension demokratischer Politik einbeziehen.

Zu dieser emotionalen Dimension gehören Empathie, Vertrauen, Toleranz und die Anerkennung von Anderssein. Es ist ein Indiz für die Aushöhlung der kulturellen Grundlagen der Demokratie⁶¹, dass zunehmend Gefühle wie Angst, Empörung, Intoleranz und Wut in der Politik eine Rolle spielen und wir heute mit Aggressivität, Hassreden und Beleidigungen in den sozialen Medien konfrontiert sind. Der wachsende Einfluss dieser anderen Seite der Emotionen spiegelt den Verlust der Wertschätzung demokratischer Institutionen und Verfahren. Statt Emotionen im öffentlichen Diskurs auszugrenzen, brauchen wir daher empirische Kenntnisse über die Rolle von Emotionen und theoretische Konzepte zur Klärung des Verhältnisses von Ratio und Emotion in der Demokratie.⁶²

So wie Bruce Nauman Gegensatzpaare wie „Knows – Doesn’t Know“ oder „Pleasure – Pain“ durch gleichzeitiges Aufleuchten und Überlagerung visuell auflöst, so müssen wir auch die Dichotomie zwischen Rationalität und Emotionalität überdenken. Auf der Basis empirischer und theoretischer Erkenntnisse könnten Wissenschaftler dann gemeinsam mit Praktikern Vorschläge erarbeiten, die es ermöglichen, die Grenze zwischen Ratio und Emotion so zu überschreiten, dass Emotionen in vernünftige und einer Demokratie würdige Bahnen gelenkt werden.

Eine doppelte Grenzüberschreitung ist also geboten: zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis und zwischen Ratio und Emotion. Die Schader-Stiftung zeigt uns seit ihrer Gründung vor 30 Jahren, wie eine solche doppelte Grenzüberschreitung gelingen kann. Der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis ist bei der Schader-Stiftung Programm und wird in vielfältigen Projekten realisiert. Aber auch für die Grenzüberschreitung zwischen Ratio und Emotion können wir von der Schader-Stiftung lernen. Die Leidenschaft, mit der sich der Stifter Alois M. Schader ganz persönlich für die Sache der Stiftung engagiert, überträgt sich auf das ganze Darmstädter Team. Diese Leidenschaft inspiriert auch die Wissenschaftler, mit ihren Arbeiten zu einer vernünftigeren Praxis des gesellschaftlichen Zusammenlebens beizutragen.

Prof. Dr. Christine Landfried, geboren 1949, war von 2014 bis 2016 Inhaberin des Max-Weber-Lehrstuhls an der Faculty of Arts and Science der New York University. Von 2016 bis 2017 war sie Emile Noël Fellow an der New York University School of Law, und seit 2017 ist sie Senior Fellow der Hertie School of Governance, Berlin. Sie studierte in Heidelberg und Harvard Politikwissenschaft, Geschichte und Völkerrecht. Von 1990 bis 2014 war sie Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Ihre Forschungsthemen sind die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit für demokratisches Regieren, die Finanzierung der Politik und die europäische Integration. 2016 erhielt Christine Landfried den Schader-Preis und gehört seitdem dem Senat der Schader-Stiftung an.

59 Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, Neuauflage 1990, S. 33.

60 Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 368.

61 Mounk, Yascha: The People vs. Democracy, a.a.O., S. 252.

62 Neverla, Irene: „Lügenpresse“ – Begriff ohne jede Vernunft? A.a.O., S. 39.

Angst und Vertrauen

Zwei Gefühle machen Politik

Eine diffuse Angst vor dem Fremden

Warum heute nachdenken über Angst und Vertrauen? Weil Angst überall zu herrschen scheint, in weit höherem Maße als in früheren Zeiten. Und weil Vertrauen von Vielen als wirksames Mittel gegen die Angst empfohlen wird. Interessierte Kreise unterminieren das über Jahrzehnte gewachsene Vertrauen in einen der bestfunktionierenden Rechtsstaaten der Welt, indem Angst vor Anderen geschürt wird. Und dies geschieht nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten der Welt mit teilweise verheerenden Wirkungen. Und dabei ist die Rolle der „social media“, vor allem Facebook und Twitter, nicht zu unterschätzen. Hier und anderswo schüren Roboter (bots) oder einige hundert Menschen, gemeinhin „Trolle“ genannt, mit nicht selten hetzerischen Kommentaren Angst, hetzen und beleidigen und versuchen, durch Fehlinformationen (fake news) das Vertrauen in Demokratie, herrschende PolitikerInnen und zivilgesellschaftliche Akteure aus Kirchen und Gewerkschaften zu untergraben, ein Klima des Misstrauens zu sähen und alle möglichen „Katastrophen“ zu nutzen, um Angst zu verbreiten. Von Wahlbeeinflussungen in den USA und anderswo durch gezielte Desinformation ganz zu schweigen. Angst scheint also etwas zu sein, mit dem man Politik machen kann.

Doch was ist eigentlich Angst und was ist das Gegengift dagegen – Vertrauen? Diesen beiden Fragen möchte ich gerne im Folgenden mit philosophischem und theologischem Instrumentarium nachgehen. Zuerst sind aber einige zusätzliche Bemerkungen zur Diagnose der aktuellen Lage geboten: Zygmunt Baumann, Philosoph und Soziologe und kürzlich erst verstorben, hat eines seiner letzten Bücher „Die Angst vor den Anderen“¹ genannt. Er setzt sich hier mit der Migration von aktuell vielleicht 100 Millionen Menschen weltweit und deren Folgen für soziale Systeme in westlichen Gesellschaften auseinander. Woher kommt die Angst bei so vielen in relativ wohlhabenden Gesellschaften, die wir überall in unserem privaten Umfeld und in den (sozialen) Medien wahrnehmen?

Baumann sieht eine zentrale Ursache in der Erosion sozialer Systeme wie etwa den Gemeinschaften in Dörfern und Kleinstädten, aber auch in der Anonymität des Lebens in der Großstadt, welche dem Einzelnen nicht die gewohnte positive Rückmeldung gibt: „Du gehörst dazu“, „Du wirst gebraucht“, „du bist ein Guter“. Hinzu kommt die Entfesselung, Flexibilisierung und Globalisierung der Arbeitsmärkte. So ist im letzten Jahrzehnt ein soziales und psychisches Prekariat entstanden, ein Gefühl von Unsicherheit und Entbettung, das weit in die Mittelschichten hineinragt.² In Deutschland kommen eine im Osten unaufgearbeitete DDR-Gewaltgeschichte und der bis heute schwelende Ost-West-Gegensatz hinzu. Der Soziologe Heinz Bude spricht in seinem aktuellen Buch „Gesellschaft der Angst“ von den „Abgehängten“. Das können durchaus auch gut verdienende Abteilungsleiter sein, die bei der letzten Beförderung oder Gehaltserhöhung übergangen wurden. Gemeint ist damit das Phänomen, was der deutsche Soziologe Ulrich Beck schon vor Jahren *Individualisierung* genannt hat³, die

1 Der Text wurde in leicht veränderter Fassung im Juli-Heft der Zeitschrift „Stimmen der Zeit“ 2018 bereits einmal publiziert. Baumann, Zygmunt (2016): Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin: Suhrkamp.

2 Bude, Heinz (2014): Gesellschaft der Angst. Hamburg: Hamburger Ed., HIS.

3 Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Tatsache, dass jeder Mensch streng nach den Gesetzen der Ökonomie behandelt wird, also für sein Wohlergehen *ganz alleine* verantwortlich ist. Kein Staat, keine Großfamilie und auch keine Religionsgemeinschaft und erst recht nicht „der Markt“ springt letztlich für ihn ein und „rettet“ ihn, wenn sein Leben finanziell oder sozial scheitert. Diese Individualisierung unterstützt und aktualisiert offenbar eine in jedem Menschen angelegte allgemeine Daseinsangst, von der später noch die Rede sein wird, und wird so zu einem eminent wirksamen politischen Instrument:

Was man eigentlich als „Versagen“ der Politik begreifen könnte, hält Zygmunt Baumann zugleich für ein Potential, mit dem zweifelhafte Politiker und Scharfmacher in vielen Teilen der Gesellschaft nun wuchern. Politik unterliege im letzten Jahrzehnt dem Trend einer „Versicherheitlichung“ und antworte so auf die beschriebene Mentalitätsverschiebung. Politik löse die Probleme aber nicht wirklich, sonst müsse fundamental über gerechte Löhne, gerechten Welthandel et cetera gesprochen und entsprechend gehandelt werden, sondern sie „verschiebt Probleme, die der Staat nicht zu lösen vermag, auf Probleme, mit denen die Regierung sich [...] eifrig und erfolgreich auseinandersetzt“⁴. Und vor allem: Sie externalisiert die Ursache der Probleme aus dem eigenen System auf fremde Staaten, Religionen und Ethnien. Muslimische Flüchtlinge sind in diesem strategischen System zur „Lösung“ selbstgeschaffener Probleme geradezu eine ideale Projektionsfläche, denn mit ihnen kommen anderswo ungelöste Probleme, kommt die Globalisierung nach Europa. Es wird so drängend klar: Es gibt keine Inseln der Sicherheit mehr, auf die man sich mit gutem Gewissen zurückziehen könnte. Man kann nur eines von beidem haben: Sicherheit *oder* ein gutes Gewissen.

Verbindet man nun aber gar das an sich bereits als Verunsicherung und „beängstigend“ empfundene Migrationsthema mit dem islamistischen Terror oder einzelnen Straftaten Geflüchteter, so sind die Ergebnisse bei einem großen Teil der Bevölkerung nahe-liegend und verheerend: Es entsteht eine diffuse Angst vor dem Fremden, ohne, dass ernsthaft Lösungen oder Verantwortliche zur Hand wären.

Dabei wissen wir alle, dass die allgemeine Sicherheit in den letzten Jahren eher gewachsen ist und dass das Risiko, an Krebs oder einem Autounfall zu sterben, um ein Vielfaches höher ist als die Bedrohung durch Terroranschläge. Wer aber Angst hat, fragt nicht nach den Fakten. Er fragt vielmehr, wer ihn oder sie schützen kann. Entsprechend sind starke Männer oder Frauen populär, denen man sich fraglos anvertraut. Ob Donald Trump, Marine le Pen, Recep Tayyip Erdogan oder Victor Orban: je größer die Angst, desto größer das Bedürfnis nach einem Beschützer mit möglichst unbegrenzter Macht. Doch dieses Vertrauen in starke Männer (und Frauen) ist genau betrachtet auch Zeichen einer schleichenden Säkularisierung, denn eigentlich war es einmal die Religion, genauer der Glaube an einen allmächtigen Gott, welche als erste die Antwort auf große, fundamentale oder gar kosmische Ängste zu geben versprach. Da Gott die Welt geschaffen hat und zu einem gerechten Ende führt, sind alle Leiden und Ängste nur vorläufig und relativ, so lehren es die monotheistischen Religionen. Was heißt es aber für das viel beschworene Gottvertrauen, wenn wir darauf angewiesen sind, nicht mehr einem allmächtigen Gott, sondern starken Menschen zu vertrauen?

Zygmunt Baumann schreibt weiter zu den Ursachen der Angst vor den Anderen: „Das Gespenst, das in einer Gesellschaft von Menschen umgeht, die vor allem Leistung erbringen sollen und wollen, ist die Angst, sich selbst als ungenügend – unfähig und ineffizient – zu fühlen, und die Angst vor den unmittelbaren Auswirkungen dieser Einsicht – dem Verlust der Selbstachtung – sowie ihren wahrscheinlichen Folgen: Ab-

4 Baumann, Zygmunt, a.a.O., S. 33

lehnung, Verbannung und Exklusion.“⁵ Es sind also wieder Ängste, die eigentlich ganz woanders entstehen, bei uns selber nämlich, welche auf Flüchtlinge projiziert werden als diejenigen, die uns „unsere“ Frauen, Arbeitsplätze, die Sozialfürsorge oder durch viele Kinder den Platz zum Leben wegnehmen.

Schon Immanuel Kant hat die Grundproblematik der Aufklärungs- und Globalisierungseffekte, welche sich bereits zu seiner Zeit ankündigten, erkannt und in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ durchaus im Sinne der biblischen Tradition der Erz-mütter und Propheten eine weltweite Gastfreundschaft vorgeschlagen: „Hospitalität bedeutet das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines andern, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden. Dieser kann ihn abweisen, wenn es ohne seinen Untergang geschehen kann; so lange der Fremde aber auf seinem Platz sich friedlich verhält, darf er ihm nicht feindlich begegnen.“⁶ Wie kommt es, dass wir noch 200 Jahre nach Kants Einsicht zögern, die gleichzeitige Gegebenheit von Nationalstaat und Globalisierung mit diesem fairen Kompromiss zu lösen?

Es scheint offenbar Themen zu geben, bei denen nicht zuerst eine Sachorientierung, oder die menschliche Kompetenz, Probleme zu lösen im Mittelpunkt steht, auch nicht die zumindest philosophisch unstrittige Verantwortung gegenüber dem anderen Menschen, wie sie Immanuel Kant und noch schärfer vor einigen Jahrzehnten der jüdische Religionsphilosoph Emmanuel Levinas formuliert haben, sondern tiefer liegende, instinktive Kräfte, welche den Selbsterhalt vor die Verantwortung schieben und in einer gefühlten Notsituation von Politikern und Populisten aktiviert und missbraucht werden können. Eine gerechte Weltwirtschaft, ein Marshallplan für Afrika, ein Ende des US-amerikanischen Unilateralismus, der zuletzt zum Irak-Krieg mit einer Million toten Zivilisten und damit zum IS-Terror geführt hat – das wären Schritte zu einer Verbesserung der Lage für alle Beteiligten. Doch die Lage in Europa wird nur selten unter diesen Gesichtspunkten, dafür aber umso selbstverständlicher in Kategorien der Angst und der Verteidigung gegen eine diffuse Bedrohung von außen diskutiert. Namhafte Regierungen im Osten Europas, aber auch Frankreich, Spanien und Großbritannien haben sich weder an einer der genannten Maßnahmen noch an einer konstruktiven Flüchtlingspolitik beteiligt, die etwa eine gerechte Verteilung der geflüchteten Menschen auf alle europäischen Staaten ermöglichen und einen Beitrag zur Problemlösung leisten würde.

Wir müssen also noch eine Schicht tiefer graben und nach Angst und Vertrauen als existentiale, im Sinne von vom Bewusstsein nur bedingt steuerbaren menschlichen Grundgefühlen fragen.

Angst – was ist das?

Wenn wir in die Geistesgeschichte schauen und nach der Bedeutung oder gar einer Phänomenologie der Angst fragen, stoßen wir als ältestes Zeugnis auf das griechische Wort *angchein*, das Würgen oder (Er-)drosseln bedeutet, und sind damit sofort bei der *Angst als körperliches Phänomen*. Angst schnürt uns die Kehle zu, Angst macht die Brust eng und nimmt den Atem, wie die lateinischen Worte für Angst nahelegen, von denen sich auch unser deutsches Wort herleitet, „*angor*“ und „*anxietas*“, denn sie bedeuten schlicht „Würgen, Beklemmung, Enge“. Im Englischen heißt die Angst *anxiety* und im Französischen *angoisse*. Frühe christliche Reflexionen über die Angst schließen gerne an Johannes 16,33 an, wo Jesus spricht: „In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden.“ In diesem Satz steckt natürlich mehr als nur eine Beschreibung der Angst als Phänomen. Jesus bietet den Christgläubigen auch ein

5 Baumann, Zygmunt, a.a.O., S. 61.

6 Kant, Immanuel (2005): Zum ewigen Frieden. In: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): Immanuel Kant. Werke in sechs Bänden, Bd. VI. Darmstadt: WBG, S. 213 f.

Konzept für ihre Überwindung an, den Glauben an den Gottmenschen Jesus Christus und seine Erlösungstat in Kreuz und Auferstehung. Die frühe christliche Theologie kennt damit also die *Weltangst* und stellt ihr die *Gottesfurcht* als Mittel zur Befreiung von Angst vor Irdischem durch den Glauben an einen die Welt erschaffenden und in Liebe beherrschenden Gott gegenüber.

Ein Name, der in unseren Überlegungen auf keinen Fall fehlen darf, ist der Sören Kierkegaards. In seinem Werk „Der Begriff Angst“ fasst er die Angst als Gefühl des heutigen Menschen, wenn er auf die unendlichen Möglichkeiten seiner Freiheit schaut. Im Schwindel, der angesichts dieses Abgrundes der Möglichkeiten entsteht, sieht Sören Kierkegaard die Wurzel der Angst, die zugleich Angst vor der Möglichkeit sein soll, schuldig zu werden. Vermutlich ist das oben bereits skizzierte Phänomen der Angst in wohlhabenden Staaten von Kierkegaards Analyse nicht allzu weit entfernt. Aber: Welche Freiheiten, die uns ängstigen könnten, haben wir denn angesichts von drohender Arbeitslosigkeit, Verarmung oder umfassender Internetüberwachung durch die „großen Vier“ Google, Facebook, Amazon und Apple, von der NSA ganz zu schweigen? Ist unsere Angst nicht eher von anderen gemacht? Wäre eine Welt mit gerechter Ökonomie und Politik nicht auch eine weitgehend angstfreie Welt?

Fragt man grundsätzlich nach Angst als Existential, kommt Martin Heidegger ins Spiel, den man trotz seiner massiven Verwicklung in nationalsozialistisches Gedankengut in diesem Punkt nicht außen vor lassen kann. Denn er hat zwar auch Kierkegaard gelesen und geschätzt, aber in seinem Hauptwerk „Sein und Zeit“ (1927) wird die menschliche Angst noch grundsätzlicher, nämlich als *Existential*, gefasst. Heidegger entwickelt hier zuerst den Gesamtrahmen der *Sorge*: Der Mensch muss sterben, sein ganzes Leben ist unbewusst von diesem Endpunkt her bestimmt und durchwirkt. Jeden Tag müssen kleine Tode gestorben oder abgewendet werden und letztlich weiß er, dass er – so der atheistische Philosoph Heidegger – ins Nichts fällt, vom Nichts umzingelt ist. Angst ist also nichts Krankhaftes, das man therapieren muss oder durch politische Maßnahmen ganz aus der Welt schaffen könnte, auch wenn es pathologische und politisch instrumentalisierte Formen der Angst gibt, sondern gehört zur Grundausstattung des sterblichen Menschen: „Angst kennen weder Engel noch das Tier“.

Die kurz eingeführten philosophischen und religiösen Einsichten von einer Allgegenwart der Angst werden scheinbar weder von der Psychologie noch von der Psychiatrie geteilt. Die Angst ist gemäß *dieser* Weltanschauungen nicht nur messbar, sondern auch durch die Pharmakologie bestens in den Griff zu bekommen. *Anxiolytica*, Angstlöser, werden in Massen hergestellt und verbraucht. Auch der Philosoph Martin Heidegger hatte zwar anerkannt, dass Angst oft physiologisch bedingt sei, doch er hielt fest, „physiologische Auslösung von Angst [werde] nur möglich, weil das Dasein im Grunde seines Seins sich ängstet.“⁷

Jenseits der Psychiatrie wird Angst in der Psychoanalyse auf jeden Fall begriffen als etwas, das man vermeiden kann, das erst bei Verlusten und traumatischen Ereignissen in der frühen Kindheit entsteht. Die Gesichter der Angst sind vielfältig: Ob als *Daseinsangst*, *allgemeine Schicksals-*, *Verarmungs-* und *Berufsangst* tritt die Angst bei Sigmund Freud fundamentaler als die *Kastrationsangst*, die *Schuldangst* und *Todesangst* auf. Beides Ängste, die den Liebes-Verlust betreffen. Freuds Schüler und Nachfolger machen darüber hinaus traumatische Geburtserfahrungen und ein fundamentales Minderwertigkeitsgefühl als Quelle aktueller Ängste aus.

7 Alle Zitate: Heidegger, Martin (1986): Sein und Zeit. Tübingen: Niemeyer, S. 184 ff.

Angst hat also viele verschiedene Gesichter und auch in der heutigen gesellschaftlichen Situation dürfte die Verarbeitung der in der Globalisierung intensivierten *neuen Unübersichtlichkeit* und scheinbaren Bedrohung von jedem Einzelnen noch einmal unterschiedlich, je nach Typ, verarbeitet werden.

Angst ist hoch individuell, aber auch stark von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen abhängig. Wenn wir auch das Bewusstsein der eigenen Sterblichkeit und die allgemeine Sorgestruktur des menschlichen Lebens als Hintergrundrauschen für die Angstfähigkeit und -bedrohtheit des Menschen mit Heidegger und Kierkegaard fassen dürfen, wissen wir doch nicht, ob beispielsweise die Menschen der Eiszeit Beziehungs- und Berührungssängste gekannt haben. Vermutlich waren sie wie nahezu alle Menschen über Jahrtausende bis zur Neuzeit derart mit der Notwendigkeit des Überlebens beschäftigt, dass ihre Bedrohung mehr biologisch als psychologisch erfassbar gewesen sein dürfte. Ihre Angst dürfte damit auch eindimensionaler gewesen sein als heute, wo wir ja medizinisch von der Agoraphobie bis zur Arachnophobie Dutzende von Formen der Angst unterscheiden und vielleicht sogar trotz Wohlstand und hoher Bildung als *Gesellschaft der Angst* bezeichnet werden können. Wir haben also auch unsere Angst zivilisiert und seziiert, sehr genau von allen Seiten betrachtet, ja vielleicht sogar gezüchtet. Obwohl unser Leben immer sicherer wird, nimmt unsere Angst nicht ab sondern zu.

Vertrauen

In der christlichen wie in der jüdischen Religion ist *Vertrauen* kein Terminus, keine Haltung unter anderen, sondern steht im Mittelpunkt. Denn das lateinische Wort *religio* selber meint ja eine vertrauensvolle Rückbindung an Gott und die von ihm gewünschten Riten und Regeln. Das in der christlichen Bibel fast 300 Mal vorkommende griechische Wort *pistis* wiederum wie auch das hebräische Wort *emuná* können sowohl mit „Vertrauen“ wie mit „Glaube“ übersetzt werden. Wer also *Religion* hat und wer *glaubt*, der *vertraut* auf eine zentral sichernde Instanz, auf Gott und die von ihm offenbarte Religion.

Im Alten Testament taucht die Wortwurzel *Betach* – *Vertrauen, sich verlassen auf*, vor allem in den Büchern Jesaja, Jeremia und in den Psalmen, vereinzelt auch im Buch Hiob auf, also da, wo die *Unsicherheit*, das *Exil* und die *Klage des einzelnen Beters* zum Thema werden. So etwa im Psalm 25,1 oder Ps 27,3, 28,8:

Ps 25,1ff: Nach Dir Herr verlangt mich / Mein Gott, ich hoffe auf Dich; lass mich nicht zuschanden werden, dass meine Feinde nicht frohlocken über mich.

Ps 27,3: Der Herr ist mein Licht und mein Heil; vor wem soll ich mich fürchten? Der Herr ist meines Lebens Kraft; vor wem sollte mir grauen? / Wenn die Übeltäter an mich wollen, um mich zu verschlingen, meine Widersacher und Feinde, müssen sie selber straucheln und fallen. / Wenn sich auch ein Heer wider mich lagert, so fürchtet sich dennoch mein Herz nicht; wenn sich Krieg wider mich erhebt, so verlasse ich mich auf IHN.

In Jeremia 17,5 heißt es: So spricht der Herr: Verflucht ist der Mann, der sich auf Menschen verlässt [...] und weicht mit seinem Herzen vom Herrn. Der ist wie ein Strauch in der Wüste und wird nicht sehen das Gute, das kommt [...] Gesegnet ist der Mann der sich auf den Herrn verlässt und dessen Zuversicht der Herr ist. Der ist wie ein Baum am Wasser gepflanzt, der seine Wurzeln zum Bach hin streckt. [...] er sorgt sich nicht, wenn ein dürres Jahr kommt, sondern bringt ohne Aufhören Früchte.

In diesen und vielen anderen Texten wird die absolute und ausschließliche Hingabe an Adonai, den allmächtigen Gott, bekannt und gefordert. Ein Vertrauen auf Adonai, das Hoffnung auf Errettung (Hiob 11,18) und Glauben an den Gott der Väter mit ein-

schließt.⁸ Es wird aber auch gedroht: mit Entzug der Fürsorge und Huld, mit Verderben und Tod demjenigen, dessen Vertrauen zu klein ist.

In der christlichen Bibel ist uns die Bedeutung des Glaubens beziehungsweise des Vertrauens (*pistis*) in der Predigt Jesu gut in Erinnerung. Nach Meinung namhafter Exegeten ist es ein Schlüsselbegriff der frühchristlichen Verkündigung. Allerdings geht es der jungen Gemeinde um Glauben und Vertrauen an den am Kreuz erhöhten, die Gemeinde erlösenden Jesus Christus. Für Jesus selbst geht es noch um Vertrauen in das Handeln des guten Vaters im Himmel, Abba, der jedes unserer Haare gezählt hat und uns mit allem versorgt, was wir brauchen, wenn wir nur auf ihn vertrauen. Ja Jesus glaubt sogar, dass Glaube Berge versetzt (Mt 17,20 par), dass er zwar klein scheine wie ein Senfkorn, aber doch zu einem großen Baum wachsen könne (Lk 17,6 u.ö.). Jesus nennt seine Jünger häufiger „Kleingläubige“, etwa, wenn Petrus der Gang über den See nicht gelingt und er untergeht, oder wenn sie nicht auf das Kommen des Reiches Gottes vertrauen. Und er lobt den Glauben, das Vertrauen derjenigen, die er heilen kann und sagt: „Dein Glaube, dein Vertrauen hat dich gerettet“.

Nur Gott allein aber ist in der Lage, so Großes zu wirken. Der Beitrag des Menschen besteht darin, seinem Wort zu glauben, auf ihn zu vertrauen. Das Vertrauen wächst im Gebet. So betet etwa der um Heilung seines Kindes bittende Vater „Ich vertraue, hilf meinem Misstrauen.“ (Mk 9,24). „Solchen Glauben [solches Vertrauen] „besitzt“ man nicht; er ist eine ständige Bewegung vom Unglauben hin zum Glauben und damit ist er das dem Angebot der Güte Gottes gegenüber einzig angemessene Verhalten.“⁹

Paulus sieht dieses Vertrauen zu Recht im Tenach, der jüdischen Bibel, begründet und angekündigt: Im Römerbrief dient ihm vor allem die Abrahams-Verheißung (Gen 15) zum Vorbild. Abrahams Glaube ist ebenfalls bereits ein „Sich-Halten“ an Gottes Zusage unter Absehen von den eigenen Ängsten und Begrenztheiten. Er bricht auf in ein vollkommen unbekanntes Land. „Wie Abraham da, wo nichts mehr zu hoffen war, sich an die Zusage des Gottes hielt, der die Toten auferweckt und das Nichtseins ins Sein ruft (Röm 4,17), so ist christlicher Glaube das Sich-Halten an das Wort dessen, der Christus von den Toten auferweckt hat und den Gottlosen in Christus gerecht spricht (Röm 4,5.24).“¹⁰

Und die heutige Theologie? Der vielleicht größte katholische Theologe des 20. Jahrhunderts, der Jesuit Karl Rahner, wies in einem Grundsatztext zu *Angst und christlichem Vertrauen* kurz vor seinem Tod, 1981¹¹, drauf hin, wie fundamental Angst und Vertrauen einander zugeordnet sind. Er schrieb: die „erlösende Grundannahme unserer angsthaften Existenz [kann] entfaltet werden in die drei christlichen Grundexistenziale Glaube, Hoffnung und Liebe.“ Für Rahner umfasst der Begriff Vertrauen alle drei christlichen Grundvollzüge und er versteht Vertrauen folgendermaßen: „Es ist [...] ein freies, das Subjekt als solches wagendes und weggebendes Sicheinlassen auf die Existenz als ganze und eine. Dieser Akt [...] vollzieht sich [...] in der Hinwendung zu den konkreten Aufgaben der Freiheit im Umgang mit den einzelnen materiellen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Wirklichkeiten.“¹² In seiner hier deutlich von Heidegger herkommenden Sprache fasst Rahner das von ihm gemeinte Vertrauen als

8 Jenni, Ernst / Westermann, Claus (Hrsg., 2004): Theologisches Handwörterbuch zum Alten Testament I. Darmstadt, S. 303 ff.

9 Balz, Horst / Schneider, Gerhard (Hrsg., 1992): Exegetisches Wörterbuch zum Neuen Testament. Stuttgart: Kohlhammer, S. 223.

10 Ebd., S. 226.

11 Rahner, Karl (1981): Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft. Freiburg: Herder, Bd. 9, S. 72–100.

12 Ebd., S. 92.

ein „in Angst angstlos Sich-loslassen-dürfen-und-doch-nicht-fallen (oder in die Hände dessen [...] allein fallen, den wir Gott nennen).“¹³

In dieser Formulierung begegnet Angst ebenfalls als Grunderfahrung, als Existential, aber der Schritt auf Gott oder den anderen Menschen hin erfolgt in Angstlosigkeit. Der Mensch wird für einen kurzen Moment die Angst los. Er entkrampft sich und macht einen vertrauensvollen Schritt. Die Sorge sich selber zu verlieren, verletzbar zu werden, Kontur und Wiedererkennbarkeit einzubüßen wird kleiner und das Vertrauen wächst, doch im Ende nicht tiefer fallen zu können, als in die Hände Gottes. Dass dieses Vertrauen eine eminent eschatologische, eine endzeitliche Dimension hat, dass es nur trägt, wenn auch die letzte große Bedrohung, der Tod, in der Hand Gottes ruht, von Jesus in Tod und Auferstehung überwunden wurde, kann hier nur angerissen werden.¹⁴ Ein Vertrauen in Gott als letzte sichernde Instanz im Diesseits trägt nur, wenn er unsere Zeit ganz in Händen hält und der Tod nicht das Ende ist.

Rahners Begriff von christlichem Vertrauen bestimmt ebenfalls die ganze Existenz, liegt also noch einmal hinter oder unter unserem alltäglichen Vertrauen in Lebenspartner, Arzt oder Gebrauchtwagenhändler. Er gebraucht dabei ein schönes deutsches Wort: „Man ist trotz der immer gegebenen Angst im Letzten *gefasst* [...] Man lebt in solcher Gefasstheit aus eigener Überzeugung, dass letztlich eben doch nichts passieren kann (trotz der Ungesicherheit des Daseins, die nur gesichert ist in ihrer freien Annahme). [...] Man erfährt trotz aller Angst eine innere Unbeschwertheit, Gelöstheit und (scheinbar gegenstandslose) Heiterkeit. [...] Man wendet sich liebend dem Nächsten zu [...] man vergisst sich darüber und ist zufrieden.“¹⁵ Rahner ist sich natürlich darüber im Klaren, dass diese letztlich religiöse, ja sogar mystische Erfahrung für eine psychotherapeutische Anwendung nicht taugt. Schwere Traumata oder ein nicht vorhandenes Urvertrauen sind nicht einfach durch genug Glauben zu heilen. Doch der Gedanke, eine so grundsätzliche *Gefasstheit* als Antwort auf die Ängstlichkeit des *individualisier*ten Menschen zu nehmen, soll an dieser Stelle festgehalten werden.

Lassen Sie uns gleichwohl noch einmal kurz auf eine psychologische Fassung des Vertrauens-Themas schauen: Erik Erikson hatte in den fünfziger Jahren den Begriff *Urvertrauen* geprägt. Es wird in der allerfrühesten Kindheit im Spannungsfeld zwischen Bekommen und Geben entwickelt. Der Säugling ist darauf angewiesen, von der Umgebung gepflegt und gehalten zu werden, nur so kann sich sein Urvertrauen ausbilden.¹⁶ Ob auf sein Schreien mit Pflege und Zuwendung reagiert wird, ist entscheidend. Gewinnt das Kind Urvertrauen, hat es eine Basis für den Aufbau vertrauensvoller Selbst- und Fremdbeziehungen entwickelt. Verharrt es aufgrund seiner frühen Erfahrungen im Misstrauen gegenüber der Außenwelt, drohen schizoide und depressive psychopathologische Verstörungen.¹⁷ Und doch ist die Analogie zwischen dem zwischenmenschlichen Vertrauen, dem „Sich Verlassen auf ein Gegenüber angesichts eines ungewissen und risikohaften Ausgangs einer Handlung unter freiwilligem oder erzwungenem Kontrollverlust“ (ebd.) und dem Vertrauen in Gott deutlich sichtbar und wechselseitig voneinander abhängig. Wer Menschen nicht vertrauen kann, wird schwerlich Gott vertrauen und umgekehrt.

Die Aktualität von Angst und Vertrauen

In den bisherigen Ausführungen ist vieles angerissen und geklärt worden, das für unsere heutigen gesellschaftspolitischen Fragen relevant sein dürfte. Doch zunächst

13 Ebd., S. 94.

14 Valentin, Joachim (2013): Eschatologie. Glauben Gegenwärtig Denken 11. Paderborn: Schöningh 2013.

15 Ebd., S. 95.

16 Erikson, Erik H. (1950): Kindheit und Gesellschaft. Zürich: Pan.

17 Gabriel, Gottfried (Hrsg., 2001): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd.11, S. 988.

sieht das ganze Problem der Angst nicht nach einer leicht lösbaren Aufgabe für Polit- oder Sozialingenieure aus, denn es sind mindestens zwei Faktoren in den Blick gekommen, die sich einer schnellen Instrumentalisierung entziehen: die Entstehung frühkindlichen Vertrauens, beziehungsweise tiefsitzenden Misstrauens und fundamentaler Ängste, die das menschliche Verhalten weitreichend beeinflussen können und der jüdische wie auch christliche Glaube, die in der Haltung einer grundlegenden Gefasstheit ein weitreichendes Mittel gegen die Angst vor der Welt, die Angst als Krankheit zum Tode sein können, die aber als Schuldangst oder falsch verstandene Gottesfurcht auch ihrerseits angsterzeugend wirken können. Insgesamt wird aber deutlich, dass starke Persönlichkeiten, mit gesundem Ur- und oder Gottvertrauen, sich nicht so schnell ins Bockshorn jagen lassen. Dass der Umgang mit Neugeborenen, aber auch die Pflege religiöser Systeme, in denen sich ein menschenfreundliches und tieftragendes Gottvertrauen entwickelt, für eine Gesellschaft konstitutiv sein können.

Das sind Bereiche, auf die Politik keinen Einfluss hat. Doch die Frage, welcher Gott denn in unseren Moscheen, Synagogen und Kirchen gelehrt wird, könnte entscheidend sein. Ist es ein Gott, der Angst macht, der willkürlich straft und das Ruder meines Lebens herumreißt, oder einer, dem ich vertrauen kann, der mich in meinem Ich-Sein und in meiner Freiheit wirklich will und bestärkt und dessen Gebote Gebote sind, die das Leben und den anderen Menschen sein lassen oder die den anderen vernichten wollen?

Auch Zygmunt Baumann kritisiert zwar die „Versicherheitlichung“ unserer Politik und die hohe Bedeutung, die ungerechtfertigterweise dem Thema der Migration und der angeblichen Bedrohung eingeräumt wird, angesichts vieler ungelöster „echter“ Probleme wie Klimawandel, Demographie und anderen. Doch er wendet sich schließlich, wie Bibel, Philosophie und Theologie auch, dem Kleinraum des Zwischenmenschlichen zu und gibt einen wichtigen Hinweis. Am Ende seines Buches verwendet er die Begriffe *Lebenswelt-Verschmelzung* oder *Horizontverschmelzung*, die der Heidegger-Schüler Hans Georg Gadamer geprägt hat. Wie kommt man aber dahin, dass sich Lebenswelten und Horizonte von Mitbewohnern und Fremden verschmelzen, dass das neuerdings auch von vielen Politikern beschworene „neue Wir“ entsteht? Es klingt banal, ist aber nicht einfach – durch Verstehen:

„Das Grundmodell des Verstehens, zu dem Gadamer in [seinem Hauptwerk] *Wahrheit und Methode* gelangt, ist das des Gesprächs. Zum Gespräch gehört ein *Austausch zwischen Gesprächspartnern*, der auf ein Einvernehmen in irgendeiner Frage zielt; folglich steht solch ein Gespräch niemals vollständig unter der Kontrolle eines der Gesprächspartner, sondern wird durch die betreffende Frage bestimmt [...] da es sowohl beim Gespräch als auch beim Verstehen darum geht, zu einem Einvernehmen zu gelangen, erfordert jedes Verstehen so etwas wie eine gemeinsame Sprache, wenn auch eine, die sich erst im Prozess des Gesprächs herausbildet.“¹⁸

Prof. Dr. Joachim Valentin, geboren 1965, ist seit 2005 Direktor der Katholischen Akademie Rabanus Maurus / Haus am Dom und außerplanmäßiger Professor der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte Katholische Theologie, Philosophie und klassische Philologie an der Universität Freiburg und promovierte dort im Fach Fundamentaltheologie. Vor und während seiner Habilitation war er von 1998 bis 2005 Assistent und Oberassistent für Religionsgeschichte in Freiburg und absolvierte von 1996 bis 1998 im Bistum Limburg eine Ausbildung zum Pastoralreferenten. Themen seiner Forschung sind Religionen und neue Medien sowie Interreligiöser Dialog. Joachim Valentin ist Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks und der Filmkommission der Deutschen Bischofskonferenz.

18 Baumann, Zygmunt, Die Angst vor den anderen, S. 113.

Nebeneinander, gegeneinander, miteinander

Wie wollen wir in den Städten zusammenleben?

Herausforderung Immigration

Migration ist möglicherweise nicht die „Mutter aller politischen Probleme in diesem Land“, als die sie kürzlich von Bundesinnenminister Horst Seehofer apostrophiert wurde (Frankfurter Rundschau vom 06.09.2018). Aber dass es sich gleichwohl um ein zentrales Thema handelt, das die Gesellschaft und Menschen umtreibt, dürfte nicht zu bestreiten sein.

Die Stadtgesellschaften in Deutschland haben sich vor nur drei Jahren als überaus vital und leistungsfähig gezeigt, als es darum ging, ab dem Sommer und Herbst 2015 schnell und wirksam gemeinsam mit Stadtverwaltungen und anderen Behörden Hilfe für hunderttausende Flüchtlinge zu organisieren. „Willkommenskultur“ war das Stichwort der Stunde. Ein paar Jahre später ist Ernüchterung eingetreten. Immigration ist ein Thema geworden, das die Gesellschaft spaltet. Die Ereignisse von Chemnitz mit teilweise gewalttätigen Aktionen gegen Immigranten und einer radikalisierten Hasskommunikation aus dem Sommer 2018 stellen den vorläufigen Höhepunkt einer Zuspitzung von Konflikten dar, die sich an der Immigration und am Umgang mit Immigranten entzündeten.

Die Städte sind von Immigration besonders betroffen. Sie sind das Ziel von Migrationsströmen und Knotenpunkte von Migrationsbewegungen – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Nicht zufällig hat die Internationale Organisation für Migration (IOM), eine Unterabteilung der Vereinten Nationen, das Thema „Migration und Städte“ in den Mittelpunkt einer ihrer letzten Jahresberichte gestellt.¹ Die Funktionsfähigkeit von Städten ist ein ganz entscheidender Faktor bei der Frage, wie Immigration in einer Gesellschaft verarbeitet wird und ob Integration der Zugewanderten in die Aufnahmegesellschaft gelingt.

Städte sind historisch über Jahrhunderte durch Immigration geprägte Sozialsysteme und sie sind, wenn es um Integration geht, sicher die wichtigste politische Ebene im gesellschaftlichen Gefüge der Aufnahmegesellschaft.

Durch den Bestseller „Arrival City“ des kanadischen Journalisten Doug Saunders² bekam dieser Sachverhalt vor einigen Jahren ein einprägsames und anschlussfähiges Label. Er beschreibt, wie die weltweite Realität von Migration das Gesicht von Städten verändert, wie sich durch Migration neue Formen der Stadt-Land-Beziehung über große räumliche Distanzen herausbilden (zwischen dem Dorf im Herkunftsland und dem „Dorf in der Stadt“ beziehungsweise der ethnischen Gemeinschaft in der Ankunftsstadt), wie sich durch Migration aber auch neue Quellen für Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung herausbilden. Saunders blendet die problematischen Aspekte von Immigration in den Städten, die Probleme von sozialer Belastung, die Risiken residenzieller Segregation und kultureller Fremdheit zwischen Stadtgesellschaft und Neu-Ankömmlingen nicht aus, gibt aber all diesen Phänomenen eine positive, zuweilen sehr

1 IOM International Organization for Migration (2016): World Migration Report 2015. Migrants and Cities: New Partnerships to Manage Mobility. Geneva: IOM.

2 Saunders, Doug (2011): Arrival City. How the Largest Migration in History is Reshaping our World. London: Windmill.

optimistische Wendung. Wenn sich etwa bestimmte ethnische Gruppen in einzelnen Stadtteilen konzentrieren, sieht Saunders keine Gefahr für ein gutes Zusammenleben in der Stadt, sondern den Vorteil der Bildung ethnischer Netzwerke, die Neu-Immigranten auffangen können.

Wie man auch immer zu einzelnen Thesen von Saunders steht, er hat die Unverzichtbarkeit des Potenzials von Städten für die Bewältigung von Migrationsprozessen in der Welt in sehr eindrucksvoller Weise in den Fokus gerückt. Ohne funktionierende Städte, so die Schlussfolgerung, funktioniert auch Migration nicht.

Zwischen Assimilation und Multikulturalismus

Damit stellt sich die Frage, inwieweit Immigration in den Städten gestaltet und wie Integration gefördert werden kann. Was man unter „Integration“ genau verstehen soll, ist sowohl in den Sozialwissenschaften wie in Politik und kommunaler Praxis keineswegs eindeutig definiert, sondern vielmehr Gegenstand anhaltender Kontroversen und einer inzwischen geradezu ausufernden Literatur.³ Hat man in den Kulturwissenschaften und der Stadtsoziologie noch in den sechziger Jahren ganz selbstverständlich Integration mit dem Begriff der „Assimilation“ gleichgesetzt⁴, so wird mit dem Begriff der multikulturellen Gesellschaft seit den achtziger Jahren ein sehr einflussreiches Gegenkonzept dazu vertreten. Die Stadt Frankfurt am Main hatte Ende der achtziger Jahre sogar ein noch heute bestehendes kommunales „Amt für multikulturelle Angelegenheiten“ gegründet.

Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft will nicht nur beschreiben und analysieren, wie verschiedene kulturelle Modelle in der Gesellschaft nebeneinander bestehen und gelebt werden. Es ist vielmehr ein normativ-programmatisches Konzept. Nicht die Angleichung von Verhaltensformen, Gewohnheiten und Identitäten der Immigranten an die Aufnahmegesellschaft ist darin das Ziel, sondern die bewusste Anerkennung einer Vielfalt von kulturellen Identitäten. Auftrag der Politik ist, dieser Vielfalt Ausdrucksmöglichkeiten und den verschiedenen Identitäten Respekt zu verschaffen. Die Kultur der Aufnahmegesellschaft selbst wird dann zu einer Kultur innerhalb einer Vielzahl gleichberechtigter anderer Kulturen. Sie kann gegenüber Einwanderern kein Primat beanspruchen. Das damit verbundene Versprechen an die Aufnahmegesellschaft: Durch zunehmende Vielfalt wird die Gesellschaft nicht nur offener, sondern auch reicher und zukunftsfähiger in einer international zunehmend verflochtenen globalisierten Welt.

Nun ist die moderne Gesellschaft auch ganz unabhängig von der Immigration funktional, aber auch sozial und kulturell hochgradig differenziert. Man denke an die verschiedenen Funktionskreise von Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft, an die Eigentümlichkeiten regionaler Strukturen und Lebensbedingungen oder die Vielfalt von sozialen Milieus.⁵ Gerade in den Städten ist die Vielfalt von Lebensbedingungen und Lebensformen in den Quartieren und Sozialräumen seit jeher geradezu Programm.

Die moderne Gesellschaft war noch nie homogen. Wenn man so will, war sie auch immer schon „multikulturell“. Aber mit wachsender Differenzierung und Komplexität

3 Hüttermann, Jörg (2018): Figurationsprozesse in der Einwanderungsgesellschaft. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migrant*innen in deutschen Städten. Bielefeld: transcript. Fouroutan, Naika / Karakayali, Juliane / Spielhaus, Riem (2018): Postmigrantische Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus.

4 Hauck, Gerhard (2016): Kultur. Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs. Münster: Westfälisches Dampfboot.

5 Pries, Ludger (Hrsg., 2013): Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer VS.

der Gesellschaft gibt es einen gleichermaßen wachsenden Bedarf, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern. Die Bildung von Nationalstaaten war historisch gesehen unter anderem auch das Projekt, Menschen aus verschiedenen Klassen, Schichten und Lebensverhältnissen doch in einer gewissen Weise „unter einem Dach“ zusammenzuführen und zwischen ihnen ein nicht nur rational kalkuliertes, sondern auch ein emotionales Band zu knüpfen. Der moderne Wohlfahrtsstaat ist auf dem Boden der Nationalstaaten entstanden als Antwort auf die den sozialen Zusammenhalt gefährdende Dynamik von Industrialisierung und kapitalistischer Wirtschaftsweise.

Mit der Immigration entstehen neue Differenzierungen mit neuen Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Paul Collier⁶ zum Beispiel sieht in der mit der Immigration verbundenen wachsenden kulturellen Vielfalt der Gesellschaft eine Gefahr für die für den Wohlfahrtsstaat mit seinen finanziellen Umverteilungsmechanismen unverzichtbare gesellschaftliche Solidarität. Alberto Alesina und Edward Glaeser⁷ haben in einer Untersuchung zu den Methoden der Armutsbekämpfung in den USA und Europa, etwas zugespitzt, die These vertreten, die Integration in den klassischen Einwanderungsgesellschaften wie den USA habe hauptsächlich deshalb gut funktioniert, weil es aufgrund fehlender sozialer Schutzsysteme für die Einwanderer überlebenswichtig ist, sich schnell an die Aufnahmegesellschaft anzupassen, Arbeit zu suchen und das Leben aus eigener Kraft zu gestalten. Die ausgebauten, im globalen Maßstab recht großzügigen Wohlfahrtssysteme in Europa verleiteten die Immigranten in dieser Lesart dagegen, ihr Leben mit Sozialleistungen zu bestreiten, den Spracherwerb zu verschleppen und die notwendigen Anpassungsleistungen an die Regeln des Arbeitsmarktes zu vernachlässigen. Ein starkes soziales Sicherungssystem verbunden mit einer großen Toleranz für die Beibehaltung der Kultur und der Lebensweise aus den Herkunftsländern, also das, was im Konzept der multikulturellen Gesellschaft gefordert wird, wäre dann für die Integration eine denkbar schädliche Kombination.

In der Tat gibt es viele Hinweise, dass man den Immigranten mit einer zu großen Akzeptanz der Beibehaltung von Kultur und Lebensformen aus den Herkunftsländern gewissermaßen einen „Bärendienst“ erweist. Ruud Koopmans⁸ zeigte, dass multikulturelle Toleranz für das Beharren auf der Kultur der Herkunftsländer die Chancen am Arbeitsmarkt verringert. Danzer/Firat⁹ machen deutlich, dass das Leben in „ethnischen Enklaven“ die Bildungschancen und damit auch die Arbeitsmarktchancen massiv beeinträchtigen kann. Die vielfältigen Probleme, die die Entwicklung ethnischer Parallelgesellschaften, die sich den Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft entziehen, für die rechtsstaatliche Ordnung und das Zusammenleben gerade auch im städtischen Kontext auslöst, sind ebenfalls nicht zu unterschätzen.¹⁰

Es gibt also gute Gründe für Skepsis gegenüber dem Konzept der multikulturellen Gesellschaft. Integration kann nicht gelingen, wenn man es völlig ins Belieben stellt,

6 Collier, Paul (2013): Exodus. Immigration and Multiculturalism in the 21st Century. London: Penguin.

7 Alesina, Alberto / Glaeser, Edward (2004): Fighting Poverty in the US and Europe: A World of Difference. London: Oxford University Press; zitiert nach: Weede, Erich (2015): Die Zukunft der Nation und des Nationalstaates oder Migration als neue nationale Frage. Vortrag auf der Konferenz des Liberalen Instituts vom 16.04.2015 „Europa, die EU und der Sinn der Nation“. Online verfügbar unter <http://www.libinst.ch/presentationen/LI-Vortrag-Nation-Weede.pdf> (15.09.2018).

8 Koopmans, Ruud (2017): Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration. Münster: Lit-Verlag.

9 Danzer, Alexander M. / Yaman, Firat (2010): Immigranten in Deutschland: Ethnische Enklaven schwächen die Sprachkompetenz, mehr Bildung stärkt sie. IAB-Kurzbericht, 17/2010. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

10 Scheffer, Paul (2016): Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt. München: Hanser.

welchen Elementen der Aufnahmegesellschaft man sich annähert oder sie übernimmt und welche man ignoriert oder abweist. Dass man die Rechtsordnung anerkennt, ist eine selbstverständliche Voraussetzung des Lebens in jeder Aufnahmegesellschaft. Darüber hinaus ist es legitim, dass eine Aufnahmegesellschaft die Anerkennung ihrer Grundwerte, etwa der demokratischen Regelung von Herrschaft und der Freiheitsrechte des Individuums, einfordert. Wenn man dies ernst meint, wird man auch feststellen, dass dieses Wertsystem nicht mit allen kulturellen Ordnungsmustern der Herkunftsländer von Immigranten zwanglos vereinbar ist, sondern dass es hier Spannungsverhältnisse gibt. Dies zu ignorieren wäre ebenso fahrlässig wie ein Ausweichen vor den mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher Wertsysteme zwangsläufig verbundenen Konflikten.

Wenn man Integration ernst meint, wird man also immer auch in einem gewissen Rahmen über Assimilation und Anpassung sprechen müssen. Wenn es Unverträglichkeiten zwischen der Kultur von Einwanderern und den zentralen Werten der Kultur der Aufnahmegesellschaft gibt, etwa in Bezug auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft, das Verhältnis von Familienwerten und gesellschaftlichen Normen oder das Verhältnis von Religion und Staat, scheint es wenig sinnvoll, darauf mit dem Leitbild der multikulturellen Gesellschaft zu reagieren. Vielmehr ist es, wie Miller¹¹ plausibel darlegt, im Sinne des Erhalts des Zusammenhalts der Aufnahmegesellschaft und der Sicherung der Akzeptanz von Immigration bei ihrer Bevölkerung sowohl legitim als auch notwendig, von Einwanderern zu erwarten, dass sie einen Teil der mitgebrachten Kultur aufgeben. Eine verunsicherte und in ihrem Selbstverständnis in Frage gestellte Gesellschaft wird sich mit der Integration schwerer tun als eine selbstbewusste Gesellschaft, die offen für Fremde ist, aber auch klar formuliert, was sie von diesen erwartet.

Dabei ist aber immer im Blick zu behalten, dass es eine homogene Kultur in kaum einer Gesellschaft gibt und dass es weder realistisch noch wünschenswert wäre, eine solche homogene Kultur anzustreben. Durch Immigration werden den ohnehin in der Gesellschaft vorhandenen Differenzierungen weitere hinzugefügt. Auch die Gruppe der Immigranten ist ja in sich alles andere als homogen. Auch hier gibt es nicht nur ethnische Unterschiede, sondern Schichten, Kulturen, Milieus und Gruppen mit Sonderinteressen.

Integration ist immer auch ein Prozess des Dialogs zwischen Einwanderern und Aufnahmegesellschaft, ein wechselseitiger Lernprozess, aber auch ein Prozess des Aushandelns und der Auseinandersetzung um Positionen und Werte. Jörg Hüttermann zeigt in seinen sehr interessanten Untersuchungen der Beziehung von „Alteingesessenen“ und Migranten in deutschen Städten, dass Konflikte um bestimmte Themen, etwa Moscheebauten oder das Verhalten im öffentlichen Raum, nicht unbedingt ein Zeichen gescheiterter Integration sein müssen. Manche Konflikte kann man sogar als Ausdruck von Erfolgen bei der Integration verstehen, etwa wenn es Immigranten gelingt, sich in Vereinen zu organisieren und im politischen Prozess eigene Interessen nach den demokratischen Regeln der Aufnahmegesellschaft zu vertreten.¹²

Für eine nachhaltige Integrationsstrategie auf gesamtgesellschaftlicher wie auf der lokalen Ebene braucht es Realismus und Augenmaß. Immigration war und ist immer mit so etwas wie „sozialem Stress“ für die Immigranten wie für die Aufnahmegesellschaft verbunden. Beide müssen sich bewegen und gewohnte Gewissheiten in Frage

11 Miller, David (2016): *Strangers in Our Midst. The Political Philosophy of Immigration*. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.

12 Hüttermann, Jörg (2018): *Figurationsprozesse in der Einwanderungsgesellschaft. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migranten in deutschen Städten*. Bielefeld: transcript.

stellen, die Immigranten sicher stärker als die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft. Zu einem realistischen Integrationskonzept gehört die Einsicht, dass ein gewisses Maß von Assimilation unverzichtbar ist, aber auch die Erkenntnis, dass es kein einheitliches Drehbuch für Integration gibt. Integration hat sehr viele Gesichter. Deshalb ist die lokale Ebene und der Beitrag der Städte so wichtig.

Zum Realismus gehört auch ein unverkrampftes Verhältnis zum Konflikt um Immigration und Integration. Nur wenn alle Stimmen gehört werden, kann man vermeiden, dass sich gesellschaftliche Konflikte in regressiven und möglicherweise auch gewalttätigen Formen Ausdruck verschaffen. Wer mit dem Tempo und dem Ausmaß von Immigration Probleme hat, ist deshalb noch kein „Rassist“. Aber auch derjenige, der mehr Offenheit für Fremde einfordert und Benachteiligung und Diskriminierung kritisiert, ist kein Störenfried. Konflikte können fruchtbar und Ausgangspunkt für gesellschaftliche Lernprozesse sein, auch im Bereich der Migration. Wichtig ist allein, dass sie offen und innerhalb der Regeln von Recht und Demokratie ausgetragen werden. Dabei ist die interessante und wahrscheinlich nur praktisch beantwortbare Frage, wie groß der Vorrat an Gemeinsamkeiten sein muss, damit Meinungsverschiedenheiten und Konflikte produktiv gestaltet werden können. Ohne einen solchen Vorrat führen Konflikte zum Zerfall.

Integration – ein Querschnittsthema in der Stadt

In den Städten ist Integration eine zentrale Gestaltungsaufgabe, die künftig eine noch größere Bedeutung haben wird als schon heute. Dabei ist Integrationspolitik ein Querschnittsthema, das kaum ein kommunales Handlungsgebiet auslässt. Wohnen, Stadt- und Quartiersentwicklung, Arbeit, Bildung oder öffentliche Sicherheit und Ordnung – all diese Themen sind von den Herausforderungen der Immigration betroffen, können aber auch einen wichtigen Beitrag zum Gelingen von Integrationsprozessen leisten.

Dass Integration ohne die Integration in Erwerbsarbeit nicht möglich ist, dürfte kaum jemand bestreiten. Dass dafür Sprachqualifizierung, allgemeine und berufliche Bildung, das Verständnis und die Befolgung der Regeln des Arbeitsmarktes und des Beschäftigungssystems des Aufnahmelandes notwendig sind, ist offenkundig. Die Kommunen können das mit guten Angeboten im Bereich der frühkindlichen Erziehung und Kinderbetreuung, in der Jugendarbeit, mit sozialer Arbeit in den Schulen, Kooperationsnetzwerken mit Betrieben und einer gut durchdachten lokalen Arbeitsmarktpolitik fördern.

In einer integrierten kommunalen Strategie ist Integration also im Fokus sehr unterschiedlicher Handlungsfelder, sowohl explizit als auch implizit. Wenn kommunales Handeln in diesen Handlungsfeldern Defizite aufweist, wird Integration behindert. Umgekehrt fördern gute lokale Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Stadtentwicklungs- und Ordnungspolitik Integration, auch wenn sie sich nicht explizit als Integrationspolitik verstehen. Zuweilen ist es sogar klug, den Integrationsaspekt nicht allzu sehr in den Vordergrund zu rücken, um etwa Vorbehalten oder Verteilungskonflikten erst gar keinen Raum zu geben. In einer Stadt der Vielfalt ist Integration ohne gutes bereichsübergreifendes Regieren („good governance“) nicht möglich.

Wichtig scheint mir, dass sich eine integrierte soziale Entwicklungsstrategie für Integration nicht ausschließlich an Immigranten richtet. Es sollte stets eine Strategie für alle Bürger/innen sein, für die „Alteingesessenen“ wie für neu Ankommende. Auch die Angehörigen der Aufnahmegesellschaft mit ihren Problemen und Interessen sollten sich darin wiederfinden. Angebote oder die Maßnahmen, die sich explizit und ausschließlich an Immigranten oder bestimmte Gruppen unter ihnen richten, sollten die sicher in vielen Fällen notwendige, aber begründungsbedürftige Ausnahme, gute kom-

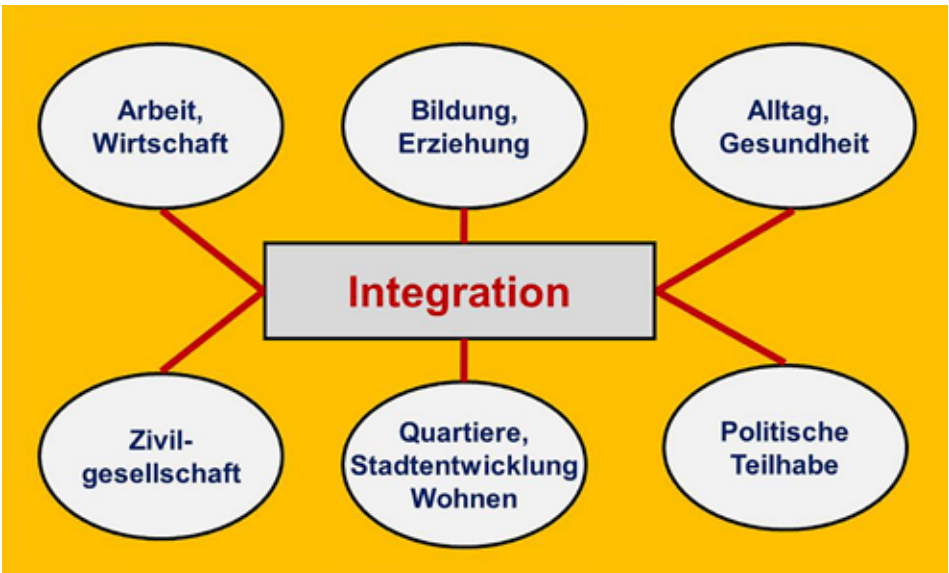


Abb. 1 Integrierte kommunale Strategie
Quelle: Matthias Schulze-Böing

munale Dienste für alle Bürger/innen, die der Vielfalt der Stadtbevölkerung in ihrem Inhalt und in der Form der Umsetzung gerecht werden, die Regel sein.

Gute kommunale Dienstleistungen tragen der besonderen Lebenssituation von Immigranten wie der anderer Gruppen Rechnung, nutzen interkulturelle Kompetenz und tragen der Vielfalt in der Bevölkerung auch durch die personelle Zusammensetzung der Verwaltung Rechnung. In einer von Vielfalt geprägten Stadt sollte die Verwaltung diese Vielfalt in einer gewissen Weise spiegeln. Die Ausbildung und Rekrutierung von Menschen mit Migrationshintergrund für Verwaltungsfunktionen ist dafür ein guter Weg.

Eine ausgewogene soziale Entwicklungsstrategie ist zugleich eine Strategie zur Integration. Integrationspolitik, die sich nur um Immigranten kümmerte, würde gewissermaßen ihr Thema verfehlen. Integration ist als Teil der sozialen Entwicklung in der Stadt in all ihren Ausprägungen und Handlungsfeldern zu sehen. Eine soziale Entwicklungsstrategie sollte zugleich die wichtigsten Handlungsfelder – Stadtentwicklung, Bildung, Zusammenleben, Arbeit, Beruf und Wirtschaft – in einer in sich abgestimmten, integrierten Art und Weise adressieren.

Gemischte Quartiere – Voraussetzung für Integration

In Deutschland gehört es zum Leitbild der Stadtentwicklung, soziale und ethnische Segregation zu begrenzen und so weit es geht zu verhindern. In der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung ist diese Position immer wieder kritisch hinterfragt worden.

Hartmut Häußermann und Walter Siebel¹³ und wie bereits oben bemerkt Doug Saunders¹⁴ halten dem Leitbild der sozial und ethnisch durchmischten Viertel entgegen, dass es nicht nur unrealistisch, sondern in gewisser Form auch repressiv sei, da es

¹³ Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2001): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK) 1/2001, S. 68–79.

¹⁴ Saunders, Doug (2011): Arrival City. How the Largest Migration in History is Reshaping our World. London: Windmill.

die natürliche Selbstorganisation ethnischer Gemeinschaften in Sozialräumen den Normen der Mehrheitskultur unterordnen. Ethnische Netzwerke und Cluster, die sich in segregierten Quartieren ausbilden und reproduzieren, könnten dagegen eine wichtige Katalysatorfunktion für die Integration von Immigranten haben.

Es gibt jedoch gute Gründe, am Leitbild der sozial durchmischten Stadt festzuhalten, auch wenn es viele Hinweise gibt, dass die soziale Segregation in den deutschen Städten insgesamt eher zunimmt und damit ein Stück des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft gefährdet wird.¹⁵

In sozial und/oder ethnisch segregierten Vierteln kumulieren sich soziale Benachteiligungen. Die Adresse wird zum Stigma. Sozial und ethnisch homogene Viertel mindern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen.¹⁶ Wie man aus der kognitiven Lernpsychologie weiß, ist für soziales Lernen eine gewisse Heterogenität unverzichtbar. Gerade für sozial benachteiligte Jugendliche sind Rollenmodelle von beruflich erfolgreichen und gut integrierten Menschen besonders wichtig. Wenn arme Kinder in benachteiligten Quartieren von armen Erwachsenen gewissermaßen nur lernen können, wie man arm bleibt, werden Entwicklungschancen blockiert.

Auch für die Integration ist die Ausbildung ethnisch homogener Viertel ein Risiko. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit hoch segregierten Quartieren in Europa von Neukölln bis Molenbek erscheint mir die These von Saunders, dass Integration und Segregation zwanglos miteinander vereinbar seien, leichtfertig, wenn nicht sogar gefährlich zu sein. Für Neuankömmlinge mag es zunächst eine Erleichterung sein, auf ethnische Netzwerke und Kontakte mit Menschen aus dem gleichen Herkunftsland zurückgreifen zu können. Auch bei der Integration in Arbeit mögen ethnische Netzwerke mitunter hilfreich sein. Langfristig laufen Immigranten aber Gefahr, sich in eine Falle zu begeben, die sie in einer gesellschaftlich prekären Situation festhält.

Konsequente Ordnungspolitik

Ein Feld, auf dem die Kommunen Handlungsmöglichkeiten haben, das aber im Zusammenhang mit dem Thema Integration eher selten genannt wird, ist die Politik für Sicherheit und Ordnung, auch und gerade vor Ort in der Kommune.

Immigrationswellen gehen fast immer mit dem Anwachsen des informellen Sektors einher, oft eng verbunden mit ethnischen Netzwerken und ethnisch geprägten Wirtschaftsstrukturen. Dieser informelle Sektor kann Integration erleichtern, insofern dort Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten jenseits der mit hohen Schwellen versehenen formellen Arbeitsmärkte entstehen. Informelle Strukturen sind aber sehr häufig auch mit krassen Missständen, Ausbeutung, irregulären Arbeitsbedingungen und Missbrauch von Sozialleistungen verbunden, die kein geordnetes Staatswesen auf Dauer hinnehmen kann. Nicht zuletzt sei daran erinnert, dass etwa Flüchtlinge auch deshalb Deutschland als Ziel gewählt haben, weil sie hier funktionierende rechtsstaatliche Strukturen erwarten, die sie in den Herkunftsländern vermissen. Deshalb ist es auch für die Glaubwürdigkeit von Staat und öffentlicher Verwaltung gegenüber Immigranten wichtig, dass diese die bestehenden Rechtsnormen konsequent durchsetzen.

15 Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. Discussion Paper P 2018-001. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

16 Strohmeier, Klaus-Peter (2010): Soziale Segregation – Herausforderung der Städte im 21. Jahrhundert. In: Das Programm Soziale Stadt. Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte. WiSo-Diskurs 10/2010. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 66-83.

Strategische Handlungsfelder für Integration

	Bildung	Stadtentwicklung	Zusammenleben	Arbeit
Maßnahmen, Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • Bildungs-koordination • Bildungs-beratung • Frühe Sprach-erziehung • Schul-sozialarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung Segregation • Verbesserung Sozialstruktur • Vorteile baulicher Dichte nutzen • Perspektiven für Aufsteiger schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Quartiers-arbeit • Stärkung der Selbstorgani-sation • Kommunikati- onskonzept • Realistische Ordnungs- politik 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunales Jobcenter • Gründerstadt Offenbach • Fachkräfte- konzept • Übergang Schule-Beruf

Abb. 2 Kommunale Integrationsstrategie: Handlungsfelder und Maßnahmen
Quelle: Matthias Schulze-Böing

Praxisbeispiel Offenbach am Main

Am Beispiel der Integrationsstrategie der Stadt Offenbach soll abschließend dargestellt werden, wie eine gesamthafte Integrationsstrategie in einer Kommune in konkrete Programme, Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden kann. Die Integrationsstrategie ruht auf vier Säulen, denen Handlungsfelder und Maßnahmen zugeordnet sind.

Jede dieser „Säulen“ der Integrationspolitik ist in der Stadt Offenbach mit einem besonderen, über viele Jahre entwickelten Entwicklungs- und Politikkonzept untersetzt. Zu nennen sind hier insbesondere:¹⁷

Das Konzept „Bildungs-koordination“: Mit Hilfe von Förderprogrammen des Bundes wie „Lernende Region“ und „Lernen vor Ort“ wurden Konzepte zur Integration der verschiedenen kritischen Bildungsbereiche entlang von Übergängen im Bildungssystem entwickelt und implementiert. Dazu gehören eine fortlaufende Koordination der relevanten Bildungsakteure in der Stadt und ein systematisches Bildungsmonitoring.

Die Strategien der sozialen Stadt- und Quartiersentwicklung mit den Programmen der „Sozialen Stadt“, des Quartiersmanagements und den wohnungspolitischen Leitlinien der Stadt Offenbach.

Für das Ziel eines konstruktiven Zusammenlebens verschiedener Kulturen wurde bereits vor über zehn Jahren ein erstes Integrationskonzept für die Stadt entwickelt, das im Jahr 2014 fortgeschrieben wurde. Zu einem guten Zusammenleben gehört in Offenbach jedoch auch ein klares Bekenntnis zur Durchsetzung des Rechts. Dafür gibt es ein sehr konsequentes Vorgehen gegen Sozialmissbrauch, irreguläre Arbeit und Ausbeutung im Wohnungsmarkt, verbunden mit einer effektiven Behördenkooperation auch über die Grenzen der Kommunalverwaltung hinaus. Die Förderung von zivil-

¹⁷ Die entsprechenden Materialien sind alle unter www.offenbach.de herunterladbar.

Vgl. zu Strukturdaten der Stadt und den einzelnen Aktionsfeldern etwas ausführlicher: Schulze-Böing, Matthias (2018): „Man muss sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen“. Ein Konzept für kommunale Integrationspolitik. In: Stadtforschung und Statistik, Jg. 31, Heft 2/2018. Stuttgart: Verband deutscher Städtestatistiker, S. 51-60.

gesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Migrationsbevölkerung (sogenannte „Migrantenselbstorganisation“) ist ein weiterer Schwerpunkt dieses Handlungsfeldes. Es geht darum, Teilhabe am politischen Prozess der Kommune zu ermöglichen und die Interessen von Immigranten durch diese selbst zu vertreten.

Dass gelingende soziale Integration sehr stark mit der Integration in den Arbeitsmarkt zu tun hat, ist selbstverständlich. Die Stadt Offenbach hat dafür im Jahr 2012 das örtliche Jobcenter kommunalisiert und als Teil einer übergreifenden sozialen Entwicklungspolitik aufgestellt. Mit einer ausdifferenzierten Gründungsförderung mobilisiert die Stadt das wirtschaftliche Potenzial der Immigranten.

Alle diese strategischen Handlungsfelder leben von einer guten internen und externen Vernetzung der Stadtverwaltung. Es gibt zu allen Themenbereichen Netzwerke, in denen Verwaltungsakteure mit Akteuren externer Behörden und Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Dazu gehören die Kammern und Verbände, Schulen, Arbeitsagenturen, Polizei, nicht zuletzt aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie Ausländervereine, Kirchen, Moscheevereine, soziale Träger und bürgerschaftliche Initiativen.

Ein wirksames Netzwerkmanagement ist insofern zentraler Bestandteil guten Regierens für Integration in der Stadt. Paradoxe Weise ist es gerade die chronische Finanzknappheit der Kommune, die diesen Netzwerkansatz unterstützt. Es ist wichtig zu kooperieren, um Ressourcen zu „poolen“, kooperative Problemlösungen zu realisieren und so etwas wie kommunale Ko-Produktion von Verwaltung und der Adressaten ihres Handelns umzusetzen. Die relative Überschaubarkeit einer Stadt mit 134.000 Einwohnern und einer schlanken Verwaltung tut ein Übriges, um Netzwerke zu stimulieren und produktiv zu machen.

Ein weiteres wichtiges Element des integrierten Politikansatzes der Stadt ist die Begleitung durch Sozial- und Bildungsberichterstattung, die die Entwicklungen in der Stadt beobachtet, Aktivitäten beschreibt und Wirkungen untersucht. Ein kontinuierliches Integrationsmonitoring rundet dieses Berichtswesen ab¹⁸.

Schlussbemerkung

Die Entwicklung der Zuwanderung hat die Frage des gelingenden und guten Zusammenlebens in den Städten neu auf die Tagesordnung gesetzt. Städte sind Drehscheiben der Immigration und wichtige Katalysatoren für Integrationsprozesse. Sie tragen einen großen Teil der Verantwortung für gelingende Integration (und der damit verbundenen finanziellen Lasten). Wenn die Gesellschaft Immigration also produktiv gestalten will, ist sie auf funktionierende, aktive und engagierte Städte angewiesen.

Nebeneinander, gegeneinander und miteinander – das sind im städtischen Kontext nicht unbedingt Alternativen. Das Zusammenleben in der Stadt enthält stets von allem etwas. Man könnte sagen – das ist auch gut so. Städte sind dadurch attraktiv, dass sie kulturelle und soziale Vielfalt zulassen und Optionen im Nebeneinander schaffen. Genau das macht, neben dem Arbeitsplatz- und Wohnungsangebot, Städte für Immigranten attraktiv. Dass sich Vielfalt nicht immer bruchlos fügt, dass es im Alltag und im Quartier im Zusammenhang mit Immigration auch Konflikte gibt, kann das Zusammenleben stören, kann aber auch eine Chancen für soziales Lernen und soziale Innovation sein. Flapsig formuliert – es kommt darauf an, was man daraus macht.

18 Schulze-Böing, Matthias (2017): Kann man Integration messen? Konzept und aktuelle Ergebnisse des Integrationsmonitorings der Stadt Offenbach. Statistik aktuell Nr. 18. Stadt Offenbach am Main: Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration.

Es sollte aber nicht vergessen werden, dass die Stadt nur dann zur „Integrationsmaschine“¹⁹ wird, wenn die Kohäsionskräfte groß genug sind, um die zentrifugalen Kräfte von Segregation und Konflikt auszugleichen. Der soziale Zusammenhalt in der Stadt ist keineswegs garantiert, sondern stets in Frage gestellt, zumal in Zeiten von angespannten Wohnungsmärkten und Immigration. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der Kommune, auch das Miteinander in der Stadt, gemeinsam mit der Bürgerschaft und ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen, zu organisieren. Gerade in den Vereinen und Initiativen, aber auch in den Quartieren liegen die großen Potenziale, das „soziale Kapital“ des Gemeinwesens zu erhalten und immer wieder neu zu bilden.

Dr. Matthias Schulze-Böing, geboren 1954, ist seit 1995 Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach und seit 2005 zusätzlich Geschäftsführer des Eigenbetriebs MainArbeit – Kommunales Jobcenter Offenbach. Matthias Schulze-Böing ist darüber hinaus EU-Referent der Stadt Offenbach und seit 2007 Sprecher des Bundesnetzwerks Jobcenter. Er studierte von 1974 bis 1980 Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und promovierte an der Freien Universität Berlin. Von 1981 bis 1987 war er als Assistent und Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Frankfurt, Osnabrück und Marburg tätig. Anschließend war er Leiter des Referats Beschäftigungsförderung der Stadtverwaltung Offenbach.

Literatur:

Alesina, Alberto/Glaeser, Edward (2004): Fighting Poverty in the US and Europe: A World of Difference. London: Oxford University Press.

Collier, Paul (2013): Exodus. Immigration and Multiculturalism in the 21st Century. London: Penguin.

Danzer, Alexander M./Yaman, Firat (2010): Immigranten in Deutschland: Ethnische Enklaven schwächen die Sprachkompetenz, mehr Bildung stärkt sie. IAB-Kurzbericht, 17/2010. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Fouroutan, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (2018): Postmigrantische Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2001): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK) 1/2001, S. 68–79.

Hauck, Gerhard (2016): Kultur. Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer/Backes, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. Discussion Paper P 2018-001. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Hüttermann, Jörg (2018): Figurationsprozesse in der Einwanderungsgesellschaft. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migranten in deutschen Städten. Bielefeld: transcript.

IOM International Organization for Migration (2016): World Migration Report 2015. Migrants and Cities: New Partnerships to Manage Mobility. Geneva: IOM.

Koopmans, Ruud (2017): Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration. Münster: Lit Verlag.

Miller, David (2016): Strangers in Our Midst. The Political Philosophy of Immigration. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.

¹⁹ Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer / Backes, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Pries, Ludger (Hrsg., 2013): Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer VS.

Scheffer, Paul (2016): Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt. München: Hanser.

Schulze-Böing, Matthias (2017): Kann man Integration messen? Konzept und aktuelle Ergebnisse des Integrationsmonitorings der Stadt Offenbach. Statistik aktuell Nr. 18. Stadt Offenbach am Main: Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration.

Schulze-Böing, Matthias (2018): „Man muss sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen“. Ein Konzept für kommunale Integrationspolitik. In: Stadtforschung und Statistik, Jg. 31, Heft 2/2018. Stuttgart: Verband deutscher Städtestatistiker, S. 51–60.

Saunders, Doug (2011): Arrival City. How the Largest Migration in History is Reshaping our World. London: Windmill.

Strohmeier, Klaus-Peter (2010): Soziale Segregation – Herausforderung der Städte im 21. Jahrhundert. In: Das Programm Soziale Stadt. Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte. WiSo-Diskurs 10/2010. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 66–83.

Weede, Erich (2015): Die Zukunft der Nation und des Nationalstaates oder Migration als neue nationale Frage. Vortrag auf der Konferenz „Europa, die EU und der Sinn der Nation“ des Liberalen Instituts am 16.04.2015. Online verfügbar unter <http://www.libinst.ch/presentationen/LI-Vortrag-Nation-Weede.pdf> (15.09.2018).

Minsky meets Habermas

Ein interdisziplinärer Selbstversuch

„To be precise the most important concern in court politics is access to the mind of the prince. And if economics is too important to be left to the economists, it is certainly too important to be left to economist courtiers. Economic issues must become a serious public matter and the subject of debate if new directions are to be undertaken. Meaningful reforms cannot be put over by an advisory and administrative elite that is itself the architect of the existing situation. Unless the public understands the reason for change they will not accept its cost; understanding is the foundation of legitimacy for reform.“

Hyman P. Minsky, 1986: Stabilizing an Unstable Economy

„Wenn das zutrifft [dass praktische Fragen wahrheitsfähig sind, Anmerkung der Verfasser], lassen sich rechtfertigungsfähige Normen von solchen Normen unterscheiden, die Gewaltverhältnisse stabilisieren. Soweit Normen verallgemeinerungsfähige Interessen ausdrücken, beruhen Sie auf einem vernünftigen Konsensus (oder sie würden einen solchen Konsens finden, wenn ein praktischer Diskurs stattfinden könnte). Sofern Normen nicht verallgemeinerungsfähige Interessen regeln, beruhen sie auf Gewalt; wir sprechen dann von normativer Macht.“

Jürgen Habermas, 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus

Die Finanzkrise und der interdisziplinäre Dialog in den Gesellschaftswissenschaften

Im einleitenden Zitat sucht der heterodoxe Ökonom Hyman Minsky Legitimität für soziale und wirtschaftliche Veränderungsprozesse. Eine Grundthese dieses Beitrags ist, dass eine solche Suche nach Legitimität neue Räume für Interdisziplinarität öffnet. Dies wird durch das zweite einleitende Zitat verdeutlicht. Wahrscheinlich ohne es zu wissen schließt Minsky mit seinen Ausführungen an Gedanken an, die Jürgen Habermas bereits in den sechziger und siebziger Jahren formuliert hatte. In seinem Beitrag „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ aus dem Jahr 1973 (in der Folge abgekürzt mit LIS) zeigt er, wie schwierig es in komplexen, funktional differenzierten Gesellschaften ist, die von Minsky geforderte *Legitimität für Reformen* herzustellen.¹ Insbesondere das Verhältnis von Komplexität und Demokratie erweist sich als „unhandliches Problem“.² Dreh- und Angelpunkt der Analyse ist hierbei der Begriff der Krise. Im ersten Teil des Buches widmet er sich der Frage, wie die Unzulänglichkeiten der Marxschen Krisentheorie mittels einer Anwendung von Konzepten und Kategorien der Systemtheorie überwunden werden können. Darauf aufbauend werden Krisentendenzen im Spätkapitalismus beschrieben. Drittens wird im Vorgriff auf spätere Analysen die Logik von Legitimationsproblemen in den Blick genommen.

Gerade weil LIS sich eher als Fundus für Probleme und nicht als Ansammlung von Lösungen versteht, ist es ein wichtiger (und häufig zu wenig beachteter) Baustein in Habermas' Projekt der „Konstituierung eines Modells der Kommunikationsgemeinschaft der Betroffenen“, die als „Beteiligte an einem praktischen Diskurs den Geltungsanspruch von Normen prüfen und, sofern sie ihn mit Gründen akzeptieren, zu der Überzeugung gelangen, dass unter den gegebenen Umständen die vorgeschlagenen

1 Bermbach (1974) sieht in Habermas' Beitrag die „Kernfrage aller Reform“ gestellt.

2 Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus (LIS). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 182.

Normen ‚richtig‘ sind.“³ Aus unserer Sicht widmet sich die Schader-Stiftung seit 1988 nicht zuletzt diesem Projekt. 2018 feiert sie damit ein doppeltes Jubiläum: Einerseits den 90. Geburtstag ihres Gründers, andererseits das 30-jährige Bestehen der Stiftung.

Ein Jubiläum ist immer auch ein Ereignis, das zur Reflexion einlädt über das, was bereits geschafft wurde, und über das, was noch zu schaffen ist. Dies gilt gleichermaßen für Jahrestage, die nicht an erfreuliche, sondern an unerfreuliche Ereignisse erinnern. Ein solcher Jahrestag ist die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers, die den vorläufigen Höhepunkt der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise markiert und sich 2018 zum zehnten Mal jährt. Gemeinsam mit der Schader-Stiftung, dem Nell-Breuning-Institut (NBI) und dem Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut (SOFI) haben wir, die Arbeitsgruppe Politische Ökonomie der Nachhaltigkeit (APÖ) am Zentrum für Nachhaltige Wirtschafts- und Unternehmenspolitik (ZNWU)⁴, zwei Veranstaltungen begleitet, die sich mit der Aufarbeitung dieses Ereignisses beschäftigten: die wissenschaftliche Tagung „Taking Back Control“ im September 2018 und den Praxis-Workshop „Zehn Jahre Lehman-Pleite: Deutung und Bedeutung eines schwierigen Jahrestages“.

Wir wollen einige Erkenntnisse aus diesen Veranstaltungen mit dem Thema dieses Bandes „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ verbinden (Abschnitt 2). Das Jubiläum der Schader-Stiftung wird zum Anlass genommen, um über die Frage nachzudenken, wie die in diesen beiden Veranstaltungen reflektierte Krise den Dialog der Gesellschaftswissenschaften untereinander beeinflusst hat. Auch wenn die Krise (gefühl) in Deutschland nie ganz angekommen ist, war sie ein einschneidendes Ereignis im Leben unzähliger Menschen. Auch im Wissenschaftsbetrieb hat die Krise Spuren hinterlassen. Hierzu zählen beispielsweise die Förderinitiative „Finanzsystem und Gesellschaft“ und das im Rahmen dieser Initiative durchgeführte Projekt Gutbank, das unter anderem die beiden bereits genannten Tagungen organisiert hat. Doch auch die Arbeit von Forschungseinrichtungen wie dem bereits erwähnten ZNWU ist von der Krise nicht unbeeinflusst geblieben. In Abschnitt 3 greifen wir einige Erfahrungen zum Thema Interdisziplinarität aus den ersten Jahren dieser Arbeit heraus.

Eine theoretische Rahmung für unsere Ausführungen suchen wir dem Titel des Beitrags folgend in Ideen des heterodoxen Ökonomen Hyman Minsky – insbesondere in seinem Hauptwerk „Stabilizing an Unstable Economy“ (SUE)⁵ – und des Sozialtheoretikers Jürgen Habermas. Wir greifen Parallelen und Differenzen zwischen beiden Autoren auf und fragen, welche Impulse sich aus diesen Benennungen für aktuelle Diskurse zum Thema Interdisziplinarität und Krise ziehen lassen. Wir suchen nach Hinweisen zu der Frage, wie sich der von Habermas und Minsky sehr unterschiedlich beschriebene Spätkapitalismus weiterentwickelt hat. Und wir fragen, wie diese Weiterentwicklung interdisziplinäres Arbeiten befördern oder behindern könnte.

Problemaufriss: Die Krise seit 2008 als interdisziplinäres Problem

Dass die prognostischen Fähigkeiten von Sozialtheoretikern nicht unbedingt besser als die von Volkswirten sind, zeigt der letzte Satz im ersten der drei Hauptteile in LIS.⁶ Dort fragt Habermas durchaus suggestiv, ob der Kapitalismus im Zuge der Nachkriegsjahrzehnte in eine postkapitalistische Gesellschaftsform überführt worden sei, „die die krisenhafte Verlaufsform des ökonomischen Wachstums überwunden hat“. Haber-

3 Habermas, Jürgen, LIS, a.a.O., S. 144.

4 Die Arbeitsgruppe Politische Ökonomie (APÖ) am ZNWU setzt sich mit sozio- und politökonomischen Fragen auseinander und sucht dabei kontinuierlich die kritische Rückbindung an den verhandelbaren „Leitbegriff der Nachhaltigkeit“ (im Sinne von Neckel et al. (2018)).

5 Minsky, Hyman P. (1986): *Stabilizing an Unstable Economy*. New Haven: Yale University Press.

6 Habermas, Jürgen, LIS, a.a.O., S. 49.

mas' „Hoffnung“ ist verständlich, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung in den 25 Jahren vor dem Erscheinen von LIS kennt. Zwischen dem zweiten Weltkrieg und 1973 waren größere Wirtschaftskrisen in den entwickelten Volkswirtschaften weitgehend ausgeblieben. Die Wirtschaftsentwicklung war zudem durch ein stabiles Wachstum bei Vollbeschäftigung und steigenden Reallöhnen gekennzeichnet. Der Kapitalismus hatte sich wahlweise zum „Spätkapitalismus“, „organisierten Kapitalismus“ oder auch „staatlich geregelten Kapitalismus“⁷ entwickelt, in dem der „interventionistische Staat in die wachsenden Funktionslücken des Marktes einspringt“.⁸ Aufbauend auf seiner in den Jahren zuvor geführten Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann beschreibt Habermas das politisch-administrative System als ausdifferenziertes Steuerungszentrum, das „gegenüber dem soziokulturellen und dem ökonomischen System eine übergeordnete Stellung einnimmt“.⁹

Ironischerweise ist das Jahr 1973 auch das Jahr, in dem von vielen die beginnende Umkehr dieser Verhältnisse verortet wird. Mit der Beendigung des Systems fester Wechselkurse findet auch der „Postwar Consensus“ einer auf staatliche Stabilisierung und Intervention beruhenden Wirtschaftsordnung ein Ende. Es setzt eine Phase ein, in der das ökonomische und das soziokulturelle System sich zunehmend einem hegemonialen Projekt verschreiben, das Nancy Fraser¹⁰ als progressiven Neoliberalismus beschreibt, die Kombination eines auf angebotsseitigen Reformen, Finanzialisierung und „trickle down“ setzenden ökonomischen Programms mit einer liberal-meritokratischen Politik der Anerkennung.

Habermas' Frage, ob die krisenhafte Verlaufsform des ökonomischen Wachstums nun überwunden sei, ist mit dem Einsetzen dieser Entwicklung schnell beantwortet. Zwischen der Mitte der siebziger Jahre und der Krise von 2008 kommt es in zunehmendem Maß zu finanziellen und realwirtschaftlichen Instabilitäten, die sich insbesondere in einer stetig zunehmenden Zahl von Finanzkrisen Bahn brechen. Bereits Minsky (1986) kann sich auf eine ganze Reihe von Episoden ausgeprägter Instabilität beziehen, deren Häufigkeit und Schwere im Verlauf der achtziger und neunziger Jahre weiter zunimmt. Von der politischen und medialen Öffentlichkeit werden die entsprechenden Ereignisse jedoch bis zur großen Krise 2008 nicht als Kette miteinander zusammenhängender Hinweise auf eine zunehmende Krisenanfälligkeit wahrgenommen. Vielmehr erscheinen sie als Einzelfälle mit begrenzten sozioökonomischen Implikationen.

Diese Wahrnehmung wird nicht zuletzt durch die Tatsache befördert, dass sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in dieser Zeit weniger durch besonders tiefe und lange Rezessionen, sondern vielmehr durch ein anämisches Wachstum auszeichnet. Die sich zunehmend abschwächenden – aber immer noch vorhandenen – Produktivitätssteigerungen spiegeln sich immer weniger in Reallohnsteigerungen wider. Die trotzdem notwendige Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wird vermehrt über die Ausweitung privater Verschuldungshebel finanziert, denen ein Aufbau privater Geldvermögen besonders vermögender Bevölkerungsteile gegenübersteht. Der Staat verliert zwar nicht direkt an Bedeutung, entwickelt sich jedoch vom investiven Steuerungszentrum zum Reparaturbetrieb. Vor dem Hintergrund sinkender Besteuerungsmöglichkeiten muss dieser sich, ähnlich wie viele Privathaushalte, immer stärker auf die Möglichkeiten der Kreditfinanzierung verlassen. Die Zunahme der Verschuldung erhöht die Krisenwahrscheinlichkeit sukzessive.

7 Ebd., S. 50

8 Ebd., S. 51

9 Ebd., S. 15

10 Fraser, Nancy (2017): From Progressive Neoliberalism to Trump – and beyond. In: American Affairs, 1(4), S. 46–64.

Trotz zunehmender Krisenhäufigkeit und abnehmender Wirtschaftsdynamik kam die Krise 2008 (die eigentlich schon 2007 begann, aber nur langsam ins Licht der Öffentlichkeit trat) für viele Beobachter überraschend. Die Jahrzehnte vor der Krise hatten sich zwar einerseits durch eine Zunahme von Finanzkrisen (insbesondere, aber nicht nur in Schwellenländern) sowie einer Abnahme des Output- und Produktivitätswachstums (insbesondere, aber nicht nur in den entwickelten Volkswirtschaften) ausgezeichnet. Andererseits war es in einigen entwickelten Volkswirtschaften jedoch zu einer schrittweisen Abnahme der Volatilität gesamtwirtschaftlicher Maßgrößen wie der Wachstumsrate des BIP gekommen. Namhafte Ökonomen hatten sich dadurch ermutigt gefühlt, eine neue Ära auszurufen: Die Zeit der „Great Moderation“, in welcher ökonomische Expertise und insbesondere eine auf Inflationsbekämpfung fokussierte Geldpolitik unabhängiger Zentralbanken dafür sorgen könne, die schlimmsten Schwankungen der Wirtschaft einzudämmen. In Verbindung mit der Vorstellung, dass zunehmend effiziente und liquide Finanzmärkte zu einer steten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Allokation von Ressourcen *und* Risiken führen würden, beispielsweise mittels des Instruments der Verbriefung und anderer Finanzinnovationen, sah man sich auf den Weg in eine Welt zunehmender Stabilität und Prosperität.

Es ist mehr als eine Ironie des Schicksals, dass genau jene Produkte und Institutionen, die vor der Krise als Garanten einer zunehmenden Stabilisierung der Weltwirtschaft gesehen wurden, dann im Zentrum der Ereignisse ab 2007/08 stehen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass insbesondere die Wirtschaftswissenschaften, die unter den Sozialwissenschaften seit den siebziger Jahren eine zunehmende Dominanz entwickelt hatten, für die überraschende Krise zunächst hart ins Gericht genommen wurden. Wie konnte die bis dato dominante Erzählung, gesellschaftlicher Fortschritt könne mittels einer Mixtur aus technokratischer Steuerung und globaler Vervollständigung der Marktdominanz erwirkt werden, derart falsch sein?

Die von vielen geteilte Irritation über die Orientierungslosigkeit der sonst so selbstbewussten Zunft wurde besonders prägnant von Queen Elizabeth II bei einem Briefing an der London School of Economics auf den Punkt gebracht. Die Antwort auf ihre Frage, wieso niemand eine Krise dieser Größenordnung habe kommen sehen, war sicherlich wenig befriedigend: *„At every stage, someone was relying on somebody else and everyone thought they were doing the right thing.“*¹¹ Sie weist aber bereits auf erste Gründe für das nach der Krise gestiegene Interesse an Interdisziplinarität hin. Zum einen verdeutlichen die Ereignisse seit 2007, dass man sich im Kontext gesamtgesellschaftlicher Risikoanalysen und Technologiefolgenabschätzungen nie darauf verlassen darf, dass die relevanten Experten schon genau hinschauen und entsprechende Warnhinweise abgeben werden – besonders dann nicht, wenn sie selbst an der Konstruktion von Technologien wie Finanzinnovationen mitwirken. Zum anderen veranschaulicht die Krise im Nachhinein, wie wichtig es in modernen Risikogesellschaften ist, unterschiedliche Blickwinkel einzunehmen. Je komplexer Wertschöpfungsketten werden, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Verantwortliche für ein Glied in der Kette gute Gründe für sein Tun anführen kann, obwohl es im Gesamtzusammenhang erhebliche Negativfolgen zeitigt.

Ein dritter Grund für das Aufleben interdisziplinärer Bestrebungen nach der Krise ist die seltsame Gleichzeitigkeit von ökonomischem Wissen und Unwissen über die Fragilität des Wirtschaftssystems. Tatsächlich ist es ja keineswegs so, dass die Zunahme der finanziellen Instabilität in den Jahren seit 1973 unter Ökonomen unbemerkt ge-

¹¹ Die Antwort wurde von Luis Garicano, Forschungsleiter am Fachbereich Management, gegeben. Das Zitat findet sich auch bei Pierce, Andrew (2008): The Queen Asks Why No One Saw the Credit Crunch Coming. In: The Telegraph vom 05.11.2008. Online verfügbar unter <https://www.telegraph.co.uk/news/uknews/theroyalfamily/3386353/The-Queen-asks-why-no-one-saw-the-credit-crunch-coming.html> (21.11.2018)

blieben wäre. Vielmehr hatte sich die Untersuchung von Finanzkrisen schon vor der Krise zu einem stark wachsenden und respektierten Forschungsfeld entwickelt. Dabei geht es keineswegs nur um heterodoxe Ökonomen wie Minsky. Der allergrößte Teil der Mechanismen, die während der Krise zum Tragen kamen, war der sogenannten Mainstream-Ökonomik gut bekannt und musste nur auf die Spezifika der Situation übersetzt werden.¹²

Auch stark orthodox geprägte Ökonomen wie der Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds, Raghuram Rajan, hatten schon frühzeitig vor genau jenen Entwicklungen gewarnt, die ab 2007/08 dann Realität wurden.¹³ Ebenso bekannt war die Tatsache, dass eine frühzeitige Rücknahme monetärer und fiskalischer Impulse nach großen Krisen verheerende Wirkungen hat. Doch weder die Erkenntnisse zur Fragilität des Systems noch das Wissen um adäquate Krisenreaktionen fanden ein entsprechendes Gehör.

Die Gleichzeitigkeit von wirtschaftswissenschaftlichem Wissen und wirtschaftswissenschaftlicher Ignoranz einerseits, wirtschaftswissenschaftlicher Wirkmächtigkeit und wirtschaftswissenschaftlicher Machtlosigkeit andererseits stellt offensichtlich Puzzles dar, die zum Kern einer ganzheitlichen Aufarbeitung der Krise gehören. Wie lassen sich die erwähnten Diskrepanzen erklären? Jedenfalls ist vor allzu einfachen Erklärungsansätzen zu warnen, wie Klüh¹⁴ zeigt. Vielmehr ist eine Kombination von erkenntnistheoretischen, soziokulturellen und politischen Faktoren am Werk, deren Verständnis regelmäßige Grenzüberschreitungen zwischen den Disziplinen erfordert. Die 2008 einsetzende Kritik am Versagen und am Weltbild der Ökonomen, die nicht zuletzt eine Kritik der in der Ökonomik vorherrschenden Modelle war,¹⁵ kann in der Retrospektive als Initialzündung eines Wandels im Wissenschaftsbetrieb verstanden werden, im Rahmen dessen es vermehrt zu genau solchen Grenzüberschreitungen kommt: Einerseits gibt es bei manchen Ökonomen nun ein verstärktes Interesse an Theorien anderer Gesellschaftswissenschaften.¹⁶ Andererseits wird ein verstärktes Interesse der Gesellschaftswissenschaften an wirtschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und vor allem finanzwirtschaftlichen Vorgängen geweckt.

Dynamisiert wird die Initialzündung durch die Art und Weise, mit der der Krisendiskurs zunächst organisiert wird. Die kritischen Fragen der Politik an die Ökonomik werden fast ausschließlich an die Ökonomen selbst gestellt. Eine nicht ganz überraschende Konsequenz hiervon ist, dass schon bald von einigen einflussreichen Ökonomen auf die praktische Unvorhersagbarkeit der Krise hingewiesen wird, um die Kritik an der eigenen Profession abzuwenden. Bei heterodoxen Ökonomen hingegen wird darauf gedrungen, die Krise zum Anlass zu nehmen, die Wirtschaftswissenschaften vom Kopf auf die Füße zu stellen, beziehungsweise – mit Kuhn¹⁷ und Lakatos¹⁸ gesprochen – einen *Paradigmenwechsel* einzuleiten.

12 Klüh, Ulrich (2012): Paradoxie und Wirtschaftswissenschaft im Kontext der Krise. In: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundlagen der Ökonomik 11. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 33–60.

13 Siehe Rajan, Raghuram (2005): Has Financial Development Made the World Riskier? Proceedings of the Federal Reserve Bank of Kansas City Symposium at Jackson Hole, vor allem jedoch auch die im gleichen Band ebenfalls enthaltenen Reaktionen weiterer Tagungsteilnehmer.

14 Klüh, Ulrich, Paradoxie und Wirtschaftswissenschaft im Kontext der Krise, a.a.O.

15 Bezemer, Dirk (2009): Explaining the Great Moderation: Credit in the Macroeconomy Revisited. Groningen University MPRA Paper, 15893. Online verfügbar unter <https://mpa.ub.uni-muenchen.de/15893> (17.08.2018). Ders. (2012): Finance and Growth: When Credit Helps, and When it Hinders. Institute for New Economic Thinking. Online verfügbar unter <https://www.ineteconomics.org/uploads/papers/bezemer-dirk-berlin-paper.pdf>, zuletzt geprüft am 06.08.2018.

16 Klüh, Ulrich (2012): Paradoxie und Wirtschaftswissenschaft im Kontext der Krise, a.a.O.

17 Kuhn, Thomas S. (1962): The Structure of Scientific Revolutions. Chicago: Univ. of Chicago Press.

18 Lakatos, Imre (1978): The Methodology of Scientific Research Programmes. Cambridge: Cambridge University Press (Philosophical papers, 1).

Das Gros der Sozialwissenschaften wird von dieser Entwicklung zunächst überrumpelt. Wie kann es sein, dass der Delinquent gebeten wird, sich gewissermaßen selbst zu rezosialisieren, dabei auch noch den angerichteten Schaden im Alleingang zu beheben *und* für die Zukunft sicherzustellen, dass das System in Zukunft stabil bleibt? Schnell formiert sich deshalb Widerstand gegen diese Art der Krisenaufarbeitung. Ein Zweig der Wirtschaftssoziologie, dessen Wurzeln in der Wissenschaftssoziologie liegen, spielt hierbei eine zentrale Rolle. Dieser versucht, das Verhältnis zwischen Wirtschaftsgeschehen und Wirtschaftswissenschaften von einer beobachtenden Perspektive aus zu verstehen: Die Wirtschaft werde von letzterer nicht nur beobachtet und in theoretischen Modellen abgebildet, sondern in diesem Prozess auch nach ebenjenen theoretischen Vorstellungen geformt. Diese *Performativität*¹⁹ wird durch die Krise sowohl eindrucksvoll veranschaulicht als auch in Frage gestellt. Wie kann es beispielsweise sein, dass wirtschaftswissenschaftliche Forschung zur Informationseffizienz von Märkten einen dermaßen entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung des Finanzsystems hat, die im Wissenschaftssystem ebenso etablierte Forschung zu Marktversagen und finanzieller Instabilität eher keine?

Die Beschäftigung mit der Funktionsweise und gesellschaftlichen Rolle wirtschaftlichen und finanziellen Denkens allgemein und ökonomischer Expertise im Besonderen stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Stärkung interdisziplinärer Forschung nach der Krise dar. Sie ist Teil eines größeren Forschungsprogramms, das sich grob mit dem Schlagwort „Ökonomisierungs- und Finanzialisierungsforschung“ überschreiben lässt. Gerade die Finanzialisierungsforschung erwies sich nach der Krise als äußerst produktiver Ort für ein disziplinübergreifendes Arbeiten.²⁰ Allerdings ist die Rolle von Wirtschaft und Finanzwesen sowie von Wirtschafts- und Finanzdenken nicht der einzige Bereich, der nach der Krise eine intensive sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit erfährt. Ganz im Gegenteil kommt es in allen Zweigen der Sozial- und Politikwissenschaften zu einem massiven Aufwuchs an Krisenforschung. Es ist an dieser Stelle weder sinnvoll noch möglich, die unterschiedlichen Strömungen und Forschungsprogramme zu benennen, die sich mit einer Aufarbeitung der Gründe, Mechanismen und Implikationen der Ereignisse seit 2007/08 auseinandersetzen, geschweige denn in all ihren Verästelungen. Stattdessen sollen zwei Aspekte der politischen Reaktion auf die Krise benannt werden, die wichtige Teile der sozialwissenschaftlichen Forschung entscheidend beeinflusst haben. Dazu beschreiben wir den Umgang mit dem globalen Wirtschaftssystem seit 2008 als Therapie eines schwer angeschlagenen Patienten.

Da ist zunächst der Umstand, dass die Politik nach der Krise auf eine grundsätzliche und ganzheitliche Auseinandersetzung mit den der Krise potenziell zugrundeliegenden Problemen verzichtet, sich selbst auf das Krisenmanagement konzentriert und die Krisenaufarbeitung den schon vor der Krise entscheidenden technokratischen Kreisen überlässt. Im Herbst 2008 droht dem globalen Wirtschaftssystem ein seit den dreißiger Jahren nicht mehr dagewesener Kollaps. Eine der wesentlichen Erkenntnisse der Großen Depression, die Notwendigkeit internationaler Koordination, wird glücklicherweise ernst genommen. Die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer kommen deshalb zusammen, um die intensivmedizinischen Maßnahmen zu koordinieren. Tatsächlich gelingt es den politischen Handlungsträgern, dem Patienten eine wirksame Mischung fiskal- und geldpolitischer Infusionen zu verabreichen, er stabilisiert sich relativ schnell. Gleichzeitig überlegt man, welche mittel- bis langfristige Therapie angeraten ist. Obwohl zunächst sehr grundsätzliche Veränderungen

19 Callon, Michel (1998): Introduction: The Embeddedness of Economic Markets in Economics. *The Sociological Review* 46 (S1), S. 1–57.

20 Hütten, Moritz / Klüh, Ulrich (2017): No More Cakes and Ale: Banks and Banking Regulation in the Post-Bretton Woods Macro-Regime. In: *Monetary Policy, Financial Crises and the Macroeconomy*. Cham: Springer, S. 325–349.

in den Raum gestellt werden (beispielsweise in Form einer Rückbesinnung auf die Prinzipien des Bretton-Woods-Abkommens von 1944) entschließt sich die Politik, auf die Frage einer grundsätzlichen Umstellung des Lebenswandels des Patienten zu verzichten. Statt einer langfristigen und ganzheitlichen Therapie des Wirtschaftssystems sollen lediglich die finanzwirtschaftlichen Organe behandelt werden. Dies soll zudem nicht mit innovativen Therapieformen, sondern mit einer starken Erhöhung der Dosis der in den Jahren zuvor entwickelten Medikamente geschehen, und zwar nicht durch die politischen Chefärzte auf den Gipfeln in Washington, London und Toronto, sondern durch die Spezialabteilungen des Krankenhauses in Basel, Brüssel und in den Nationalstaaten.

Der Umstand, dass die Antwort auf die schwerwiegende Krise der globalisierten Wirtschaft aus einem bunten Cocktail aus Pillen mit Namen wie Basel III, CRD IV oder MiFID II und nicht aus einer ganzheitlichen politischen Therapie bestand, fordert die Sozialwissenschaften auf ganz unterschiedliche Arten heraus. Unter anderem wirft sie noch einmal ein Schlaglicht auf die zunehmende Rolle technokratischer Expertise in der globalisierten und finanzialisierten Wirtschaft des frühen 21. Jahrhunderts. In diesem Zusammenhang geraten einzelne Akteursgruppen und epistemische Zirkel in den Blick, beispielsweise Zentralbanken und ihre internationalen Gremien. Etwas grundsätzlicher fasziniert an der Aufarbeitung der Krise die dahinter hervorscheinende Vorstellung von Möglichkeiten und Grenzen einer Steuerung wirtschaftlicher Prozesse. Des Weiteren wird die Frage aufgeworfen, ob es Zusammenhänge zwischen einem wahrgenommenen Kontrollverlust demokratischer Politik und der Art der Krisenaufarbeitung gab, die sich aktuell im Aufkommen post- oder pseudodemokratischer Regime widerspiegelt. Diese und viele andere Facetten der politischen Krisenbewältigung erweisen sich schnell als originär interdisziplinär.

Ebenso prägend für die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Krise ist die Wende hin zu einer breit angelegten Austeritätspolitik, die bereits im Jahr 2010 erfolgt. Zur Erläuterung des Hintergrunds lässt sich das Bild des Patienten weiterspinnen. Bereits 2009 werden – wiederum vor allem von den oben benannten epistemischen Zirkeln – Warnungen laut, der Patient leide immer noch an einigen schwerwiegenden Defekten. Insbesondere müsse befürchtet werden, die zum Höhepunkt verabreichte Akutmedizin einer Ausweitung der Staatsverschuldung verursache schon bald unerwünschte Nebenwirkungen. Als Belege werden die Probleme einiger Länder in der europäischen Peripherie angeführt. Konfrontiert mit diesen Problemen sind sich Politik und Experten schnell über die adäquate Therapie einig. Diese besteht in einer Art Schröpfen, also in einer bewussten Schwächung des Patienten zur Herbeiführung einer Reinigungskrise, die gewissermaßen Voraussetzung einer dauerhaften Gesundung ist. Die Warnungen vor den verheerenden Folgen einer solchen Politik, die interessanterweise vor allem aus den bisher – wie oben erwähnt – häufig als performativ wahrgenommenen Wirtschaftswissenschaften kommen, werden in den Wind geschlagen, obwohl sie sich schnell als äußerst realistisch erweisen. Zunehmend zweifelt bemühen sich auch etablierte Ökonomen um eine Skandalisierung der sowohl sozial- als auch wirtschaftspolitisch widersinnigen Vorgehensweise, erfolglos.

Für die Sozial- und Politikwissenschaften und auch für viele Ökonomen ist die Austeritätswende ein Weckruf zur Intensivierung der Zusammenarbeit. Schnell wird klar, dass es sich hier nicht nur um ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen, sondern um eine für die Stabilität demokratischer Gesellschaften „gefährliche Idee“ handelt,²¹ die sich nur interdisziplinär verstehen lässt. Hinter der Bedeutung der Idee steckt ein

21 Blyth, Mark (2013): *Austerity: The History of a Dangerous Idea*. Oxford University Press.

langfristiger Prozess der Institutionalisierung,²² der ebenfalls wiederum nur disziplinübergreifend verständlich wird.

Die genannten Entwicklungen lassen sich in drei Kernimpulsen für interdisziplinäres Arbeiten nach der Krise zusammenfassen:

- Vermehrtes Hinterfragen der Möglichkeiten einzelner Disziplinen und insbesondere der Wirtschaftswissenschaften im Hinblick auf die Analyse krisenhafter Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzsystem
- Erstaunen über den schnellen Wechsel zum „business as usual“, sowohl im Hinblick auf die nach der Krise maßgeblichen Akteure als auch im Hinblick auf die verwendeten Maßnahmen
- Umschlag auf und Festhalten an einem Regime der Austerität, trotz erheblicher sozialer, politischer und wirtschaftlicher Kosten.

Diese Impulse haben (selbstredend im Zusammenspiel mit anderen Faktoren) zu einer Stärkung interdisziplinärer Forschung zu Wirtschafts- und Finanzkrisen beigetragen. Es ist ein Bestreben erkennbar, der eher nicht-systemischen Antwort auf die Krise zumindest eine systemische sozialwissenschaftliche Analyse entgegen zu setzen. Der hiermit verbundene Wandel ist besonders gut auf Konferenzen und Workshops wie den beiden oben genannten, von der Schader-Stiftung mitausgerichteten, Veranstaltungen ersichtlich. Er bleibt allerdings weitgehend spontan und zufällig. Doch was passiert, wenn dieser Wandel institutionalisiert wird?

Ein interdisziplinärer Selbstversuch

Im Wissenschaftsbetrieb zu einer sozioökonomischen und politökonomischen Praxis zu finden ist weder selbstverständlich noch unkompliziert. Interdisziplinarität wird heute allorts hochgehalten und als dringend notwendiger Dialog zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen angepriesen. Dieser Dialog entsteht aber nicht von selbst. Er ist eine ständige Arbeits- und Übersetzungsleistung. Der Grundzustand des disziplinübergreifenden Austausches ist Unverständnis, nicht die gegenseitige Bereicherung. Dieser Austausch wird zusätzlich dadurch erschwert, dass der sonstige Wissenschaftsbetrieb auch wenig auf ihn ausgerichtet ist: Zwar wird in Förderrichtlinien viel Wert auf Interdisziplinarität gelegt, in Publikationen und der Stellenvergabe scheint aber häufig eine Selbstdarstellung zielführender, welche eine deutliche Zunftzugehörigkeit und das Vertreten eines klar abgrenzbaren Ideenpakets beinhaltet.

Doch es gibt ein grundsätzlicheres Problem. Die Schwierigkeiten interdisziplinären Arbeitens spiegeln nicht zuletzt die systemtheoretischen Erwägungen wider, die Habermas bei seiner Analyse von Legitimationsproblemen umtreiben. Die sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Teilsysteme begünstigen auch in der Wissenschaft geschlossene kommunikative Regelkreisläufe. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Wirtschafts- und Finanzsoziologie, die die wissenschaftliche Heimat von gleich zwei der drei Autoren dieses Artikels ist. Ein Blick zurück auf die Geschichte der Disziplin zeigt, dass in den Anfängen der Soziologie eigentlich ein reges Interesse am Thema Wirtschaft bestand. Dort finden sich auch über die Fachgrenzen hinaus bekannte Autoren wie Georg Simmel oder Max Weber, wobei letzterer auch bei wenig pluralistisch ausgerichteten Ökonomen oder Juristen zitationsfähig ist. Zugleich gab es viele Grenzgänger, die sich durch eine bemerkliche Nähe zur Soziologie auszeichneten, so zum Beispiel Karl Polanyi oder Joseph Schumpeter. Das Verhältnis der Soziologie zum Thema Wirtschaft hat sich dabei lange durch das ausgezeichnet, was David Stark²³

22 Streeck, Wolfgang / Mertens, Daniel (2010): Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime. In: Der moderne Staat 3, 2010, No. 1. MPIfG Discussion Paper 10/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, S. 7–29.

23 Stark, David (2000): For a Sociology of Worth. Keynote address. Annual Conference of the European Association of Evolutionary Political Economy Vol. 3. Berlin, November.

einmal treffend als „Parsons‘ Pakt“ bezeichnet hat. Dabei geht es darum, dass die Wirtschaftssoziologie sich seinerzeit die Duldung durch die Wirtschaftswissenschaften zugesichert hat, indem man den Ökonomen die Bestimmung des „Werts“ überlassen hat, während Soziologen sich mit „Werten“ befassen. Kurz gesagt, befassen sich Ökonomen also mit der Ökonomie und Soziologen mit den sozialen Beziehungen, in welche diese – mit Polanyi gesprochen – „eingebettet“ ist.²⁴ Obwohl es einen solchen Pakt natürlich nie explizit gab, beschreibt diese imaginäre Grenze über einen längeren Zeitraum hinweg erstaunlich gut das Verhältnis zwischen den beiden Disziplinen.

Das APÖ am ZNWU wurde unter anderem explizit mit dem Anspruch gegründet, Grenzgänge zwischen den beiden genannten Disziplinen zu fördern. Zudem soll die komplexe Wechselbeziehung zwischen Volksvertretung durch die Politik, Rechtfertigung gegenüber der Wählerschaft, wirtschaftlichem Geschehen und beratender ökonomischer Expertise aufgegriffen werden. Der – wie auch immer bemessene – Erfolg wirtschaftspolitischer Maßnahmen kann für Zufriedenheit und Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger weniger relevant sein als die damit verbundene Kommunikation. Darüber hinaus wird die Dynamik kapitalistischer Gesellschaften klarer nachgezeichnet, wenn wirtschaftliches Handeln nicht als bloßes Resultat eines abstrakten Marktmechanismus betrachtet wird, sondern als Verteilungskampf, in dem unter anderem auch Machtasymmetrien eine Rolle spielen. Entsprechend ist es ein aktives Bestreben der Forschenden der APÖ, einen politökonomischen Bezugsrahmen zu verwenden.

Zu Beginn (2015) bestehend aus einem Politologen und einem Wirtschaftswissenschaftler gehören der Arbeitsgruppe aktuell die beiden Gründer, zwei Finanz- und Wirtschaftssoziologen, eine Wirtschaftswissenschaftlerin sowie eine Wirtschaftshistorikerin und Makroökonomin an. Hinzu kommen Studierende aus unterschiedlichen Bereichen, die an Projekten mitarbeiten, und Gastforscher, wie aktuell eine Historikerin, die sich mit den Auswirkungen ordoliberaler Ideen auf wirtschaftspolitische Entscheidungen befasst. Im Zentrum der aktuellen Arbeit stehen neben makroökonomischen und sozialpolitischen Fragen Untersuchungen zu gesellschaftlichen Erwartungen an Banken, zur Auswirkung von digitalen und finanziellen Innovationen auf Arbeit und Organisationen, zur möglichen Rolle der Finanzwirtschaft im Hinblick auf „Nachhaltige Entwicklung“ sowie zur Herausbildung sogenannter Makroregimes.²⁵ Bei all diesen Arbeiten wird stets die kritische Rückbindung an den verhandelbaren „Leitbegriff der Nachhaltigkeit“ gesucht.

Wie befördert, wie behindert Interdisziplinarität den Forschungsprozess in dieser noch jungen Gruppe? Was befördert, was behindert Interdisziplinarität? Eine häufig vertretene Grundannahme ist, dass Interdisziplinarität besonders dann notwendig und dynamisch wird, wenn praktische Probleme im Mittelpunkt stehen. Die im APÖ versammelten Erkenntnisinteressen verorten sich allerdings auf einem oft sehr hohen Abstraktionsniveau. Die großen Fragen dominieren häufig die eher kleinteiligen: Wie kann eine Gesellschaft die notwendige Balance zwischen ökonomischer Rationalität und anderen Voraussetzungen gesellschaftlicher Reproduktion bewahren? Welche Rolle spielt wirtschaftliches Denken in unserer Gesellschaft? Was sind Organisationen, und wie verändert sich unser Begriff von ihnen durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse? Wie greifen politische, ökonomische und soziokulturelle Aspekte ineinander, wenn eine nachhaltigere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung angestrebt wird? Diese Vielfalt an Erkenntnisinteressen würden wir beschreiben als „eine konstruktiv-kri-

24 Polanyi, Karl (1995): *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press [Original: 1944].

25 Zum Begriff Klüh, Ulrich (2015): *Denken im Makroregime und Große Transformationen: Eine Anwenderperspektive*. In: *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik* 15. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 135-164.

tische Auseinandersetzung mit der Rolle von Wirtschaft in einer Gesellschaft, deren Wirtschaft gesellschaftsgefährdende Risikopotenziale aufgebaut hat.“

Offensichtlich verlangen alle diese Fragen ein beträchtliches Maß an Interdisziplinarität, sind aber gleichzeitig in einem Ausmaß abstrakt, das disziplinäre Herangehensweisen vorteilhaft erscheinen lässt. Dies hat in der APÖ eine überraschende Konsequenz. Während inter- und transdisziplinäre Prozesse nicht selten daran scheitern, dass sich die unterschiedlichen Disziplinen nicht aufeinander einlassen oder dass unüberwindbare Interessen- und Übersetzungsprobleme entstehen, ist in der APÖ das Problem häufig ein anderes: Es gibt eine Tendenz, zu schnell die eigene Disziplin hinter sich zu lassen und sich allzu sehr auf die komplexitätsreduzierenden Möglichkeiten der anderen Disziplinen zu verlassen. Dies führt gelegentlich zu Problemen, da sich Unschärfen in der Beobachterperspektive ergeben und man sich zudem oft auf das Glatteis einer Anwendung von nicht wirklich verdauten Inhalten begibt.

Welche Strategien haben sich in der APÖ herausgebildet, um mit diesen Problemen umzugehen? Aktuell kristallisieren sich drei Ansatzpunkte heraus:

- Erstens geht es immer wieder darum, sich die Rückmeldung abzuholen, man verstehe die andere Disziplin im Vergleich zum letzten Gespräch etwas besser, aber bei Weitem noch nicht gut genug. Ein solcher *Dialog der Disziplinen*, der die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Herangehensweisen ganz bewusst bewahrt, ist die beste Absicherung gegenüber einer verfrühten Übernahme von noch nicht vollständig durchdrungenen Elementen.
- Zweitens sollte regelmäßig und in einer parallelen Denkbewegung die *Auseinandersetzung mit vor- und/oder nachdisziplinären Theorieansätzen* gesucht werden. Hierzu zählt die Beschäftigung mit Autoren wie Schumpeter, Polanyi, Weber und Veblen, aber auch die regelmäßige Auseinandersetzung mit Großtheorien á la White und Luhmann. Man kann auch selbst an Versuchen arbeiten, disziplinäre Denkweisen auf transparente Weise zu transzendieren (wie im Falle der Makroregimes).
- Drittens hilft es, den *Dialog mit der Praxis* nicht aus den Augen zu verlieren, indem entsprechende Forschungsanträge geschrieben, Diskursformate unter der Einbindung von Praktikern gesucht und geschaffen werden. Die Praxis zwingt zu einer Rückbesinnung auf das, was man im Kern kann, und von dem aus man die andere Disziplin sehr viel besser erschließt.

Insgesamt zeigt sich, dass die Zusammenarbeit zwar besonders schwierig ist, wenn Erkenntnisse über unterschiedliche Perspektiven, methodische Herangehensweisen und Fragen der Performativität gesucht werden. Es sind jedoch genau diese grundsätzlichen Fragen, die den motivatorischen Motor interdisziplinären Arbeitens darstellen. Spiegelbildlich dazu ist es zwar richtig, dass Interdisziplinarität relativ schnell produktiv wird, wenn an konkreten, praktischen Dingen gearbeitet werden kann, wie der Frage der Auswirkungen einer neuen Technologie in einem Unternehmen, der Stabilisierung makroökonomischer Aggregate durch alternative Ausgestaltungen des Steuer- und Abgabensystems oder der Möglichkeiten von Banken, nachhaltig zu agieren und zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen. Genau dies sind jedoch auch die Fragen, die dem Prozess zuweilen die Energie rauben.

„Parteilichkeit für Vernunft“

Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007/08 hat in vielerlei Hinsicht Impulse zur Intensivierung inter- und transdisziplinärer Forschung gegeben. Die in diesem Artikel beschriebene Praxis dieses Forschens auf zwei von der Schader-Stiftung mit begleiteten Veranstaltungen sowie im Rahmen der noch jungen APÖ zeigt sowohl die Notwendigkeit als auch die Herausforderungen entsprechender Initiativen auf. Vor allem zeigt sie jedoch, dass die sowohl von Habermas als auch von Minsky beschrie-

benen Probleme einer Legitimation von Veränderungen im Spätkapitalismus seit den siebziger und achtziger Jahren keinesfalls geringer, sondern sehr viel größer geworden sind. Weder Minskys Forderung nach einer öffentlichen und nicht nur von Experten getragenen Diskussion ökonomischer Sachverhalte noch Habermas' Apell, eine Praxis zu etablieren, die Begründungsforderungen nicht ausweicht, sind in spürbarer Weise wirksam geworden. Ähnlich wie Habermas kann man deshalb mit zwei einfachen Forderungen enden, die zumindest eine Parteilichkeit für Vernunft (LIS, S. 194) befördern: Theoretische Klarheit darüber zu verlangen, was wir nicht wissen, und den Kampf „gegen die Stabilisierung eines naturwüchsigen Gesellschaftssystems über den Köpfen seiner Bürger“ aufzunehmen.

Von Minsky lässt sich in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die Überzeugung übernehmen, dass ohne die Anerkennung tiefgründiger und fundamentaler Fehlstellungen in der vorherrschenden Wirtschaftsordnung keine Hoffnung auf Besserung steht (SUE, S. 321). Ein Herumdoktern an Symptomen wird weder den grundsätzlichen Widersprüchen der von Habermas beschriebenen spätkapitalistischen Gesellschaften noch der aktuell häufig als letzten Ausweg beschriebenen Herausbildung postkapitalistischer Strukturen im Sinne von Mason²⁶ oder Žižek²⁷ gerecht. Vielmehr verstärkt sie *postdemokratische* Tendenzen. Nur die von Minsky geforderte klare Benennung und Formulierung *grundsätzlicher* Alternativen zu aktuellen Steuerungsansätzen hat das Potenzial, Reformen zu einer nachhaltigen Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch in Gang zu setzen.

Im Gegensatz zu den Ausführungen Minskys in SUE sollte dabei allerdings nicht die Anfälligkeit zu gesellschaftlich destabilisierenden Fluktuationen im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses stehen. Diese Anfälligkeit, das zeigt die Erfahrung der letzten zehn Jahre eindrucklich, ist durch entsprechende Makropolitiken durchaus zu bewältigen. Vielmehr ist einerseits auf die Passagen in LIS zu verweisen, die bereits 1973 auf die alles überschattenden Herausforderungen der Wiederherstellung ökologischer Balance (insbesondere den „Einfluss des Energieverbrauchs auf das Klima“, LIS S. 63), *anthropologischer Balance* (insbesondere im Hinblick auf die durch die Digitalisierung aktuell von Individuen und Organisationen abverlangte Folgebereitschaft oder auch Massenloyalität, LIS S. 64) und *internationaler Balance* (insbesondere im Hinblick auf die militärischen Konflikte und Flüchtlingsströme) eingehen.

Moritz Hütten, geboren 1986, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Darmstadt Business School und Fellow am Zentrum für Nachhaltige Wirtschafts- und Unternehmenspolitik der Hochschule Darmstadt (h_da). Er schloss sein Studium mit einem Master in Wirtschafts- und Finanzsoziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main ab. Seine Forschung konzentriert sich auf normative und soziale Implikationen der Blockchain-Technologie. Zuvor arbeitete er an verschiedenen Forschungsprojekten der h_da, der Universität Frankfurt am Main sowie des Forschungszentrums SAFE Sustainable Architecture for Finance in Europe, unter anderem zu den Themen Bankenregulierung in Europa und Financial Literacy.

Andreas Kaltwasser, geboren 1990, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Darmstadt (h_da), sowie Fellow am dortigen Zentrum für Nachhaltige Wirtschafts- und Unternehmenspolitik. Er studierte Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und schloss das Studium mit einem Master in Soziologie ab. Seine aktuelle Forschung konzentriert sich auf Fragen Sozialer Ungleichheit und Nachhaltigkeit.

26 Mason, Paul (2015): Post Capitalism. A Guide to our Future. London: Allen Lane.

27 Žižek, Slavoj (2014): Trouble in Paradise. From the End of History to the End of Capitalism. London: Allen Lane.

Prof. Dr. Ulrich Klüh, geboren 1974, ist seit 2015 Professor für Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Hochschule Darmstadt (h_da). Er ist zudem Gründungsmitglied und Direktor am Center for Sustainable Economic and Corporate Policy. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main, Berkeley und München war er seit 2005 beim Internationalen Währungsfond tätig. 2008 wurde Ulrich Klüh Generalsekretär des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Von 2010 bis 2015 leitete er die Akademie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Literatur:

- Bermbach, Udo (1974): Die Kernfrage aller Reform. In: Die Zeit, Nr. 23/1974.
- Bezemer, Dirk (2009): Explaining the Great Moderation: Credit in the Macroeconomy Revisited. Groningen University MPRA Paper, 15893. Online verfügbar unter <https://mpra.ub.uni-muenchen.de/15893> (17.08.2018).
- Bezemer, Dirk (2012): Finance and Growth: When Credit Helps, and When it Hinders. Institute for New Economic Thinking. Online verfügbar unter <https://www.ineteconomics.org/uploads/papers/bezemer-dirk-berlin-paper.pdf> (06.08.2018).
- Blyth, Mark (2013): Austerity: The History of a Dangerous Idea. Oxford University Press.
- Callon, Michel (1998): Introduction: The Embeddedness of Economic Markets in Economics. The Embeddedness of Economic Markets in Economics. In: The Sociological Review 46 (S1), S. 1–57.
- Fraser, Nancy (2017): Fraser, N. (2017): From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond. In: American Affairs, 1(4), S. 46–64.
- Habermas Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus (LIS). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hütten, Moritz/Klüh, Ulrich (2017): No More Cakes and Ale: Banks and Banking Regulation in the Post-Bretton Woods Macro-Regime. In: Monetary Policy, Financial Crises and the Macroeconomy. Cham: Springer, S. 325–349.
- Kaltwasser, Andreas (2016): Money, Power and Recognition: Post Keynesians and the Global Financial Crisis. A Sociological Inquiry into the Performance of Economic Paradigms. Saarbrücken: AV Akademikerverlag.
- Klüh, Ulrich (2012): Paradoxie und Wirtschaftswissenschaft im Kontext der Krise. In: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundlagen der Ökonomik 11. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 33–60.
- Klüh, Ulrich (2015): Denken im Makroregime und Große Transformationen: Eine Anwenderperspektive. In: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik 15. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 135–164.
- Kuhn, Thomas S. (1962): The Structure of Scientific Revolutions. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- Lakatos, Imre (1978): The Methodology of Scientific Research Programmes. Philosophical papers, 1. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mason, Paul (2015): Post Capitalism. A Guide to our Future. London: Allen Lane.
- Minsky, H. P. (1986): Stabilizing an Unstable Economy. New Haven: Yale University Press.
- Neckel, Sighard et al. (2018): Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms. Bielefeld: transcript.
- Polanyi, Karl (1995): The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time. Boston: Beacon Press [Original: 1944].
- Rajan, Raghuram (2005): Has Financial Development Made the World Riskier? Proceedings of the Federal Reserve Bank of Kansas City Symposium at Jackson Hole.
- Schweickart, David (2011): Reading Legitimation Crisis during the Meltdown. In: Social Philosophy Today 27, S. 5–28.
- Stark, David (2000): For a Sociology of Worth. Keynote Address. In: Annual Conference of the European Association of Evolutionary Political Economy Vol. 3. Berlin.
- Streeck, Wolfgang/Mertens, Daniel (2010): Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime. In: Der moderne Staat 3, No. 1. MPIfG Discussion Paper 10/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, S. 7–29.
- Žižek, Slavoj (2014): Trouble in Paradise. From the End of History to the End of Capitalism. London: Allen Lane.

132 **Digitale Transformation**

Sabine Landwehr-Zloch und Werner Stork

143 **Zur Notwendigkeit der 3D-Digitalisierung**

Dieter W. Fellner, Constanze Fuhrmann und Pedro Santos

152 **Raumfahrttechnologien unterstützen
den digitalen Wandel unserer Gesellschaft**

Frank Zimmermann

Digitale Transformation

Von der Industrie 4.0 zur Wirtschaft und Gesellschaft 4.0

Die digitale Transformation ist vor allem von zwei grundlegenden Entwicklungen geprägt. Die Digitalisierung im technischen Sinne, die angetrieben wird von einer Reihe bahnbrechender technologischer Entwicklungen, die in der Summe dazu führen, dass weite Bereiche unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens digitalisiert erfasst und abgebildet werden können. Und die damit einhergehende organisatorische Transformation der Unternehmen, die zwar von der Digitalisierung angetrieben wird, aber auch von anderen Faktoren – wie die Globalisierung, die demographische Entwicklung und der Wertewandel – geprägt wird.

Neue Nutzen- und Wertschöpfungskonzepte

Angetrieben durch die neuen technologischen Möglichkeiten entstehen im Rahmen der digitalen Transformation eine Vielzahl von neuen Nutzen- und Wertschöpfungskonzepten. Digitalisierte Ressourcen in der Form von beispielsweise Texten, Bildern, Musikstücken, Designs, Studien, Konzepten und Vorlagen können als digitale Kopie quasi kostenlos (re-)produziert und verteilt werden. Man spricht von einer sogenannten *De-Materialisierung der Güter* im Zuge der digitalen Transformation. Die klassischen Kostenvorteile der Massenproduktion (Stückkostendegression) sinken damit rapide und auch die Kosten für den Transport entfallen weitgehend. Damit können auch kleine Unternehmen schnell zu Global Playern werden, wenn sie über ein interessantes neues digitales Produkt oder eine attraktive digitale Dienstleistung verfügen. Die Vernetzung von Menschen, Prozessen, Services und Daten über das Internet der Dinge ermöglicht komplett neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten, auch über die Grenzen von Unternehmen, Ländern und Branchen hinaus.

Betrachtet man die Nutzungsmöglichkeiten und die Wertschöpfungsprozesse in der digitalen Welt genauer, dann fällt auf, dass Informationen, Wissen und Innovationen auf eine signifikant andere Art und Weise produziert, ausgetauscht, gehandelt und genutzt werden als die klassischen Ressourcen und Güter in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Dies wird über das folgende Zitat – welches Georg Bernhard Shaw zugeschrieben wird – sehr anschaulich herausgearbeitet: „Wenn zwei Menschen einen Apfel tauschen, hat jeder nach dem Tausch einen Apfel. Wenn zwei Menschen eine Information, ein Wissen, eine Idee tauschen, haben beide nachher die gleiche Information, das gleiche Wissen und die gleiche Idee.“

Ganz offensichtlich entstehen durch die digitale Transformation neue Wirkmechanismen und Wertschöpfungsprozesse, die sich zum Teil deutlich von denen unterscheiden, die traditionell in der Betriebswirtschaftslehre beschrieben werden: Statt sich den Besitz an einer Ressource zu sichern und zu bewahren und den persönlichen Nutzen hieraus zu maximieren, ist es bei Informationen, Wissen und Innovationen oftmals angezeigt, auf eine intelligente Art und Weise möglichst schnell viele Mit-Wisser und Mit-Macher zu gewinnen. Dadurch steigen sowohl der Grad der Vernetzung und als auch die Reichweite und in der Folge die Bedeutung und der Wert der Information und des Wissens. Jeremy Rifkin schreibt hierzu: „Netzwerke

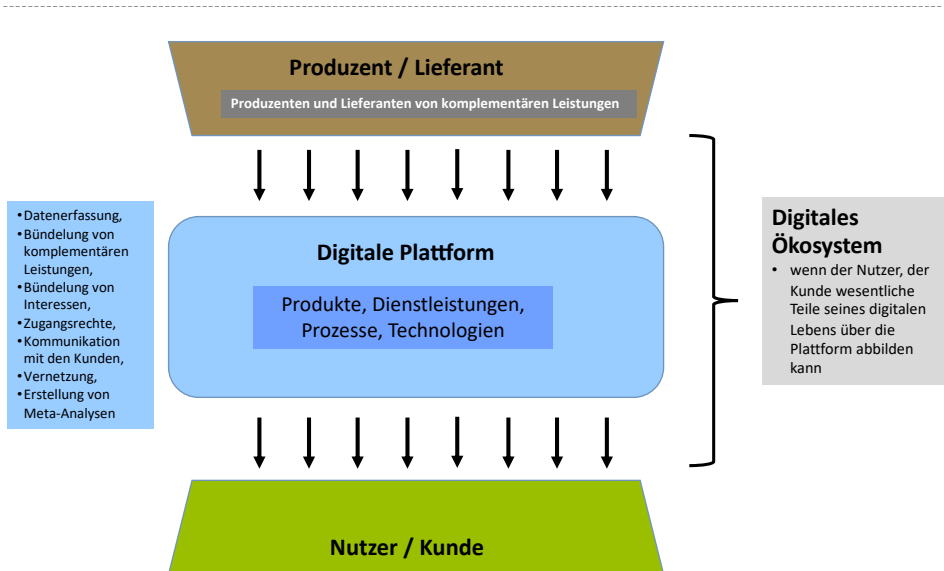


Abb. 1 Digitale Plattformen und digitale Ökosysteme
Quelle: Eigene Darstellung

treten an die Stelle von Märkten, und aus dem Streben nach Eigentum wird ein Streben nach Zugang, nach Zugriff auf das was diese Netzwerke zu bieten haben.“¹

Digitale Plattformen

Für die herausgehobene Bedeutung der Netzwerke, wie sie Rifkin hier bezeichnet, hat sich der Begriff der *Plattformökonomie* gebildet. Das Grundprinzip der digitalen Plattformen besteht darin, eine Vielzahl von unterschiedlichen Anbietern mit ihren Angeboten zusammenzubringen und deren Produkte, Services und Prozesse unterschiedlichen Kunden auf einer gemeinsamen Plattform anzubieten. Dabei steigt die Attraktivität der Plattform für die eine Gruppe (zum Beispiel App-Entwickler), je mehr Akteure der anderen Gruppe (zum Beispiel App-User) die Plattform nutzen und umgekehrt.

Dieser sogenannte *Netzwerkeffekt* ist ein zentrales Kennzeichen von Plattformen. Je mehr Teilnehmer auf einer Plattform aktiv sind, desto attraktiver ist es für neue Interessenten, genau auf diese Plattform zu gehen. Die Anzahl der Nutzer ist damit ein sehr zentraler Erfolgsfaktor einer Plattform, da sowohl für den Nachfrager als auch den Anbieter der Mehrwert und die Bedeutung einer Plattform steigen, je mehr Angebote beziehungsweise je mehr potentielle Nachfrage man dort antreffen kann. In diesem Umfeld ist es für kleinere Plattformen oft schwierig zu bestehen. Andere Leistungsparameter wie beispielsweise die Dienstleistungsqualität und besondere Services werden von dem Netzwerkeffekt überstrahlt und kommen nur sehr schwer zur Geltung. Die Plattformökonomie hat aufgrund dieses Netzwerkeffektes eine starke Tendenz zur Konzentration auf einige wenige Plattformen und es steigt die Gefahr der Entwicklung von monopolistischen Strukturen.

Die Plattformökonomie boomt und beeinflusst die Märkte weltweit. Unter den Akronymen GAF A und BAT verbergen sich die Unternehmen, die den Wettbewerb der digitalen Plattformen dominieren. Google, Apple, Facebook und Amazon beherrschen die Märkte in den westlichen Industrienationen, während in Asien Baidu, Alibaba und

¹ Rifkin, Jeremy (2000): Access. Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden. Frankfurt a.M. / New York: Campus.

Tencent an der Spitze stehen. Die Plattformen bilden eine wichtige Komponente im Rahmen der digitalen Transformation. Sie beschleunigen die zunehmende Überwindung von Unternehmens-, Branchen- und Ländergrenzen. Der Betrieb einer Plattform ist zu einem eigenständigen Geschäftsmodell geworden, bei dem es nicht mehr notwendig ist, die Güter selbst zu besitzen oder eigene Mitarbeiter zu beschäftigen. Plattformbetreiber wie Airbnb generieren Gewinne mit der Vermittlung von Unterkünften und Übernachtungsmöglichkeiten, ohne selbst ein Haus oder ein Hotel zu besitzen, und Uber, die Plattform zur Mobilitätsvermittlung, besitzt selbst keine Autos und beschäftigt keine eigenen Fahrer für ihre Angebote und Dienstleistungen.

Digitales Ökosystem

Das Kommunikationsverhalten der Menschen und damit auch der Kunden hat sich im Zuge der digitalen Transformation stark verändert: Die Nutzung von Smartphones, Laptops und Navigationssystemen und die Vernetzung mit Bekannten und Kollegen oder auch das Anbieten von Waren und Dienstleistungen mittels sozialer Medien und Apps sind mittlerweile für viele ein fester Bestandteil des täglichen Lebens geworden.

Aufbauend auf ein solches Informations-, Lern- und Kommunikationsverhalten kommt es vermehrt zur Entwicklung von sogenannten digitalen Ökosystemen. Durch die technischen Plattformen wird die Basis geschaffen, um Anbieter und Nachfrager systematisch und dauerhaft zu vernetzen. Insofern es gelingt, durch diese Plattform für bestimmte „Lebensbereiche“ die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken und dabei einzelne Sub-Systeme miteinander zu verknüpfen, entstehen auf diese Weise digitale Ökosysteme. Ein digitales Ökosystem kann als komplettes sozio-technisches System verstanden werden. Die Teilnehmer dieses digitalen Ökosystems bewegen sich auf einer Plattform und haben dabei bestimmte Regeln und Usancen verinnerlicht, die die Kommunikation und Kollaboration zwischen ihnen erleichtern und befördern. Ein solches Ökosystem schafft es, die Bedürfnisse von Kunden komplett abzudecken, es begleitet den Konsumenten entlang der gesamten Wertschöpfungskette und die Kunden bekommen bequem ihre Dienstleistung aus einer Hand geboten.

Das iPhone und der AppStore gelten als eines der ersten erfolgreichen digitalen Ökosysteme. Basierend auf einem technischen Standard und fokussiert auf die Darstellung und Nutzung von Apps auf dem iPhone arbeiten mehrere hunderttausend App-Entwickler unabhängig voneinander an neuen Anwendungen. Weitere prominente Beispiele bieten die Unternehmen Amazon und Google, die es geschafft haben, die gesamte Wertschöpfungskette für bestimmte Lebensbereiche (einkaufen, sich informieren) abzudecken, ohne selbst Leistungen in den Wertschöpfungsbereich zu erbringen oder diese bedienen zu können.

So gilt Tencent, eine chinesische Firma, die quasi in allen Lebensbereichen tätig ist, als eines der größten und erfolgreichsten digitalen Ökosysteme weltweit. Das Selbstverständnis von Tencent bringt folgender Satz zum Ausdruck: „We build Ecosystems Via Strategic Partnership.“ Tencent dominiert in China unter anderem den Gaming Markt und den Streaming Markt (Musik und Filme). Es beherrscht die Social Networking Services und hat einen großen Einfluss im Bereich Payment. Tencent ist zudem in den Bereichen Shopping, Food Discount & Delivery, Transportation, Real Estate und Health Consultation aktiv. Alle diese Services sind über die App „WeChat“ miteinander verknüpft. WeChat ist in China die bei weitem am meisten genutzte App. Über ein Drittel der User von WeChat verbringen pro Tag mehr als vier Stunden in der App. Damit ist es Tencent gelungen, eine virtuelle Welt und ein Ökosystem zu errichten, in dem viele Menschen einen wesentlichen Teil ihrer Zeit verbringen. Für viele Unternehmen führt in China kein Weg an WeChat / Tencent vorbei, wenn sie ihre Kunden erreichen wollen.

Tencent ist dabei ebenso wie Apple, Amazon und Google ein Unternehmen der digitalen Transformation. Viele traditionelle Unternehmen erkennen den Trend zu Plattformen und zu digitalen Ökosystemen und versuchen ihr Kerngeschäft in diese Geschäftsformate zu transformieren.

Ein weiteres Beispiel: Die Volkswagen AG aus Wolfsburg will ihre Fahrzeuge zum Zentrum eines neuen digitalen Ökosystems machen. Dazu sollen Lade- und Abrechnungsdienste für E-Autos entwickelt werden sowie Angebote für Car-Sharing und weitere E-Commerce-Angebote entstehen. Technisches Rückgrat für das neue digitale Ökosystem „Volkswagen We“ soll eine neu entwickelte digitale Plattform werden. Die geplanten Investitionen bis zum Jahr 2025 belaufen sich auf 3,5 Milliarden Euro. VW plant im Rahmen dieser strategischen Umorientierung die Entwicklung eines eigenen Betriebssystems „vw.OS“, das kontinuierliche Upgrades und Updates ermöglicht – ohne Werkstattbesuch. Die neue digitale Plattform soll 2020 starten und wird von jedem Endgerät zu bedienen sein – Smartphone, Tablet, Laptop oder Infotainment-System im Auto. Die Plattform wird dabei offen sein für Partner und ihre Software-Lösungen. VW lehnt sich dabei eindeutig an die Funktionsweise der App-Plattformen von Apple und Google an.

Such-, Informations-, Erfahrungs- und Vertrauensgüter

In der neuen digitalen Welt, die von Plattformen und Ökosystemen geprägt ist, wird eine Unterteilung der Güter und Dienstleistungen wichtig, die sich daran ausrichtet, wie hoch die Kosten der Transaktion sind.

Transaktionskosten sind die Kosten, die anfallen, wenn ein Produkt, eine Dienstleistung oder ein Nutzungsrecht gehandelt und übertragen wird. Diese Transaktionskosten sind zunächst „einfache“ Kosten wie der Aufwand, eine bestimmte Information zu beschaffen, sowie die Kosten, die bei der Suche nach dem Gut oder der Dienstleistung entstehen. Zu den Transaktionskosten zählen auch die Transportkosten und die Gebühren beim Verkauf. Transaktionskosten sind aber auch „komplexere“ Kosten, die beispielsweise entstehen, wenn sich nach dem Kauf unerwartete Qualitätsmängel einstellen. Hier treten Kosten in der Form von Garantien und Versicherungen auf. Oder es entstehen Kosten in der Folge von Unklarheiten und Unsicherheiten in der Leistungserbringung, die zu aufwendigen Nachverhandlungen und Rechtsstreitigkeiten führen.

Die Betrachtung der Transaktionskosten führt zu einer Unterscheidung in vier unterschiedliche Güterkategorien: *Informationsgüter*, *Suchgüter*, *Erfahrungsgüter* und *Vertrauensgüter*. Die jeweiligen Besonderheiten lassen sich gut an dem Beispiel Urlaubsreise erläutern:

- Ein „schlichter“ Urlaub zu Erholungszwecken, wie er millionenfach vor allem im Sommer als Strandurlaub gebucht wird, ist in der Regel – soweit keine besonderen Wünsche dazukommen – ein *Informationsgut*. Dementsprechend findet hier der Großteil der Transaktionen (Urlaubsbuchungen) mittlerweile online über Reiseportale statt.
- Ein Urlaub, bei dem es wie bei einem Wander- und Erlebnis-Urlaub auch auf eine Vielzahl von weiteren Faktoren ankommt wie das Gelände, der Schwierigkeitsgrad und die benötigte Ausrüstung, die Einkehrmöglichkeiten, die Unterkünfte, ist dagegen ein sogenanntes *Suchgut*. Der Unterschied liegt darin, dass die Wünsche spezifischer sind, so dass länger und intensiver gesucht werden muss. Auch hier finden die meisten Transaktionen mittlerweile über das Internet statt. Mit etwas Suchaufwand findet man spezialisierte Portale oder kann sich über Foren und Blogs weitere Informationen zusammensuchen.
- Ein Urlaub, der eine besondere Reise in ein entferntes Land mit einer fremden Kultur darstellen soll und der in der Tourismusbranche als Fern- oder Bildungsreise bezeichnet wird, kann als Beispiel für ein *Erfahrungsgut* dienen. Der Reisende

fährt sprichwörtlich in eine andere Welt und damit sind für ihn eine Vielzahl von Faktoren ungewiss. Die „neue Welt“ ist ungewohnt und deshalb greifen potenzielle Kunden / Reisende sehr gerne auf Erfahrungsberichte von Personen zurück, die schon mal dort waren. Es kommt zu einem intensiven Austausch über das Klima, die Kultur, die Ernährung, die Gesundheitsgefahren und die Besonderheiten der fremden Kultur. Die hier beschriebenen Nachfragen und Informationsbedürfnisse stellen „hohe Transaktionskosten“ dar und man kann in der Reisebranche gut beobachten, dass die klassischen Reisebüros versuchen, sich in diesem Bereich zu spezialisieren, da sie über den persönlichen Kontakt und die individuelle Beratung einen Vorteil gegenüber den reinen Informations- und Such-Angeboten im Internet haben. Die Erfahrungsgüter markieren damit auch einen Übergang, die Wirksamkeit von Plattformen erlebt hier ihre Grenzen.

- Ein „ganz besonderer“ Urlaub – wie beispielsweise die Hochzeitsreise – oder auch eine wichtige Forschungsreise oder eine entscheidende Geschäftsreise – kann als *Vertrauensgut* klassifiziert werden. Die Reise ist mit dem wichtigen Anlass so unmittelbar und eng verbunden, dass „eine schlechte Reise“ auch den Anlass der Reise selbst schwer in Mitleidenschaft ziehen würde. Das wichtige Geschäft würde platzen, die wissenschaftliche Erkenntnis würde nicht gewonnen werden können, oder die Hochzeit wäre nicht mehr mit der Erinnerung an die unvergessliche Traumreise verbunden. Der Unterschied zum Erfahrungsgut ist ein Stück weit fließend, wird aber durch den Faktor geprägt, dass eine solche Reise nicht oder nur sehr schwer wiederholt werden kann. Der potenzielle Kunde sucht deshalb – noch mehr als bei den Erfahrungsgütern – den Rat und die sehr individuelle und spezifische Beratung. Kriterien wie Reputation oder persönliches Vertrauen spielen eine entscheidende Rolle. Auch hier lässt sich die Entwicklung in der Reisebranche ablesen, wo es immer mehr spezialisierte Reise-Anbieter gibt, die sich auf ganz spezielle Themen und Anlässe in ihrer Beratungsarbeit fokussieren.

Plattformen haben sich als vollständiges Konkurrenzmodell zu den klassischen Geschäftsmodellen entwickelt und teilweise verdrängen sie die klassischen Wege im Handel. Dies wird bei der Betrachtung von Amazon und dem klassischen Einzelhandel deutlich. Amazon stellt über seine Plattform einen Zugang zum Endkunden bereit. Wegen der überragenden Bedeutung von Amazon für viele Bereiche des Handels sind Unternehmen oftmals mehr oder weniger gezwungen, mit Amazon zusammen zu arbeiten, um den Zugang zu ihren Kunden nicht zu verlieren. Für die Leistung des Einzelhändlers bei Amazon wird eine monatliche Gebühr fällig, zudem erhebt Amazon eine Provision je verkauftem Artikel. Amazon bietet zudem weitere Leistungen gegen Gebühren an, wie beispielsweise das Lagern, das Versenden, die Rücknahme der Ware oder bestimmte verkaufsfördernde Maßnahmen und Instrumente.

Je nach Situation und Entwicklung kann es dabei auch zu starken Abhängigkeiten des Einzelhändlers von der Plattform kommen. Insbesondere die Daten und Informationen über die Käufer stellen auf der Ebene der Plattform, wo sie mit den vielen millionenfachen anderen Transaktionsdaten kombiniert werden, wertvolle Informationen für die weitere Marktbearbeitung dar. Welche Produkte und Services werden wann und wo am meisten nachgefragt, welche Preise führen zu welchen Nachfragereaktionen etc.?

Diese Erkenntnisse verkauft Amazon dann wieder an die Einzelhändler – oder auch an deren Konkurrenten. Will man diese potenziellen Abhängigkeiten von den großen Plattformen umgehen und in der Welt der digitalen Plattformen und Ökosysteme als Unternehmen bestehen, sind eine Reihe von strategischen Überlegungen anzustellen:

Informations-, Such-, Erfahrungs- und Vertrauensgüter

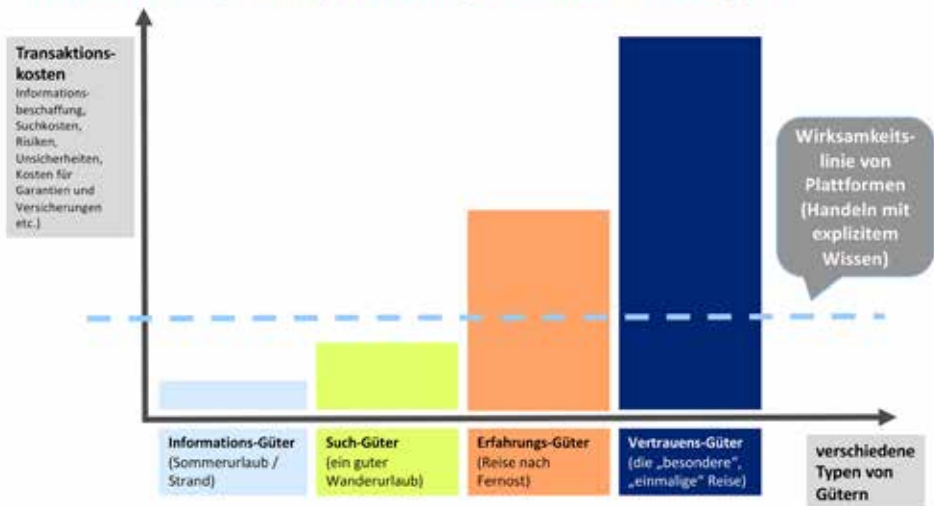


Abb. 2 Informations-, Such-, Erfahrungs- und Vertrauensgüter

Quelle: Eigene Darstellung

- Es erscheint empfehlenswert, einen eigenen *Online-Shop* aufzubauen und diesen kontinuierlich entsprechend den Marktstandards weiter auszubauen. Damit bleibt man anschlussfähig und behält seine grundsätzliche Handlungsfähigkeit. Allerdings wird über diesen Online-Shop alleine in der Regel nicht genug Sichtbarkeit und Relevanz im Internet zu erreichen sein.
- Grundsätzlich bietet sich die Möglichkeit an, ergänzend eine *eigene Plattform* für das eigene Marktsegment aufzubauen und zu betreiben. Dies ist allerdings mit einem hohen Kapitaleinsatz und umfangreichen Investitionen in die technische Infrastruktur verbunden; zudem ist spezifisches Know-how für den Aufbau und den Betrieb der Plattform erforderlich. Diese Entwicklungsrichtung ist risikoreich und sie würde – im Erfolgsfall – das eigene Geschäft in seiner Bedeutung weit übertreffen.
- Aufgrund dieser hohen Kosten und den damit verbundenen Risiken scheuen viele Unternehmen diesen Weg. Eine zunehmende Zahl versucht stattdessen, den eigenen Online-Shop in seiner Reichweite und Bedeutung über eine Plattform zu ergänzen, die sie als *kooperative gemeinschaftliche Plattformlösungen* zusammen mit anderen Unternehmen mit ähnlichen Interessenslagen aufbauen und betreiben. Die Plattform gehört dann allen beteiligten Unternehmen gleichermaßen und man stimmt sich über den Betrieb und die Weiterentwicklung untereinander ab.
- Eine weitere Entwicklungsrichtung besteht in der *Fokussierung auf Erfahrungs- und Vertrauensgüter*. Im Gegenzug zieht man sich bei den Informations- und Suchgütern zurück; entweder indem man das Geschäft mit diesen Gütern ganz einstellt, oder indem man sich für ein möglichst einfaches Geschäftsmodell der großen Plattformanbieter entscheidet und dabei versucht, die Abhängigkeiten möglichst gering zu halten. In der Folge ist es wichtig, in den Bereich der Erfahrungs- und Vertrauensgüter strategisch zu investieren, damit die relativen Vorteile, die man hier gegenüber den Plattformen hat, möglichst stark und dauerhaft bestehen bleiben. In dem oben benutzten Beispiel der Reisebranche wurde beispielsweise deutlich, dass Investitionen in die Beratungsqualität und in das Wissen der Mitarbeiter über die Erfahrungs- und Vertrauensgüter von strategischer Bedeutung sind.

Von kompliziert zu komplex – die VUCA Welt

Die mit der digitalen Transformation einhergehenden Veränderungen und Umbrüche haben weitreichende Folgen und verändern teilweise grundlegend die Rahmenbedingungen und Parameter für die Unternehmen. Dabei ist aus den zahlreichen Facetten, wie die Digitalisierung die digitale Transformation von Unternehmen beeinflusst, ein Aspekt besonders anschaulich und prägend: Der von einem bislang komplizierten zu einem komplexen Umfeld.

In einem komplizierten Umfeld gibt es einen klaren Ursache-Wirkungs-Zusammenhang, die Organisation kann lernen, kann Zusammenhänge verstehen, kann Entscheidungen logisch begründen und kann unternehmerisches Handeln absichern. In Summe können Unternehmen demnach komplizierte Probleme durch Lernen lösen und entsprechende Prozesse einführen, um mit komplizierten Problemen umzugehen. Ein Beispiel für ein kompliziertes Problem ist der Bau eines Autos. Wenn ein kompliziertes Problem auftritt, ist die Herangehensweise in der Regel, einzelne Prozessschritte zu analysieren, um die Lösung zu finden. Der Aufbau von Expertenwissen, die Einführung von Automationsprozessen und die Orientierung an schriftlich fixierten Regelwerken sind Beispiele für den Umgang mit komplizierten Problemen.

Die Eigenschaften eines komplexen Systems hingegen sind grundlegend verschieden. Komplexe Systeme sind dadurch gekennzeichnet, dass nicht nur eine Möglichkeit besteht, ein Problem zu lösen, sondern zahlreiche Möglichkeiten, die darüber hinaus nicht vorhersagbar sind: Mehrere Variablen beeinflussen sich gegenseitig, aber deren Beziehung zueinander ist unklar. Das bedeutet, es gibt nicht die eine richtige Lösung. Beispiele hierfür sind die Steigerung von Verkaufszahlen oder die Wettervorhersage. Für diese beiden Systemeigenschaften, nämlich eine große Vielfalt von Möglichkeiten und gleichzeitig eine hohe Unvorhersehbarkeit, sind bisherige Ansätze, die in Unternehmen bewährt sind, nicht länger geeignet. Der Umgang mit komplexen Problemen ist von hypothesengeleitetem Testen geprägt und analysiert keine Ursache.

Der Begriff der VUCA Welt wird gerne stellvertretend für die Folgen des Übergangs von einer komplizierten zu einer komplexen Umwelt verwendet. VUCA steht für Volatility, Uncertainty, Complexity and Ambiguity (zu Deutsch: Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit). Diese vier Einflussfaktoren prägen die digitale Welt und charakterisieren sie zugleich:

- Durch die hohe *Volatilität* der wirtschaftlichen Entwicklungen können keine umfassenden Vorhersagen getroffen werden. Veränderungen und Umbrüche sind im Rahmen der digitalen Transformation allgegenwärtig und auch kleine Änderungen können zu schnellen und radikalen Wirkungen führen. Die hohe Schwankungsintensität und viele sprunghafte Entwicklungen führen dazu, dass Prognosen und Planungen für die Unternehmen immer schwieriger zu erstellen sind. Die Unternehmen können – wenn überhaupt – nur noch mit kürzeren Zeithorizonten planen und müssen sich auf unvorhergesehene Entwicklungen einstellen.
- Bekannte und bewährte Strukturen und Prozesse werden systematisch in Frage gestellt, sie verlieren teilweise ihre Gültigkeit und es kommt diesbezüglich zu einer großen *Unsicherheit*. Geschäftsmodell, Produktionssysteme und Kundenstrukturen können sich durch die digitale Transformation plötzlich und radikal ändern. Um in dieser unsicheren Umgebung bestehen zu können, müssen die Unternehmen lernen, in Szenarien zu denken und sich dabei auf die unterschiedlichsten Situationen einzustellen.
- Durch die hohe Komplexität (*Complexity*) der wirtschaftlichen Zusammenhänge ist es für die Akteure in der digitalen Transformation faktisch nicht mehr möglich, alle relevanten Daten und Informationen für eine fundierte Entscheidungsfindung zu

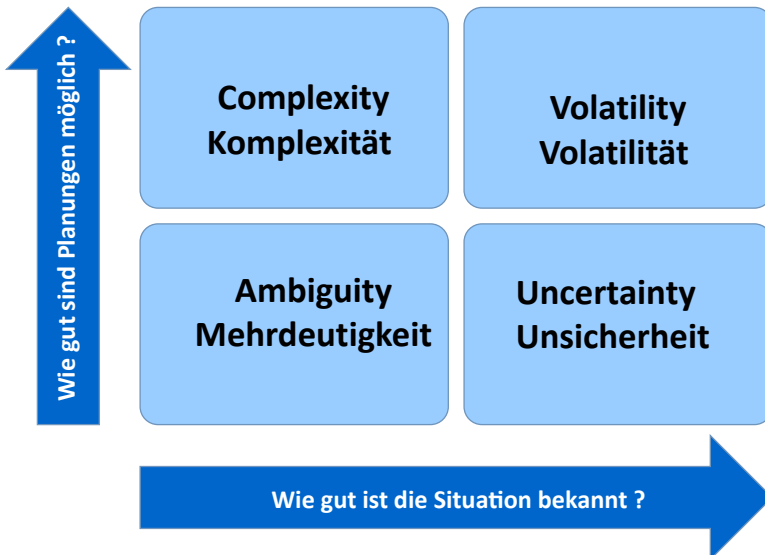


Abb. 3: VUCA Welt
Quelle: Eigene Darstellung

bekommen. Die Prozesse und Zusammenhänge werden immer komplexer, so dass Ursache-Wirkungszusammenhänge meist nicht zu erkennen sind und die Auswirkungen von Entscheidungen und Maßnahmen schwerer vorherzusagen sind. Die Unternehmen werden gezwungen, „auf Sicht“ und in kleinen Schritten zu planen und zu arbeiten. Die Unternehmen reagieren hierauf, in dem sie mehr Wert auf die Vision legen und die Einhaltung gemeinsamer Regeln in der Zusammenarbeit achten.

- Durch die *Ambiguität* (oder auch Mehrdeutigkeit) werden klassische Wert- und Lösungsansätze in Frage gestellt. Die Situationen und Ausgangslagen, in denen sich Unternehmen wiederfinden, sind komplex und können in mehrere Richtungen gedeutet und bewertet werden. Es entsteht eine unklare und manchmal sogar widersprüchliche Umwelt. Damit sind eindeutige Reaktionen, klare Strategien und Vorgaben nicht mehr möglich. Die Unternehmen reagieren darauf, indem sie mit Hypothesen arbeiten und mehrere Optionen in Simulationen durchspielen und vergleichen.

Im Rahmen eines Wortspiels gibt es auch eine erste noch etwas undifferenzierte Antwort auf die Herausforderungen der VUCA Welt, demnach ist zu investieren in: *Vision* (Vision), *Understanding* (Qualifizierung), *Clarity* (Klarheit) und *Agility* (Agilität).

Wirtschaft 4.0 und Gesellschaft 4.0

Die digitale Transformation und das Schlagwort „Industrie 4.0“ beherrschen die aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Diskussion. Die *Industrie 4.0* steht dabei in einer Folge von insgesamt vier industriellen Revolutionen. Viele Experten stellen aber heraus, dass es bei der digitalen Transformation um weit mehr geht als „nur“ um eine weitere substanzielle Veränderung in der Industrie. Sie weisen auf Entwicklungen hin, die weit über den Industriesektor hinausgehen und alle Bereiche des wirtschaftlichen Zusammenlebens erfassen. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass vor allem auch der Dienstleistungssektor sowie die traditionelle Landwirtschaft umfassend von der Digitalisierung erfasst werden. Zudem ändern sich einige grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten. In der Folge wird von einer *Wirtschaft 4.0* gesprochen.

Betrachtet man die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der digitalen Transformation im Sinne einer Wirtschaft 4.0, dann sind vor allem folgende Entwicklungen herauszustellen:

- Die neuen Technologien führen zu höchst *dynamischen Wachstumseffekten* in den verschiedensten Branchen und Wirtschaftsbereichen. Sie schaffen einen großen Mehrwert vor allem im Marketing & Vertrieb, in der Produktion und in der Logistik, aber auch die klassische Büro- und Verwaltungsarbeit profitiert stark von den neuen Tools und Anwendungen.
- Insgesamt führt die Digitalisierung in vielen Branchen zu *disruptiven Veränderungen und Umbrüchen*. Teile der Wertschöpfung fallen weg oder werden ausgelagert, neue Arbeitsschritte kommen hinzu und nicht selten ändert sich die gesamte Arbeitsorganisation und Wertschöpfung. In Deutschland gilt für bis zu zwölf Millionen Arbeitsplätze, dass das entsprechende Tätigkeitsprofil durch Automatisierung wegfällt.² Gleichzeitig entstehen aber vielfältige neue Aktivitäten, Beschäftigungsformen und Jobs – insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege sowie Unterhaltung, Sport und Freizeit.³
- Es gilt als gesichertes Erkenntnis, dass Tätigkeiten, die auf Wahrnehmung, Interpretation, Deutung und „Manipulation“ beruhen, an Bedeutung gewinnen werden. Zukünftig gefragt werden Mitarbeiter sein, die kreative und sozial anspruchsvolle Aufgaben erledigen können. Dagegen sind – neben den Industriearbeitertätigkeiten – auch erstmals kaufmännische und administrative Jobs von Automatisierung und Rationalisierung bedroht.
- Verschiedene Wirtschaftsverbände sehen in der digitalen Transformation einen *Jobmotor für Deutschland* und stellen heraus, dass damit auch ein Teil der Arbeitsplätze, die ehemals aus Kostengründen ins Ausland verlagert wurden, wieder nach Deutschland zurück geholt werden können, in digital transformierter Weise: Statt vieler Fabrikarbeiter im Ausland gibt es wenige, aber hochqualifizierte Jobs für die Programmierer der Roboter in ansonsten weitgehend menschenleeren Fabriken.
- Volkswirte und Personalmanager stellen gerne heraus, dass die digitale Transformation auch eine große Chance bietet, die demographische Herausforderung zu bewältigen. Unter dem Stichwort „Doppelschlag“ beschreiben sie eine Parallelität von (a) dem demographisch bedingten Abschmelzen der zur Verfügung stehenden Fachkräfte mit (b) den wachsenden Möglichkeiten, die menschliche Tätigkeiten in den Fabriken und den Büros durch neue digitale Technologien zu ersetzen oder zu ergänzen.
- Andere Experten betonen dagegen die Gefahren, die in der digitalen Transformation liegen und warnen, dass Anpassungs- und Transformationsprozesse in den Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt nicht schnell genug erfolgen. Sie stellen heraus, dass so gut wie keine Tätigkeit von den gravierenden Veränderungen verschont bleiben wird. Sie benennen vier Veränderungstrends in Bezug auf die Arbeitsplätze:
- *Schaffung neuer Arbeitsplätze* durch neue Produkte, neue Dienstleistungen und neue Geschäftsfelder; *Veränderung von Arbeitsplätzen* durch die Digitalisierung und durch eine veränderte Organisation und Führung; *Verdrängung von Arbeitsplätzen* über Automatisierung und durch den Ersatz von Robotern; *Transformation von Arbeitsplätzen* beispielsweise als Crowdsourcing-Arbeitsformen auf digitalen Plattformen und in digitalen Ökosystemen.

2 Bonin, Holger / Gregory, Terry / Zierahn, Ulrich (2015): Übertragung der Studie von Frey / Osborne (2013) auf Deutschland. Mannheim: ZEW.

3 Spath, Dieter (Hrsg., 2013): Produktionsarbeit der Zukunft – Industrie 4.0. Stuttgart: Fraunhofer.
Horx, Matthias (2015): Future Tools: Werkzeuge zum Zukunftsdenken. Frankfurt am Main: Zukunftsinstitut GmbH.

Auf jeden Fall ist festzustellen, dass eine nicht unerhebliche Verunsicherung vor allem bei „normalen Arbeitnehmern“ und älteren Menschen aufgrund der umfangreichen Veränderungen und Umbrüche besteht.

Andere Experten weisen in Bezug auf die digitale Transformation auch auf die Veränderungen im Bereich der Politik, der Kultur, des Journalismus und weiteren hin und sie argumentieren, dass man angesichts der sich dort ebenfalls abzeichnenden starken Veränderungen und Umbrüche von einer *Gesellschaft 4.0* sprechen müsse. Sie sehen die Digitalisierung als eine umfassende und allgemeine Ermöglichungstechnologie an: „*Alles was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert werden.*“ In dem Sinne gibt es nicht nur eine digitale Transformation der Industrie und des Wirtschaftssystems, sondern die gesamte Gesellschaft wird von den Entwicklungen erfasst. Folgende Aspekte werden dabei insbesondere diskutiert:

- **Smart City, Smart Region:** Die digitale Transformation kann nicht von den Unternehmen und der Wirtschaft alleine bewältigt werden. Neben dem einzelnen Unternehmen betrifft eine digitale Transformation auch die jeweiligen Lieferanten und Kunden sowie Partnerunternehmen. Zudem gibt es Wechsel- und Synergieeffekte zwischen den Unternehmen verschiedener Branchen. Die jeweilige technische und sonstige Infrastruktur vor Ort und die Ausrichtung der regionalen Verwaltung bilden wichtige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für das Gelingen einer digitalen Transformation und über das berufliche und allgemeine Bildungssystem müssen die notwendigen Kompetenzen und auch Einstellungen zur digitalen (Arbeits-)Welt vermittelt werden. Es setzt sich die Erkenntnis durch, dass es zur Entwicklung und Förderung von regionalen Clustern (Smart City, Smart Region etc.) kommen muss, die sich als lernende und transformierende Systeme aufstellen müssen.
- **Neue Sozial- und Bildungspolitik:** Die veränderten Nutzen- und Wertschöpfungskonzepte und die digitalen Geschäftsmodelle führen auch zu Veränderungen in den Sozialsystemen und im Bildungssystem. Viele neue Arbeits- und Beschäftigungsformen in der digitalisierten Arbeitswelt werden nicht durch das bestehende Sozialsystem erfasst. Das führt zur Frage der Finanzierung des „alten Sozialsystems“ und zu der Frage, ob und wie die Beschäftigten in den neuen Arbeitsstrukturen zukünftig sozial versichert sind. Zudem steigt der Bedarf nach einer fundierten Aus- und Weiterbildung für die digitale Arbeitswelt weit über das Maß, was normalerweise Unternehmen für ihre Mitarbeiter bereit und in der Lage sind zu finanzieren. Teilweise müssen zudem neue Berufsbilder geschaffen werden. Die Veränderungen reichen von der schulischen Ausbildung über die berufliche Ausbildung und das Studium bis hin zu neuen Strukturen und Formaten in der beruflichen Weiterbildung.
- **Neue Steuer- und Wirtschaftspolitik:** Insbesondere die De-Materialisierung vieler Wirtschaftsgüter und deren quasi kostenfreie Reproduzierbarkeit führen auch zu neuen Fragen des Steuersystems. Leistungen können deutlich leichter und freier über Grenzen von Unternehmen und Ländern gehandelt und transferiert werden. Das macht die Erfassung der Leistungen und die angemessene Besteuerung immer schwerer. Stellvertretend für diese Entwicklung steht der Begriff der „digitalen Steuer-Nomaden“, die in der digitalisierten Welt völlig ortsungebunden ihre Leistungen – oft als Freelancer – erbringen. Der Staat und die Politik müssen hier nach alternativen Besteuerungsmöglichkeiten suchen, da ansonsten wichtige Finanzierungsmittel wegfallen und es zu Fehlanreizen über die Steuerpolitik kommt.
- **Normative und ethische Fragen:** Durch den Einsatz der neuen Technologien tauchen auf vielfältige Art und Weise neue Fragestellungen auf: Wie geht man damit um, wenn Entscheidungen auf Systeme verlagert werden, die auf Künstlicher Intelligenz basieren, wenn beispielsweise das „selbstfahrende Auto“ in kritischen Verkehrssituation zwischen dem Schutz des Fahrers und einer möglichen Gefährdung eines anderen Verkehrsteilnehmers entscheiden muss? Und auch das massenhafte Sam-

meln von Daten und die Überwachung des öffentlichen Lebens werfen Fragen im Bereich des Datenschutzes und zum Schutz der Privatsphäre auf. Das sogenannte „Citizen Scoring“ wird derzeit in der chinesischen Provinz Jiangsu pilotiert und soll Daten und Informationen zu dem Kauf- und Kommunikationsverhalten ebenso wie aus der Verkehrsüberwachung und der Analyse der finanziellen Transaktionen zu einem Punktwert konsolidieren. Ebenso sollen Krankendaten und Gerichtsakten ausgewertet werden, um letztlich einen Bürger-Wohlverhaltens-Index zu ermitteln, der es erlaubt, das Verhalten der Bürger umfassend zu kontrollieren und zu steuern. Die digitale Transformation erfordert zunehmend auch eine grundlegende ethische und normative Diskussion und Auseinandersetzung zu den Folgen und zu den möglichen Grenzen der Entwicklung.

Prof. Dr. Werner Stork, geboren 1968, ist seit 2013 Professor für Organisation und Management an der Hochschule Darmstadt (h_da). Dort leitet er die Forschungs- und Projektplattform RODA – Resiliente Organisation der Digitalen Arbeit. Seit 2018 ist er Partner der SWK Unternehmensberatung und nimmt Aufgaben als Dozent, wissenschaftlicher Berater, Coach für Führungskräfte und Vorstände sowie Moderator wahr. Werner Stork studierte Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft an der Universität Münster und der Universidad Austral de Chile in Valdivia. Nach seiner Promotion an der Universität Münster arbeitete er für verschiedene Unternehmen in leitender Funktion. Sein Arbeitsschwerpunkt sind Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung mit Fokus auf Corporate Learning sowie Corporate Health.

Prof. Dr. Sabine Landwehr-Zloch, geboren 1976, hat seit 2014 die Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Wilhelm Büchner Hochschule in Pfungstadt bei Darmstadt inne und lehrt in den Disziplinen Rechnungswesen, Controlling und Unternehmensführung. Zudem ist sie seit 2017 Dekanin des Fachbereichs Wirtschaftsingenieurwesen und Technologiemanagement. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre und promovierte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Anschließend war sie bis 2014 als Innovation Controller und dann als Senior Innovation Manager bei BASF in Ludwigshafen sowie als Lehrbeauftragte an verschiedenen Hochschulen tätig.

Zur Notwendigkeit der 3D-Digitalisierung

Neue Einsatzbereiche digitaler Bewahrung

Wie vergänglich historisches Kulturgut sein kann, haben Natur- und vom Menschen herbeigeführte Katastrophen in der Vergangenheit gezeigt. Ereignisse wie der Großbrand im Nationalmuseum in Rio de Janeiro, der binnen Stunden die älteste Forschungsstätte Brasiliens vernichtete und mehr als 90% der über 20 Millionen Artefakte zerstörte, der Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln oder die absichtliche Zerstörung der UNESCO-Welterbestätte Palmyra verdeutlichen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Form der Dokumentation von unwiederbringlichen Kulturschätzen. Aber auch die Tatsache, dass ein Großteil von Artefakten in Sammlungseinrichtungen nicht öffentlich zugänglich ist, zeigt den Bedarf nach einer digitalen Erfassung, die einen uneingeschränkten Zugang zu Inhalten und Forschungsergebnissen eröffnet.

Seit mehr als einem Jahrzehnt gibt es daher umfangreiche Maßnahmen, die digitale Verarbeitung und Visualisierung von Sammlungsbeständen voranzutreiben. So sind die Mitgliedstaaten nach Empfehlungen der Europäischen Kommission im Rahmen der Digitalen Agenda aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Digitalisierung, Online-Verfügbarkeit und digitalen Erhaltung von historischem Material in Europa voranzutreiben.¹ Auch die Reflexionsgruppe zur „Digitalisierung des kulturellen Erbes in Europa“ sieht in dem Prozess aufgrund des wirtschaftlichen Potenzials eine „neue Renaissance“ durch Zusammenführung von Beständen im Netz.²

Vor diesem Hintergrund wird im Archiv- und Bibliotheksbereich die Digitalisierung von zweidimensionalem Sammlungsgut schon seit langem vorangetrieben. Der wesentliche Fokus liegt in erster Linie auf der digitalen Erschließung von Büchern oder *digitally-born collections* wie Filme, Fotos und Tonaufnahmen. Initiativen wie das *Google Books Library Project*, das sich auf das Scannen von Millionen von Büchern konzentriert, oder die *Deutsche Digitale Bibliothek*, die über 30.000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen über ein nationales Zugangsportale vernetzen soll, sind umfassende Anstrengungen in Richtung Massendigitalisierung und setzen den Standard für einen digitalen Zugang für den Endverbraucher.³

In den vergangenen Jahren hat die Digitalisierung auch die Kultureinrichtungen erfasst. Mit dem zunehmenden Forschungsinteresse der Geisteswissenschaften an der Anwendung von computergestützten Verfahren (Stichwort *Digital Humanities*) haben digitale Technologien Einzug in die Arbeitsweise der Museen erhalten. Als ein Motivator kann das Flagship-Projekt *Europeana* gesehen werden, das seit dem Start in 2008

1 Empfehlung der Kommission vom 27.10.2011 zur Digitalisierung und Online-Zugänglichkeit kulturellen Materials und dessen digitaler Bewahrung (2011/711/EU): https://beck-online.beck.de/default.aspx?bcid=Y-100-G-EWG_Em_2011_711 (24.02.2015).

2 Dieser im April 2010 eingesetzte „Ausschuss der Weisen“ (Comité des Sages) ist Teil der Kommissionsstrategie, den Übergang ins digitale Zeitalter im Kultursektor zu gewährleisten. Vgl. European Commission (Hrsg., 2011): *The New Renaissance. Report of the Comité des Sages on Bringing Europe's Cultural Heritage Online*, S. 4–7.

3 Der amerikanische Suchmaschinenbetreiber Google begann 2004 mit seinem Digitalisierungsprojekt, im Rahmen dessen etwa 15 Millionen von 130 Millionen weltweit existierenden Büchern digitalisiert wurden. Vgl. www.google.com/googlebooks/library (10.09.2018). Als deutschen Beitrag zur Europäischen Digitalen Bibliothek beschloss die Bundesregierung 2009, die Deutsche Digitale Bibliothek zu schaffen. Ihre Errichtung wird als wichtiger Beitrag zur Förderung der Wissens- und Informationsgesellschaft in Deutschland gesehen. Vgl. www.deutsche-digitale-bibliothek.de (29.01.2016).

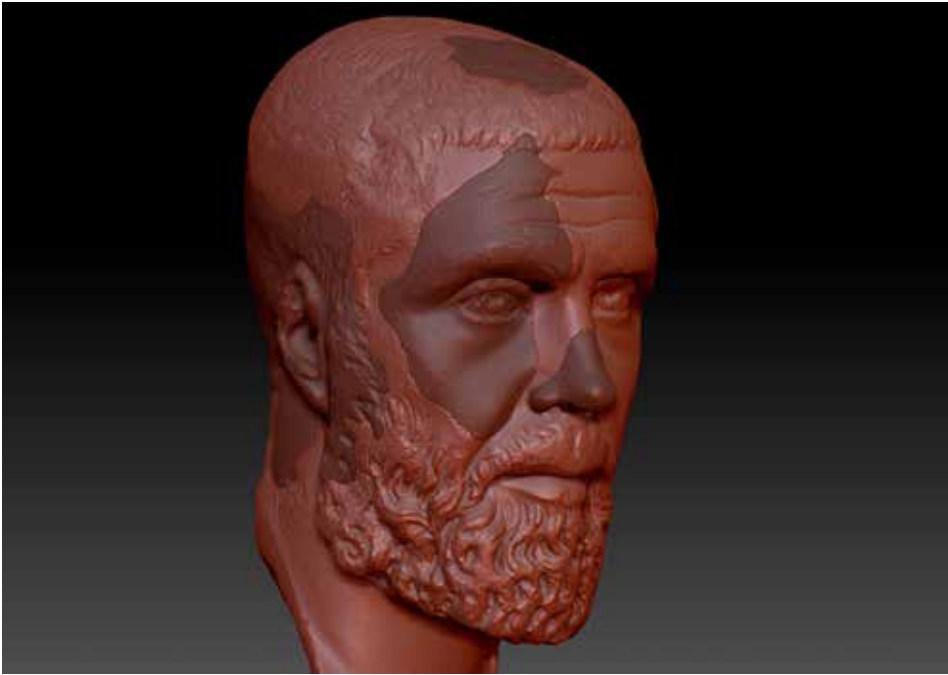


Abb. 1 Virtuelle Rekonstruktion von Fehlstellen (Ergänzungen) der Büste des römischen Kaisers Papius
© Norddeutsche Privatsammlung / 3D-Modell und Renderingvideo: Fraunhofer IGD

als kulturelles Innovationsprojekt von der Europäischen Kommission ausgebaut wird.⁴ Die Online-Plattform dient dem digitalen Zugang, der Sichtbarkeit und der Nutzung des europäischen Kulturerbes von 27 EU-Mitgliedstaaten, das dort zentral und kostenfrei für alle Menschen zugänglich gemacht werden soll. Die Anzahl der beteiligten Kulturorganisationen wächst beständig und in Entsprechung der Zielsetzung verzeichnet *Europeana* bereits über 50 Millionen digitalisierte Artefakte.

Chancen der Digitalisierung in 3D

Mit der Digitalisierung nimmt auch der Trend zur digitalen Aufbereitung in 3D zu, die für die geisteswissenschaftliche Erforschung von historischen Artefakten als eine große Chance gesehen werden kann. Durch neue Nutzungspotenziale, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle trägt sie zur Wertschöpfung in Gesellschaft und Wirtschaft bei und ist damit ein Thema von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Den Mehrwert für die digitale Aufbereitung erkennend, nutzen immer mehr Museen die Gelegenheit, ihre Objekte mittels 3D-Scan einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ausgewählte Beispiele hierfür sind das Britische Museum, das erstmals 2014 seine eigene Sammlung von 3D-Modellen auf der Plattform „Sketchfab“ veröffentlichte, oder das Smithsonian, das als größter Museumskomplex der Welt schon lange die Möglichkeiten der 3D-Dokumentation erkannt hat und insgesamt 137 Millionen Objekte digitalisieren möchte.

Bedeutsame Kunstwerke, die durch Umwelteinflüsse und Katastrophen gefährdet sind, können in ihrem aktuellen Erhaltungszustand gesichert und damit weltweit für die Öffentlichkeit erschlossen werden. Bei einem Verlust des Originals sind durch die fotorealistischen 3D-Modelle noch Abbild und Form verfügbar und der Kontext für Wissenschaftler und Interessierte begreifbar. Mithilfe dieser digitalen „3D-Konservierung“ bleiben auf diese Weise Objekte für künftige Generationen erhalten.

⁴ Die Online-Bibliothek *Europeana* gilt als europäische Antwort auf Google Books. Als virtuelle Bibliothek macht sie Bild-, Text-, Ton- und Video-Dateien der Öffentlichkeit zugänglich, vgl. <https://www.europeana.eu/portal/de> (10.09.2018).

3D erzeugt aber auch Reproduktionen von Kunstwerken in hoher Qualität, um diese über Online-Kataloge für eine breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daraus resultiert eine neue Form der Transparenz von Beständen, die Sammlungseinrichtungen durch die Online-Verfügbarkeit ihrer Objekte erreichen können. Neben der Präsentation im Internet erlauben 3D-Modelle, Museumsobjekte digital in den Ausstellungskontext einzubetten und für Vermittlungszwecke interaktiv aufzubereiten. Ästhetisch überzeugende Surrogate ermöglichen eine Auseinandersetzung mit historischen Objekten, sei es auf Fachebene für die Kunstgeschichte oder Restaurierung oder auf Vermittlungsebene für die allgemeine Öffentlichkeit. Dies gilt insbesondere für fragile oder unzugängliche Objekte, die aus sicherheits- oder konservatorischen Gründen nicht oder nur bedingt ausgestellt werden können. Insbesondere empfindliche und in ihrem Erhaltungszustand gefährdete Artefakte, aber auch für den Transport oder Verleih zu kostbare Sammlungsstücke bieten sich für die Erstellung von originalgetreuen und hochpräzisen Digitalisaten an. Eine Replik, sei es als digitales 3D-Modell oder als aus 3D-Datensätzen geschaffenes Druckmodell, kann in dem Fall Ausstellungs- oder Leihobjekte ersetzen sowie Schäden oder Versicherungskosten verhindern.

Ebenso liefern 3D-Technologien einen signifikanten Mehrwert für die Wissenschaft. Als ein detailliertes und interaktives Darstellungsmittel dienen generierte 3D-Modelle der geistes- und naturwissenschaftlichen Forschung, indem es neue Perspektiven aufzeigt und die Untersuchung von Exponaten ohne physische Handhabung erlaubt. Das Medium ermöglicht eine beispiellose Nahaufnahme und enthält wertvolle räumliche Informationen, die für Forschungsfragen und deren wissenschaftliche Auswertung angewendet werden können. Dies gilt für die Archäologie und Biodiversitätsforschung, indem Fragmente komplexer Funde virtuell zugeordnet oder am 3D-Modell analysiert werden können, aber auch für die Bauforschung, bei der Bauwerke samt ihren unterschiedlichen Zeitschichten mit Hilfe von 3D dokumentiert und analysiert werden. Ebenso kann ein 3D-Modell Schadensbilder oder Verschleißstellen am Objekt präzise sichtbar machen und dadurch erforderliche Restaurierungsmaßnahmen unterstützen (siehe Abb. 1).

Auch können Sammlungsobjekte, von denen nur ein Bruchteil in Museen ausgestellt werden kann und die somit im Verborgenen der Archive bleiben, über Online-Kataloge weltweit mit Kontextinformationen für die Forschung zugänglich gemacht werden.

Neben dem Aspekt der Langzeitarchivierung ist ein weiterer Vorteil der 3D-Technologie die Nutzung virtueller Reproduktionen in Hybrid-Ausstellungen, wodurch das Besuchererlebnis hinsichtlich der Interaktion und Realitätsgenauigkeit vollkommen neu definiert wird (siehe Abb. 2).

Sammlungen und Exponate sind interaktiv und unabhängig von ihrem Aufenthaltsort für Besucher zugänglich. Während Bilder das Erlebnis echter dreidimensionaler Objekte nur unzureichend repräsentieren, erlauben 3D-Repräsentationen über den Webbrowser eine lebensnahe Darstellung von allen Seiten im Rahmen einer „digitalen Ausstellung zu Hause“.

Auch kann digitalisiertes Material, unter Berücksichtigung von Urheberrecht und der verwandten Schutzrechte, für die Entwicklung von Apps, Bildungsinhalten oder VR-Lernanwendungen genutzt werden und damit ein intensives Besuchererlebnis sowie neue Formen der Partizipation gewährleisten. 3D ermöglicht, die Bedeutung eines Exponats den Besuchern zu präsentieren und gleichzeitig die pädagogische und konservatorische Dimension der kuratorischen Aufgabe hiermit zu vereinen.



Abb. 2 Das Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD entwickelte mit Projektpartnern eine mobile AR-App, die Museumsbesuchern auf Smartphone und Tablet interaktiv Kontext zur Verfügung stellt, hier dargestellt die virtuelle farbige Rekonstruktion einer einfarbigen Skulptur im Akropolismuseum in Athen. © Europäische Kommission, Generaldirektion Forschung und Innovation

Anforderungen an die Digitalisierung in 3D

Trotz der gesellschaftlichen Relevanz und der zunehmenden Auseinandersetzung der Geisteswissenschaften mit dem Thema Digitalisierung stellt diese in der Praxis noch immer eine Herausforderung dar, sei es aus Mangel an Finanzierung, fehlenden Richtlinien und Standards oder dem Fehlen einer Infrastruktur für eine zufriedenstellende Dokumentation und Speicherung.

Für Sammlungseinrichtungen bleiben der digitale Wandel und die damit erforderliche interne Umstrukturierung hinsichtlich neuer Abläufe und Aufgaben nicht ohne Folgen. Ohne die Schaffung von Grundlagen ist die Aufarbeitung und Bereitstellung von Digitalisaten nicht umsetzbar. Unter den beteiligten Akteuren sind primär große Kultureinrichtungen, wie es beispielsweise am Kompetenznetzwerk der Deutschen Digitalen Bibliothek deutlich wird, das einflussreiche Institutionen wie die Bayerische Staatsbibliothek, die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, das Bundesarchiv oder die Deutsche Nationalbibliothek einschließt. Kleinere Häuser hingegen verfügen nicht über die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen und damit nicht über den notwendigen Handlungsspielraum, mit der Entwicklung der digitalen Transformation im Kulturbereich Schritt zu halten. Laut einer bereits 2006 erstellten Studie vom Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin (Stiftung Preussischer Kulturbesitz) sind Kultureinrichtungen noch dabei, „die Chancen der Digitalisierung zu erkennen und ihre Nutzungsmöglichkeiten zu erkunden“⁵. Auch wenn die Untersuchung bereits ein Jahrzehnt zurückliegt, adressiert sie noch immer den heutigen technolo-

⁵ Die Studie wurde von Dirk Witthaut in Zusammenarbeit mit dem Institut für Museumskunde der Staatlichen Museen zu Berlin (Stiftung Preussischer Kulturbesitz) erstellt. Sie basiert auf einer Umfrage unter deutschen Museen, die 2004 mit dem Ziel durchgeführt wurde, den Stand der Digitalisierung in deutschen Museen sowie Fragestellungen hinsichtlich der Langzeitverfügbarkeit und Langzeitbewahrung digitaler Daten zu evaluieren. Vgl. Witthaut, Dirk et al. (2006): Digitalisierung und Erhalt von Digitalisaten in deutschen Museen. Eine empirische Untersuchung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Museumskunde Berlin. Nestor Materialien 2. Frankfurt am Main: Die Deutsche Bibliothek, S. 9 ff.

gischen Standard in zahlreichen Sammlungsinstitutionen. Es sind hier insbesondere kleinere Häuser, die nicht die technischen Rahmenbedingungen für die 3D-Digitalisierung, geschweige denn für die großen Datenmengen vorweisen können.⁶

Bisher war daher die 3D-Digitalisierung auf einzelne Initiativen und Vorzeigeprojekte beschränkt, die Sammlungseinrichtungen eine thematische und technische Auseinandersetzung erlaubten. Es bedarf jedoch eines großflächigen Infrastrukturausbaus und einer dementsprechenden Finanzierung, um Digitalisierungsmaßnahmen umfassend zu implementieren und Sammlungen nachhaltig für die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Notwendig sind Langzeitlösungen auf nationaler und europäischer Ebene, die alle damit verbundenen Herausforderungen wie Speicher- oder Annotationslösungen berücksichtigen, ohne die eine digitale Zugänglichkeit zum kulturellen und wissenschaftlichen Erbe nicht gewährleistet werden kann.

Viele Digitalisate sind für die öffentliche Präsentation im Netz erstellt. Die Verwaltung der 3D-Modelle, die Anforderungen an deren Qualität und an ein entsprechendes elektronisches Präsentationstool sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen daher auf diesen Verwendungszweck ausgelegt sein. Um die Objektmengen dafür nutzbar zu machen, sind dokumentarische Werkzeuge und Abläufe darauf anzupassen. Ohne überzeugende Strategien zur Dokumentation und Langzeitbewahrung können Digitalisate nicht nachhaltig nutzbar bleiben.

So sind für die Datenhaltung geeignete Antworten zu finden, die für das erforderliche Wissensmanagement Daten in ihrer dementsprechenden Qualität sichern. Zentrale Dienstleistungszentren sind notwendig, die insbesondere kleineren und mittleren Einrichtungen Langzeitspeicherlösungen anbieten. In diesem Zusammenhang ist ebenso relevant, ein Augenmerk auf einheitliche Lösungen für eine langfristige Datenhaltung zu richten, was die Kompatibilität und Präsentation von Daten, ihre Langzeitverfügbarkeit und die Umsetzung von technischen Standards miteinschließt. Gefordert sind einheitliche Datenformate, die nach ihrer Ablage von zukünftiger Software lesbar bleiben. Um die von unterschiedlichen Programmen erzeugten 3D-Modelle nachhaltig in Systemen verschiedener Hersteller bearbeiten und speichern zu können, bedarf es eines gemeinsamen Masterformats beziehungsweise einer Standardisierung von Speicherformaten.

3D-Modelle benötigen Kontextinformationen, um für den Nutzer verständlich zu sein. Insbesondere die Verfügbarmachung der Digitalisate online stellt Anforderungen an die Erschließung, die nicht nur Experten, sondern auch Laien einbeziehen muss. Neben der 3D-Erfassung und -Modellierung ist die Erstellung von Metadaten ein wesentliches Element der Verarbeitungs-Pipeline. Um Schlüsselinformationen und Kontextdaten für Kuratoren sowie die Wissenschaft und Öffentlichkeit zu optimieren, müssen Richtlinien und Standards für das Metadatenmanagement weiter definiert werden. Das EU-Projekt „3D-ICONS“ bot hierfür einen ersten Ansatz, indem es zu einem verbesserten Metadatenchema für die Dokumentation von 3D-Inhalten, die in der digitalen Bibliothek *Europeana* bereitgestellt wurden, beigetragen hat.⁷ Weiterer Forschungsbedarf besteht in der Entwicklung 3D-zentrierter, visueller Annotations-tools für eine optimierte Verknüpfung von Provenienzdaten und wissenschaftlichen Daten zu den Museumsartefakten mit Modelldaten. Gebraucht werden Systeme, die die Anforderungen der potentiellen Nutzergruppen dauerhaft erfüllen und die es diesen

6 Parzinger, Hermann (2015): Kulturelles Erbe und Digitalisierung. In: Klimpel, Paul / Euler, Ellen (Hrsg.): Der Vergangenheit eine Zukunft. Kulturelles Erbe in der digitalen Welt. Berlin: Deutsche Digitale Bibliothek, S. 20-31.

7 Vgl. EU-Projekt 3D-ICONS. 3D Digitisation of Icons of European Architectural and Archaeological Heritage: <http://3dicons-project.eu> (10.09.2018).

ermöglichen, die Vielzahl an digitalisierten Objekten schnell und präzise zu annotieren und die dazugehörigen Daten (zum Beispiel Provenienzdaten) der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Zusätzlich besteht Klärungsbedarf zu rechtlichen Rahmenbedingungen. Obwohl Fragen bezüglich des Urheberrechtes nicht neu sind, kommt es bei der Freigabe von 3D-Inhalten oft zu Unklarheiten bezüglich der rechtlichen Lage. Denn es besteht eine Diskrepanz zwischen der allgemeinen Zugänglichkeit des gemeinsamen Kulturerbes und dem Anspruch auf Urheberrecht von Seiten der Kultureinrichtungen. Tatsächlich ist bei vorliegendem Urheberrecht das öffentliche Interesse nur zweitrangig. Allerdings ist der digitale Erhalt von Kulturgütern kein Selbstzweck. 3D-Digitalisate entfalten nur dann ihr Potential, wenn sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die benannten Aspekte verdeutlichen den Handlungs- und Koordinierungsbedarf auf Fach- aber auch auf politischer Ebene. Benötigt wird eine an einer digitalen Agenda orientierte Leitlinie, die den digitalen Wandel im Kulturerbe-Bereich ermöglicht, die technologische Entwicklung in diesen Einrichtungen gewährleistet und die Voraussetzungen für eine nachhaltige und ökonomisch vertretbare digitale Erhaltung von kulturellem Material in 3D schafft.

Denn nur auf diese Weise können ganze Sammlungen für unterschiedliche Zwecke und Nutzungsmöglichkeiten digitalisiert, analysiert und repliziert werden.

Fazit: Mögliche Lösungsansätze

Die Digitalisierung geht mit einem unaufhaltsamen Veränderungsprozess in unserer Informationslandschaft einher, dem auch Kultureinrichtungen unterliegen. Dieser Wandel erfordert eine digitale Aufbereitung und Repräsentation von Kulturgut. Kulturhistorische Sammlungen haben als digitale Wissensspeicher für Forschung, Lehre und öffentliche Vermittlung zu agieren, was auch eine Anpassung an neue Technologien und ein sich veränderndes Nutzerverhalten erfordert.

Die Bestandssicherung in digitaler Form hat hier oberste Priorität. Denn sie ist ein existentieller Grund, eine 3D-Digitalisierung von Sammlungsobjekten durchzuführen. Die jüngsten Ereignisse im Nationalmuseum Brasiliens haben die Notwendigkeit vor Augen geführt, Institutionen zu Digitalisierungsmaßnahmen zum Erhalt von gesellschaftlich wertvollem Kulturgut für unsere Nachwelt aufzufordern, selbst wenn noch nicht alle Bestandteile des Bearbeitungsprozesses von digitalen 3D-Daten (von der 3D-Erfassung über die digitale Klassifizierung und Auszeichnung der Daten hin zu der Bereitstellung der Daten für wissenschaftliche oder andere Zwecke) umgesetzt wurden oder umgesetzt werden können. Des Weiteren steigt mit der 3D-Digitalisierung von Sammlungen die Attraktivität eines Museumsbesuchs.

Als erster Schritt denkbar ist ein Zusammenschluss verschiedener Sammlungseinrichtungen zu einem Kompetenzverbund, um den Anforderungen der Digitalisierung Rechnung zu tragen und dem Defizit von Finanzierung und Infrastruktur entgegenzuwirken. Ein Forschungsnetzwerk bildet die Grundlage für einen Austausch über museumsspezifische Fragestellungen im Bereich der Digital Humanities sowie zu Entscheidungen zu aktuellen Problemlagen und Herausforderungen der Digitalisierung. Es würde durch innovative Informationsdienstleistungen eine neue Qualität von Ressourcen möglich machen, die wissenschaftliche Methodenkompetenz für die digitale Dokumentation bündeln und erste Lösungsvorschläge für die Langzeitarchivierung und den Umgang mit Forschungsdaten und Datenformaten geben. Ebenso böte ein Zusammenschluss die Möglichkeit, nach Verbundpartnern zu suchen, um eine konzertierte Digitalisierungskampagne der wichtigsten Objekte teilnehmender Institu-



Abb. 3 Die Scanstrasse CultLab3D für 3D-Digitalisierung von Artefakten im großen Stile. Das Fraunhofer IGD erhielt dafür den EU-Preis für das Kulturerbe / Europa Nostra Award 2018 in der Kategorie Forschung.
© Fraunhofer IGD

tionen umzusetzen. Denkbar wäre eine erste Priorisierung der Sammlungen durch eine Auswahl der wichtigsten und wertvollsten Objekte. Auch gibt es bereits viele Möglichkeiten, anfallende Daten in Cloudspeicherlösungen kostengünstig und sicher zwischenspeichern, bis die finale Lösung, in Entsprechung einer Digitalisierungsstrategie der jeweiligen Einrichtung, umgesetzt und digitale Daten umfassend und ganzheitlich annotiert werden können.

Auch gibt es bereits erste Ansätze zur schnellen, farbkalibrierten 3D-Digitalisierung in hoher Qualität, die, unabhängig von den noch zu definierenden Qualitätsstandards, wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden. Zu nennen ist hier das Forschungslabor *CultLab3D*⁸ zur Digitalisierung von Kulturerbe am Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD. *CultLab3D* ist auf die Entwicklung von innovativen 3D-Scantechnologien spezialisiert, die flexibel miteinander kombinierbar sind. Sie eignen sich für Objekte unterschiedlicher Größe und erfassen automatisch Geometrie, Textur und physikalisch-optische Materialeigenschaften für eine originalgetreue und mikrometeregenaue Wiedergabe. Mit Projektförderung der Fraunhofer-Gesellschaft und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie entstand die weltweit erste 3D-Scanstraße für hocheffiziente 3D-Massendigitalisierung (siehe Abb. 3).

Die im Rahmen dieses Projektes entwickelten 3D-Technologien werden kontinuierlich für ein breites Anwendungsspektrum optimiert – von der Erfassung über die Visualisierung bis hin zur Reproduktion durch 3D-Druckverfahren (Abb. 4 zeigt ein Beispiel für den Stand der Technik im 3D-Farbdruck).

Positiver Nebeneffekt von Digitalisierungskampagnen, die sich auf ganze Sammlungen erstrecken, ist die implizite Reorganisation und Kennzeichnung digitalisierter Objekte.

8 <http://www.cultlab3d.de/?lang=de> (10.09.2018).



Abb. 4 Beispiel für Materialtransluzenz bei vollfarbigen 3D-Druck: ein gedrucktes Anatomiemodell mit opaken und transluzenten Bereichen, die die innere Struktur abbilden. © Fraunhofer IGD

Eine großflächige Digitalisierung erfordert, die Sammlungsstücke aus den Depots hervorzuholen und zu entpacken und sie im Anschluss wieder zu verpacken und in die Archive zu bringen. In einer Zeit, in der auf Behältnisse aufgeklebte QR-Codes über einfache Smartphones und einer Verbindung zu einer Objektdatenbank relevante Daten zur Verfügung stellen können, kann dieser Ansatz bei der 3D-Digitalisierung eines Artefakts als einfacher nächster Schritt zum Tragen kommen. Insbesondere naturkundliche Sammlungen, die aus einer großen Anzahl Setzkästen mit hunderten von Insekten jeweils auf einer Pinnnadel mit Labels bestehen, können von einer Reorganisation profitieren. Jedem Insekt würde dann in einem neuen Setzkasten ein QR-Code zur einfachen visuellen Identifikation zugeordnet werden, welcher über eine AR-App die Kontextinformation der Label sowie weiterführende Informationen einblendet und damit zukunftssicher wäre.

Prof. Dr. tech. Dieter W. Fellner, geboren 1958, ist seit 2006 Professor für Graphisch-Interaktive Systeme am Fachbereich Informatik der Technischen Universität Darmstadt und Institutsleiter des Fraunhofer-Instituts für Graphische Datenverarbeitung IGD. Er gründete und leitet das Institut für Computer Graphik und Wissensvisualisierung an der Technischen Universität Graz. Davor war er an der Technischen Universität Braunschweig, der Universität Bonn, der Memorial University of Newfoundland und der Universität Denver tätig. An der Technischen Universität Graz absolvierte er das Studium der Technischen Mathematik, in welchem er 1984 promovierte und 1988 habilitierte. Seit 2016 hat Dieter W. Fellner den Vorsitz des Direktoriums des Fraunhofer-Verbands für Informations- und Kommunikationstechnologie inne.

Constanze Fuhrmann M.A., M.Sc., geboren 1976, ist seit 2014 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Digitalisierung von Kulturerbe am Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD tätig. Nach ihrer Ausbildung zur Restauratorin studierte Constanze Fuhrmann Kunstgeschichte, Geschichte und Kulturwissenschaften an der Technischen Universität Berlin sowie an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2009 erwarb sie den Grad des Master of Science am University College London, Centre for Sustainable Heritage. Bevor sie ihre Tätigkeit am Fraunhofer IGD aufnahm, war sie als Wissenschaftliche Referentin im Fraunhofer EU-Büro in Brüssel für die Themen Nachhaltigkeitsnetzwerk und Kulturerbe zuständig.

Pedro Santos M.Sc., geboren 1971, leitet seit 2012 die Abteilung Digitalisierung von Kulturerbe am Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung IGD. Zuvor war er als stellvertretender Leiter für die Abteilung Industrielle Anwendungen zuständig. Pedro Santos studierte Informatik an der Hochschule Darmstadt (h_da) und an der Technischen Universität Lissabon. An der Federal University of Rio Grande do Sul, Porto Alegre, Brasilien, erwarb er den Grad des Master of Science im Fach Computer Science. Pedro Santos ist bereits seit 2002 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fraunhofer IGD tätig. Er ist Gutachter für Organisationen wie die Association for Computing Machinery (ACM), die European Association for Computer Graphics (Eurographics) und die IEEE Computer Society.

Raumfahrttechnologien unterstützen den digitalen Wandel unserer Gesellschaft

Satellitenavigation und die Schader-Stiftung

Das Symposium „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ dient dem Dialog zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis. In diesem Zusammenhang versteht die Schader-Stiftung unter Gesellschaftswissenschaften „alle Wissenschaften, die sich mit der Weiterentwicklung des Gemeinwesens auseinandersetzen“. Auf Seiten der „Praxis“ seien insbesondere auch Kooperationspartner der Schader-Stiftung angesprochen, zu denen auch das Centrum für Satellitenavigation Hessen (cesah) zählt. Dieses unterstützt am Standort Darmstadt und im Auftrag der Europäischen Raumfahrtorganisation ESA junge Unternehmen und Neugründungen bei der technischen Entwicklung, Realisierung und Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen mit Bezug zur Raumfahrt. Anwendungen von Raumfahrttechnologien stehen hierbei gleichermaßen im Fokus wie deren Weiterentwicklung.

In jüngerer Zeit gewinnen zudem gesellschaftsrelevante Querschnittsthemen wie die Digitalisierung zunehmend an Bedeutung. Diese werden im Rahmen des Symposiums als „wesentliche Themen der Schader-Stiftung“ benannt. Es liegt daher nahe, den Beitrag der Raumfahrt insbesondere zum digitalen Wandel unserer Gesellschaft zu beleuchten. Dies soll anhand der Aktivitäten der durch cesah betreuten Gründungsunternehmen in exemplarischer Form erfolgen.

Bedeutung der Raumfahrt für die Digitalisierung der Gesellschaft

Für Organisationen wie den Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) ist Raumfahrt schon heute nicht mehr aus unserem Alltag wegzudenken. Dies stimmt mit unserer alltäglichen Wahrnehmung überein. Unsere allgegenwärtige tägliche Mediennutzung wird erst ermöglicht durch Satellitenkommunikation und ist für uns mittlerweile ebenso selbstverständlich wie eine satellitengestützte Navigation von Autos, Flugzeugen und Schiffen sowie die durch Methoden der Erdbeobachtung wesentlich verbesserte Wettervorhersage und lückenlose Umwelt- und Klimabeobachtung. Die durch Raumfahrt unterstützte Digitalisierung ermöglicht hier im Besonderen erst die flächendeckende Teilhabe der gesamten Bevölkerung an Wohlstand und Kommunikation. Branchen, wie zum Beispiel die Logistik, erleben hierdurch ein dynamisches Wachstum. Industrielle Entwicklungs- und Produktionsprozesse profitieren von der nun möglichen Vernetzung und intelligente Verkehrssysteme fördern eine intermodale Mobilität.

Konkret wird die Digitalisierung durch Kommunikationssatelliten im intelligenten Verbund mit erdgebundenen Kommunikationstechnologien ermöglicht. Laser-Kommunikation zwischen Satelliten erlaubt hierbei hohe Datenraten und gewährleistet Sicherheit. Erst die Erdbeobachtung ermöglicht beispielsweise einen autonomen Schiffsverkehr und eine ressourcen- und damit umweltschonende Schiffsroutenoptimierung. An Land ermöglicht eine satellitengestützte Verkehrserfassung gleichermaßen erst die intelligente Verkehrssteuerung.

Der Aufbau des europäischen Satellitenavigationssystems „Galileo“ ist mittlerweile nahezu abgeschlossen. Bereits 26 der insgesamt 30 geplanten Satelliten sind in einer Umlaufbahn und erlauben eine nunmehr globale Nutzung für Anwendungen hoch-

genauer Positionsbestimmung und Zeitmessung. Bis Ende des Jahres 2019 sollen alle Satelliten verfügbar sein. Entwickelt wurde das System durch die europäische Raumfahrtindustrie in enger Zusammenarbeit mit ESA, Auftraggeber ist die Europäische Union. Die verantwortliche Betreiberorganisation ist die European GNSS¹ Agency (GSA) mit Sitz in Prag.

Parallel hierzu wird derzeit das europäische Erdbeobachtungssystem „Copernicus“ aufgebaut. Das Programm wird von der Europäischen Kommission koordiniert und verwaltet. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten durch ESA, die Europäische Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) mit Sitz in Darmstadt, die Raumfahrtindustrie und weitere europäische Organisationen. Große Mengen globaler Daten von Erdbeobachtungssatelliten sowie von bodengestützten, luftgestützten und seeseitigen Messsystemen werden zukünftig genutzt, um Anbieter kommerzieller Datendienste, Behörden und andere internationale Organisationen bei der Verbesserung der Lebensqualität der Bürger Europas zu unterstützen. Die durch Copernicus bereitgestellten Daten sind für die Nutzer hierbei frei und offen zugänglich.²

Beide Systeme erlauben die Entwicklung von vielfältigen Anwendungen. Neben etablierten Unternehmen leisten in zunehmendem Maße auch Start-ups einen Beitrag zur Entwicklung und Markteinführung diesbezüglicher Produkte und Dienstleistungen.

Innovative Gründungsunternehmen nutzen Raumfahrttechnologie

Das Centrum für Satellitennavigation Hessen ist ein Kompetenzzentrum für die Anwendung von Raumfahrttechnologien. Es wird vom Land Hessen, der Wissenschaftsstadt Darmstadt sowie namhaften Industrie- und Forschungseinrichtungen getragen. Die Gründung des cesah beruht auf einer gemeinsamen Initiative der ESA und des Landes Hessen zur Schaffung eines derartigen Zentrums in Darmstadt in unmittelbarer Nähe zum Europäischen Satellitenkontrollzentrum ESA/ESOC. Primäres Ziel ist die Förderung und Beschleunigung der Marktentwicklung für Anwendungen der Raumfahrt zur Schaffung von Hochtechnologie-Arbeitsplätzen in der Region.

Seit 2007 betreibt cesah im Auftrag der ESA das ESA Business-Inkubationszentrum (BIC) Darmstadt und unterstützt junge Unternehmen und Neugründungen bei der technischen Entwicklung, Realisierung und Markteinführung neuer anwendungsorientierter Produkte und Dienstleistungen mit Bezug zur Satellitennavigation sowie Raumfahrt allgemein. In enger Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung der ESA erhalten diese innovativen Unternehmen die notwendige Starthilfe. Hierbei werden sie durch cesah aktiv betreut und in ihrer Entwicklung begleitet, bis hin zu einem europaweiten Alumninetzwerk der ESA. Damit ist cesah zentraler Ansprechpartner für innovative Gründungsideen im Bereich Raumfahrtanwendungen. cesah unterstützt Gründungsunternehmen primär in der Frühphase der Unternehmensentwicklung bei der Entwicklung einer Idee zum Konzept und Business Plan, bei Fragen der Patentierung und der Realisierung von Prototypen, beim Aufbau einer Organisationsstruktur im Unternehmen und bei der Gewinnung strategischer Partner und Schlüsselkunden. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Unternehmen ist die Einbindung des cesah in ein Expertennetzwerk der ESA und die enge Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Partnern.

1 Kurz für „Global Navigation Satellite System“.

2 www.copernicus.eu (September 2018).

Über den langjährigen Betrieb des ESA BIC Darmstadt hinaus unterstützt cesah im Auftrag der ESA seit mittlerweile fünf Jahren auch den Technologietransfer aus der Raumfahrt. Dies betrifft einerseits Technologien aus den Bereichen Hardware und Software, die ursprünglich im Rahmen von Raumfahrtprogrammen für Satellitennavigation, Satellitenkommunikation und Erdbeobachtung entwickelt wurden. Andererseits stehen den Interessenten aus dem Nicht-Raumfahrtbereich spezifisches Fachwissen und Entwicklungsprozesse der ESA zur Verfügung.

Neben dem Land Hessen, der Wissenschaftsstadt Darmstadt, der Technischen Universität Darmstadt und der Hochschule Darmstadt wird cesah zudem von zwei privatwirtschaftlichen Gesellschaftern getragen, der T-Systems International GmbH und Telespazio VEGA Deutschland GmbH.

Das ESA BIC Darmstadt hat über einen Zeitraum von nunmehr zwölf Jahren über 90 Unternehmen unterstützt und damit einen Beitrag zur Schaffung von über 500 Arbeitsplätzen geleistet. In den kommenden vier Jahren bis einschließlich 2021 sollen wiederum zehn Gründer pro Jahr und damit insgesamt weitere 40 aufgenommen werden. Aus dem ESA BIC Darmstadt wird nun das ESA BIC Hessen und Baden-Württemberg mit den neuen Standorten in Reutlingen und Friedrichshafen, an denen über den gleichen Zeitraum insgesamt 30 Gründungsunternehmen betreut werden sollen.

Der Standort in Darmstadt wird weiterhin durch die cesah GmbH betrieben, die auch als Hauptauftragnehmer gegenüber ESA die Gesamtkoordination des länderübergreifenden Verbundes innehat. Der Standort in Reutlingen wird betrieben durch die IHK Reutlingen, der in Friedrichshafen durch Airbus Defence and Space (DS). Alle Gründungsunternehmen erhalten eine finanzielle Förderung durch ESA und das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR). Darüber hinaus stellt das Land Hessen Fördermittel für die hessischen Gründungsunternehmen bereit, die Förderung der Gründungsunternehmen in Baden-Württemberg erfolgt aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg. Ergänzende Gründungsdarlehen stellen im Bedarfsfall die Sparkassen Darmstadt, Tübingen und Reutlingen zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt das ESOC die Gründungsunternehmen in Hessen mit technischer Beratungsleistung, die Unternehmen in Baden-Württemberg erhalten diese durch Bosch Automotive Electronics (AE) und Airbus DS.

Das europaweite ESA BIC-Netzwerk wächst 13 Jahre nach der Gründung des ersten ESA BIC am ESA-Standort Europäisches Weltraumforschungs- und Technologiezentrum (ESTEC) in Holland stetig und umfasst mittlerweile 20 ESA BICs an 40 Standorten. Mittlerweile konnten über 600 Gründungsunternehmen unterstützt werden, jährlich kommen mittlerweile bis zu 160 neu hinzu. Damit stellen die ESA BICs das größte Raumfahrt-Start-up-Netzwerk der Welt dar.

Maßnahmen zur Stimulation innovativer Gründungsvorhaben

Neben der finanziellen Unterstützung und technischer Beratungsleistung sind Coaching und Mentoring unentbehrliche Bausteine einer nachhaltigen Betreuung von Gründungsunternehmen. Ideen- und Businessplanwettbewerbe adressieren „Entrepreneure“ und Ideenträger bereits in einem frühen Stadium der Ideenentwicklung und stimulieren Innovation auch in bestehenden etablierten Unternehmen („Intrapreneure“). cesah nutzt dieses Instrumentarium und ist die regionale Organisations- und Kontaktstelle für einen internationalen Ideenwettbewerb zu Anwendungen der Satellitennavigation, die „European Satellite Navigation Competition“ (ESNC). Jedes Jahr werden erneut innovative Ideen zu Anwendungen der Satellitennavigation gesucht und durch eine Expertenjury, bestehend aus Vertretern der Industrie und Wissenschaft, bewertet. Dies ist oft Ausgangspunkt für neue innovative Gründungsvorhaben.

In einem nächsten Schritt ermöglichen sogenannte „Hackathons“ und „Bootcamps“ eine Weiterentwicklung von der Idee hin zum ersten Prototyp mit dem Ziel, die technische Machbarkeit und Marktgängigkeit zu demonstrieren. Dies geschieht in spielerischer Form in einer geschützten Umgebung über mehrere Tage oder Wochen, begleitet durch Mentoren mit technologischer oder unternehmerischer Expertise. Idealerweise werden mögliche Kunden früh zu ihrem Bedarf befragt und somit unmittelbar in die Produkt- oder Dienstleistungsentwicklung einbezogen.

Ein Beispiel für eine strukturierte und nachhaltige Umsetzung derartiger Konzepte ist das Projekt „FabSpace 2.0“³. Dieses Vorhaben wird im Rahmen des Programms „Horizon 2020“ durch die Europäische Union gefördert. Projektziel des internationalen Konsortiums ist die europaweite Einrichtung von Laboren zur Entwicklung innovativer Unternehmenskonzepte für Anwendungen der Erdbeobachtung. Hierbei kooperiert cesah eng mit der Technischen Universität Darmstadt, wo ein derartiges Labor mittlerweile eingerichtet wurde und für die oben genannten Veranstaltungen genutzt wird. Die Aufgabe der Hochschule besteht hierbei primär in der Wissensvermittlung zum Thema Erdbeobachtung und diesbezüglicher Datenverarbeitung und -nutzung, die des cesah in der Unterstützung der Teilnehmer bei der Entwicklung innovativer Unternehmenskonzepte zur Anwendung dieser Raumfahrttechnologie.

Hierdurch erweitert sich das Kompetenzprofil des cesah von einem „Centrum für Satellitennavigation“ hin zu einem „Anwendungszentrum“ unter Einbeziehung des Bereichs „Erdbeobachtung“. Dies trägt auch der zunehmenden Entwicklung sogenannter „integrierter“ Anwendungen Rechnung, die Satellitennavigation in Kombination mit Erdbeobachtung und/oder Satellitenkommunikation nutzen. „FabSpace 2.0“ stellt konsequenterweise den Projektbeitrag des cesah zur „Digitalstadt Darmstadt“ dar.

Die Kommunikation mit Branchen außerhalb der Raumfahrt und der interessierten Öffentlichkeit zum Nutzen- beziehungsweise Anwendungspotenzial der Raumfahrt wird unter anderem erreicht durch regelmäßige Informationsveranstaltungen und Messeteilnahmen. cesah versteht sich hierbei als zentrale Wissensquelle zum Thema Raumfahrttechnologien und deren Anwendungen und organisiert sowohl fach- als auch anwendungsspezifische Veranstaltungen. Ein Beispiel hierfür stellt die Fachkonferenz „Global Navigation meets Geoinformation“ am ESOC in Darmstadt dar, die jährlich seitens cesah organisiert und durchgeführt wird und die traditionsgemäß auch den Auftakt zur hessischen Ausscheidung im Rahmen von Ideenwettbewerben wie der oben genannten ESNC bildet.

Erfolgsgeschichten mit Bezug zur Digitalisierung

In den folgenden Abschnitten sollen zwei ausgewählte Beispiele erfolgreicher Gründungsvorhaben am cesah den Nutzen der Raumfahrt für den digitalen Wandel unserer Gesellschaft verdeutlichen.

Das Unternehmen wer denkt was GmbH steht für Bürgernähe und Digitalisierung. Hervorgegangen aus einem Forschungsprojekt zur „E-Partizipation 2.0“ wurde das Unternehmen im Jahr 2010 als „Spin-off“ der Technischen Universität Darmstadt (Multimedia Communications Lab, Ralf Steinmetz) durch Tobias Klug und Robert Lokaiczkyk gegründet.⁴

³ www.fabspace-germany.de (September 2018).

⁴ www.werdenktwas.de (September 2018).



Abb. 1 und 2 Teilnehmer nutzen „appJobber“ zur Erledigung kundenseitiger Aufträge
Quelle: wer denkt was GmbH

Im November 2010 erfolgte die Aufnahme in das ESA BIC-Netzwerk. Nach einer erfolgreichen Betreuung (Inkubation) durch cesah wurde wer denkt was im November 2012 in das Alumni-Netzwerk der ESA aufgenommen. In diesen Zeitraum fällt die bundesweite Einführung der Plattform für Anliegenmanagement Mängelmelder.de mit Apps für iOS und Android. Mängelmelder.de ist eine Plattform für Bürgeranliegen, die das Unternehmen im Auftrag an die partizipierenden Stadt- oder Gemeindeverwaltungen weiterleitet. Hierbei wird die Anfrage mittels Satellitennavigation im Smartphone der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern georeferenziert und ist damit der jeweiligen Kommune zuordenbar und im Laufe der Mängelbeseitigung auch nachverfolgbar. Der Bearbeitungsstatus aller Anliegen kann jederzeit transparent auf der Anliegenkarte im Web als auch in den mobilen Apps für Android und iOS eingesehen werden. Bürgerinnen und Bürger können zudem ihre E-Mail-Adresse angeben, um auch automatisch über die Bearbeitung ihres Anliegens informiert zu werden. Bis heute sind bereits eine Vielzahl von Kommunen und Organisationen Kunden dieser Plattform.

Bereits im Jahr 2011 erfolgte eine Skalierung und weitere Kommerzialisierung dieses Ansatzes mit der Plattform appJobber⁵, mittlerweile auf internationaler Ebene und wiederum mittels Apps für iOS und Android. Auch hier wird wiederum Satellitennavigation für eine Georeferenzierung im Smartphone genutzt. Kunden sind hierbei Unternehmen wie zum Beispiel Hersteller von digitalen Karten, die ihre Produkte aktuell halten wollen, oder Unternehmen, die die Platzierung ihrer Produkte, etwa in Einzelhandelsgeschäften, prüfen wollen. Diese Kunden vergeben über die Plattform Aufträge („jobs“) an interessierte Privatpersonen, die typischerweise mit dem eigenen Smartphone beispielsweise Aufnahmen einer geänderten Vorfahrtsregelung oder des zu platzierenden Produktes im Regal erstellen und damit den Auftrag erfüllen.

Zeitstempel und Georeferenzierung durch Satellitennavigation garantieren hierbei die Authentizität beziehungsweise Korrektheit und ermöglichen eine Qualitätskontrolle entweder durch den Kunden selbst oder durch wer denkt was in dessen Auftrag. Erst dann erfolgt die Vergütung an den Teilnehmer. Dieses Konzept wird rege angenommen,

5 www.appjobber.de (September 2018).



Abb. 3 und 4 Navigationsgürtel für blinde und sehbehinderte Menschen
Quelle: feelSpace GmbH

sowohl auf Kundenseite als auch bei den Teilnehmern und ermöglicht dem Unternehmen ein stetiges Wachstum auf mittlerweile über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Unternehmen war und ist in Darmstadt ansässig.

Der Nutzen der Raumfahrt in diesem Fall besteht in der verlässlichen Positionsbestimmung bei der Mängelaufnahme und der Dokumentation eines bearbeiteten Auftrags. Dies erfolgt mittels Satellitennavigation weitgehend automatisiert und ermöglicht eine effiziente und nachverfolgbare Mängelbehebung. Damit wird ein unmittelbarer Mehrwert geschaffen, der mit einer Digitalisierung eines ansonsten analogen Prozesses einhergeht.

Ein weiteres Beispiel: Basierend auf zehn Jahren wissenschaftlicher Forschung mit vibrotaktilen Kompassgurten wurde im November 2015 die feelSpace GmbH als Start-up-Unternehmen der Universität Osnabrück gegründet. Geschäftszweck sind Forschung, Entwicklung, Beratung und Verkauf von taktilen, das heißt vibrationsempfindlichen Geräten. Das Gründungsteam besteht aus Silke Kärcher, Jessika Schwandt und Susan Wache.⁶ Im September 2016 wurde das Unternehmen ins ESA BIC-Netzwerk aufgenommen, hat daraufhin seinen Unternehmenssitz nach Darmstadt verlegt und wurde dort seitens cesah über einen Zeitraum von 16 Monaten betreut. Das Unternehmen beschäftigt mittlerweile zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hat die Inkubation erfolgreich abgeschlossen und ist wie wer denkt was nun ein Alumnus des ESA BIC-Netzwerks. Bemerkenswert ist der sehr hohe Frauenanteil im Unternehmen.

Die feelSpace GmbH hat zwei Beta-Serien eines taktilen Navigationsgurtes entwickelt und gebaut und vermarktet diesen nun. Dieser Gürtel verfügt über eine Standalone-Funktionalität (Kompass), verbindet sich aber auch per Bluetooth mit dem Smartphone des Nutzers. Zielmarkt ist die Gruppe der blinden und sehbehinderten Menschen, für die ein taktiler Navigationsgerät die Durchführbarkeit der Teilnahme am Arbeits- und Sozialleben stark verbessert. Die Gürtel werden auch als interaktives Navigationsspiel vermarktet.

⁶ Executive Summary zum Abschlussbericht für das ESA BIC Darmstadt (Januar 2018).

Der Navigationsgürtel besteht aus 16 Vibromotoren, die äquidistant um die Taille getragen werden. Über Bluetooth kann ein Smartphone drahtlos mit dem Gerät verbunden werden. Der Gürtel kann dann taktile Navigationsinformationen zu einem vordefinierten Ziel bereitstellen. Augen, Ohren und Hände sind frei. Die Benutzer folgen einfach den intuitiv verständlichen Vibrationssignalen, bis sie ihr Ziel erreichen.

Zur Bereitstellung von Wegweisungs- und Navigationsinformationen stützt sich das Produkt stark auf Satellitennavigation. Um einen zuverlässigeren Dienst mit einer feinkörnigeren räumlichen Auflösung bereitzustellen, können neben GPS- nun auch Galileo-Dienste genutzt werden. Hierzu erhält der Gürtel Positionsinformationen über die im verbundenen Smartphone verfügbare Navigationsfunktion.

Im Rahmen der Inkubation am cesah wurde das Produkt insbesondere um die für die Anwendung zur Blindennavigation erforderliche Funktion der hochgenauen und robusten Positionsbestimmung erweitert. Weitere Anwendungsmöglichkeiten ergeben sich unter anderem aus der Nutzbarkeit für die Navigation auf Zweirädern.

Fazit

Technologien aus der Raumfahrt unterstützen die Digitalisierung und damit den Wandel unserer Gesellschaft hin zu mehr Teilhabe und Lebensqualität. Der Autor bedient sich zweier ausgewählter Beispiele von erfolgreichen Gründungsunternehmen, um diesen Anspruch zu verdeutlichen. Diese entwickeln innovative Anwendungen der Satellitennavigation zur Nutzung im Alltag. Neben der Satellitennavigation gewinnt derzeit auch die Erdbeobachtung zunehmend an Bedeutung. Gleiches gilt für die Satellitenkommunikation. Im Dreiklang vermögen diese raumfahrtbasierten Technologien neben ihrem unmittelbaren Mehrwert im Alltag auch eine nachhaltige Veränderung hin zu einem schonenderen Umgang mit unseren Ressourcen zu bewirken.

Dr.-Ing. Frank Zimmermann, geboren 1968, ist seit 2009 Geschäftsführer der cesah GmbH Centrum für Satellitennavigation Hessen, einem Kompetenz- und Gründerzentrum für Raumfahrtanwendungen. Außerdem ist er Head of Product Policy Management des Raumfahrtunternehmens Telespazio VEGA Deutschland GmbH. Frank Zimmermann studierte Ingenieurwesen mit Fachrichtung Luft- und Raumfahrttechnik an der Universität Stuttgart und promovierte am dortigen Institut für Raumfahrtsysteme. Seine beruflichen Schwerpunkte sind der Technologietransfer aus der Raumfahrt und die Förderung von Start-ups im Auftrag der European Space Agency (ESA) sowie Produktentwicklung im Bereich Raumfahrttechnologie.

6

Stiftungen

162 **Stiftungen als wissensbasierte Intermediäre**

Otfried Jarren und Franziska Oehmer

169 **Was haben Stiftungen mit Öffentlicher Wissenschaft zu tun?**

Daniela Kobelt Neuhaus

173 **Plural und partizipativ. Historische Bildung
in der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

Bernd Hüttner

Stiftungen als wissenschaftsbasierte Intermediäre

Herausforderung: wissenschaftliche Expertise für politische Entscheidungen

Komplexe politische Entscheide bedürfen zunehmend wissenschaftlicher Erkenntnis- und Expertise. Der Austausch zwischen Akteuren des politischen und des wissenschaftlichen Systems steht dabei aber vor einer Reihe von Herausforderungen: Der Anreiz, Ressourcen in die Kommunikation mit politischen Akteuren zu investieren, ist für Wissenschaftler eher niedrig. Das Wissenschaftssystem honoriert vor allem die Kommunikation von Erkenntnissen und Befunden in Fachmedien und in der Fachöffentlichkeit. Daher folgt die Kommunikation von Wissenschaftlern überwiegend den wissenschaftlichen Produktions- und Vermittlungslogiken, die mit Blick auf die Komplexität und Terminologie nur bedingt an die politische Logik der Meinungs- und Willensbildung wie auch Entscheidung anschlussfähig ist.¹ Zudem verfügen Wissenschaftler teilweise nicht über die zeitlichen Ressourcen oder kommunikativen Fähigkeiten, um ihr Wissen in das politisch-administrative System wie in die Gesellschaft einzubringen.² Und die Interaktion mit Akteuren des politischen Systems ist für Wissenschaftlerinnen wie Wissenschaftler riskant, weil vielfach nur kurzfristig Beratung nachgefragt wird. Ferner besteht stets das Risiko, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lediglich zur Legitimation eigener Interessen oder Positionen und damit als „opportune Zeugen“ in der Politik eingesetzt werden.

Die Akteure des politischen Systems zum anderen wenden sich nur selektiv, den jeweiligen politischen Anforderungen wie Opportunitäten entsprechend, wissenschaftlichen Akteuren und deren Befunden zu. Die Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgt also vielfach im Rahmen politischer Handlungslogiken.

Zeitlich, sachlich wie sozial müssen beide Akteursgruppen nach unterschiedlichen institutionellen Vorgaben handeln. Beratan und Karl resümieren: „Scientists and decision makers come from dissimilar professional cultures with different purposes, values, norms, and reward systems. As a result, the two groups tend to approach problems and issues very differently, with little incentive on either side to change and broaden their horizons.“³

Intermediäre und Expertise

Zur Überwindung beziehungsweise zur Verringerung von Kommunikationsbarrieren zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Systemen bedarf es intermediärer Akteure. Intermediäre sind Vermittler zwischen verschiedenen Systemen, zwischen unter-

1 Vgl. Frohn, Rüdiger (2017): Stiftungen – Wissenschaften – Politik. Chancen und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung durch Stiftungen. In: Hoose, Fabian / Beckmann, Fabian / Schönauer, Anna-Lena (Hrsg.): Fortsetzung folgt: Kontinuität und Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 447–465.

Tremblay, Maryse / Vandewalle, Marie / Wittmer, Heidi (2016): Ethical Challenges at the Science–Policy Interface: An Ethical Risk Assessment and Proposition of an Ethical Infrastructure. In: *Biodiversity and Conservation*. June 2016, 25 (7), S. 1253–1267.

Bednarek, Angela T. / Wyborn, Carina / Cvitanovic, Christopher / Meyer, Ryan / Colvin, Rebecca M. / Addison, Prue F. E. / Close, S. L. / Curran, Kathleen / Farooque, Mahmud / Goldman, Erica / Hart, David / Mannix, Heather / McCreavy, Bridie / Parris, Adam / Posner, Stephen / Robinson Cynthia / Ryan, Melanie / Leith, Peat (2018): Boundary Spanning at the Science–Policy Interface: The Practitioners’ Perspectives. In: *Sustainability Science* 13 (4), S. 1175–1183.

2 Vgl. Beratan, Kathi K. / Karl, Herman A. (2012): Managing the Science–Policy Interface in a Complex and Contentious World. In: Karl, Herman A. / Scarlett, Lynn / Vargas-Moreno, Juan / Flaxman, Michael (Hrsg.): *Restoring Lands – Coordinating Science, Politics and Action*. Dordrecht: Springer, S. 211.

3 Beratan, Kathi K. / Karl, Herman A. (2012): Managing the Science–Policy Interface in a Complex and Contentious World, a.a.O., S. 190.

schiedlichen Kulturen wie Kommunikationswelten.⁴ Zu den Intermediären werden traditionell zum einen die Akteure der Interessenartikulation gezählt. Das sind NGOs, NPOs, Vereine und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie sorgen dafür, dass gesellschaftliche Probleme aufgegriffen und artikuliert werden. Sie ermöglichen, dass sich Interessen finden, dass Interessen gebündelt und repräsentiert und dadurch für politische Prozesse vermittlungsfähig gemacht werden. Vielfach beziehen diese Akteure bereits wissenschaftliche Erkenntnisse ein oder sie wollen bestimmten wissenschaftlichen Einsichten zur politischen Durchsetzung verhelfen. Zu den Akteuren der Interessenartikulation können politische Parteien sowie Massenmedien gezählt werden, weil sie Interessen aufgreifen, thematisieren und damit für andere Akteure in politischen Prozessen bearbeitungsfähig machen. Parteien wie Medien aber sind relativ selektiv gegenüber neuen gesellschaftlichen Wünschen wie Anforderungen. Sie wählen vor allem das aus, was ihnen politisch-taktisch nutzt (Parteien: Wahlen) oder was Quote verspricht (Massenmedien). Zu den Intermediären der Interessenaggregation zählen vor allem Verbände und Parteien: sie greifen das auf, was sie für politische Entscheidungen für relevant erachten – und ihnen im politischen Machtspiel Vorteile bringt⁵. Die Akteure der Aggregation sind in einem noch höheren Maße selektiv: Schlecht organisierbare wie gering konfliktfähige Interessen haben Mühe, ihre Positionen zu Gehör zu bringen und durchzusetzen. Im politischen Entscheidungsprozess wirken dominant die Parteienvertreter mit (Akteure der Interessendurchsetzung). Zugang zu diesen Amtspersonen haben in der Regel vor allem die Vertreter hoch organisierter wie einflussreicher Interessen. Und diese bringen eigene oder die Expertise auch aus der Wissenschaft ein, weil sie deren Leistungen beziehen. Wissenschaftliche Expertise, die eine immer größere Rolle bei politischen Entscheidungen spielt, ist also ungleich verteilt.

So verfügen die politischen Parteien, aber auch die großen Verbände, über eigene Stiftungen oder Think Tanks, die ihnen zuarbeiten.⁶ Die Parlamentsparteien können zudem auf Wissenschaftliche Dienste der Parlamente zugreifen. Außerdem verfügt diese Akteurgruppe über erhebliche Ressourcen, so auch um Studien in Auftrag zu geben oder Gutachten erstellen zu können. Die schlecht bis kaum organisierten Interessen haben nicht nur einen beschränkten Zugang zu den Akteuren der Interessenartikulation wie -durchsetzung und sie verfügen über geringe Ressourcen, so auch um wissenschaftliche Expertise bereitstellen zu können.

Stiftungen als Intermediäre

Unter dem Begriff der Stiftung lassen sich eine Vielzahl verschiedener Akteure mit je unterschiedlichen Zwecken, Organisationsstrukturen, Rechtsformen (in Deutschland: rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts, Stiftung gGmbH, Stiftung GmbH, Treuhänderische Stiftung, Verein und andere mehr), finanziellen Mitteln und Arbeitsweisen subsumieren⁷: „In the nonprofit sector, the term foundation has no precise meaning.“⁸ Ihnen gemein ist dabei, dass sie eine zumeist auf Dauer angelegte juristische Person darstellen, deren Vermögen zu einem vom Stifter bestimmten Stiftungszweck verwendet wird.⁹

4 Vgl. Donges, Patrick / Jarren, Otfried (2017): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS. Rucht, Dieter (2007): Das intermediäre System politischer Interessenvermittlung. In: Jarren, Otfried / Lachenmeier, Dominik / Steiner, Adrian (Hrsg.): Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung. Baden-Baden: Nomos, S. 19–32.

5 Vgl. Zimmer, Annette / Speth, Rudolf (2015): Von der Hierarchie zum Markt. In: Diess. (Hrsg.): Lobby Work. Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS, S. 31–52.

6 Vgl. Heisterkamp, Ulrich (2014): Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen. Wiesbaden: Springer VS.

7 Vgl. Adloff, Frank (2004): Wozu sind Stiftungen gut? In: Leviathan 2, S. 272. Kocka, Jürgen (2004): Die Rolle der Stiftungen in der Bürgergesellschaft der Zukunft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, S. 5.

8 Council on Foundations: Foundations Basics. Online verfügbar unter http://www.cof.org/content/foundation-basics#what_is_a_foundation (27.06.2018).

9 Vgl. Strachwitz, Rupert (2010): Foundations, Definitions and History. In: Anheier, Helmut K. / Toepler, Stefan

Mögliche Stiftungszwecke wurden in der Definition des European Foundation Centers wie folgt spezifiziert: „They distribute their financial resources for educational, cultural, religious, social or other public benefit purposes, either by supporting associations, charities, educational institutions or individuals, or by operating their own programmes.“¹⁰ Der Stiftungszweck bedarf einer Verankerung in einer Satzung „welche so gestaltet ist, daß [sic] diese Satzung die Verwalter der Körperschaft bezüglich der Erhaltung und Verwendung des Vermögens dauerhaft bindet.“¹¹ Stiftungen werden vielfach zum Bereich der Zivilgesellschaft gezählt, da sie „weder der staatlichen Sphäre angehören noch zum Markt zu rechnen sind und auch nicht in der Privatsphäre angesiedelt sind.“¹² Stiftungen sind im kontinentaleuropäischen Kontext vor allem, so auch aus legitimatorischen Gründen, auf Prozesse der Interessenartikulation hin ausgerichtet. Dabei können sie aber unter korporatistischen Bedingungen in vielfältiger Weise auf politische Prozesse einwirken. Ihr Handeln bedarf dabei in der Regel, anders als beispielsweise jenes von Parteien und Verbänden, nicht der Legitimation durch Mitgliedervoten oder der Kontrolle durch die Bevölkerung. Sie können somit unabhängig von ausformulierten oder gar ausgewiesenen normativen Grundpositionen, der Verpflichtung zur Teilnahme an Wahlen oder aufgrund von Vorgaben Dritter agieren. Andererseits sehen sich Stiftungen aufgrund dieser Spezifika auch häufig mit Legitimitätsfragen konfrontiert¹³, da sie als private Akteure agieren und nur im begrenzten Maße der öffentlichen Kontrolle unterliegen, obwohl sie auf öffentliche Angelegenheiten reagieren oder auf öffentliche Themen sich beziehen. Vor allem partei- und unternehmensnahe Stiftungen sehen sich mit solcher Kritik konfrontiert, wenn sie sich in Forschungsbereichen engagieren, die eng mit ihrer politischen Expertise oder ihrem Geschäftsbereich im Zusammenhang stehen.¹⁴ Sie müssen daher, zumal dann, wenn sie explizit politische Ziele verfolgen, um erfolgreich zu sein, für ihre Legitimation selbst besorgt sein. Es erfordert von den Stiftungen ein spezifisches Maß an Transparenz wie eine angemessene Governance.

Differenziert werden kann grundsätzlich zwischen zwei Stiftungstypen, die sich mit Blick auf den Einbezug externer Akteure unterscheiden: Zum einen können operative Stiftungen identifiziert werden, die selbst Projekte durchführen (vgl. Forschungsprojekte, Politikberatung, Wettbewerbe und andere mehr).¹⁵ Davon zu unterscheiden sind, zum anderen, fördernde Stiftungen, die externe Projekte oder Akteure etwa durch Stipendien, Beihilfen, Forschungsmittel begünstigen.¹⁶ Die Unterscheidung zwischen operativ und fördernd ist jedoch nicht immer trennscharf: Viele Stiftungen sind als Mischtypus sowohl fördernd als auch operativ tätig. Die Schader-Stiftung fördert bestimmte Vorhaben und wird dadurch operativ tätig, sie stellt aber zudem auch Ressourcen bereit, damit sich wissenschaftliche und gesellschaftliche Akteure im Stiftungszentrum begegnen und austauschen können. Zudem ermöglicht die Schader-Stiftung auch den Austausch von Wissenschaftlergruppen wie Fachgesellschaften im Bereich der Gesellschaftswissenschaften.

(Hrsg.): International Encyclopedia of Civil Society. New York: Springer, S. 684–689.

10 European Foundation Center: Typology of Foundations in Europe. Online verfügbar unter <http://wings.issue-lab.org/resource/typology-of-foundations-in-europe.html> (27.06.2018).

11 Strachwitz, Rupert (2011): Stiftung. In: Lewinski-Reuter, Verena (Hrsg.): Glossar Kulturmanagement. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 348.

12 Kocka, Jürgen (2004): Die Rolle der Stiftungen in der Bürgergesellschaft der Zukunft, a.a.O., S. 4.

13 Vgl. Fritsch, Nina (2007): Erfolgsfaktoren im Stiftungsmanagement. Erfolgsfaktorenforschung im Nonprofit-Sektor. Diss. Univ. Münster. Wiesbaden: Gabler, S. 165 ff.

14 Vgl. Rohe, Wolfgang (2016): Wissenschaftsförderung als gesellschaftliche Aufgabe privater Stiftungen. In: Simon, Dagmar / Knie, Andreas / Hornbostel, Stefan / Zimmermann, Karin (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 429–445.

15 Vgl. Leat, Diana (2016): Philanthropic Foundations, Public Good and Public Policy. London: Palgrave Macmillan. S. 168. Wigand, Klaus (2009): Stiftungen in der Praxis. Recht, Steuern, Beratung. Wiesbaden: Gabler, S. 168.

16 Strachwitz, Rupert (2011): Stiftung, a.a.O., S. 353.

Inbesondere private Stiftungen können im intermediären Gefüge der Gesellschaft einen besonderen Beitrag leisten: Sie können eigenständig, und ohne auf Wahltermine oder Stimmengewinne oder bestimmte Interessen achten zu müssen, relevante Themen selbst aufgreifen und die dazu gehörige Forschung initiieren wie fördern. Sie können dadurch anderen Akteuren dienen, indem sie diesen Akteuren den Zugang zu wissenschaftlichen Ressourcen ermöglichen. Und sie können vor allem auch ein Forum sein, damit sich gesellschaftliche Interessen, politische Vertreter und wissenschaftliche Expertiseträger auf einer Plattform treffen und auseinandersetzen können. Stiftungen werden damit intermediär tätig: Sie verbinden unterschiedliche Bereiche wie Sphären miteinander, sie ermöglichen den Dialog und sie können – wenn sie wissenschaftsbasiert agieren – zur Wissenserschließung, -vermittlung wie zum Wissensaustausch zwischen unterschiedlichen Interessen wie auch in die Gesellschaft hinein dienen.

Auch für die Angehörigen des Wissenschaftssystems entstehen so relevante Transferorte wie Transfermöglichkeiten, zumal dann, wenn die Stiftungen „neutrale“, zumindest in einem partei- wie interessenpolitischen Sinn auch unabhängige, Austauschmöglichkeiten bieten. Stiftungen können sich zudem spezialisieren und so zu einem allgemein bekannten und anerkannten intermediären Akteur mit spezifischer wissenschaftlicher Expertise werden.

Stiftungen als Science-Policy-Interfaces

Der Begriff „Science-Policy Interfaces“ wird verwendet, um die Vermittlung zwischen Wissenschaft und Politik (Policy) durch „intermediaries“, „broker“, „mediators“, „science communicators“ zu beschreiben¹⁷. Van den Hove definiert sie als „social processes which encompass relations between scientists and other actors in the policy process, and which allow for exchanges, co-evolution, and joint construction of knowledge with the aim of enriching decision making.“¹⁸ Die Konstitution wie die Governance dieser Intermediäre, die neben anderen Intermediären wie Parteien oder Verbänden agieren, ist aber voraussetzungsvoll: Sie müssen ihren Fokus im wissenschaftlichen Bereich haben sowie über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügen, um glaubwürdig agieren zu können. Vor allem aber dürfen sie nicht mit den im Wettbewerb um Stimmen, die Besetzung von Ämtern oder der direkten Durchsetzung von Interessen handelnden Intermediären konkurrieren – denn dies ist die Domäne vor allem von Parteien (Interessendurchsetzung) und Verbänden (Interessenaggregation). Sarkki et al. sehen daher Glaubwürdigkeit, Relevanz und Legitimität als entscheidende Eigenschaften für die Wirksamkeit und Verbesserung der Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in der politischen Willensbildung als auch Entscheidungsfindung an.¹⁹ Neben klassischen Akteuren des Wissenschaftsbereiches wie Universitäten, Fachhochschulen oder Akademien²⁰, können zunehmend auch Stiftungen als relevante Science-Policy-Interfaces identifiziert werden²¹.

17 Knight, Christine / Lyall, Catherine (2013): Knowledge Brokers: The Role of Intermediaries in Producing Research Impact. In: *Evidence & Policy* 9(3), S. 309–316. Rodari, Paola / Bultitude, Karen / Desborough, Karen (2012): Science Communication Between Researchers and Policy Makers. Reflections from a European Project. In: *Journal of Science Communication* 11(3), S. 1–8. Peters, Hans Peter (2013): Gap Between Science and Media Revisited: Scientists as Public Communicators. In: *PNAS*. 110 (3), S. 14102–14109.

18 van den Hove, Sybille (2007): A Rationale for Science–Policy Interfaces. In: *Futures* 39, S. 814–815.

19 Sarkki, Simo / Niemela, Jari / Tinch, Rob / van den Hove, Sybille / Wattand, Allan / Young, Juliette (2013): Balancing Credibility, Relevance and Legitimacy: A Critical Assessment of Trade-offs in Science-Policy Interfaces. In: *Science and Public Policy*, S. 1–13.

20 Fähnrich, Birte (2018): Einflussreich, aber wenig beachtet? Eine Meta-Studie zum Stand der deutschsprachigen Forschung über strategische Kommunikation von Wissenschaftsorganisationen. In: *Publizistik*, S. 407–426.

21 Frohn, Rüdiger (2017): Stiftungen – Wissenschaften – Politik, a.a.O. Hamburg, David, A. (1999): Foundations and Science Policy. In: *Science* 284 (5412), S. 259.

Stiftungen übernehmen zumeist bedeutsame gesellschaftliche, karitative, ökonomische oder auch politische Aufgaben²²: Sie betätigen sich als „Förderer innovativer Ideen“²³, als Politikberater²⁴, als Initiator wissenschaftlicher Projekte oder als „Instrument der institutionellen Vermittlung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen“.²⁵ In die Rolle von Science-Policy-Interfaces treten Stiftungen zunehmend vor allem durch die Finanzierung, Förderung und Durchführung wissenschaftlicher Studien, Projekte und wissenschaftlicher Akteure sowie die Zurverfügungstellung und das Verbreiten wissenschaftlicher Expertise an politische Akteure.²⁶ Zudem schaffen sie im Rahmen von Veranstaltungen, Workshops oder Gesprächskreisen öffentliche wie nicht öffentliche Interaktionsräume für Politiker und Wissenschaftler, „allowing ideas to flow through a great permeable membrane between government and nongovernment bodies and helping to provide for a mutually beneficial flow of information and people between the governmental and nongovernmental sector“.²⁷ Darüber hinaus initiieren und verantworten sie Kampagnen der Wissenschaftsöffentlichkeitsarbeit²⁸ oder bieten Medientrainings für Wissenschaftler.²⁹ Für operative Stiftungen, die sich häufig auch als Think Tank begreifen, lässt sich darüber hinaus auch die Funktion der Politikberatung, also das „Sammeln oder Herstellen von Informationen, ihre Diffusion an politische Akteure und die Unterstützung bzw. Orientierung bei Entscheidungen“³⁰, ergänzen. Sie gelten sogar, zumindest in bestimmten Politikfeldern (policy) als „major players in policy making“³¹, die ihren Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess durch das Teilen von Wissen geltend machen. Sie können dabei, im Vergleich zu Parteien und Verbänden, aufgrund der geringeren „internal and external constraints“³² freier entscheiden, welche Themen und Probleme der Bearbeitung bedürfen. Da Think Tanks auch selbständig Forschung betreiben, ohne immer wissenschaftliche Qualitätskriterien zu erfüllen, stellt Sebba deren Eignung und Wirksamkeit als „research mediators“ jedoch auch in Frage³³.

Stiftungen als wissensbasierte Intermediäre

Stiftungen können als Vermittler oder Intermediäre selbst agieren oder entsprechende Akteure konstituieren. Sie könnten einen Beitrag leisten, weil sie dauerhaft und regelgeleitet „Plattformen bilden, mittels derer wissenschaftliche Befunde [...] zusammengestellt und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Von hier aus erreichen sie die verschiedenen Akteure des gesellschaftlichen Lebens – von den parlamentarischen und administrativen Akteuren über die gesellschaftlichen Inte-

22 Vgl. Adloff, Frank (2004): Wozu sind Stiftungen gut? A.a.O., S. 274.

23 Ebd., S. 280.

24 Welzel, Carolin (2006): Politikberatung durch Stiftungen. In: Falk, Svenja / Rehfeld, Dieter / Römmele, Andrea / Thunert, Martin (Hrsg.): Handbuch Politikberatung: Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 275–289.

25 Adloff, Frank (2004): Wozu sind Stiftungen gut? A.a.O., S. 280.

26 Vgl. Frohn, Rüdiger (2017): Stiftungen – Wissenschaften – Politik, a.a.O. Hamburg, David, A. (1999): Foundations and Science Policy, a.a.O.

27 Hamburg, David, A., a.a.O., S. 259.

28 Vgl. Weingart, Peter (2012): The Lure of the Mass Media and Its Repercussions on Science. In: Rödder, Simone / Franzen, Martina / Weingart, Peter (Hrsg.): The Sciences' Media Connection – Public Communication and its Repercussions, S. 21.

29 Vgl. Peters, Hans Peter (2012): Scientific Sources and the Mass Media: Forms and Consequences of Medialization. In: Rödder, Simone / Franzen, Martina / Weingart, Peter (Hrsg.): The Sciences' Media Connection – Public Communication and its Repercussions, S. 225.

30 Welzel, Carolin (2006): Politikberatung durch Stiftungen, a.a.O., S. 278.

31 Anheier, Helmut K. (2015): Policy Knowledge: Foundations. In: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences 18, S. 293–298.

32 Fraussen, Bert / Halpin, Darren (2017): Think Tanks and Strategic Policy-Making: The Contribution of Think Tanks to Policy Advisory Systems. In: Policy Science 50 (1), S. 105–124.

33 Vgl. Sebba, Judy (2013): An Exploratory Review of the Role of Research Mediators in Social Science. In: Evidence & Policy 9 (3), S. 391–408.

ressengruppen und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger als Wahlvolk und als private Akteure“.³⁴

In diesem Kontext kommt den gesellschaftlich an Bedeutung gewinnenden privaten Stiftungen – neben den Stiftungen der politischen Parteien wie denen der Verbände – als Teil der intermediären Struktur der Gesellschaft, eine zunehmende Relevanz bei der Verbreitung, der Diskussion und der Reflexion wissenschaftlichen Wissens sowie eine wichtige Bereitstellungs- und Vermittlungsfunktion zu. Dies auch weil sie als private Akteure frei in der Themenwahl wie ihrer Strategieentscheidung sind und nicht unmittelbar um Zustimmung werben müssen. Sie können Problemstellungen wie Themen aufgreifen, die von mittel- oder langfristiger gesellschaftlicher Bedeutung sein können. Gerade in der Langfristigkeit kommt den Stiftungen eine besondere Bedeutung zu: Sie können Zeit gewähren, sie können unterschiedliche Gruppen zusammenbringen. Sie tragen so zu einer Vernetzung bei, zu Vertrauensbildung und einem anhaltenden Austausch zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen. An diesen Orten der Begegnung und des systematischen (Wissens-)Austauschs fehlt es in der modernen Gesellschaft.

Zudem können Stiftungen anhaltend zur Erarbeitung wie zum Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen beitragen. Als anerkannter Ort, an dem auch die wissenschaftliche Qualität relevant ist, werden sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewinnen können. Wissenschaft wird nicht „genutzt“, gar „eingekauft“, sondern kann sich im Kontext des Austausches eigenständig einbringen und entwickeln. Stiftungen können zu einem auch in der Wissenschaft anerkannten Ort der wissenschaftlichen Arbeit, auch der wissenschaftsinternen Debatte, werden. Das trifft auf die Schader-Stiftung zu, die sich auf die Gesellschaftswissenschaften bezieht, entsprechende Projekte initiiert und als Stiftung zugleich den Raum für (fach-)wissenschaftliche Debatten bereitstellt.

Gesellschaftliches Engagement, verbunden mit wissenschaftlicher Expertise, ist heute verstärkt bei größeren deutschen Stiftungen auszumachen. Vor allem operativ tätige Stiftungen fördern ausgewählte Themen und Ansätze (zum Beispiel die Stiftung Mercator die Forschung im Bereich Klimawandel oder die Hertie-Stiftung im Bereich Governance). Stiftungen treten für bestimmte selektive Ziele ein, ermöglichen dazu wissenschaftliche Analysen und vermitteln wissenschaftliche Erkenntnisse. Sie sind an der Gründung und Förderung etwa von Forschungseinrichtungen, Think Tanks, Beratungseinrichtungen beteiligt oder initiieren diese. Zudem agieren vor allem operativ tätige Stiftungen allein oder mit anderen Akteuren beispielsweise auch mit Policy-Empfehlungen und Beratungsmodellen. Stiftungen selbst vermitteln dabei auch wissenschaftliche Erkenntnisse oder tragen zu deren Transfer in Teile der Gesellschaft bei.

Stiftungen als Forschungs- wie Reflexionsthema

Es lässt sich festhalten, dass Stiftungen einen vom Stifter definierten und meist mit dessen Ressourcen realisierten Zweck verfolgen. Ein Teil dieser – vor allem operativ tätigen – Stiftungen fördert oder lässt dabei auch eigenständig wissenschaftliche Projekte oder Studien erstellen, veranstaltet Konferenzen oder beschäftigt Experten, mit deren Erkenntnissen und Empfehlungen sie sich als Science-Policy-Interfaces für politische Entscheider qualifizieren, um dadurch Einfluss auf gesellschaftliche Pro-

³⁴ Lange, Hellmuth (2010): Innovationen im politischen Prozess als Bedingung substantieller Nachhaltigkeitsfortschritte. In: Howaldt, Jürgen / Jacobsen, Heike (Hrsg.): Soziale Innovation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 202.

zesse auszuüben. Sie spielen eine „discernible role in the policy process and [...] they are relevant political actors. Not only are they worthy of academic analysis; they also demand the attention of politicians and political observers and the vigilance of those interested in open political processes“³⁵. Trotz dieser Bedeutung von Stiftungen für die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Politik und die Öffentlichkeit gibt es hierzu für den deutschsprachigen Raum jedoch kaum wissenschaftliche – vor allem empirische – Analysen³⁶. Ein Großteil der Publikationen diskutiert die Bedeutung von Stiftungen vor allem theoretisch-konzeptionell³⁷ oder stellt Reflexionen von Praktikern oder Wissenschaftsmanagern dar³⁸.

Über die Rolle der Stiftungen als Intermediäre wie insbesondere als Science-Policy-Interfaces muss nicht nur verstärkt geforscht, sondern auch vermehrt diskutiert werden. Die Schader-Stiftung bietet sich dafür nicht nur an: Sie war und ist der Ort der Reflexion der wie auch über die Gesellschaftswissenschaften. Und es sind die Gesellschaftswissenschaften, die über Formen der zukünftigen Wissensarbeit wie des Wissenstransfers nachdenken müssen.

Prof. Dr. Otfried Jarren, geboren 1953, ist seit 1997 Professor am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Er studierte Publizistik, Politikwissenschaft, Volkskunde und Soziologie an der Universität Münster. Anschließend war er an der Freien Universität Berlin und als Professor für Journalistik und Regieungslehre an der Universität Hamburg tätig. Von 1995 bis 2001 war er Direktor am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg. Otfried Jarren ist seit 2013 Präsident der Eidgenössischen Medienkommission. Seit 2016 hat er zudem eine Honorarprofessur für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin inne. Er ist Preisträger des Schader-Preises 2018 und gehört dem Senat der Schader-Stiftung an.

Dr. Franziska Oehmer, geboren 1982, ist seit 2015 Wissenschaftliche Oberassistentin und Dozentin am Departement für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Université de Fribourg, Schweiz. Sie studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Neuere deutsche Literatur an der Freien Universität Berlin sowie an der School of Journalism der Indiana University Bloomington, USA, und promovierte an der Universität Zürich. Von 2016 bis 2018 war Franziska Oehmer Geschäftsführerin der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Kommunikation.

35 Pautz, Hartwig (2012): Think-Tanks as Interfaces Between Policy, Politics and Expertise. London: Palgrave Macmillan, S. 181.

36 Vgl. Almog-Bar, Michal / Zychlinski, Ester (2014): Collaboration Between Philanthropic Foundations and Government. In: International Journal of Public Sector Management 27, S. 201-211.

37 Vgl. Anheier, Helmut, K. (2015): Policy Knowledge: Foundations. In: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences 18, S. 293-298. Strachwitz, Rupert (2010): Foundations, Definitions and History, a.a.O. Kocka, Jürgen (2004): Die Rolle der Stiftungen in der Bürgergesellschaft der Zukunft, a.a.O.

38 Vgl. Frohn, Rüdiger (2017): Stiftungen – Wissenschaften – Politik, a.a.O. Rohe, Wolfgang (2016): Wissenschaftsförderung als gesellschaftliche Aufgabe privater Stiftungen, a.a.O.

Was haben Stiftungen mit Öffentlicher Wissenschaft zu tun?

Stifter*innen wollen die Gesellschaft verbessern

Stiftungen werden im Dreiklang von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik den Non-Profit-Organisationen zugerechnet. Sie sind in der komfortablen Lage, sich selber Ziele zu geben. Sie können andere durch zur Verfügung gestellte Mittel für die eigenen Zielsetzungen begeistern und wählerisch Erkenntnisse von Dritten in das eigene Zielgebäude einverleiben.

„Stifter*innen wollen“ – freiwillig – etwa die Gesellschaft verbessern, demokratische Strukturen fördern, konkret Handelnde unterstützen. Sie stiften aus Verantwortungsbewusstsein und wollen der Gesellschaft etwas zurückgeben. Ein weiteres Motiv ist das Bedürfnis, etwas zu bewegen. Sie greifen gesellschaftspolitische, ökonomische, kulturelle, manchmal auch wissenschaftlich gesicherte Entwicklungen auf und handeln auf intendierte Wirkung hin. Die Rechtsform einer Stiftung wählen sie, damit das gestiftete Vermögen den gemeinnützigen Zwecken dauerhaft zugutekommt. Viele möchten etwas Bleibendes schaffen, das über ihr eigenes Leben hinausreicht. Ob Bildung, Forschung, Gesundheit, Kultur, Städtebau oder Entwicklungshilfe Gegenstand der fördernden oder operativen Tätigkeit der Stiftung sind, ist vielfach eine Herzensangelegenheit, eine Leidenschaft oder ein Hobby der Stiftdenden. Ob es um den Erhalt tradierter Güter und Werte, um Optimierung oder um Defizitabbau gehen soll, entscheiden Hoffnungen und Erwartungen, die sich vielfach aus beruflichen Erfahrungen oder Erkenntnissen der Stifterpersönlichkeit heraus entwickelt haben.

„Deutschlands umfangreichste Fotosammlung, die Notrufsäulen auf der Autobahn, eine Flüchtlingsambulanz für traumatisierte Kinder und Jugendliche, die Förderung urbaner Gemeinschaftsgärten: Hinter diesen und zahllosen weiteren Aktivitäten für das Gemeinwohl stehen Stiftungen und Menschen, die diese Stiftungen ins Leben gerufen haben.“¹ Aus einem normativem Blickwinkel sind Stiftungen klar die „Guten“. Sie weisen nach, dass sie ausschließlich und unmittelbar – gemeinnützige, mildtätige und/oder kirchliche – Zwecke erfüllen. Sie handeln selbstlos und werden dafür steuerlich begünstigt.

Kritiker unterstellen Philanthropen manchmal eigennützige Motive. Sie beargwöhnen den starken politischen und gesellschaftlichen Einfluss großer Stiftungen, die nur den Zielen ihrer Gründer verpflichtet und nicht demokratisch legitimiert seien. Es mag durchaus sein, dass der eine oder andere Stifter durch seine Stiftungsziele nicht die größten Nöte der Bevölkerung im Blick hatte. Aber insgesamt haben Stiftungen Wirkungen ermöglicht, die der Staat nicht hätte leisten können, weil sie *Zwischenräume* im Blick haben. Sie handeln da, wo die öffentliche Hand nicht hinschauen will oder muss.

Aktuell beobachten wir einen Trend von Stiftungen, selber operativ tätig zu werden – bei geringen Kapitalerträgen vielleicht ein Ausweg für die damit Begünstigten und Stakeholder. Auch die in den letzten fünfundzwanzig Jahren zahlreich gegründeten Bürgerstiftungen setzen im Gegensatz zur klassischen Stiftungsgründung auf die Be-

1 Leseberg, Nina / Timmer, Karsten (2015): Stifterstudie 2015. Stifterinnen und Stifter in Deutschland. Engagement – Motive – Ansichten. Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen.

teilung Vieler. Das Nutzen von Schwarmintelligenz oder Crowdfunding sind typische Bemühungen, philanthropisches Handeln und Denken auf breite Füße zu stellen. Aber was hat dies alles mit Öffentlicher, das heißt transparenter und partizipativer Wissenschaft zu tun?

Wissenschaft und Effizienz

Wie alle anderen Bereiche des Lebens haben heute – nicht zuletzt durch digitale Medien – auch Stifterpersönlichkeiten, Menschen, die in Stiftungen arbeiten und die Stakeholder von Stiftungen Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und zum Forschungsgeschehen. Der gesellschaftliche Trend in Richtung „höher, weiter, besser, schneller“ hat viele Stiftungen erreicht. Innovation und Wirkungsorientierung sind Forderungen, denen sich viele Stiftungen in jüngerer Zeit stellen mussten. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Philanthropie in Richtung Venture Philanthropie haben Managementstrategien aus der Wirtschaft in Stiftungen Einzug gehalten. Garant für Erfolg sind die Professionalität der Geldgeber sowie Zielorientierung, Effizienz und Nachhaltigkeit von Projekten und Programmen. Auch Stiftungen entwickeln nun Exit-Strategien: Sie formieren sich als gGmbHs oder GbRs, um Risiken und Schwächen der traditionellen Philanthropie zu vermeiden.

Wo früher Wissenschaft dazu diente, der Stiftung zu bestätigen, dass sie das Richtige tut, wird neu gefordert, dass das Richtige nun auch noch richtig, das heißt effektiv, effizient und gemäß den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaften getan wird. Etwas scharf zugespitzt: Die Entwicklung insbesondere der größeren und operativen Stiftungen führte in den letzten Jahren zur Kopplung von unternehmerischem Verstand, innovativem Geist und gemeinnützigem Herz. Die reflexive Intelligenz ersetzt zunehmend das warme Gefühl, dass „gut“ auch „gut“ ist.

Mit wachsender Wirkungsorientierung sind Stiftungen unabdingbar angewiesen auf den Dialog mit der Praxis und auf die Bewertung des Erfolgs gemessen an wissenschaftlichen Erkenntnissen. Damit kann eine Auseinandersetzung mit theoretischer Erkenntnis nicht mehr erst am Ende eines Projekts erfolgen. Sie muss im Gegenteil von Anbeginn an Teil der Planung des Erfolgs sein und die Erdung hochfliegender Visionen sicherstellen.

Das Gegensatzpaar Praxis und Theorie in Verbindung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen unterscheidet sich meines Erachtens nicht von einer Praxis-Theorie-Debatte in Politik und Wirtschaft, nur dass der Gegenstand und die Haltung dahinter möglicherweise andere sind – aber nicht sein müssen. Ethisches und philanthropisches Handeln sind keine Alleinstellungsmerkmale zivilgesellschaftlicher Organisationen – auch wenn man das manchmal glauben möchte. Wenn Innovation ins Spiel kommen soll, dann muss auch die Auseinandersetzung mit Wissenschaft erfolgen.

Ein anderes Phänomen ist, dass Stiftungen zunehmend mit Medieneffekten und Kampagnen in die Öffentlichkeit treten. Sie suchen nach gesellschaftlicher Anerkennung oder Ressourcen in Form von fachlichen oder finanziellen Unterstützern. „In der Öffentlichkeit wird nicht nur über Interessen, Werte und Normen verhandelt, sondern es werden auch Deutungen sozialer Phänomene und wissenschaftliche Erkenntnisse in Debatten, aber auch in Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse eingebracht.“² Ein Beispiel dafür sind etwa Stiftungsakteure aus dem Bau-, Umwelt- oder Ernährungsbereich.

2 Kommission zur Strategieüberprüfung der Stiftung Mercator (2014): Empfehlungen. Online verfügbar unter https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/Kommissionsbericht_2014_Stiftung_Mercator.pdf (08.11.2018), S. 6.

Entscheidungen und Begründungen werden in wachsendem Maße durch wissenschaftliche Überprüfbarkeit legitimiert. Wissen beziehungsweise Wissensbasierung ist eine relevante Ressource für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung stifterischen Handelns: Vorhaben sollen auf der Basis von als gesichert attestiertem Wissen entschieden werden. Oft hängen Zustiftungen, Spenden oder die Engagementbereitschaft möglicher Kooperationspartner davon ab, ob durch eine Evaluation etwa Evidenz- und Wissensbasierung festgestellt wurden. Stiftungen lassen immer häufiger Wissen generieren oder beziehen sich auf Wissensbestände, um ihre Standpunkte zu untermauern. Typische Beispiele sind hier medizinische Vorhaben, Klimawandel oder Gentechnologie. Stiftungen nehmen dann die Rolle von „Intermediären“ ein, wenn sie an der Ausbildung, der Formulierung, der Artikulation, der Aggregation oder gar der Durchsetzung von gesellschaftlichen Interessen mitwirken wollen und dabei zwischen Praxis und Theorie vermitteln.

Noch – so meine Einschätzung – ist die Kompetenz zum reflexiven Dialog zwischen Praxis und Theorie, aber auch zwischen den Stakeholdern von Wissenschaftsbereichen, Politikern und der Zivilgesellschaft nicht wirklich verbreitet. Die Schader-Stiftung hat in den letzten Jahren durch die Bereitstellung von Räumen und die Organisation von Dialogen eine Art „Zwischenraum“ geschaffen. Sie ist dabei „Übersetzer“, „Ermöglicher“ oder eben auch intermediär tätig und baut zumindest zwischen den Gästen Brücken. Noch erlebe ich diese Brücken eher als Pontons, die auf- und wieder abgebaut werden. Sie zu stabilisieren und zu verstetigen ist eine spannende Aufgabe, die auch in Zukunft weiter verfolgt werden sollte. Dabei müssten meiner Meinung nach unter anderem folgende Themenschwerpunkte noch mehr in den Blick geraten: Verdeutlichung der Notwendigkeit, Verständigung und Herstellung von Augenhöhe sowie Entsäulung.

Verdeutlichung der Notwendigkeit

Die Notwendigkeit des Diskurses zwischen Theorie und Praxis wird vermutlich durch die Veränderungen in der Gesellschaft gegeben. Stiftungen können und sollen nicht ausschließlich reaktiv arbeiten. Sie müssen sich um *Agenda-Setting* bemühen, zum Beispiel jene Themen aufgreifen, die andere nicht thematisieren wie etwa „zivile Werte“. Zu diesem Zweck müssen sie sich mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, mit anderen Institutionen und Organisationen zusammen tun. Die -ismen dieser Zeit lassen sich nicht alleine bekämpfen und die Erwartungen der Zivilgesellschaft werden größer.

Verständigung und Herstellung von Augenhöhe

Die Praxis – als Kunde und Auftraggeber für Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – muss als Korrektiv für wissenschaftliche Höhenflüge anerkannt werden. Die Wissenschaft muss ihren Elfenbeinturm verlassen. Im Diskurs um gesellschaftlich relevante Themen werden die sprachliche Verständigung und das transdisziplinäre Problemverständnis zentrale Herausforderungen sein. Es bedarf der gemeinsamen Reflexion von Sachverhalten auf allen Ebenen, um gemeinsame Orientierungspunkte von Wissenschaft und Praxis – aber auch der Verwaltung – zu erkennen. Dafür müssen eine Sprache und ein Wording gefunden werden, die eine konstruktive Reflexion ermöglichen.

Entsäulung

Es ist noch nicht so lange her, dass sich Stiftungen ähnlich wie Wirtschaftsunternehmen zusammentun und gemeinsam über gesellschaftliche Entwicklungen nachdenken. Auch Prozesse des gemeinsamen Reflektierens über den Stiftungs-Tellerrand hinaus, das heißt unter Einbezug der Gesellschaftswissenschaften im weiteren Sinne sowie unter Einbindung der bislang immer noch *extrem nach Zuständigkeiten versäulten* Politik und Praxis sind nur vereinzelt feststellbar. Der Versuch, die Ministerien für Kultus, Soziales und Gesundheit an einen Tisch zu bekommen, bringt mich beispielsweise immer noch zur Verzweiflung.

Die Transferdebatte ist unabdingbar, wenn wir eine gesellschaftliche Weiterentwicklung sicherstellen wollen. Wissenstransfer verläuft nicht als linearer Prozess innerhalb einer Zuständigkeit und schon gar nicht top down. Er ist ein interaktiver, wechselseitiger und rückgekoppelter Prozess zwischen Wissenschaften und Praxis. Ein erfolgreicher Transfer setzt voraus, dass wissenschaftliche Hypothesen und Forschungsinteressen aus Sicht der Praxis von Anfang an in ein Projekt integriert werden.

Zonen der übergreifenden Reflexion und des systemischen Dialogs entstehen, wo Theorien, Denkstile und Handlungsformen gemeinsam auf den Prüfstand gestellt werden. Die Aufgabe und Herausforderung der nächsten Jahre wird sein, die Bedeutung und Bewertung der *systemischen Intelligenz* herauszuarbeiten und jene praktische Systematik zu entwickeln, die auch über die Schader-Stiftung hinaus einen übergreifenden nachhaltigen Dialog zwischen reflektierter Praxis und reflektierter Wissenschaft ermöglicht.

Für Ihre Initiative, Herr Schader, sei herzlich gedankt! Sie muss weitergehen.

Daniela Kobelt Neuhaus, geboren 1955, ist seit 2007 Vorstandsmitglied der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie. Sie verantwortet die Bereiche operative Inlandsarbeit und Bildungsinstitute. Zudem ist sie zuständig für die Geschäftsführung der „hessenstiftung – familie hat zukunft“. Daniela Kobelt Neuhaus studierte Pädagogik, Heilpädagogik, Psychologie und Philosophische Anthropologie in Fribourg, Schweiz. Von 1993 bis 2006 war sie Fortbildungsreferentin und Leiterin des Arbeitszentrums Fort- und Weiterbildung der Pädagogischen Akademie am Elisabethenstift Darmstadt. Sie ist Präsidentin des Bundesverbandes der Familienzentren e.V. und amtiert seit 2018 als stellvertretende Vorsitzende des Vorstands des Bundesverbands Deutscher Stiftungen.

Literatur:

Leseberg, Nina/Timmer, Karsten (2015): Stifterstudie 2015. Stifterinnen und Stifter in Deutschland. Engagement – Motive – Ansichten. Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Kommission zur Strategieüberprüfung der Stiftung Mercator (2014): Empfehlungen. https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/Kommissionsbericht_2014_Stiftung_Mercator.pdf

Plural und partizipativ

Historische Bildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) ist aus dem bereits 1990 in Berlin gegründeten Verein „Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.“ hervorgegangen. Heute ist sie, nicht zuletzt dank eines stetig steigenden Etats, eine bundesweit agierende Institution politischer Bildung, auch international ein Diskussionsforum für kritisches Denken und politische Alternativen, sowie eine Forschungsstätte für eine progressive Gesellschaftsentwicklung.

Konkret organisiert die RLS, neben anderem, *politische Bildung*, verbreitet also ergebnisoffenen Kenntnisse über gesellschaftliche Zusammenhänge in einer globalisierten, ungerechten und unfriedlichen Welt. Sie ist ein Ort kritischer Analyse des zeitgenössischen patriarchalen Kapitalismus und ein Zentrum programmatischer Diskussionen über einen zeitgemäßen demokratischen Sozialismus, ein sozialistischer Think-Tank politiknaher Alternativen. Sie dürfte in Europa jenseits der Parteien diejenige linke Einrichtung mit dem größten Etat sein.

Grundsätzlich ist die RLS in der Bundesrepublik Deutschland und international ein Forum für einen *Dialog* zwischen linkssozialistischen Kräften, sozialen Bewegungen und Organisationen, linken Intellektuellen und Nichtregierungsorganisationen. Sie fördert darüber hinaus junge Intellektuelle durch Studien- sowie Promotionsstipendien und unterhält wie alle parteinahen Stiftungen ein Archiv und eine Bibliothek. 2020 wird ein Neubau bezogen werden.

Für die Linke in Deutschland hat die historische Selbstverortung eine große Bedeutung. Wie für keine andere gesellschaftspolitische Strömung ist die Reflexion historischer Erfahrungen und das Lernen aus der Geschichte eine *conditio sine qua non*. Im Folgenden spreche ich von der historischen Bildung in der RLS, also dem Feld, in dem ich für die RLS seit 2006 aktiv bin und seit 2012 ausschließlich arbeite. Anfang 2017 wurde in der Stiftung zudem ein Historisches Zentrum Demokratischer Sozialismus als eigenständiger Bereich installiert. Die RLS ist ressourcenstarker Knotenpunkt in einem weitverzweigten Netzwerk¹, sie arbeitet gerne mit kleinen engagierten Vereinen und Einzelpersonen, mit relevanten Zeitschriften bis punktuell hin zu „big playern“ wie der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Schader-Stiftung oder der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zusammen. In diesem Kontext wurde mit den beiden Letzgenannten sowie dem aus dem HistoCamp hervorgegangenen unabhängigen „AK Tagungsrevolte“ ein „BarCamp 68“ für den November 2018 vorbereitet. Dieses musste zwar letztlich mangels Teilnehmenden ausfallen, war aber in der Vorbereitung durch das intensive Gespräch, gemeinsames Lernen und einen ergebnisoffenen Dialog ungleicher Partner für alle Seiten ausgesprochen erkenntnisreich².

1 Vgl. zum Feld kritischer Geschichtswissenschaft Hüttner, Bernd (2015): Netzwerkarbeit im Feld kritischer Geschichtswissenschaft: Von Making History (2003) zu History is Unwritten (2013). In: AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.): History is Unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch. Münster: edition assemblage. Online verfügbar unter <http://www.rosalux.de/news/41389> (08.02.2019).

2 Ende November 2019 wird das nächste „HistoCamp“ in den Räumen der RLS stattfinden.

Historische Bildung

Inhaltlich ist das bearbeitete Themenspektrum der RLS weit gefächert, es reicht vom historischen Kommunismus und Sozialismus bis zum Stalinismus und zu den sozialen Bewegungen der 1970er- und 80er-Jahre.³ Historische Bildung kann heute, und dies ist nur eine Erfahrung aus der Existenz der DDR und der dort vorherrschenden Legitimationswissenschaften, kein festes Geschichtsbild vermitteln und erst recht keinen Wahrheitsanspruch verfolgen. Die Linke war in der Vergangenheit plural, und dies ist auch heute so. Die daraus resultierenden inhaltlichen Widersprüche sind auszuhalten und im Idealfall Anlass zu lernen.

Die generationell bedingten und anderen Habitusdifferenzen schleifen sich etwas ab. So ist der Widerspruch zwischen (älteren) Ost- und (eher jüngeren) Westsozialisierten in den letzten Jahren lange nicht mehr so bemerkbar wie früher.

Schon in der Zielstellung, Impulse für selbstbestimmte gesellschaftliche politische Aktivität zu geben, das Engagement für Frieden und Völkerverständigung, für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander zu unterstützen und unter diesem Blickwinkel Vergangenheit zu untersuchen und zu reflektieren, ist die Spannung zwischen Theorie und Praxis angelegt: Wie entsteht dieses Wissen, gibt es eine Hierarchie zwischen Praxis und Wissenschaft, welcher der beiden Kontexte ist wichtiger oder prägender? Ist „politische Bildung“ eigentlich „Wissenschaft“ oder „Praxis“? Oder ist diese Gegenüberstellung letztendlich eh Unsinn, da auch Wissenschaft „Praxis“ ist und politische Bildung ohne Wissenschaft auch nicht auskommt?

Historische Bildung bewegt sich in der RLS im Dreieck zwischen sozialen Bewegungen (inklusive Gewerkschaften), der nahestehenden Partei und der Wissenschaft. Sie soll ermöglichen und motivieren, möchte zur Beteiligung einladen und nicht dröge die Botschaften der Referenten (aka „alte weiße Männer“) transportieren.

Historische Bildung hat vor allem drei Instrumente: Online-Aktivitäten mit einem breiten, indifferenten Adressatenkreis. Diese stehen vor der Aufgabe, sich im Terror der Aufmerksamkeitsökonomie zu behaupten. Dann öffentliche Konferenzen und ähnliche Formate, die dem eher wissenschaftlichen Austausch und der Präsentation neuer Erkenntnisse und Sichtweisen dienen; und drittens fachliche Kolloquien im kleineren Kreis, wie etwa geförderte DoktorandInnen oder der nichtöffentlich tagende Gesprächskreis Geschichte der RLS, ein Arbeitszusammenhang, der seit 2006 existiert und Haupt- und Ehrenamtliche generationenübergreifend und fruchtbar zusammenbringt. Bei den Instrumenten zwei und drei ist festzustellen, dass etablierte Einrichtungen zusehends die RLS nicht mehr ausschließen, sondern diese zum Verfassungsbogen dazugehört. Einzelne Ausnahmen, wie zum Beispiel die sich als linksliberal definierende Hamburger Professorin, die sagt „Sie können bei mir promovieren, aber nicht mit einem Stipendium der RLS“, gibt es natürlich weiterhin. Von 2015 bis 2018/9 fand das (mittlerweile) zweite Promotionskolleg der RLS statt. Es untersucht unter dem Titel „Jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus?“ Fragestellungen aus der Geschichte linker Politik in Deutschland.

Historische Bildung und akademische Routinen

Eine zentrale Herausforderung ist, dass politische und historische Bildung einer anderen Logik als akademische Routinen folgt. Die Bedürfnisse und Ziele sozialer Bewegungen oder von Menschen, die gerade in sozialen Kämpfen stecken, sind andere

³ Vgl. dazu programmatisch und grundlegend Hüttner, Bernd / Nakath, Detlef (2016): Antistalinismus – deutsche Zeitgeschichte – Geschichtsschreibung einer pluralen Linken. Geschichtsarbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung – ein Blick zurück – nach vorne. Online verfügbar unter <https://www.rosalux.de/news/id/8660> (08.02.2019).

als die einer Partei oder eines Wissenschaftlers oder einer Wissenschaftlerin. Parteien ringen um Mehrheiten, Wissenschaft ist – Postmoderne hin oder her – irgendwie auch der Wahrheit verpflichtet. Viele AutorInnen wollen in erster Linie ihre eigenen – selbstverständlich ihrer Ansicht nach sehr wichtigen – Publikationen gefördert haben und übersehen dabei, dass die RLS keine Einrichtung der Forschungsförderung ist. AkademikerInnen unterliegen dem Zwang zur Sichtbarmachung durch Konferenzteilnahmen und noch mehr Publikationen an den richtigen Orten, während politische Bildung in erster Linie Menschen zu einer eigenständigen Meinungsbildung befähigen soll und dafür Materialien und Formate zur Verfügung stellen sollte, die „niedrigschwellig“ sind. Die Spannungen zwischen diesen Logiken sind auszuhalten und in alle Richtungen zu kommunizieren. Da die Ressourcen aber wie stets begrenzt sind, ist dies alles auch eine organisationsinterne Machtfrage.

Angesichts der Renaissance völkischer und autoritärer Vorstellungen in den Medien und den Parlamenten, angesichts dessen, dass die AfD inhaltlich längst mitregiert und in vielen Regionen um die 20 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielt, ist für eine gesellschaftliche Linke eine kluge Bündnispolitik nötig. Alleine wird Die Linke oder die (radikale) Linke die AfD nicht aufhalten. Dazu ist deren Etablierung bereits zu weit fortgeschritten. Für eine erfolgreiche Kooperation von innovativen, reflektierten Linken mit antifaschistischen, aufgeklärten „Bürgerlichen“ gibt es auch historische Vorbilder, sei es Willi Münzenberg⁴, das Bauhaus oder die Entstehung und die ersten Jahren der Partei Die Grünen. Die Schader-Stiftung zum Beispiel arbeitet, soweit ich das überblicken und beurteilen kann, interdisziplinärer als die RLS und ist sehr offen gegenüber neuen Formaten, wie etwa BarCamps.

Bernd Hüttner, geboren 1966, ist Politikwissenschaftler und Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 1987 bis 1992 studierte er Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz und bis 1994 Politikwissenschaft an der Universität Bremen, anschließend absolvierte er das Zertifikatsstudium Erwachsenenbildung. Zwischen 2016 und 2019 studierte er berufsbegleitend „Gestaltende Kunst“ an der Hochschule Bremen/Hochschule der Künste Bremen. Bernd Hüttners Arbeits- und Interessensgebiete sind kritische historische Bildung, Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der neuen Linken, avantgardistische Kunst und künstlerische Netzwerke 1890-1939. Er ist Mitglied des Vorstandes der German Labour History Association e.V.

⁴ Vom 17.-20. September 2015 fand in Berlin der Erste Internationale Willi-Münzenberg-Kongress statt. Zahlreiche Aspekte des Wirkens von Willi Münzenberg und der durch ihn repräsentierten Solidaritätsnetzwerke wurden beleuchtet. Im Tagungsband sind über dreißig Beiträge veröffentlicht. Online verfügbar unter <http://www.muenzenbergforum.de/ebook> (08.02.2019).

7

Kommunikation

178 **Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften und das Problem
der (Un-)Verständlichkeit**
Gunther Hellmann

181 **Polarisiert, oder nicht polarisiert? Das ist hier die Frage!**
Manon Metz und Dirk Metz

187 **Ich kann dir gar nicht sagen wie intelligent das ist**
Heiko Depner

Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften und das Problem der (Un-)Verständlichkeit

Das Verhältnis zwischen „Wissenschaft“ und „Praxis“ ist offensichtlich nicht einfach – und schon gar nicht selbstverständlich. Das gilt vor allem für die Gesellschaftswissenschaften auf der einen und die Praxen der Gesellschaft auf der anderen Seite. Dass sich beide (irgendwie) zueinander zu verhalten haben, ist dabei allerdings unstrittig. Dies wurde im Rahmen des Symposiums „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ in vielfältiger Weise beleuchtet. Die Wissenschaft im Allgemeinen und die Gesellschaftswissenschaften im Besonderen, so heißt es etwa, hätten eine „Bringschuld“ gegenüber Gesellschaft und Praxis. Nicht ganz so häufig ist davon die Rede, dass vielleicht auch die „Praxis“ eine „Holschuld“ bei der Wissenschaft haben könnte.¹ Aber das zu Bringende (beziehungsweise zu Holende) scheint sich nur in eine Richtung zu bewegen. Wissen soll *für* die Praxis nutzbar gemacht werden – und das erfordert einen kommunikativen Austausch, in dem die Wissenschaft ihr Wissen zur Verfügung stellt.

Die Forderung, dass dieser „Wissenstransfer“ in verständlicher Form geschehen müsse, ist dann in der Regel nicht weit – einschließlich der Klage, dass die Wissenschaft sich oft nicht hinreichend um Verständlichkeit bemühe, ja an manchen Stellen sogar ein „Recht auf Unverständlichkeit“ einfordere.² Auf den ersten Blick muten Forderung wie Klage merkwürdig an, ist Verständlichkeit recht eigentlich doch die immer schon unhinterfragte Grundprämisse eines jeden kommunikativen Aktes: wer etwas sagt, *will* verstanden werden, auch wenn er um die Möglichkeit des Missverständnisses beziehungsweise des Nicht-Verstandenwerdens weiß. Die Prämisse unterstellt im Kontext des Verhältnisses von Wissenschaft und Praxis allerdings eine Kommunikationsbeziehung, die deshalb nicht selbstverständlich ist, weil primärer Adressat wissenschaftlicher Sprechakte die Wissenschaft und eben nicht die Praxis ist. Oder anders formuliert: Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften (im Sinne des objektiven Genitivs) ist wesentlich eine theoretische in dem Sinne, dass es ihr (zunächst) um eine Verständigung innerhalb der Wissenschaft geht – und gehen muss. Umgekehrt ist die primäre Aufgabe der Praxis ja auch, mit vorhandenen Fähigkeiten und verfügbarem praktischen Wissen anstehende praktische Probleme zu lösen (und nicht etwa der Wissenschaft nachzulaufen, was sie denn zur Lösung solcher Probleme anzubieten hat). Dies ist auch der Grund dafür, dass Verständlichkeit *zwischen* Wissenschaft und Praxis für beide zu einem Problem wird, ja werden muss, wie sie es für jede der beiden für sich genommen gerade nicht ist – eben *weil* die Wissenschaft der Wissenschaft genauso *selbstverständlich* ist wie die Praxis der Praxis.

Eine erste Voraussetzung für einen produktiven Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis ist daher zunächst der wechselseitige Respekt für die unterschiedlichen Selbstverständlichkeiten beider Sphären. Auch wenn Wissenschaft nie „Selbstzweck“

1 So aber etwa Schmidt, Helmut (2011): Wissenschaft und Gesellschaft. Forschung heißt, Verantwortung für die Zukunft zu tragen. In: Die ZEIT, Nr. 3/2011 vom 13.01.2011. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2011/03/100-Jahre-KWG-Rede> (04.10.2018).

2 So etwa im affirmativen Sinne Neidhardt, Friedhelm (2002): Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit. WZB-Vorlesungen 3. Berlin: Wissenschaftszentrum, S. 23. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssolar-110101> (04.10.2018). Kritisch u.a. Selke, Stefan / Treibel, Annette (2018): Relevanz und Dilemmata Öffentlicher Gesellschaftswissenschaften – ein Dialog über Positionen. In: dies. (Hrsg.): Öffentliche Gesellschaftswissenschaften. Grundlagen, Anwendungsfelder und neue Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 11.

sein kann, muss sie, um Friedhelm Neidhardts Plädoyer für das „Recht“ der Wissenschaft auf „Unverständlichkeit“ aufzugreifen, „um leistungsfähig zu sein, ein Spiel nach aparten Regeln vollziehen“. Dazu gehörten „ein hohes Maß an epistemischer Selbstreferenz, eine eigene Zeitökonomie und auch das selbstkritische Wissen um die Unabschließbarkeit aller Erkenntnis.“ Ein „Recht auf Unverständlichkeit“ zu reklamieren heißt nicht, dass man dieses auch dann wahrnimmt, „wenn es zur Selbstverständigung gar nicht gebraucht wird“. Es bedeutet allerdings, dass es „absurd“ wäre, „Forschung generell an die Auflage binden zu wollen, dass Laien sie verstehen können müssen“³ – ganz abgesehen davon, dass sich die Erfolgsbedingungen eines solchen Verständnisses schwerlich in abstrakter Form *vorab* fixieren ließen.

Die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis wird dann zum (lösenswerten und lösbaren) Verständigungsproblem, wenn die Wissenschaft zur Lösung von solchen Problemen beitragen *kann* und *will*, die der Praxis wichtig sind und für die sie von sich aus meint, auf Wissenschaft rekurren zu sollen. Das sind dann offenkundig praktische und keine „theoretischen“ Probleme – Probleme also, die eine andere Art der Verständigung und des sich Verständlichmachens erfordern als jene, die in der wissenschaftsinternen Verständigung unterstellt werden dürfen. Zudem werden dies mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Probleme sein, zu denen die Wissenschaft etwas beizutragen hat, das über das vorhandene praktische Wissen der Praxis hinausreicht. Wissenschaft muss für solche praktischen Probleme also mehr als das der Praxis selbstverständliche Problemlösen im Angebot haben, um einen Mehrwert zu bieten – und dieses über das Selbstverständliche hinausreichende Mehr wird vermutlich zumeist in einer (zumindest wissenschaftlich informierten) Sprache präsentiert werden müssen, die beim Adressaten der Praxis Irritationen hervorruft und seine bereitwillige Auseinandersetzung mit neuen Perspektiven erfordert und einfordert.

Neue, über das der Praxis Selbstverständliche hinausreichende Perspektiven aus der Wissenschaft lassen sich auf eine im Suffix des Begriffs der „Verständlichkeit“ transportierte *Eigenschaft* einer kommunizierten Botschaft⁴ allerdings nicht reduzieren. Genau darin liegt das Missverständnis der Klage über eine vermeintlich mangelnde Verständlichkeit der Wissenschaft. Sie fixiert Sender und Botschaft, vernachlässigt aber die prozessuale und dialogische Dimension des im Suffix der „Verständigung“ enthaltenen *wechselseitigen Bemühens um Verstehen*. Sich auf Seiten der Wissenschaft um Verständlichkeit zu bemühen ist notwendig, aber nicht hinreichend, um Verstehen zu ermöglichen. Erst durch die Anstrengung des Verstandes⁵ (als eines Verstehen-Wollens) auf Seiten der Praxis kann Verständigung gelingen – und dafür ist es notwendig, eine anders geartete Selbstverständlichkeit wissenschaftlicher Kommunikation in Rechnung zu stellen und anzuerkennen. In gelingender Kommunikation sind Übersetzungsleistungen von beiden Seiten, Wissenschaft *und* Praxis, gefordert, wenn Verständlichkeit hergestellt werden soll. In mancherlei Hinsicht werden gelingende, das heißt Verständigung *durch* Irritation erzielende Kommunikationen zwischen Wissenschaft und Praxis auch eine „Entselbstverständlichung“⁶ des für beide Selbstverständlichen

3 Neidhardt, Friedhelm: Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit, a.a.O., S. 25.

4 Vgl. hierzu die im Grimm'schen Wörterbuch angebotene Definition von Verständlichkeit als „die eigenschaft, da ein ding, besonders ein wort oder rede, verständlich ist, klare und deutliche begriffe gewähret“. Grimm, Jacob und Wilhelm (1854-1961): Deutsches Wörterbuch. 16 Bde. in 32 Teilbänden. Leipzig: S. Hirzel. Quellenverzeichnis zum Deutschen Wörterbuch, Band 33. (1971). Online verfügbar unter Kompetenzzentrum für elektronische Erschließungs- und Publikationsverfahren in den Geisteswissenschaften an der Universität Trier, http://woerterbuchnetz.de/cgi-in/WBNetz/wbgui_py?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GV04830#XGV04830 (04.10.2018).

5 Vgl. hierzu die Diskussion zur etymologischen Wurzel von „Verständlichkeit“ im lateinischen „rationalitas“ bei Asmuth, Bernhard (2009): Der Beitrag der klassischen Rhetorik zum Thema Verständlichkeit. In: Antos, Gerd (Hrsg.): Rhetorik und Verständlichkeit. Rhetorik. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 28. Tübingen: Niemeyer, S. 1–20.

6 Vgl. Blumenberg, Hans (1960): Paradigmen zu einer Metaphorologie. In: Archiv für Begriffsgeschichte 6, S. 49.

mit sich bringen, weil das wachsende Verständnis um die Differenz der jeweils anderen Sphäre auch ein neues Licht auf die eigene Praxis wirft. Genau darin liegt der Reiz, aber auch die Herausforderung des Austauschs zwischen Wissenschaft und Praxis.

In diesem Zusammenhang ist es seit langem ein nicht ganz marginales Problem der Praxis der Gesellschaftswissenschaften (wie auch der Praxis der Praxis), dass zu wenige Räume verfügbar sind, um diese Verständigung als Prozess zu ermöglichen. Christof Eichert hat im Rahmen dieses Symposiums völlig zu Recht angemahnt, dass „Habitус und Ort gewechselt werden müssen“, damit Gesellschaftswissenschaften und Praxis „in einen Dialog treten“ können. Dadurch, dass die Schader-Stiftung seit Jahren solche Räume bereitstellt, leistet sie einen unschätzbaren Beitrag zur besseren Verständlichkeit der Gesellschaftswissenschaften und zur Verständigung zwischen Wissenschaft und Praxis.

Prof. Dr. Gunther Hellmann, geboren 1960, ist seit 1999 Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt deutsche und europäische Außenpolitik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Freiburg, München sowie Washington, D.C., und promovierte an der Freien Universität Berlin. Anschließend war er als Wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Universität Darmstadt tätig. Gunther Hellmann forschte und lehrte zudem am SAIS Bologna Center der Johns Hopkins University, als Harris Distinguished Visiting Professor am Dartmouth College sowie an der Transatlantic Academy in Washington, D.C. Unter anderem war er Associate Executive Secretary des World International Studies Committee, als dessen Präsident er seit 2017 fungiert.

Polarisiert, oder nicht polarisiert? Das ist hier die Frage!

Nichts verstärkt den Eindruck einer gespaltenen Gesellschaft so sehr wie die sich überbietende Polemik im Netz.

„Ich möchte, dass am Ende dieser Legislaturperiode diese Bilanz gezogen wird: Unsere Gesellschaft ist menschlicher geworden, Spaltungen und Polarisierung konnten verringert, vielleicht sogar überwunden werden, und Zusammenhalt ist neu gewachsen.“

(Angela Merkel, Regierungserklärung vom 21. März 2018)¹

Polarisierung und Spaltung – beide Begriffe hätten das Potenzial, von der Gesellschaft für deutsche Sprache als Wort des Jahres 2018 ausgewählt zu werden. Denn die Sorge vor einer wachsenden Polarisierung der Gesellschaft prägt zunehmend den gesellschaftlichen Diskurs. Dabei haben nicht nur internationale Ereignisse wie das Votum der Briten für den Brexit und das Agieren des US-Präsidenten Donald Trump die Debatte befeuert, auch in Deutschland hat vor allem die „Flüchtlingskrise“ dazu geführt, dass Medien und Politik ein Klima der Polarisierung konstatieren.^{2,3,4} Insbesondere der damit verbundene Aufstieg von Pegida, der politische Erfolg der AfD sowie die Ereignisse in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 in Chemnitz waren Anlass, dass Vertreter aller politischen Lager sich zunehmend besorgt über die gesellschaftliche Spaltung hier zu Lande äußerten.

Nur: Das Problem einer zunehmenden Polarisierung zu benennen, führt nicht zwingend näher an dessen Lösung heran. Um lösungsorientiert handeln zu können, braucht es zunächst nüchterne Antworten auf die wichtigsten Fragestellungen, die helfen, das Problem sachlich einzuordnen. Aus der Regierungserklärung der Kanzlerin ergeben sich deshalb konkrete Aufgaben für die Gesellschaftswissenschaften, denn sie schaffen das inhaltliche Fundament, auf dem neutrale Betrachtungen und sachliche Beurteilungen gesellschaftlicher Entwicklungen und zwischenmenschlicher Dynamiken erst möglich werden. *Wo* gibt es Spaltungen in der Gesellschaft, *wo* verläuft der Graben? *Warum* entsteht ein polarisiertes Klima? Und *wie* lässt sich der Zusammenhalt der Bevölkerung stärken? Sicher aber gehört die Frage vorangestellt, *ob* wir uns tatsächlich mit einer zunehmenden Polarisierung konfrontiert sehen.

Versachlichung der Debatte durch wertneutrale Überprüfung der Polarisierungsthese

Die Frage, *ob* der Grad der Polarisierung in der deutschen Gesellschaft zunimmt, ist zweifelsohne eine der zentralen Fragestellungen unserer Zeit. Während Beobachter politischer Diskurse und jüngster Ereignisse in Deutschland sowie sicher auch die jour-

1 Merkel, Angela (2018): Deutschland, das sind wir alle! Regierungserklärung der Bundeskanzlerin am 21.03.2018. Online verfügbar unter: Die Bundesregierung, <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2018/03/2018-03-21-reg-erkl-kanzlerin.html> (13.11.2018).

2 Welt.de (2018): Zuwanderung hat Deutschland „ein Stück weit verändert“ (02.09.2018). Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article181391804/Horst-Seehofer-Zuwanderung-hat-Deutschland-ein-Stueck-weit-veraendert.html> (13.11.2018).

3 Steinmeier, Frank-Walter (2018): Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps am 11. Januar 2018. Online verfügbar unter Bundespräsidialamt, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/01/180111-Diplomaten-NJE.html> (13.11.2018).

4 Focus Online (2018): Von Willkommens- zur Wutkultur Wie der Fall Susanna das Land spaltet, vom 10.06.2018. Online verfügbar unter https://www.focus.de/politik/deutschland/debatte-um-kriminelle-fluechtlinge-von-willkommens-zur-wutkultur-wie-der-fall-susanna-das-land-spaltet_id_9070467.html (13.11.2018).

nalistischen Betrachter der Polarisierungsthese vermutlich schnell zustimmen würden, führt ein Blick in die vorhandene Forschungsliteratur zur Vorsicht: Denn gleich mehrere Studien aus den USA haben gezeigt, dass Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche Spaltungen als gravierender und tiefgreifender ansehen, als sie eigentlich sind.^{5,6,7,8} Die eigenen Wahrnehmungen sind also oft realitätsfern beziehungsweise überzeichnet, beeinflussen gleichzeitig aber unser Handeln im Alltag. Das ist gefährlich, denn wer verstärkte Aggressionen zwischen verschiedenen Lagern verspürt, wo nur bedingt welche vorhanden sind, trägt womöglich noch selbst zur gesellschaftlichen Fragmentierung bei. Umso wichtiger erscheint eine umfassende und wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit der Polarisierungsthese, um vorschnellen Eindrücken und subjektiven Wahrnehmungen mit gründlichen Messungen und stichhaltigen Situationsbeschreibungen zu begegnen. Daran arbeiten die Wissenschaften an der Schnittstelle zwischen Politik, Kommunikation, Soziologie und Psychologie aktuell mit Hochdruck.

Je mehr Medien über Polarisierung reden, desto präsenter wird sie in den Köpfen der Bevölkerung

Sucht man nach den Gründen, wieso Menschen im aktuellen Meinungsklima polarisierte Tendenzen wahrnehmen – ungeachtet der Frage, ob diese Wahrnehmungen den Tatsachen entsprechen – ist ein Blick auf die Rolle der Medien notwendig. Denn Medien vermitteln den Bürgern ein Stimmungsbild. Dabei ist eine Unterscheidung zwischen den traditionellen Medien, also Zeitungen, Radio und Fernsehen, und den Sozialen Medien wie Facebook, YouTube oder Instagram unabdingbar, auch wenn die Verschmelzung beider Welten beispielsweise durch digitale Auftritte traditioneller Medien zunimmt.

Traditionelle Medien können dazu beitragen, die Polarisierung zum breiten Gesellschaftsthema zu machen. In den USA haben Forscher seit Anfang der 2000er einen signifikanten Anstieg an Artikeln ausgemacht, die sich mit Polarisierung beschäftigen. Ob sich ein ähnlicher Trend in Deutschland verzeichnen lässt, dazu liegen bislang keine fundierten Ergebnisse vor. Als Folge der Flüchtlingskrise kann ein solcher Anstieg aber sicher angenommen werden. Doch klar ist: je mehr Polarisierung medial diskutiert wird, umso mehr setzt sie sich auch in den Köpfen der Leute fest. Deshalb überrascht es nicht, dass die Forscher in den USA auch einen Zusammenhang zwischen dem Lesen solcher Artikel und einer erhöhten Wahrnehmung von Polarisierung feststellen konnten.⁹ Journalisten müssen also besondere Sorgfalt walten lassen, nicht überproportional häufig oder in überdurchschnittlicher Intensität über Polarisierung in der Gesellschaft zu berichten. Gleichzeitig wollen Leser aber auch zugespitzte Geschichten lesen.^{10,11} Sich in diesem Spannungsfeld zu bewegen, ist für Journalistinnen und Journalisten ein Balanceakt.

5 Blatz, Craig W. / Mercier, Brett (2017): False Polarization and False Moderation: Political Opponents Overestimate the Extremity of Each Other's Ideologies but Underestimate Each Other's Certainty. Online verfügbar unter Social Psychological and Personality Science, <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/1948550617712034> (13.11.2018).

6 Enders, Adam M. / Armaly, Miles T. (2018): The Differential Effects of Actual and Perceived Polarization. In: Political Behavior, S. 1–25. Online verfügbar unter https://docs.wixstatic.com/ugd/c3f8ac_a710e6a5d8ae-48fa8b95d78f41008290.pdf (13.11.2018).

7 Levendusky, Matthew S. / Malhotra, Neil (2015): (Mis)perceptions of Partisan Polarization in the American Public. In: Public Opinion Quarterly, 80(S1), S. 378–391. Online verfügbar unter https://cpb-us-w2.wpmucdn.com/web.sas.upenn.edu/dist/9/244/files/2016/10/poq_nm-263q1d4.pdf (13.11.2018).

8 Westfall, Jacob / Van Boven, Leaf / Chambers, John R. / Judd, Charles M. (2015): Perceiving Political Polarization in the United States: Party Identity Strength and Attitude Extremity Exacerbate the Perceived Partisan Divide. In: Perspectives on Psychological Science, 10(2), S. 145–158.

9 Levendusky, Matthew / Malhotra, Neil: Does Media Coverage of Partisan Polarization Affect Political Attitudes? A.a.O., S. 283–301.

10 McManus, John H. (1994): Market-Driven Journalism: Let the Citizen Beware? Thousand Oaks Calif: Sage Publications.

11 Bird, S. Elizabeth (2000): Audience Demands in a Murderous Market: Tabloidization in US Television News. In:

Hass und Hetze verbreiten sich in Sozialen Netzwerken rapide, weil Veröffentlichungen für jeden in Sekundenschnelle möglich sind

Gravierender stellt sich jedoch der Einfluss der Sozialen Netzwerke dar – manchmal nimmt man sie auch als „asoziale Netzwerke“ wahr. Liest man aktuell politische Debatten auf solchen Plattformen, vermittelt sich der Eindruck, dass unsere Gesellschaft nie gespaltener war. Links gegen rechts, Gutmenschen gegen Wutbürger – und das in höchster verbaler Aggressivität. Zynisch gesagt: Je länger man sich auf Facebook, YouTube & Co. bewegt, umso mehr muss man den Glauben an gesellschaftlichen Zusammenhalt verlieren.

Das Problem: Die Sozialen Netzwerke sind durch eine extrem schnelle Dynamik geprägt. Weil Likes und Gegenkommentare in Sekundenschnelle möglich sind, ist das Tempo der Erregungssteigerung viel höher als in der physischen Welt. Während man vor dem Versand des „guten alten Leserbriefs“ sicherlich noch eine Nacht darüber geschlafen hatte und sei es nur, weil man sich eine Briefmarke besorgen musste, wandert die Botschaft heute vom Gedanken im Hirn über die Fingerspitzen auf der Tastatur mit einem Mausklick in Sekundenschnelle in alle Welt. So kommen verbale Ausfälle zu Stande, die in Zeiten ohne Soziale Netzwerke nie veröffentlicht und somit auch nicht an die breite Bevölkerung herangetragen worden wären. Doch diese Debattenkultur hat sich online so weit ausgebreitet, dass sich immer mehr Menschen heute mit Hetze im Netz konfrontiert sehen: laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen sind das 2018 bereits 79 Prozent der Bevölkerung – zwei Jahre zuvor waren es noch zwei Drittel. Allerdings ist die Hetze im Netz keineswegs von der Flüchtlingskrise ausgelöst worden, diese hat die Entwicklung allerdings verschärft. Probleme mit Hasskommentaren und gespaltenen Lagern im Web gab es auch davor schon reichlich. Bereits 2014 erwog die damalige Tagesschau.de-Redaktionsleiterin Christiane Krogmann eine Einschränkung der Online-Kommentarfunktion auf Grund der Flut an verbaler Aggression.¹² Und insbesondere kontroverse Themen wie die Eurokrise, der Konflikt in der Ukraine, Fragen rund um das Thema Homosexualität und der Migration führten schon vor 2015 zu erhitzten Kommentarkämpfen zwischen oppositionellen Lagern.^{13,14}

Soziale Netzwerke können ein verzerrtes Bild der Realität vermitteln – insbesondere beim Thema Polarisierung

Dennoch ist dieser rapide Anstieg in der Wahrnehmung von Hass in der digitalen Lebenswelt problematisch. Ein amerikanisches Forscherteam konnte in einer experimentellen Studie eine Verbindung zwischen dem reinen Mitlesen unzensurierter Online-Debatten und der Wahrnehmung von Polarisierung demonstrieren.¹⁵ Das heißt: Je höher der Anteil derer, die Hasskommentare und Hetze im Netz wahrnehmen, desto mehr Leute abstrahieren daraus auch eine breite Polarisierung der Gesamtgesellschaft. Ein ähnliches Bild zeigt sich für das Lesen von Online-Nachrichten, wenn die Anbieter auf

Sparks, Colin / Tulloch, John (Hrsg.): *Tabloid Tales: Global Debates over Media Standards*. Lanham: Rowman & Littlefield, S. 213–228.

12 Meedia (2014): Trolle und Hater: Tagesschau.de erwägt Einschränkungen bei Online-Kommentaren, vom 20.11.2014. Online verfügbar unter <https://meedia.de/2014/11/20/wegen-trollen-und-hatern-tagesschau-de-erwaegt-einschraenkungen-bei-online-kommentaren> (13.11.2018).

13 Jansen, Jonas / Steger, Johannes (2013): In eigener Sache. „Verdummung und Propaganda“ (09.04.2013). Online verfügbar unter *Handelsblatt*, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/in-eigener-sache-verdummung-und-propaganda/8039624.html?ticket=ST-2088317-dd1uTDW42EIHcu39fi1D-ap4> (13.11.2018).

14 Meedia (2014): Schwulen-Debatte: Maischberger kontert Queer-Kritik, vom 11.02.2018. Online verfügbar unter <https://meedia.de/2014/02/11/schwulen-debatte-maischberger-kontert-queer-kritik> (13.11.2018).

15 Hwang, Hyunseo / Kim, Youngju / Huh, Catherine U. (2014): Seeing is Believing: Effects of Uncivil Online Debate on Political Polarization and Expectations of Deliberation. In: *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 58(4), S. 621–633.

ihren Webseiten auch Kommentierungsmöglichkeiten eröffnen. In einer ländervergleichenden Studie zeigte sich, dass der Konsum von Online-News in neun von zehn untersuchten Ländern dazu führt, dass man mehr Polarisierung wahrnimmt.¹⁶ Deutlich wird: Wer sich also im Netz bewegt und informiert, erhält fast zwangsläufig den Eindruck einer immensen und breiten gesellschaftlichen Polarisierung. Aber genau davon darf sich die Wissenschaft nicht leiten lassen. Denn subjektive Eindrücke und selbst wahrgenommene Tendenzen sind eben kein besonders verlässliches Fundament. Auch hier sind Sozialwissenschaften also elementar wichtig, um das echte Ausmaß der Polarisierung im Web zu messen und so auch zur Aufklärung beizutragen.

Ein Großteil der Bürger nutzt Soziale Netzwerke, das angespannte Klima wird jedoch durch eine kleine Minderheit sogenannter Trolle produziert

In einer Auswertung des Institute for Strategic Dialogue in Kooperation mit dem deutschen IT-Experten Philip Kreißel haben sich die Forscher ebendieses Ziel gesetzt. Die leitende Fragestellung: Wer ist Urheber des Hasses und in welchem Ausmaß tragen sie zu dem erhitzten Klima im Netz bei? Gezeigt hat sich, dass in den ausgewerteten Online-Beiträgen von Bild, Focus-Online, Kronen-Zeitung, Spiegel online, Tagesschau.de, Die Welt und ZDF fünf Prozent aller Accounts für 50 Prozent der Likes von Hass-Kommentaren verantwortlich waren.¹⁷ Nur ein Bruchteil der Internetnutzer befeuert mit seinen Likes das Klima, wie Kreißel in der Tagesschau erklärte: „Der Hass geht nicht von der breiten Bevölkerungsmehrheit aus, sondern der Hass geht überwiegend von sehr wenigen, sehr aktiven Facebook-Profilen aus, die versuchen, den Hass möglichst relevant erscheinen zu lassen.“ „Internet-Trolle“ nennt man diese kleine Gruppe, die besonders lautstark ist.

Likes und Shares fungieren hierbei als sogenannte „Social Cues“, die Nutzern die scheinbare Popularität eines Beitrages vermitteln, doch gerade hier ist Vorsicht geboten, „denn sie machen Meinungsverteilungen und damit auch das Meinungsklima offenkundig – das freilich meist nicht dem in der Gesamtbevölkerung entsprechen wird“.¹⁸ Solche zentralen Botschaften sind wichtig. Konfrontiert man Menschen nämlich mit tatsächlich gemessenen, niedrigeren Polarisierungswerten, kann das einen depolarisierenden Effekt haben.¹⁹

Dominanz des Online-Diskurses von Menschen am rechten und linken politischen Rand durch Rückzug der breiten gesellschaftlichen Mitte

Auch die Erkenntnis, dass User aus dem rechten und linken politischen Spektrum überdurchschnittlich häufig an Diskussionen in den Sozialen Netzwerken beteiligt sind²⁰, ist ein wichtiger Befund, weil sich ein weiteres Mal erweist, dass Online-Diskussionen kein Spiegelbild des gesamtgesellschaftlichen Diskurses sind.

Einige wenige, oftmals politisch radikaler Gesinnte dominieren das Klima im Wettstreit um die Meinungshoheit im Netz durch emotionalisierte Kommentierung. Im Umkehrschluss bedeutet das auch, dass die breite Mitte der Gesellschaft, die eben weder

16 Yang, JungHwan et al. (2016): Why are “Others” so Polarized? Perceived Political Polarization and Media Use in 10 Countries. In: Journal of Computer-Mediated Communication, 21(5), S. 349–367.

17 Kreißel, Philip / Ebner, Julia / Urban, Alexander / Guhl, Jakob (2018): Hass auf Knopfdruck. Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz. London: Institute for Strategic Dialogue.

18 Stark, Birgit / Magin, Melanie / Jürgens, Pascal (2017): Ganz meine Meinung? Informationsintermediäre und Meinungsbildung – Eine Mehrmethodenstudie am Beispiel von Facebook. Düsseldorf: Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen.

19 Ahler, Douglas J. (2014): Self-Fulfilling Misperceptions of Public Polarization. In: The Journal of Politics, 76(3), S. 607–620.

20 Hölig, Sascha / Hasebrink, Uwe (2016): Reuters Institute Digital News Survey 2016 – Ergebnisse für Deutschland. Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts Nr. 38. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.

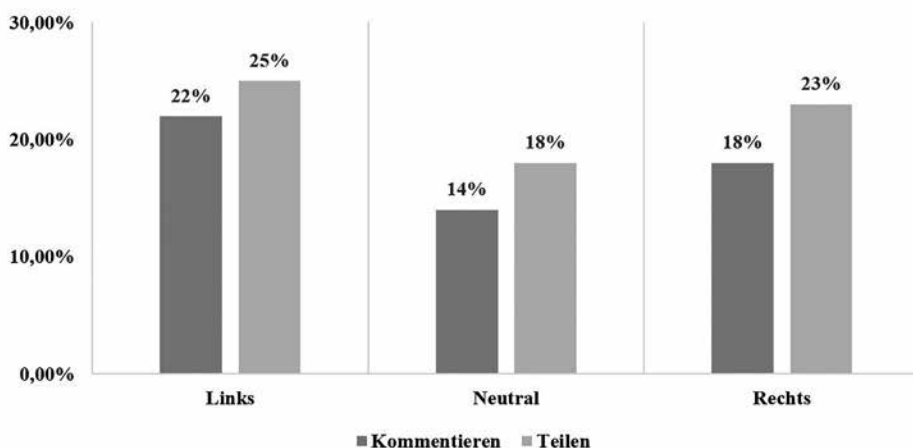


Tabelle 1: Kommentieren und Teilen von Presseberichterstattung im Netz. Für Rechts und Links wurden die Positionen „außen“ und „weit“ zusammengefasst.

Quelle: Reuters Institute Digital News Survey 2016 / Hans-Bredow-Institut. Darstellung repliziert aus Hölzig / Hasebrink, 2016.

besonders stark nach rechts noch nach links ausschlägt, im Online-Diskurs deutlich schwächer vertreten ist. Leise Stimmen finden in den Sozialen Netzwerken einfach kein Gehör, andere fühlen sich durch schrille Töne und die nicht seltene Verwendung verbaler Kraftausdrücke herabgesetzt. Die Folge ist ein Teufelskreis, indem sich viele Moderate aus entsprechenden Debatten im Web zurückziehen, was die Dominanz extremer Stimmen weiter verstärkt.²¹

In digitalen Echokammern treffen Hetzer auf Gleichgesinnte, die sich gegenseitig in ihren Positionen hochschaukeln

Gleichzeitig schaffen die Plattformen auch isolierte Kommunikationsräume, in denen Hetzer auf Gleichgesinnte treffen – beispielsweise in Facebook-Gruppen oder durch die Verwendung bestimmter Hashtags.²² Hier treffen Online-Trolle dann nicht nur auf ähnliche Einstellungen, ihre Wutkommentare finden auch entsprechenden Beifall und gemeinsam überbieten sie sich in Beleidigungen gegenüber Andersdenkenden: „Bestehende Meinungen werden in geschlossenen Kommunikationsräumen wie zum Beispiel Facebook-Gruppen wechselseitig bestätigt, negative Gefühle wie Wut und Hass werden gesteigert.“, so Prof. Dr. Hans Vorländer, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Dresden.²³ Auch das trägt online zu einem polarisierten Klima bei, weil sich gegenüberstehende Gruppen noch aufgeteilter aufeinandertreffen und so den Ton im Web noch weiter verschärfen.

Beispielhaft zeigt sich das Phänomen digitaler Echokammern anhand der Alternative für Deutschland (AfD). So demonstrierte eine Analyse der Süddeutschen Zeitung zur Bundestagswahl 2017²⁴, dass das Kommunikationsnetzwerk der AfD auf Facebook

21 Chen, Gina Masullo (2017): Online Incivility and Public Debate: Nasty talk. Heidelberg: Springer, S. 62–63.

22 Werkener, Jan (2016): Wo Rechtsextreme ungestört zum Mord aufrufen (22.08.2018). Online verfügbar unter Der Tagesspiegel, <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/geheime-gruppen-auf-facebook-wo-rechts-extreme-ungestoert-zum-mord-aufrufen/14008436.html> (13.11.2018).

23 Focus Online (2018): Woher kommt die Angst? Experte erklärt, wie Rechtsextremisten Bürger instrumentalisieren, vom 30.08.2018. Online verfügbar unter https://www.focus.de/politik/deutschland/chemnitz-ausschreitungen-woher-kommt-die-angst-experte-erklaert-wie-rechtsextremisten-buerger-instrumentalisieren_id_9497083.html (13.11.2018).

24 Brühl, Jannis / Brunner, Katharina / Ebtsch, Sabrina (2017): Der Facebook-Faktor. Wie das soziale Netzwerk die Wahl beeinflusst. Online verfügbar unter Süddeutsche Zeitung, <https://gfx.sueddeutsche.de/apps/e502288/www> (13.11.2018).

nur wenig Austausch mit Parteien und Medien jenseits des rechten Spektrums bietet, sondern das AfD-Milieu unter sich bleibt. Durch Interaktionen mit rechtsgerichteten Facebook-Gruppen wie „Multikulti? Nicht mit uns“ und entsprechenden digitalen Nachrichtenseiten wie „Junge Freiheit“ und „Epoch Times“ findet ein einseitiger Diskurs statt, bei dem sich Gleichgesinnte immer weiter hochschaukeln, ohne mit anderen Meinungen konfrontiert zu werden.

Wissenschaft schafft Fakten und erkennt Zusammenhänge, die subjektiven Einschätzungen entgegentreten können

Was lässt sich einem hitzigen Online-Diskurs entgegensetzen, damit sich jeder Einzelne aus der starken gesellschaftlichen Mitte nicht als der letzte verbliebene seiner Art fühlt und auch noch verabschiedet? Eine sehr schlichte Forderung wäre wohl, die Sozialen Netzwerke einfach abzuschalten und zwischenmenschliche Diskurse wieder vollständig in die reale Welt zu verlegen. Doch da diese Option keinerlei Chancen auf Umsetzung hätte und weil die Netzwerke bei aller Enthemmung des Klimas ja durchaus auch Vorteile für unser Zusammenleben haben, braucht es Stimmen, die auf die Verzerrung von Online-Diskursen hinweisen und zugleich mehr Rationalität in die Debatte über Ausmaß und Umfang der Polarisierung in unserer Gesellschaft bringen. Für die angeführten differenzierten Feststellungen braucht es die Wissenschaft, die sie dokumentiert, sie zugleich aber auch an die Bürgerinnen und Bürger heranträgt. Ob sich damit verhindern lässt, dass die wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft zur selbsterfüllenden Prophezeiung wird – sich also Menschen tatsächlich zunehmend polarisieren – ist ungewiss. Aber ein Versuch der Gesellschaftswissenschaften ist es auf jeden Fall wert.

Dirk Metz, geboren 1957, war von 1999 bis 2010 Staatssekretär in der Hessischen Staatskanzlei sowie Sprecher der Hessischen Landesregierung. Seit 2010 ist er als Kommunikationsberater, mit Fokus auf Krisenkommunikation, in Frankfurt am Main tätig. Dirk Metz begann seinen Berufsweg nach einem Zeitungsvolontariat als Redakteur, studierte danach Politische Wissenschaft und Wirtschafts-, Verfassungs- und Sozialgeschichte in Bonn. Nach erneuter Tätigkeit als Zeitungsredakteur war er bis zum Eintritt in die Landesregierung Pressesprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.

Manon Metz, geboren 1992, ist Presse- und Marketingreferentin bei „DIRK METZ Kommunikation“. Zudem promoviert sie am Lehrstuhl für Politische Soziologie der Universität Mannheim. Sie absolvierte ein Bachelorstudium in Politikwissenschaft an der Universität Mannheim und anschließend ein Masterstudium im Fach Kommunikationswissenschaften an der Universität van Amsterdam. Nach ihrem Studium betreute Manon Metz zunächst am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung ein Forschungsprojekt zur deliberativen Qualität politischer Diskurse.

Ich kann dir gar nicht sagen wie intelligent das ist

Scheitern von neuen Ideen durch falsche Zielgruppenkommunikation

Übersetzungsprobleme

Fast täglich beobachte ich als Gesellschafter-Geschäftsführer einer Full-Service-Agentur Menschen und Firmen in der kommunikativen Übersetzung ihrer revolutionären Ideen, Produkte oder Thesen beim Scheitern. Gesellschaftswissenschaften und Praxis sind hier besonders anfällig, da oft aus Budgetgründen nicht auf externe Ressourcen zurückgegriffen werden kann und manchmal vielleicht auch das Bewusstsein fehlt. Äußerst schwer ist es, nachdem man sich ausgiebig mit einem Thema befasst, es vielleicht jahrelang studiert und Jahrzehnte erforscht hat, die gewonnenen Erkenntnisse in einfachen Worten zu beschreiben. Beim Gegenüber immer wieder Wissen, Verständnis und Interesse (vielleicht sogar Begeisterung!) vorauszusetzen, ist eine Falle, in die schnell getappt wird. Je tiefer man selbst eintaucht, je weiter die Gedanken gehen, umso schwerer ist es, sich aus diesen Schlingen selbst wieder zu befreien und einem Außenstehenden „einfach“ klar zu machen, um was es geht.

Die Reduktion von komplexen Inhalten auf das Wesentliche ist dabei sicherlich die größte Herausforderung. Viel zu groß scheint die Angst zu sein, Wesentliches wegzulassen und so wird das Risiko eingegangen, dass zum Schluss gar nichts mehr ankommt. Schlimmer noch – der Zuhörende nach wenigen Minuten abschaltet. Das einfachste Mittel (und ein großer Fehler) ist die eins-zu-eins Übersetzung von Botschaften nach außen. Machen Sie den Selbsttest: Besuchen Sie Ihre eigene Website oder die eines Unternehmens in der Region. Sie werden feststellen, dass „Übersetzungsprobleme“ überall zu finden sind. Auf was ich besonders Augenmerk legen möchte, ist die Menüführung. Die meisten Websites von Unternehmen bieten unter anderem die folgenden Navigationspunkte:

- Über uns
- Produkte / Dienstleistungen
- Geschäftsführung / Vorstand
- Team
- News

Wenn Sie dies bestätigen können, haben Sie wahrscheinlich ein klassisches Beispiel für eine absenderorientierte Kommunikation gefunden. Ich gehe von mir selbst aus und sage allen „da draußen“, wie ich bin und was mich aus meiner eigenen Wahrnehmung ausmacht. Doch ein Gedanke fehlt: Was interessiert mein Gegenüber? Und wenn ich mich als Unternehmen oder Person mit dem Gegenüber befasse, dann werde ich in fast allen Fällen feststellen, dass es sich nicht um ein Gegenüber handelt, sondern um eine Vielzahl mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Zielen.

Welterklärung oder Dialog?

Mit diesem Selbsttest möchte ich nicht behaupten, dass die oben genannten Navigationspunkte ab sofort ein No-Go auf Websites sein sollten. Unsere eigene Unternehmenswebsite beherbergt viele dieser lieb gewonnenen Begriffe, um Selbstdarstellung zu betreiben. Vielmehr geht es mir um die Auseinandersetzung und das Wieder-be-

wusst-Machen von Dingen, die wir in den Grundsätzen alle gelernt, aber in der täglichen Wahrnehmung nicht mehr im Sichtfeld haben.

Schon einige Male war ich nun ehrenamtlich als Coach beim Sommercamp der Schader-Stiftung tätig. Junge Studierende wurden in Gruppen zusammengestellt und erarbeiteten zu elementaren Fragestellungen der Gegenwart und Zukunft Konzepte, die sie uns vortrugen. Es beeindruckte mich sehr, junge Menschen zu sehen, die sich in ihren Semesterferien mit diesen Themen auseinandersetzten und dafür nach Darmstadt reisen. Es schockierte mich offen gesagt jedoch auch, dass einige so klug waren, dass sie sich im Team den Großteil der Zeit gegenseitig die Welt erklärten und dabei augenscheinlich manchmal selbst nicht verstanden haben. In diesem Rahmen waren sie unter sich. Jung, gebildet, studierend. Sie entwickelten Konzepte für Menschen aus anderen gesellschaftlichen Schichten, mit anderen Problemen im täglichen Leben. Doch wie sollen diese umgesetzt werden, wenn gar die Kommunikation im eigenen Milieu schon die größte Schwierigkeit ist?

Gute Kommunikation heißt verstehen. Vor allem die Menschen, für die ich etwas schaffen möchte, müssen mich verstehen. Eine detaillierte Definition der Zielgruppe/n und die Ausarbeitung der Bedürfnisse – viel besser passt das Wort „Herzenswünsche“ – ist unabdingbar, um das passende Konzept zu entwickeln. Erst danach kann der Nutzen eines Konzepts (oder Produkts) für die Zielgruppe benannt werden, denn dieser ist die konsequente Antwort auf das Bedürfnis.

Seit über 15 Jahren bin ich in der Werbung, neudeutsch in der Kommunikationsbranche tätig. Die Grundpfeiler Zielgruppe, Bedürfnisse und Nutzen sind nach meiner Überzeugung unverrückbar. Agenturen und kreative Beratungsfirmen haben unterschiedliche methodische Ansätze zur Erarbeitung dieser und anderer Markenparameter entwickelt, die sich jedoch nach meiner Einschätzung nur im schillernden Kleid unterscheiden und nur unwesentlich im Inhalt. Eingangs schrieb ich vom Scheitern in der Kommunikation. Selbst wenn im strategischen Bereich, den ich nur ganz oberflächlich angerissen habe, alles richtig umgesetzt wurde, so birgt die gute Umsetzung die größten Tücken.

Nie werde ich eine meiner ersten Vorlesungen als Student vergessen, als der Dozent einen Gewinn im Rahmen eines Tippspiels auslobte. Zu schätzen galt es, mit wie vielen Werbebotschaften ein Mensch in Deutschland durchschnittlich am Tag konfrontiert wird. Das Spektrum der Ideen ging weit auseinander und die Argumentationen waren einigermaßen abenteuerlich. Meine persönliche Schätzung lag bei 500 und ich sollte feststellen, dass ich weit daneben lag. 2.300 Werbebotschaften waren es laut ihm damals in 2005, die uns tagtäglich berieseln. Aktuelle Zahlen gehen immer noch weit auseinander und auch die damals genannte Zahl scheint eher tief- als hochgestapelt gewesen zu sein. Fasst man unterschiedliche Quellen, die sich auf unterschiedliche Regionen beziehen, zusammen, so sind 8.000 bis 15.000 Werbebotschaften pro Tag als durchaus realistisch einzuschätzen. Wie viele davon haben Sie heute bewusst wahrgenommen?

Werbung hat unterschiedliche Zielsetzungen. Es ist gut, dass Sie sich nicht an jede einzelne Anzeige oder jedes Plakat erinnern können. Unser Gehirn schützt uns vor den vielen Einflüssen und sortiert rigoros aus, so dass wir den Blick fürs Wesentliche behalten. Umso mehr müssen wir uns in der Kreation von Werbung heute hinterfragen, ob wir die richtigen Wege gehen oder ob wir zielführendere Ansätze verfolgen können.

Wege zur Zielgruppe

Wenn Werbung absenderorientiert ist und keine Nutzen für den Betrachter zu erkennen sind, dann wird sie direkt aussortiert oder als störend betrachtet. Es gibt zwar einige Beispiele für äußerst erfolgreiche Werbung, die als störend empfunden wird (zum Beispiel Seitenbacher Müsli), dies ist aber die Ausnahme und nicht die Regel. Um auch künftig die Projekte, Ideen oder Produkte richtig zu kommunizieren, schlage ich den Gesellschaftswissenschaften und Praktikern vor, dass auf diese Punkte besonders geachtet wird:

Fasse dich kurz: Keine epischen Abhandlungen. Weniger ist mehr und in 280 Zeichen (Twitter) sollten komplexe Zusammenhänge als Themenaufhänger erklärt sein, so dass die Zielgruppe bei Interesse tiefer in das Thema einsteigen kann.

Schaffe freien Platz: Die Zeiten voll beladener Medien ist vorbei. Auch visuell sollte sich auf das Wesentliche konzentriert werden und das Auge freut sich über eine Hierarchie, um gelenkt zu werden. Wenn alles groß und wichtig erscheint, dann wird nichts wichtig sein. Dem Auge einen Blickpfad durch klare Prioritäten zu geben ist dabei hilfreich.

Übersetze: Ein seriöser Versicherungsmakler, der in seine Anzeige „ich bin seriöser Versicherungsmakler“ schreibt, der wird alles andere als seriös wirken. Ziel muss es sein Kommunikation zu schaffen, bei der die Zielgruppe selbst zu der gewünschten Erkenntnis kommt.

Sei individuell: Klar lassen sich Bilder aus Bildarchiven kaufen und manche gibt es sogar lizenzfrei. Für ein eigenständiges Auftreten und klares Profil ist es jedoch in der Praxis oft nicht hilfreich. Was mich und meine Idee ausmacht, sollte in Bildern dargestellt werden, die nicht generisch sind und eine eigene Sprache haben.

Baue eine Brücke: Kommunikation sollte nicht die ganze Geschichte bis zum Ende erzählen. Es muss gelingen eine Brücke zu bauen, die bis zu 90% fertiggestellt ist. Die restlichen 10% sollten vom Betrachter erschlossen werden, da auf diese Weise eigene Erkenntnis gewonnen wird und Erinnerung stattfindet. Die Tücke ist es, diese Brücke weit genug zu bauen, so dass auch in einem kurzen Moment eigene Erkenntnis stattfinden kann. Zu viel bedeutet, dass es schnell für den Betrachter langweilig wird und zu wenig führt meist dazu, dass die Aussage nicht verstanden wird.

Serviere mundgerecht: Kommunikative Botschaften müssen priorisiert werden. Dies bedeutet nicht zwingend, dass Aussagen weggestrichen werden müssen, um Wichtigeren mehr Platz zu geben. Durch Klärung der Prioritäten und/oder der Dramaturgie werden diese in die richtige Reihenfolge einsortiert und zum richtigen Zeitpunkt mundgerecht serviert. Ohne Verschlucken.

Wähle den richtigen Kommunikationsmix: Welche Kommunikationskanäle erschlossen werden sollten, ist eine zentrale Frage. In unserer Agentur beantworten wir diese mit den strategischen Werkzeugen „consumer journey“ und „message cascading“, was nichts anderes meint als die Wege des Verbrauchers im Kommunikationsdschungel zu kennen und danach die Botschaften scheinchenweise in den passenden Medien zu platzieren. Im vorauseilenden Gehorsam (Standard-) Kommunikationsmittel wie Flyer, Website oder Facebook-Auftritt zu initiieren sollte zumindest hinterfragt werden.

Sei werblich, ohne Werbung zu machen: Werbung wird oft als störend und aufdringlich empfunden. Gute Kommunikation sollte sich nicht wie Werbung anfühlen. Sie sollte unterhalten, emotional berühren und einen wirklichen Nutzen haben. Im Idealfall fühlt sich diese gar nicht wie Werbung an.

Die Herausforderungen sind groß und sie werden größer. Die Welt ist immer schneller getaktet, die Aufmerksamkeitsspanne nimmt durch die Nutzung einer Vielzahl an (digitalen) Medien dramatisch ab und die Welt ist in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung so komplex geworden, dass einfache Antworten schier unmöglich sind. Die Vielzahl der Menschen sehnt sich jedoch nach einfachen Antworten und ist über Emotion zu erreichen.

Lassen Sie uns emotional werden und aus dem Elfenbeinturm der rein rationalen Argumente und Überheblichkeit herab klettern. Lassen Sie uns verstehen, dass es auch in unserer Verantwortung liegt, wenn wir nicht verstanden werden. Überlassen wir dieses Feld der einfachen Antworten nicht den Populisten und schlagen die Tür zu. Wir müssen zulassen, was wir selbst sind. Mensch sein. Gute Kommunikation bedeutet auch den Abbau des eigenen Egos.

Heiko Depner, geboren 1983, ist seit 2013 geschäftsführender Gesellschafter der Darmstädter Kommunikationsagentur La Mina und der zugehörigen Holding Good Business. An der Hochschule Darmstadt ist er Dozent im Studiengang Wirtschaftspsychologie im Bereich Werbung/Marketing. Sein Studium der Marketing-Kommunikationswirtschaft absolvierte er am Institut für Marketing und Kommunikation in Wiesbaden. Heiko Depner war in seiner beruflichen Laufbahn sowohl für Unternehmen als auch für Agenturen tätig und engagiert sich persönlich und mit seiner Agentur in verschiedenen Gremien und sozialen Projekten.

8

Verantwortung

194 **Verantwortliche Forschung und Praxis**

Paul Kirchhof

198 **Mitreden, einmischen, verantworten**

Klaus-Dieter Altmeyen

204 **Dimensionen verantwortlichen Handelns**

Klaus-Michael Ahrend

Verantwortliche Forschung und Praxis

Dank

Heute ereignet sich in der Schader-Stiftung etwas Besonderes. In der Regel würdigt, fördert und inspiriert Alois M. Schader mit seiner Stiftung Wissenschaftler. Heute richten Stiftung und Wissenschaftler ihren Blick auf Alois Schader, um ihn zu ehren und die Wertschätzung für sein Werk zum Ausdruck zu bringen. Er hat als beratender Bauingenieur in der Zeit der Nachkriegsnot und des Wandels von der Großfamilie zur Kleinfamilie Wohnungsbauprogramme entwickelt, die dem neuen gesellschaftlichen Bedarf und der aktuellen Bautechnik entsprachen. Doch als Staat und Gesellschaft diese Einsichten nicht hinreichend in die Praxis umsetzen, hat Alois Schader sich entschlossen, eine Stiftung zu gründen, damit die Gesellschaftswissenschaften diese Welt menschengerechter und sozialer gestalten. Die Sozialwissenschaften sollen ihren Blick stetig zwischen Technik und gesellschaftlicher Entwicklung hin und her wenden, einen gesellschaftlichen Wandel als Aufgabe an die Technik herantragen, aber auch technische Entwicklungen zum Gegenstand der Gesellschaftswissenschaften machen. Dieser Widmungszweck folgt zugleich der wissenschaftlichen Erfahrung, dass neue Erkenntnisse vor allem im Überschneidungsbereich von Wissenschaftsdisziplinen zu erwarten sind. Anlass und Aufgabe des heutigen Tages ist es, Herrn Schader für dieses Zukunftskonzept zu danken. Doch der Auftrag der Stiftung gilt stetig und bestimmt auch für die heutigen Impulsreferate, die Themen und Maßstäbe für eine Forschung formulieren sollen, die sich der Praxis verantwortlich weiß, also unsere Welt, die Lebensbedingungen des Menschen – einfach gesagt – besser und schöner machen.

Diese Aufgabe stellt sich heute durch die Entwicklung von Robotern und Computern, von IT-Technik und Drohnen so dringlich, dass Alois M. Schader, hätte er nicht vor 30 Jahren seine Stiftung gegründet, diesen Gründungsakt heute wohl nachholen würde.

Im Jahre 1990 hat der Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker einen Blick zurück auf die Auseinandersetzung zwischen Galilei und der Kirche geworfen und diesen Prozess in die Gegenwart der Atomforschung weitergedacht. Den Kardinal Bellarmin hätte geschaudert, wenn er geahnt hätte, dass die Atomforschung auch eine Atombombe entwickelt. Von Weizsäcker hat (1990) festgestellt, er wisse nicht, ob diese Erfindung die Zivilisation zerstöre. Wir wissen es heute auch nicht.

Auch heute braucht die Wissenschaft Bedachtsamkeit, darf wissenschaftlicher Mut nicht zum Übermut werden, ist Wissenschaftsfreiheit stets verantwortete Freiheit. Deswegen muss die Frage, was der Mensch kann, stets begleitet werden von der Frage, was der Mensch soll und was er darf.

Die technischen Fortschritte als Freiheitschance

Der gegenwärtige technische Umbruch gibt den Menschen mehr Freiheiten, als sie früher je ahnen konnten. Die Maschinen übernehmen die Aufgabe, Wirtschaftsgüter – Bauten, Fahrzeuge, Computer und Kleidung – zu produzieren. Roboter erbringen Dienstleistungen in Industrie, im Handel, auch in der Begleitung und Betreuung von Menschen. Computer erschließen Wissen, bieten ein technisches Gedächtnis, kombinieren Daten in einer Breite und Geschwindigkeit, die den Menschen nicht möglich wäre. Drohnen und bald auch selbstfahrende Fahrzeuge organisieren Verkehr und Transport.

Diese Technik entlastet den modernen Menschen elementar. Er braucht kaum noch körperlich im Schweiß seines Angesichts zu arbeiten. Handelsgeschäfte werden weitgehend digital geschlossen, erfüllt und abgewickelt. Der Computer erfüllt die Aufgaben eines Rechnungs-, Planungs- und Bilanzbüros. Das Internet vermittelt Wissen, kombiniert und präsentiert Erfahrungen und Einsichten. Drohnen nehmen das Verkehrswesen zunehmend den Menschen aus der Hand. Das selbststeuernde Fahrzeug macht den Autofahrer zum Fahrgast. Die Köpfe und Sinne des Menschen, seine Lebenssichten und Planungen werden frei für anderes.

Der technische Fortschritt wird vom Menschen subjektiv erdacht und subjektiv erlebt. Kamille im botanischen Garten ist ein Heilkraut, im Rosenbeet ein Unkraut. Wasser in der Sahara ist ein Rettungsmittel, in der Kellerwand ein Schaden. Der Flug nach Afrika ist für den Urlauber ein Vergnügen, für den abgeschobenen Flüchtling der Weg in die Verbannung. Ebenso erleben wir die technische Entwicklung mit Begeisterung oder in Angst. Doch bei allen Erfindungen – der Dampfmaschine, der Entdeckung der Energie, der Entwicklung moderner Medien – hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass der technische Fortschritt für die Menschen von Vorteil ist, wenn die Gesellschaft sich auf die sachgerechte Nutzung der Technik einrichtet. Diese Kunst, die Technik zu fördern und den Menschen zugleich zu befähigen, mit seinen Anliegen und seinen Werten die Technik zu beherrschen, dürfte ein Kernanliegen der Schader-Stiftung sein.

Jede Technik kann Hilfe und kann Gefahr sein. Das wissen wir seit der Erfindung des Messers. Computer und Roboter sind heute alltägliche, selbstverständliche Hilfsmittel für Wirtschaft, Wissenschaft und private Lebensführung. Doch muss sich der Mensch darauf einrichten, dass diese Techniken ihn in eine vorprogrammierte, formatierte Sichtweise auf die Wirklichkeit führen. Wer im Internet Daten sucht, um ein historisches Geschehen besser zu verstehen, erhält Ergebnisse, die der Algorithmus generiert. Er begegnet der Wirklichkeit nicht in ihrer Vielfalt, Unterschiedlichkeit und Entwicklung, sondern in einem fremdbestimmten Format. Seine Freiheit wird zur formatierten Freiheit.

Algorithmen verbreiten Erfahrungen und Lebenssichten, geben Berufsständen und Alltagsabläufen ein neues freiheitliches Gesicht. Doch sie beanspruchen dabei „Künstliche Intelligenz“, die der menschlichen überlegen sei und deshalb menschlichen Widerspruch nicht duldet. Eine Demokratie sucht ihre Lebenserfahrungen und Verhaltensregeln demgegenüber in einem offenen Prozess der Gesetzgebung, in dem das Für und das Wider einer Norm erörtert wird, das Gesetz von heute durch ein besseres Gesetz von morgen abgelöst werden kann. Die Vorläufigkeit menschlicher Einsichten, die tägliche Chance zum besseren Gesetz ist der Demokratie eigen. Zudem erleben wir gegenwärtig insbesondere im Steuerrecht, dass die staatliche Erläuterung, wie ein Gesetz zu handhaben ist, von der Verwaltungsvorschrift zum Algorithmus, also von der Staatsverwaltung zur technischen Interpretation übergeht. Darin liegt eine Chance elementarer Vereinfachung und materieller Gleichheit vor dem Gesetz. Doch die Technik ist auch so unbekümmert, elementare Legitimations- und Kontrollanforderungen des Rechtsstaates – Verantwortlichkeit und Gewaltenteilung – außer Kraft zu setzen.

Soziale Medien gefährden das Prinzip der freiheitlichen Verantwortlichkeit, das vom freiheitlichen Menschen grundsätzlich erwartet, mit eigenem Namen und eigenem Gesicht für das einzustehen, was er in Freiheit tut. Die „sozialen Medien“ hingegen erlauben dem Nutzer des Internets, in einer gesicherten Anonymität Hass, Häme, Gewaltempfehlungen – gegen seinen Lehrer, seinen Richter oder seinen Konkurrenten – zu verbreiten. Die Technik organisiert die Anonymität, das ist die Unverantwortlichkeit. Sie soll aber der Freiheit des Menschen dienen. Dieser will die Technik in verantwortlicher Freiheit veranlassen und beherrschen.

Vorbereiten einer grundsätzlich anderen Arbeitswelt

Wenn der technische Fortschritt den Menschen fundamental entlastet, bietet er ihm die einmalige Chance, von seinen ideellen Freiheiten vermehrt Gebrauch zu machen. Wir stehen heute nicht in einem technischen Umbruch, wie ihn Gerhard Hauptmann in „Die Weber“ eindrucksvoll beschrieben hat. Damals wurden die Handweber durch die Webmaschinen aus dem Arbeitsmarkt verdrängt, gerieten in Armut und existentielle Not. Der moderne Mensch lebt in gesicherter Bürgerlichkeit, hat eine faire Chance, aus bisherigen Erwerbsverhältnissen in neue Arbeitsverhältnisse einzutreten. Er kann sich insbesondere auch anderen Freiheiten als der herkömmlichen Berufsfreiheit widmen. Sein Status wird weniger durch den Beruf geprägt, sein Rang weniger durch die Höhe des Einkommens bestimmt.

Die Sozialwissenschaften stehen vor der Aufgabe, diesen Akt der technischen Befreiung so zu begleiten, dass die Menschen nicht in Arbeitslosigkeit stürzen, sie aber auch bei der Arbeit außerhalb des bisherigen Entgeltsystems nicht ohne eigenes Einkommen bleiben.

Der technisch befreite Mensch wird sich mehr seiner Familie und seinem Freundeskreis widmen, individuelle Not gemeinnützig lindern und die Suche nach Kultur im Ehrenamt ins Ziel führen. Er wird musizieren, dichten, malen, lesen und diskutieren. Er bemüht sich vermehrt um die Jugend und wendet sich ermutigend und pflegend alten Menschen zu. Sein Lehren und Erziehen kann in Schule und Hochschule individueller in kleinen Einheiten wirksam werden. Die Forschung wird den Menschen neue, anspruchsvolle und sinnstiftende Arbeitsplätze bieten. Der Sport wird nicht nur als Wettbewerb gepflegt, sondern als eine Übung zu Fairness und Fitness, die Leib und Seele zusammenhält. Die Aufgabe eines individualgerechten und gemeinschaftsverträglichen Wohnens stellt sich in der wachsenden Verstädterung und den damit verbundenen Anforderungen an menschliches Leben und an die Umwelt wiederum neu. Der Umweltschutz wird im alltäglichen Verstehen deswegen unbürokratisch auf den Jedermannsbedarf abgestimmt. Die Aufgaben unseres Alltags werden sich elementar verändern, wenn wir uns in Zukunft sicher in einem Dreieck bewegen wollen, in dem die USA militärische und datentechnische Herrschaft ausüben, Russland uns mit Energie versorgt und China zu unserem wichtigsten Wirtschaftspartner geworden ist. Und wir werden beginnen müssen, unser Recht in einer immer komplizierter werdenden Welt zu vereinfachen.

Gegenwärtig sucht unsere Gesellschaft der Gefahr der Arbeitslosigkeit durch Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit und Verkürzung der Lebensarbeitszeit zu begegnen. Zugleich richtet man neue Prüf- und Kontrollstellen ein, begründet eine Fülle von Berichts-, Nachweis- und Bilanzierungspflichten, verheißt in einem Informationsfreiheitsgesetz Akteneinsicht und Auskünfte nahezu bei jeder Behörde, antwortet zugleich – gegenläufig, aber arbeitsmarktwirksam – mit Datenschutzstrategien. Die Umgestaltung des Finanzmarktes und die Erweiterung des Beratungsbedarfs in einer kaum noch verstehbaren Welt bringt Menschen ins Brot, nimmt aber anderen ein Stück des selbst verdienten Brotes. Auch die institutionelle Verselbständigung von Interessen und Aufgaben in weiteren Behörden und NGOs bieten neue Betätigungsmöglichkeiten. Diese Entwicklung des Arbeitsmarktes ist selbstverständlich nicht insgesamt sinnlos und bürokratisch. Ihre Übertreibung aber ist ein Irrweg, der die Chancen zu mehr Freiheit im Arbeitsleben bisher überhaupt nicht nutzt. Die Sozialwissenschaften haben die Aufgabe, die Betätigungsmöglichkeiten des Menschen in der Weite von Beruf und Arbeit zu erschließen und zu empfehlen.

Jede Arbeit verdient ihren Lohn

Der Mensch braucht auch in dieser modernen Welt des Arbeitens ein durch Leistung verdientes Einkommen, um seine Freiheit entfalten zu können. Viele der ideellen Frei-

heiten fordern anspruchsvolle Arbeit, werden derzeit aber nicht entgolten. Deswegen stehen Gesellschaft und Recht vor der Aufgabe, die Einkommensströme neu zu organisieren. Dabei bietet sich eine grundsätzliche Alternative: Man kann die Finanzierung dieser neuartigen Arbeit dem Staat überlassen, der Maschinen und Daten besteuern wird, damit aber eine Finanzmacht gewönne, um alle Menschen mit einem Individual-einkommen auszustatten, sie damit aber in die Abhängigkeit von dem staatlichen „Goldenen Zügel“ brächte.

Andererseits könnte die Gesellschaft die entgeltwürdige Leistung modern definieren und in ihrer Kompetenz die Einkommensquellen neu erschließen. Die Internetnutzer könnten die von ihnen bereitgestellten Daten, wenn sie wirtschaftlich Verwertung finden, also ein Wirtschaftsgut darstellen, für sich beanspruchen und dadurch ein Einkommen erzielen. Die Nachfrager nach maschinenproduzierten Gütern könnten an Maschinenerträgen beteiligt werden und in Anlehnung an das gegenwärtige System der Privatversicherung Berechtigungspunkte sammeln. Genossenschaftsähnliche Verbände könnten den Erfolg technisch produzierter Wirtschaftsgüter auf alle Beteiligten – auf die Erfindungs-, Organisations-, Technik-, Verwaltungs- und Reparaturstufe – verteilen. Das Eigentum an Produktivkapital (Aktie, Anleihe, Fonds) und damit die Herrschaft über den Ertrag von Produktionsmitteln ist behutsam neu zu bedenken.

Die modernen Gesellschaftswissenschaften werden eine neue Ethik der Leistung entwickeln müssen. Die entgeltwürdige Leistung entsteht nicht ausschließlich in bisherigen Berufsrechtsverhältnissen. Entgeltwürdig kann nicht nur eine Tätigkeit, sondern auch der Erfolg einer Arbeit sein, die dem inspirierenden Erzieher, dem Vorbild, dem Maßstabsgeber und dem Friedensstifter unterschiedlich zugemessene Anerkennung zuspricht.

In dieser Feierstunde zu Ehren eines Stifters der Denkanstöße geht es nicht um Lösungsvorschläge, wohl aber um das Eröffnen von Perspektiven, die unsere Wissenschaften drängen, in die Zukunft gedanklich vorzugreifen, um Lösungswege zu erschließen, einen schonenden Übergang von der alten Berufswelt zur modernen Arbeitswelt vorzubereiten. Würden wir die bisherigen Tarifvertragsparteien wissenschaftlich unbegleitet in ihre Zukunft stolpern lassen, wären der innere Friede und die Prosperität in Deutschland gefährdet. Würden wir den Finanzmarkt, die IT-Welt und die technische Produktion nicht auf die Folgen ihres Systems hinweisen und Frag-Würdigkeiten bewusstmachen, duldeten wir den Fortbestand eines Wettbewerbs ohne Tausch von Leistungsäquivalenten, der scheitern wird.

Vor allem aber hätten wir – die wirklichkeitsverantwortliche Wissenschaft – unseren Auftrag, die Gesellschaft freiheitsgerecht fortzubilden, nicht erfüllt. Das könnten wir vor unseren Kindern, vor unseren Maßstäben der Wissenschaftsethik, vor Herrn Schader nicht verantworten.

Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof, geboren 1943, wurde 2013 zum Seniorprofessor distinctus für Staats- und Steuerrecht der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg ernannt und lehrt das Fach Steuerrecht. Zuvor hatte er dort seit 1981 eine Professur für Öffentliches Recht inne und war Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht. Er studierte Rechtswissenschaften in Freiburg und München. An der Universität Münster war er bis 1981 Professor für Öffentliches Recht und Direktor des Instituts für Steuerrecht. 1987 wurde Paul Kirchhof zum Richter des Bundesverfassungsgerichts berufen und war bis 1999 Mitglied des Zweiten Senats. Von 2013 bis 2015 war er Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. 2012 erhielt er den Schader-Preis und gehört dem Senat der Schader-Stiftung an.

Mitreden, einmischen, verantworten

Gedanken zu den Praktiken der Gesellschaftswissenschaften

Die Praxis der Theorie

Sind auch genug Praxisvertreter_innen in den Veranstaltungen, so lautet eine oft gestellte Frage in den Gremien der Schader-Stiftung? Für einen Vertreter der Journalistik, einer Teildisziplin der Kommunikationswissenschaft, ist die Frage danach, wie sich das Verhältnis von Theorie und Praxis präsentiert, einigermaßen erstaunlich. Die Journalistik ist eine hoch praktisch ausgerichtete wissenschaftliche Disziplin, schon seit ihrer Gründung in den 1970er Jahren. Das klare Bekenntnis zur Ausbildung von Journalist_innen, für wissenschaftliche Studiengänge nicht gerade die Regel, stand am Beginn der Gründerzeit. In Anlehnung an die amerikanische Journalistenausbildung sollte die sogenannte hochschulgebundene Journalistenausbildung ein Gegengewicht zur reinen Praxislehre des Volontariats bilden.¹ Seinen weithin sichtbaren Ausdruck findet der Praxisanteil in der Journalistik darin, dass die entsprechenden Studiengänge damals wie heute einen hohen Anteil an Modulen enthalten, der nicht nur praktischen Journalismus lehrt, sondern auch von praktizierenden Journalist_innen gelehrt wird.

Dieses Janusgesicht hat Folgen. Die Zwiespältigkeit wird sichtbar in journalistikinternen Debattenbeiträgen, mit denen gefordert wird, dass allein ausgewiesene Praktiker (es geht regelhaft um Männer, nicht um Frauen) als Professoren in der Journalistik lehren sollten, da nur sie wüssten, „wie Journalismus geht“. Derart absurde Argumente einer kritiklosen Anpassung an die Praxis ziehen sich leider durch die mehr als vierzigjährige Geschichte der Journalistik. Andererseits halten Vertreter_innen der „wahren“ Wissenschaftsdiziplinen (Soziolog_innen, Politikwissenschaftler_innen, etc.), nicht erstaunlich, die Journalistik für keine „richtige“ Wissenschaft. Das resultiert sicher auch aus den hohen Praxisanteilen in den Studiengängen, hat aber, da es sich häufig gegen die Kommunikationswissenschaft insgesamt richtet, ebenso gewiss mit einer disziplinären Überheblichkeit gegenüber dem „Newcomer“ zu tun. So sitzt die Journalistik zwischen den Stühlen, die Praxis der Theorie wird in der Realität der Wissenschaft für sie zum Ballast.

Andererseits, genau diese Praxisorientierung qualifiziert Journalistikwissenschaftler_innen in durchaus herausgehobenem Maße für die Mitarbeit in der Schader-Stiftung, sind sie doch geübter im Dialog mit der Praxis als manch Vertreter_innen anderer wissenschaftlicher Disziplinen. Nun, siehe oben, gehören Praxiserfahrungen aber nicht zu den Kriterien, die „richtige“ Wissenschaft auszeichnen. Doch was sind diese Kriterien, was sind soziale und kulturelle Praktiken, die erkennen lassen, was das Tun der Mitglieder wissenschaftlicher Disziplinen auszeichnet? Soviel vorweg: Der Anzug bei den Betriebswirten und der Kittel bei den Ärzten reichen dafür nicht aus, sie sind Symbole habituellen Handelns, sie sind nicht die Merkmale wissenschaftlichen Tuns.

Genau diesem Tun widmet sich dieser Beitrag. Ausgangspunkt ist die These, dass es eine Praxis der Wissenschaft gibt. So betrachtet ist Wissenschaft in der Schader-Stiftung stets selbst Thema, denn der Dialog von Gesellschaftswissenschaften und Praxis

¹ Weischenberg, Siegfried (Hrsg., 1990): Journalismus & Kompetenz. Qualifizierung und Rekrutierung für Medienberufe. Opladen: Westdeutscher Verlag. Altmeyen, Klaus-Dieter (2005): Journalistenausbildung. In: Weischenberg, Siegfried / Kleinstaub, Hans J. / Pörksen, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Journalismus und Medien. Konstanz: UVK, S. 142–148.

äußert sich in Theorie als gelebter Praxis und Praxis als gelebter Theorie. Die Praxis der Wissenschaft allerdings ist nicht einheitlich, die Differenzen äußern sich vor allen anderen Dingen in den sozialen Praktiken, davon können Journalistik und Kommunikationswissenschaft beredt Zeugnis ablegen.

Diese Selbstbezüglichkeit der Wissenschaften ist jedoch keine Ausnahme. Die Berichterstattung über das aktuelle (2018) Verfahren der Exzellenzinitiative ist ein höchst anschauliches Beispiel für die verstetigten Prozesse der Ökonomisierung von Wissenschaft, verstanden als das zunehmende Fällen von Entscheidungen nach ökonomischen statt nach wissenschaftsimpliciten Kriterien. Solche Prozesse verändern die Praktiken. Das wiederholte, auf Dauer typisierende ökonomische Handeln und Entscheiden von Wissenschaftler_innen in den Gremien der Wissenschaften, in den internen wie Fakultätsräten, Senaten und Hochschulräten ebenso wie in den externen beim Wissenschaftsrat, bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und beim Deutschen Hochschulverband (DHV) zum Beispiel verdrängt wissenschaftliches Entscheidungshandeln.

Wissenschaften, insbesondere die Gesellschaftswissenschaften, beschäftigen sich in der Folge viel mehr mit sich selbst als mit den Problemen der Gesellschaft, sie verlieren ihre Gemeinwohlorientierung.² Darüber geraten Normen, Sollenserwartungen³ an die Wissenschaft in den Hintergrund. Zu diesen Sollenserwartungen gehört, so wird an dieser Stelle behauptet, dass Gesellschaftswissenschaften mitreden, sich einmischen und gesellschaftlich verantwortlich handeln. Diese Kriterien werden in diesem Beitrag als engagementbasierte Praktiken der Wissenschaft verstanden.

In einem sehr kursorischen Verfahren wird im Folgenden, ausgehend von einer Betrachtung wissenschaftlicher Praktiken, die Annahme diskutiert, dass es in der Praxis der Gesellschaftswissenschaften nicht gut bestellt ist um die Sollenserwartungen engagementbasierter Praktiken. Die Stimme der Gesellschaftswissenschaften ist nur graduell und nur sehr piepsig zu vernehmen in den wichtigen Debatten dieser aktuellen Zeitenwende, in der soziale Ordnung (oder derzeit vielleicht besser: Unordnung) nicht nur erklärt, sondern in ihrem normativen Gehalt auch verteidigt werden müsste. Dies ist kein politisches und schon gar kein parteipolitisches Postulat, sondern die schlichte Feststellung, dass es um die Bewahrung der Grund- und Menschenrechte geht.

Praxis und Praktiken der Gesellschaftswissenschaften

Soziale Praktiken stützen sich, so Reckwitz⁴ (2003) auf drei Grundannahmen: (1) eine implizite, informelle Logik der Praxis und dortselbst eine Verankerung des Sozialen im praktischen Wissen und Können; (2) eine Materialität sozialer Praktiken in ihrer Abhängigkeit von Körpern und Artefakten und (3) ein Spannungsfeld von Routiniertheit und systematisch begründbarer Unberechenbarkeit von Praktiken.

Eine Praxis der Gesellschaftswissenschaften setzt sich, grob gesprochen, zusammen aus persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten und aus dem forschenden und lehrenden Können und den Kognitionen (seltener den Emotionen) der Wissenschaftler_innen. In dieser Perspektive ist die Nähe sozialer Praktiken zwischen Kommunikations-

2 Selke, Stefan (2018): Gelehrsamkeit statt Betriebsamkeit. Öffentliche Hochschulen als Werkzeuge konvivialer Gesellschaften. In: Selke, Stefan / Treibel, Annette (Hrsg.): Öffentliche Gesellschaftswissenschaften, Öffentliche Wissenschaft und gesellschaftlicher Wandel. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 405–433.

3 Zillich, Arne Freya et al. (2016): Werte und Normen als Sollensvorstellungen in der Kommunikationswissenschaft. Ein Operationalisierungsvorschlag. In: Publizistik 61, S. 393–411. doi: 10.1007/s11616-016-0286-4.

4 Reckwitz, Andreas (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie, 32(4), S. 282–301.

wissenschaftler_innen und Soziolog_innen etwa erklärbar, da sie sich auf vergleichbare Theorien stützen und dieselben Methoden anwenden, beim Beobachten von Ereignissen, beim Erheben und Analysieren von Daten, Texten und Bildern. Die Materialität sozialer Praktiken wiederum ist kaum besser beschreibbar als durch das Publizieren und vor allem das Konferieren. Schreiben als soziale Praktik war einmal gebunden an Bücher (Artefakte), und die Veränderung hin zum digitalen Publizieren symbolisiert in geradezu prototypischer Weise den kulturellen Wandel vom Opus Magnum zum double blind peer-reviewed Artikel, der kaskadenförmig die Publikationslandschaft überschwemmt, bis er irgendwo auf diesen Stufen als kaum zitiertes Artefakt veröffentlicht wird (90 Prozent aller veröffentlichten Titel werden niemals zitiert, so Alfred Kieser einem Beitrag in der DUZ vom 23. Juni 2017 zufolge⁵).

Immerhin, durch die Körperlichkeit sozialer Praktiken lassen sich noch Effekte erzielen, denn ein „guter“ Vortrag besticht in erster Linie durch die Vortragsart, in Verbindung damit kommen die Inhalte zur Geltung. In diesem Zusammenhang hat die Powerpointisierung zur einer enormen Routinisierung geführt. Sie obsiegt über die Unberechenbarkeit, die doch gerade in der Gesellschaftswissenschaft systematisch so valide begründbar erscheint aufgrund des Anspruchs intersubjektiver Überprüfbarkeit. Dazu scheint Powerpoint ein ideales Mittel, die Software ist aber nichts weiter als der artefaktische Beweis für die Dominanz ökonomischer Entscheidungen über „Misslingen, Neuinterpretation und Konflikthaftigkeit des alltäglichen Vollzugs“⁶, die doch so zentral sind, um zu beschreiben und zu erklären, wie soziale und kommunikative Ordnung entsteht und wie Unordnung in das Soziale einbricht.

Die Beobachtung und Analyse sozialer Praktiken der Wissenschaft helfen in erster Linie dabei zu erkennen, wie Wissenschaftler_innen das tun, was sie tun. Die Frage, warum sie das tun was sie tun, zielt dagegen auf die Sinnfrage. Soziale Praktiken geben einen Sinn dahingehend, dass Menschen sich „auf etwas verstehen“, dass Wissenschaftler_innen sich „in diesem Sinne“ auf die professionellen Anforderungen ihres Berufes verstehen. Sie können der theoretischen Arbeit einen Sinn geben durch Zuschreibungen von Begriffen, Gesetzen und Prinzipien, sie können empirischen Befragungen einen Sinn geben hinsichtlich der Methodologie des Vorgehens.

Doch dieser Sinn liegt an der Oberfläche, er dient in erster Linie der technokratischen Legitimation wissenschaftlichen Arbeitens. Was augenscheinlich deutlich weniger verankert ist in den Handlungen von Gesellschaftswissenschaftler_innen sind Praktiken gesellschaftlichen Engagements. Derartige Praktiken werden normativ getragen, sie weisen über das Beobachten hinaus, sie fordern Wissenschaftler_innen dazu auf, mitzureden in den gesellschaftlichen Debatten, sie fordern dazu auf, sich einzumischen und sie fordern dazu auf, gesellschaftlich verantwortlich zu handeln.

Derartige Praktiken der Gesellschaftswissenschaften werden – anders als die objektivierbaren wie Publizieren und Konferieren – nicht von allen Mitgliedern der Wissenschaft geteilt werden. Objektivitätsgebote, Wissenschaftsfreiheit sowie spezifische Wissenschaftskulturen stehen übergreifender Einigkeit im Weg. Soziologie und Kommunikationswissenschaften thematisieren normativ geerdete Praktiken wie etwa Verantwortung von Wissenschaften und erkennen sie grundsätzlich an. Informatiker und KI-Forscher haben größere Bedenken, dies anzuerkennen, wie an Initiativen

5 Dannenberg, Pascale Anja: Auf der Suche nach der verlorenen Qualität. In: Deutsche Universitätszeitung 6/17. Online verfügbar unter <http://www.duz.de/duz-magazin/2017/06/auf-der-suche-nach-der-verlorenen-qualitaet/434> (28.11.2018).

6 Reckwitz, Andreas (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken, a.a.O., S. 294.

wie Tech for Good⁷ oder Ethics by Design⁸ erkennbar ist. Die normativ angeleiteten Praktiken sind aber für alle gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen von hohem Belang.

Praktiken engagementbasierter Gesellschaftswissenschaften

In früheren Zeiten war es vor allem die soziale Frage, die Teilhabe, Einmischung und Verantwortung der Gesellschaftswissenschaften herausforderte.⁹ Heute sind die Themen vielfältig, der gesellschaftliche Wandel komplexer und beschleunigter. Das ist an den Themen des Großen Konvents der Schader-Stiftung ablesbar.

Das Konventsthema 2016 war: „Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung?“. Das Thema wirkt hoch reflexiv und rekursiv auf die Gesellschaftswissenschaften zurück, denn Fragen nach der Selbstbestimmtheit bei Big Data, beim Umgang mit großen Daten und zur Dominanz von Reviews, Rankings und Ratings durchdringen alle gesellschaftlichen Felder. Sie münden in Probleme von Zweiklassengesellschaften (Verkehr, Bildung) und fortschreitender Ökonomisierung. So müssen sich die Gesellschaftswissenschaften selbst fragen, welche Regeln gelten in einem Wissenschaftssystem, in dem große Konzerne (Handelsketten wie Lidl) Hochschulstandorte „kaufen“ und mit Lehrstühlen ausstatten („Lidl lohnt sich“, so das Werbemotto des Discounters, dem der Präsident der Technischen Universität München als Empfänger der Lehrstühle sicher zustimmen wird).

2017 lautete das Konventsthema „Definiere Deutschland!“. Aufgezeigt und kontrovers diskutiert wurden die Widersprüchlichkeiten einer Migrationsgesellschaft, die vor die Herausforderungen von Verantwortung, Gemeinwohl und Zusammenhalt gestellt wird.

Die Großen Konvente verdeutlichen, dass Mitreden, Einmischen und verantwortlich Handeln nicht im Widerspruch zu den professionellen Praktiken der Wissenschaft stehen, sondern darüber hinausgehen. Die Konvente können jedoch nur ein Puzzleteil engagementbasierter Gesellschaftswissenschaften sein. Um zur sozialen Praktik zu werden, braucht engagierte Wissenschaft Dauerhaftigkeit. Zudem muss mit der Ansicht gebrochen werden, Gesellschaftswissenschaften handelten verantwortlich und gemeinwohlorientiert, weil sie forschen und lehren: Das ist Selbsttäuschung, denn: „Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung von Wissenschaft ließ keine Wahl: ‚Stören wollen‘.“¹⁰

Ein „Stören wollen“ bricht sich jedoch mit Wissenschaften, die sich eingerichtet haben im Wohlfühlbett der gut finanzierten Forschung, die sich den Gewissheiten von Frieden, Wachstum, Wohlstand und Fortschritt hingeben. Wenn Wissenschaft diesen Narrativen folgt und die wissenschaftliche Praxis daran ausrichtet, dann können sich engagementbasierte Praktiken nicht ausbilden. Anders als die professionellen Praktiken sind Internalisierung und Anwendung von handlungsleitenden Engagementpraktiken kaum ein Bestandteil wissenschaftlicher Ausbildung. Sozialethische Strukturbedingungen wie etwa Ethikkodices, wie sie von den Fachgesellschaften erstellt werden, finden keinen Eingang in die Studienpläne. Maßstäbe engagierten gesellschaftlichen

7 <https://18.re-publica.com/de/topics/tech-good>

8 Heesen, Jessica (Hrsg., 1990): Handbuch Medien- und Informationsethik. Stuttgart / Weimar: J.B. Metzler.

9 Clemens, Wolfgang (2001): Soziologie in der gesellschaftlichen Praxis: zur Anwendung soziologischen Wissens und Qualifizierung von Sozialwissenschaftlern. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 24(3), S. 213–234.

10 Heitmeyer, Wilhelm (2012): Störend einsickern. Gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft. Eine bilanzierende Fallgeschichte. In: Zuzicker, Kai / Hessler, Gudrun (Hrsg.): Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 236.

Handeln von Wissenschaftler_innen können so nicht in das Wissen und Handeln sedimentieren, da sie kein Bestandteil der sozial-kulturellen Praktiken sind. Es fehlen daher Ermutigungs- und Ermunterungsinstrumente wie die Schader-Stiftung für die Vermittlung und Internalisierung sozialer (wissenschaftlicher) Praktiken, die zum Mitreden und Einmischen animieren und auf diese Weise verantwortliches gesellschaftliches Handeln fördern.¹¹

Wenn Gesellschaftswissenschaften im Sinne von Burawoy¹² nicht nur professionell und anwendungsorientiert, sondern öffentlich und kritisch sein wollen, dann gehört zu diesen Wissenschaften nicht nur das Verständnis, sondern die Einübung und das Zulassen engagementbasierter Praktiken. Nur so können Aufklärung (die Haltung voraussetzt), Protest (der Engagement voraussetzt) und Einmischung (die Courage voraussetzt) entstehen und sich als Bestandteil der Wissenschaft durch das Handeln der Wissenschaftler_innen entwickeln und wirken.

Die Stimmen der Gesellschaftswissenschaften als Mitredner bei den aktuellen Debatten, der Aufschrei der Einmischer gegen Rassismus, den Ausverkauf der Grundwerte und die Etablierung der Lüge als Argument sollten nicht nur spotartig aufscheinen (wie beim Eichstätter Aufruf für Achtsamkeit, Respekt und Wahrhaftigkeit¹³), sondern sollten in den Nervenbahnen der Gesellschaftswissenschaften als soziale Praktiken verankert werden.

Womit ich beim Motto des Großen Konvents 2018 bin: „Mehr ... wagen. '68, '18 und die politisierte Gesellschaft“. Die Schader-Stiftung ist ein Ort für Dialoge der Gesellschaftswissenschaften, um mehr zu wagen. Dort wird sich das fortsetzen, was zu engagementbasierter Wissenschaft unbedingt dazu gehört: Praktiken des Sprechens und Zuhörens voller kritischem Engagement einzuüben. Die Stiftung stellt jene Öffentlichkeiten als fortlaufende Prozesse her, in denen sich die Mitglieder der Gesellschaft darüber verständigen, wie sie leben wollen.¹⁴ Mitreden, Einmischen und verantwortlich Handeln sind Formen des Miteinanders in der Stiftung – und hoffentlich künftig auch darüber hinaus.

Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, geboren 1956, ist Hochschullehrer am Studiengang Journalistik der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU). Er ist Co-Leiter des Zentrums für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft und leitet das Zentrum Flucht und Migration der KU. Er war an den Universitäten Münster, Hamburg und Ilmenau sowie als Gastprofessor an den Universitäten Salzburg und Zürich tätig. Von 2010 bis 2014 war er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Klaus-Dieter Altmeyen ist Sprecher des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung und vertritt diesen im Stiftungsrat. Er beschäftigt sich in der Forschung mit Verantwortungskommunikation, Medien- und Digitalethik, Öffentlichkeit und Medienökonomie und -management.

11 Altmeyen, Klaus-Dieter / Bracker, Isabel (2018): Nur Kommunikation macht Verantwortung sichtbar. Zur kommunikativen Grundlegung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen aus Perspektive der Kommunikationswissenschaft. In: Backhaus-Maul, Holger / Kunze, Martin / Nährlich, Stefan (Hrsg.): Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Deutschland. Ein Kompendium zur Erschließung eines sich entwickelnden Themenfeldes. Wiesbaden: Springer VS, S. 235–256.

12 Burawoy, Michael (2012): Öffentliche Soziologien: Widersprüche, Dilemmata und Möglichkeiten. In: Unzicker, Kai / Hessler, Gudrun (Hrsg.): Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 19–39.

13 <http://www.ku.de/zfm/eichstaetter-aufruf>

14 Klaus, Elisabeth (2017): Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess und das Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit. Rückblick und Ausblick. In: Klaus, Elisabeth / Drüeke, Ricarda (Hrsg.): Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Bielefeld: transcript Verlag, S. 22.

Literatur:

- Altmeppen, Klaus-Dieter (2005): Journalistenausbildung. In: Weischenberg, Siegfried/Kleinstüber, Hans J./Pörksen, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Journalismus und Medien. Konstanz: UVK, S. 142–148.
- Altmeppen, Klaus-Dieter/Bracker, Isabel (2018): Nur Kommunikation macht Verantwortung sichtbar. Zur kommunikativen Grundlegung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen aus Perspektive der Kommunikationswissenschaft. In: Backhaus-Maul, Holger/Kunze, Martin/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Deutschland. Ein Kompendium zur Erschließung eines sich entwickelnden Themenfeldes. Wiesbaden: Springer VS, S. 235–256.
- Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang (Hrsg., 1989): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Burawoy, Michael (2012): Öffentliche Soziologien: Widersprüche, Dilemmata und Möglichkeiten. In: Unzicker, Kai/Hessler, Gudrun (Hrsg.): Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 19–39.
- Clemens, Wolfgang (2001): Soziologie in der gesellschaftlichen Praxis: zur Anwendung soziologischen Wissens und Qualifizierung von Sozialwissenschaftlern. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 24(3), S. 213–234.
- Dannenberg, Pascale Anja: Auf der Suche nach der verlorenen Qualität. In: Deutsche Universitätszeitung 6/17. Online verfügbar unter <http://www.duz.de/duz-magazin/2017/06/auf-der-suche-nach-der-verlorenen-qualitaet/434> (28.11.2018).
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Störend einsickern. Gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft. Eine bilanzierende Fallgeschichte. In: Unzicker, Kai/Hessler, Gudrun (Hrsg.): Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 235–244.
- Heesen, Jessica (Hrsg., 2016): Handbuch Medien- und Informationsethik. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler.
- Klaus, Elisabeth (2017): Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess und das Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit. Rückblick und Ausblick. In: Klaus, Elisabeth/Drüeke, Ricarda (Hrsg.): Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Bielefeld: transcript Verlag, S. 17–38.
- Reckwitz, Andreas (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie, 32(4), S. 282–301.
- Selke, Stefan (2018): Gelehrsamkeit statt Betriebsamkeit. Öffentliche Hochschulen als Werkzeuge konvivialer Gesellschaften. In: Selke, Stefan/Treibel, Annette (Hrsg.): Öffentliche Gesellschaftswissenschaften, Öffentliche Wissenschaft und gesellschaftlicher Wandel. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 405–433.
- Weischenberg, Siegfried (Hrsg., 1990): Journalismus & Kompetenz. Qualifizierung und Rekrutierung für Medienberufe. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zillich, Arne Freya et al. (2016): Werte und Normen als Sollensvorstellungen in der Kommunikationswissenschaft. Ein Operationalisierungsvorschlag. In: Publizistik 61, S. 393–411. doi: 10.1007/s11616-016-0286-4.

Dimensionen verantwortlichen Handelns

Von verantwortungsvollen Wissenschaftlern und verantwortungsvollen Kaufleuten

„Mein Sohn, sey mit Lust bey den Geschäften am Tage, aber mache nur solche, dass wir bey Nacht ruhig schlafen können.“¹

Die Wahrnehmung von Verantwortung in der Forschung und im Unternehmensalltag erschöpft sich auf den ersten Blick in der Einhaltung von Gesetzen. Der gesetzestreue Bürger, sei er eine Kauffrau, ein Kaufmann, eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler, muss sich an die geltenden Gesetze halten (zum Beispiel an die EG Verordnung 428/2009 über die Ausfuhrkontrolle von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck). Dazu kommt die Verantwortung für die auf Basis des Rechtssystems vereinbarten Verträge.

Es ist bekannt, dass Deutschland nicht nur führend bei der Steuergesetzgebung ist, sondern auch eines der Länder mit den meisten juristischen Vorgaben. Dabei ist das deutsche Rechtssystem dem von Ländern wie Österreich, Schweiz oder auch Griechenland ähnlich. Andere Rechtssysteme basieren wie in England und den Vereinigten Staaten auf dem Common Law, das islamische Recht basiert auf der Scharia. Es wird deutlich, dass sich international die Verantwortung durch das Erfüllen der Rechtsvorschriften unterscheidet. Die Unterschiede liegen einerseits im juristisch regulierten Umfang (in Breite und Tiefe) und andererseits in der Art und Weise der juristisch definierten Inhalte (etwa im Umgang mit Gentechnik in der Forschung).

These 1: Das geltende Rechtssystem prägt das verantwortliche Handeln jedes Individuums. Sie unterscheiden sich international deutlich.

Rechtliche Dynamik

Neue Gesetze beinhalten üblicherweise eine Gesetzesfolgenabschätzung. Dadurch sollen die politischen Ziele möglichst effizient und mit möglichst geringen Belastungen für alle Betroffenen erreicht werden. Entsprechend umfasst die Überprüfung unter demokratischer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auch Aspekte der Nachhaltigkeit in der Gesetzeswirkung. Damit wird deutlich, dass die Verantwortung zum Beispiel auch Fragen einer gerechten Verteilung, den Umgang mit negativen Wechselwirkungen des eigenen Handelns oder die Akzeptanz des eigenen Handelns innerhalb der Gesellschaft betreffen kann.

In den Impact Assessment Guidelines der Europäischen Kommission werden für neue Gesetze sowie für weitere grundsätzliche Beschlüsse der EU Prüfungen der Wirkung auf die Ökonomie, die Ökologie und Soziales einbezogen.²

Bezogen auf die ökologischen Auswirkungen sind folgende Bereiche einer Prüfung zu unterziehen: Klima, Verkehr und Energienutzung, Luftqualität, Artenvielfalt, Flora, Fauna und Landschaften, Wasserqualität und -ressourcen, Bodenqualität und -ressourcen, Landnutzung, erneuerbare und nicht erneuerbare Ressourcen, die ökologischen Folgen von Unternehmens- und Verbraucheraktivitäten, Produktion/Entstehung/

1 Mann, Thomas (1930): Buddenbrooks. Verfall einer Familie. Berlin: S. Fischer, S. 190.

2 Vgl. EU (2009): Leitlinien zur Folgenabschätzung. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/smart-regulation/impact/commission_guidelines/docs/iag_2009_de.pdf (27.09.2018).

Recycling von Abfällen, die Wahrscheinlichkeit oder das Ausmaß von Umweltrisiken, Tierschutz, weltweite ökologische Folgen.

Für die Abschätzung der *sozialen Wirkungen* von Beschlüssen werden folgende Bereiche analysiert: Beschäftigung und Arbeitsmärkte, Normen und Rechte hinsichtlich der Arbeitsplatzqualität, soziale Integration und Schutz bestimmter Gruppen, Geschlechtergleichstellung, Gleichbehandlung und Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung von Einzelpersonen, Privat- und Familienleben, personenbezogene Daten, Governance, Teilhabe, ordnungsgemäße Verwaltung, Zugang zu Gerichten, Medienethik, Öffentliche Gesundheit und Sicherheit, Kriminalität, Terrorismus und Sicherheit, Zugang zu Sozialschutz-, Gesundheits- und Bildungssystemen und Auswirkungen auf diese, Kultur, Soziale Folgen für Drittländer.

These 2: Die Dynamik der rechtlichen Entwicklung ist ein Spiegelbild anderer Kategorien, die ein verantwortungsvolles Handeln umfasst.

Die Wirkung beachten ... und die Nebenwirkungen

Jeder Mensch möchte möglichst gut leben. Dazu gehört auch, den eigenen Interessen nachzugehen, die Dinge zu tun, die einem liegen und möglichst erfüllend sind. Aus der Verantwortungs-Perspektive hat diese individuelle Sinn-Suche unmittelbare Auswirkungen. Die Wirkung des Handelns der Wissenschaftler oder Kaufleute auf ihrer Sinn-Suche kann positiv oder negativ, stark oder schwach für viele andere Menschen sein. Entsprechend zielt verantwortungsvolles Handeln auf eine positive Sinn-Stiftung für möglichst viele Menschen. Dies kann zum Beispiel in der Schaffung von Arbeitsplätzen, in der Entwicklung von Wohlstand oder in der Verbesserung der Gesundheitssituation der Menschheit liegen.

Das Handeln mit Bedacht auf die Wirkung lässt sich auch aus der Risikoperspektive betrachten: das Centre for the Study of Existential Risks in Cambridge³ befasst sich mit den Gefahren, die die Existenz der Menschheit bedrohen. Als solche zählen unter anderem Krankheitskeime und neue Technologien (wie synthetische Biologie, Geo-engineering oder künstliche Intelligenz). Der verantwortungsvolle Wissenschaftler sucht Wege, diese Gefahren zu reduzieren. Oder er verzichtet auf Forschung, die die Eintrittswahrscheinlichkeit oder den Schaden der Gefahren mehrt.

These 3: Ein verantwortungsvolles Handeln zielt auf Sinn-Stiftung der Ergebnisse beziehungsweise Wirkungen für möglichst viele andere Menschen.

Aber Verantwortung beschränkt sich nicht darauf, Gesetze einzuhalten und Wohlstand zu ermöglichen! Robert F. Kennedy sagte es vor über 50 Jahren so: „Even if we act to erase material poverty, there is another greater task, it is to confront the poverty of satisfaction ... that afflicts us all. Too much and for too long, we seemed to have surrendered personal excellence and community values in the mere accumulation of material things. Our Gross National Product, now, is over \$800 billion dollars a year, but that Gross National Product – if we judge the United States of America by that – that Gross National Product counts

- air pollution and cigarette advertising,
- and ambulances to clear our highways ...,
- ... special locks for our doors and the jails for the people who break them,
- ... the destruction of the redwood and the loss of our natural wonder ...,
- ... napalm and ... nuclear warheads and armored cars for the police to fight the riots,
- ... the television programs which glorify violence in order to sell toys to our children.

3 <https://www.cser.ac.uk>

Yet the gross national product does not allow for the health of our children, the quality of their education or the joy of their play. It does not include the beauty of our poetry or the strength of our marriages, the intelligence of our public debate or the integrity of our public officials. It measures neither our wit nor our courage, neither our wisdom nor our learning, neither our compassion nor our devotion to our country, it measures everything in short, except that which makes life worthwhile.“⁴

Und wie ist der Stand? Seit 1970 ist der Biodiversitätsindex weltweit um über 50% gesunken, die jährlichen Treibhausgasemissionen haben sich fast verdoppelt, über 48% der tropischen und subtropischen Wälder wurden abgeholzt – das alles bei einer verdoppelten Weltbevölkerung. Wir leben in einer Welt mit offenkundig suizidalen Merkmalen.⁵

Ein hoffnungsvolles Gegenbeispiel ist der „March for Science“, eine internationale Großdemonstration für den Wert von Forschung und Wissenschaft und gegen „Fake News“. Sie fand erstmals am 22. April 2017 in mehr als sechshundert Städten weltweit statt, zuletzt am 14. April 2018. Weitere gute Beispiele finden sich zum Beispiel in der Spiegel-Reihe „Früher war alles schlechter“.⁶ Also sollten wir nicht resignieren, sondern Verantwortung tragen!

Tugendhaftes Handeln

Jeder empfindet eine Vielzahl von Verpflichtungen, seien sie gesetzlicher Natur oder seien sie der Moral oder einem tugendhaften Handeln geschuldet. Wer entscheidet, was die richtigen Tugenden sind? Sollen ehrbare Kaufleute und ehrbare Wissenschaftler die Tugend der Bürger fördern? Oder sollen ehrbare Kaufleute beziehungsweise ehrbare Forscher dafür belohnt werden, wenn sie die „richtigen“ Tugenden erfüllen? Wie nah ist dann das chinesische „Sozialkredit“-System für die Belohnung des „besseren“ Bürgers?

Der Begriff des ehrbaren Kaufmanns wurde im Mittelalter geprägt, damals vor allem für selbständige Kaufleute. Immer noch aktuell ist der Begriff, unter anderem weil jede Industrie- und Handelskammer durch den Gesetzgeber aufgerufen ist, für Anstand und Sitte des „ehrbaren Kaufmanns“ zu wirken (§ 1 Abs. 1 IHKG). Dabei ist der Begriff im IHK-Gesetz nicht weiter definiert und entfaltet bislang auch keine Rügemöglichkeit. Gemäß der Definition des Zusammenschlusses „Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e.V.“ (VEEK)⁷ handeln ehrbare Kaufleute nach folgendem Leitbild:

- Der Ehrbare Kaufmann ist weltoffen und freiheitlich orientiert.
- Der Ehrbare Kaufmann steht zu seinem Wort, sein Handschlag gilt.
- Der Ehrbare Kaufmann entwickelt kaufmännisches Urteilsvermögen.
- Der Ehrbare Kaufmann ist Vorbild in seinem Handeln.
- Der Ehrbare Kaufmann schafft in seinem Unternehmen die Voraussetzungen für ehrbares Handeln.
- Der Ehrbare Kaufmann legt sein unternehmerisches Wirken langfristig und nachhaltig an.
- Der Ehrbare Kaufmann hält sich an das Prinzip von Treu und Glauben.

4 Kennedy, Robert F. (1968): Remarks at the University of Kansas. Online verfügbar unter https://en.m.wikisource.org/wiki/Remarks_at_the_University_of_Kansas (27.09.2018).

5 Howes, Michael (2017): After 25 Years of Trying, Why Aren't We Environmentally Sustainable Yet? Online verfügbar unter [The Conversation, https://theconversation.com/after-25-years-of-trying-why-arent-we-environmentally-sustainable-yet-73911](https://theconversation.com/after-25-years-of-trying-why-arent-we-environmentally-sustainable-yet-73911) (27.09.2018).

6 http://www.spiegel.de/thema/frueher_war_alles_schlechter

7 Vgl. www.veek-hamburg.de

- Der Ehrbare Kaufmann erkennt und übernimmt Verantwortung für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.
- Der Ehrbare Kaufmann tritt auch im internationalen Geschäft für seine Werte ein.

Neben dem Bekenntnis zur Einhaltung der Gesetze umfasst die Aufzählung verschiedene Tugenden wie Toleranz, Ehrlichkeit, Ernsthaftigkeit, Höflichkeit, Wertschätzung, Klugheit, Nichtdiskriminierung, Verbindlichkeit, Verlässlichkeit oder vorbildhaftes Verhalten. Sicherlich sollten diese Tugenden auch die Grundlage für die meisten verantwortungsvoll handelnden Kaufleute und Wissenschaftler sein. Bei ehrbaren Wissenschaftlern kommen sicherlich weitere Tugenden hinzu, wie Unabhängigkeit im Handeln, Rigidität in den Methoden, Nachvollziehbarkeit des Vorgehens, Vermeidung von Plagiaten, ethischer Umgang mit Forschungsobjekten und Forschungssubjekten oder Transparenz bei der Verwendung von öffentlichen wie auch von Drittmitteln.

Gleichwohl verändert sich der Begriff des ehrbaren Kaufmanns beziehungsweise des ehrbaren Wissenschaftlers. Weitere Prägungen erhält der Begriff durch Konzepte wie Corporate Governance, Compliance, Corporate Social Responsibility oder Fairness. Der Trend der Individualisierung prägt auch hier, dass jeder und jede Einzelne definiert, was die individuell wichtigen Tugenden, Werte und Vorlieben sind. Umso wichtiger für die Zukunft sind hier die Prägung der jungen Generation durch Familie, Schule und Gesellschaft. Gerade den Schulen kommt immer mehr die Aufgabe zu, vorzuleben, wie man Verantwortung übernimmt – angefangen von Toleranz und gegenseitigem Respekt über das Lösen von Problemen, das Erlernen der Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung (Bildung für nachhaltige Entwicklung) bis hin zur Motivation, unternehmerisch tätig zu werden. Die individuell priorisierten Werte prägen deutlich, wie verantwortungsvoll jeder und jede Einzelne handelt.

These 4: Verantwortungsvolles Handeln ist eng mit ehrbarem oder tugendhaftem Handeln verbunden. Die individuellen Werte prägen die jeweilige Ausprägung, daher hat die künftige Werte-Bildung eine hohe Bedeutung.

These 5: Das eigene Handeln orientiert sich an den individuell für wichtig erachteten Werten. Je nach persönlicher Entwicklung und Priorisierung fällt es mehr oder weniger verantwortungsvoll aus.

Loyalität und Solidarität

Das christliche Gebot der Nächstenliebe, die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, die Absicherung durch Sozialsysteme aufbauend auf der mittelalterlichen Allmende und die entsprechend erlebte Sozialisierung prägen das Grundinteresse am Wohlergehen der Anderen. Naturgemäß ist das Grundinteresse stärker ausgeprägt, je näher die Mitmenschen sind (Familie, Freunde, Bekannte, Mitmenschen in der Region). Neben der Verantwortung für Familie und Freunde umfasst das verantwortungsvolle Handeln von Wissenschaftlern und Kaufleuten auch die Loyalität und Solidarität gegenüber Personen und Dingen im beruflichen und erweiterten privaten Umfeld. Dazu gehören gegenseitiger Respekt, der regelmäßige Austausch und das direkte oder indirekte Unterstützen.

These 6: Verantwortungsvolles Handeln umfasst auch ein Grundinteresse am Wohlergehen der Mitmenschen. Dabei ist die gefühlte Solidarität stärker, je näher einem die Menschen sind.

„Sozialer Klebstoff“

Dazu kommt die Erkenntnis jedes Einzelnen, sich als Mitglied einer Gesellschaft mit Traditionen, einer Geschichte und bestimmten moralischen Werten zu verstehen. Die Loyalität zu der Gemeinschaft wächst zum Beispiel durch die Qualität der genossenen

staatlich organisierten Ausbildung oder durch das persönliche genutzte Angebot an Infrastruktur und Leistungen der Daseinsvorsorge. Dazu kommt die moralische Verantwortung für die Gemeinschaft auf kommunaler Ebene, im Bundesland, im Staat, in Europa und in der Welt. Jeder und jede Einzelne hat eine Verantwortung für die positive Entwicklung der Gemeinschaft und der gemeinsamen Werte. Jeder kann einen Beitrag für den „sozialen Klebstoff“ der Gemeinschaft leisten.

Einen empirischen Beleg für die Bedeutung des „sozialen Klebstoffes“, also das Teilen von gemeinsamen Werten wie etwa Vertrauen, der Einstellung zu Arbeit, Demokratie, Marktwirtschaft und der Rolle der Geschlechter, liefert der Beitrag „Value Diversity and Regional Economic Development“. Dieser zeigt empirisch auf, dass gemeinsame Werte neben der positiven sozialen Wirkung auch die Wirtschaftsleistung (das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt) fördern.⁸

These 7: Durch die soziale Prägung des Einzelnen durch die Gemeinschaft hat jeder und jede Einzelne auch die Verantwortung für die positive Entwicklung der Gemeinschaft, insbesondere den Zusammenhalt.

Das geht deutlich weiter als die rechtliche Pflicht, anderen kein Unrecht zu tun. Es handelt sich um das allgemeine Interesse, den „sozialen Klebstoff“, das heißt den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern. Jeder und jede Einzelne kann einen Beitrag für die kollektive Verantwortung leisten. Neben dem eigenen Handeln geht es vor allem auch darum, die gemeinsame Diskussion über die künftige Gestaltung des Zusammenhalts zu ermöglichen und mit Beiträgen zu unterstützen. Genau darin liegt eine der Stärken der Schader-Stiftung und ihres Stifters, Alois M. Schader. Die Schader-Stiftung ermöglicht den gemeinsamen Diskurs in der Zivilgesellschaft darüber, wie wir künftig gemeinsam leben wollen. Diesen Beitrag können wir in Darmstadt nicht genug wertschätzen. Dem Stifter gebührt dafür großer Dank!

Das Kümmern um den gegenseitigen Zusammenhalt, das gemeinsame Streben für den Gemeinschaftssinn, für Orte des Austauschs im öffentlichen Raum, gegen Spaltungstendenzen in der Gesellschaft, gegen die Entsolidarisierung und gegen eine übertriebene Individualisierung – das ist ein weiterer wichtiger Kern der Verantwortung von Kaufleuten und Wissenschaftlern. Dieser Diskurs und dieses Handeln umfasst auch Stolz und kritische Reflexion auf die gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Werte oder eben das Ermöglichen der Teilnahme Vieler an Gemeinschaft stiftenden Erlebnissen.

„There are few earthly things more beautiful than a university.“⁹ Aber: „... partly missing practical usability of management research.“¹⁰

In der Wissenschaft bedeutet das insbesondere die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte im Sinne einer transformativen Forschung.¹¹ Dies umfasst neben einem Selbstverständnis der gesellschaftlichen Einbettung der Wissenschaft auch eine hohe Anwendungsorientierung von Forschung und Lehre. Neben diesem Handeln nach der Vision einer Third Mission (Transfer in die Gesellschaft, neben Forschung

8 Beugelsdijk, Sjoerd / Klasing, Mariko / Milionis, Petros (2017): Value Diversity and Regional Economic Development. In: The Scandinavian Journal of Economics.

9 Masefield, John (1946): Rede an der Universität von Sheffield. Online verfügbar unter The University of Sheffield, https://www.sheffield.ac.uk/polopoly_fs/1.169730!/file/Legacy_Brochure.pdf (27.09.2018).

10 Wolf, Joachim / Rosenberg, Timo (2012): How Individual Scholars Can Reduce the Rigor-Relevance Gap in Management Research. In: Business Research, November 2012, S. 178–196.

11 Vgl. Schneidewind, Uwe / Singer-Brodowski, Mandy (2014): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. 2. Auflage. Marburg: Metropolis. Sowie Munasinghe, Mohan (2009): Sustainable Development in Practice. Sustainomics Methodology and Applications. Cambridge: University Press.



Abb. 1 Ausgewählte Public Values nach Ahrend (2014)

und Lehre) ist eine intensive Interaktion mit Wirtschaft und Bürgerschaft notwendig. Beispiele für eine engere Zusammenarbeit sind praxisnahe Bachelor-/Masterarbeiten, gemeinsame Projekte, Einbezug von praxisnahen Lehrbeauftragten, Cross-Mentoringprogramme, Mitwirkung bei Bürgerdialogen, Benennung von Wissenschaftlern für Beiräte und Aufsichtsräte und Rückkopplung der Wissenschaft durch Benennung von Praktikern in universitäre Gremien, wie z.B. in Hochschulräte). Für die Wirtschaft bedeutet das die Orientierung des Handelns an Public Values – wodurch kann das unternehmerische Handeln direkt oder über das eigentliche Handeln hinaus Beiträge für das Gemeinwohl leisten?¹² Beispiele für Public Values zeigt Abbildung 1.

Die HEAG-Gruppe leistet wichtige Beiträge für den Public Value, in dem sie die Infrastruktur bereitstellt, die gemeinsam genutzt wird, öffentliche Einrichtungen unterstützt, die zum gemeinsamen Austausch dienen und Leistungen der Daseinsvorsorge erbringt, die der Großteil der Bürgerinnen und Bürger nutzt. Ein neues Angebot, das seit 2017 erbracht wird, ist das HEAG Vereinscoaching. Dabei werden Vereine im bilateralen Gespräch mit der Vereinsführung oder durch gemeinsame Veranstaltungen zu Sachthemen unterstützt. Dies umfasst Themen der kaufmännischen Führung, Konzepte für Mitgliedergewinnung und -bindung, Ansätze für die Öffentlichkeitsarbeit, allgemeine Führungsfragen oder auch Themen für die Ausgestaltung der künftigen Vereinsstrategie.

Verantwortung für die natürliche Umwelt

Die freiwilligen Verpflichtungen des Einzelnen gehen aber über die soziale, die menschliche Gemeinschaft hinaus. Sie umfassen auch die Verantwortung für die natürliche Umwelt, für die Flora und Fauna, anders formuliert für die Schöpfung. Auch mit Bezug zu der sozialen Gemeinschaft, aber vor allem mit Bezug auf die natürliche Umwelt haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 entwickelt.¹³ Sie umfasst sieb-

¹² Vgl. z.B. Ahrend, Klaus-Michael (2014): Corporate Governance in der Energiewirtschaft – zwischen Unternehmenswert und Public Value. In: Energiewirtschaftliche Diskussionsbeiträge 2-2014, S. 1–85. Online verfügbar unter Hochschule Darmstadt, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/106508/1/Ahrend%20Corporate%20Governance%20in%20der%20Energiewirtschaft%2030.10.2014.pdf> (27.09.2018).

¹³ United Nations (2015): Transforming Our World: the 2030 Agenda for Sustainable Development. Online verfügbar unter <https://undocs.org/A/69/L.85> (27.09.2018).



Abb. 2 Sustainable Development Goals 2030 der UN Agenda.

Quelle: <https://www.unric.org/de/wirtschaftliche-und-soziale-entwicklung/27848> (03.12.2018).

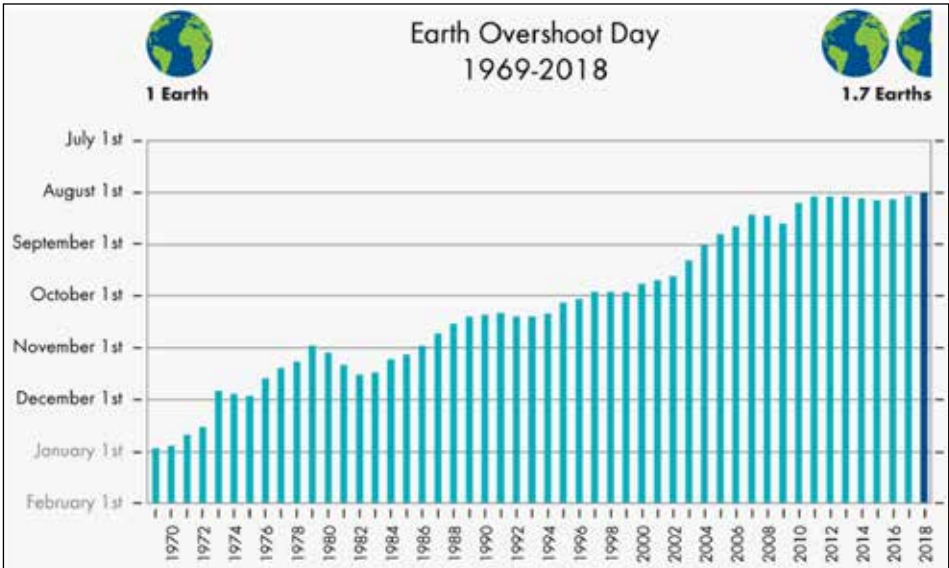


Abb. 3 Voranschreitende Ressourcenübernutzung.

Quelle: <https://www.overshootday.org/newsroom/past-earth-overshoot-days> (12/2018).

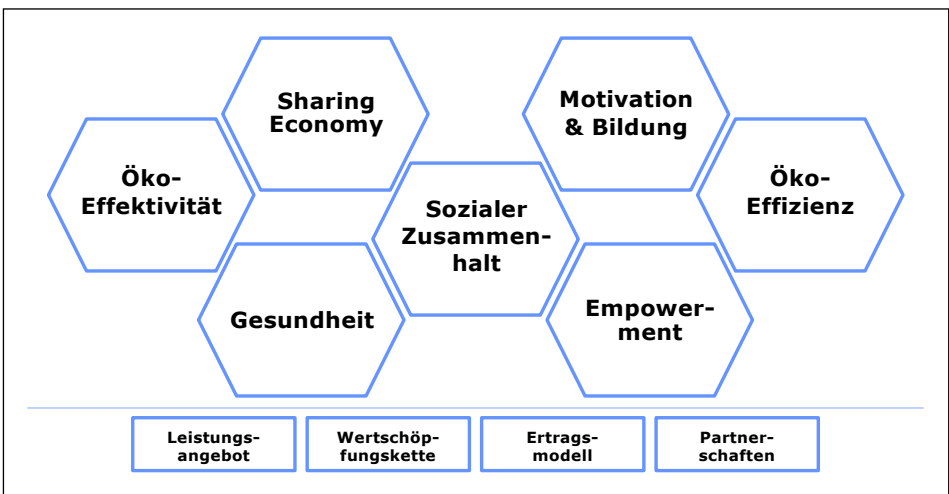


Abb. 4 Typologie nachhaltiger Geschäftsmodelle nach Ahrend. Quelle: Ahrend, Klaus-Michael (2016): Geschäftsmodell Nachhaltigkeit – Ökologische und soziale Innovationen als unternehmerische Chance. Heidelberg: Springer, S. 85.

zehn Nachhaltigkeitsentwicklungsziele (die Sustainable Development Goals) und 169 Unterziele. In der Präambel heißt es unter anderem:

„Die Agenda 2030 verpflichtet uns, den Planeten zu schützen, damit auch künftige Generationen ein gutes Leben in einer intakten Umwelt führen können. Dazu zählen die nachhaltige Nutzung von Meeren und Ozeanen, der Erhalt von Ökosystemen und Biodiversität, die Bekämpfung des Klimawandels sowie ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen.“

Wie notwendig ein verantwortungsvolleres Handeln aller Wissenschaftler und Kaufleute ist, zeigt der sogenannte Überschreitungstag, der Tag, an dem die Welt beginnt, Ressourcen zu konsumieren, die im Laufe des Jahres nicht mehr aufgefüllt werden können. Die nachfolgende Abbildung zeigt, dass sich der Überschreitungstag im Kalender nach vorne bewegt.

Nachhaltigkeitsziele zugunsten der natürlichen Umwelt sind unterschiedlich leicht zu realisieren. Unternehmen und Wissenschaftler, die direkt mit Umweltwirkungen zu tun haben, können eher unmittelbar dafür Verantwortung übernehmen als andere. Gleichwohl kann indirekt oder in Randbereichen direkt jeder und jede Einzelne einen Beitrag leisten. Zum Beispiel durch die Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes (entweder als Unternehmen oder als wissenschaftliche Institution) oder durch die Mitwirkung an Netzwerken, die sich am Ziel der Nachhaltigkeit orientieren, zum Beispiel das Unternehmensnetzwerk B.A.U.M. e.V.¹⁴ Empfehlenswert aus der Sicht von Kaufleuten ist die Entwicklung und Anwendung von nachhaltigen Geschäftsmodellen, seien sie effektiv, effizient oder suffizient. Nachfolgende Abbildung gibt einen Überblick über die Typologie nachhaltiger Geschäftsmodelle nach Ahrend (2016).

Wissenschaftler können sich hochschulübergreifend dem Thema Nachhaltigkeit widmen. Ein Beispiel ist die „Initiative Nachhaltige Entwicklung (i:ne)“ der Hochschule Darmstadt¹⁵, aus der das Forschungs- und Umsetzungsprojekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung – Transfer als Lernprozess in der Region (s:ne)“¹⁶ hervorging, an dem auch die Schader-Stiftung substantiell beteiligt ist. Das Projekt fokussiert Nachhaltige Entwicklung, indem es auch regionale Akteure unterstützt, gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen.

These 8: Neben dem Bewusstsein der Wirkungen des eigenen Handelns für die natürliche Umwelt gehört zu einem verantwortungsvollen Handeln auch das Streben nach einer Minimierung von negativen Wirkungen und Risiken für das Ökosystem.

Fazit

Das verantwortungsvolle Handeln von Kaufleuten und Wissenschaftlern umfasst mindestens fünf Kategorien: (1) die Achtung vor der Freiheit jedes Einzelnen (durch Gesetze und Verträge), (2) die Erbringung von möglichst positiven Wirkungen für viele andere Menschen (wie Arbeitsplätze und Wohlstand), (3) das Handeln nach eigenen Werten und Tugenden, (4) das freiwillige positive Wirken für die Gemeinschaft und deren Zusammenhalt sowie (5) das Streben nach einer Minimierung negativer Wirkungen für die natürliche Umwelt.

¹⁴ Vgl. <https://www.baumev.de>

¹⁵ <https://ine.h-da.de>

¹⁶ <https://sne.h-da.de>

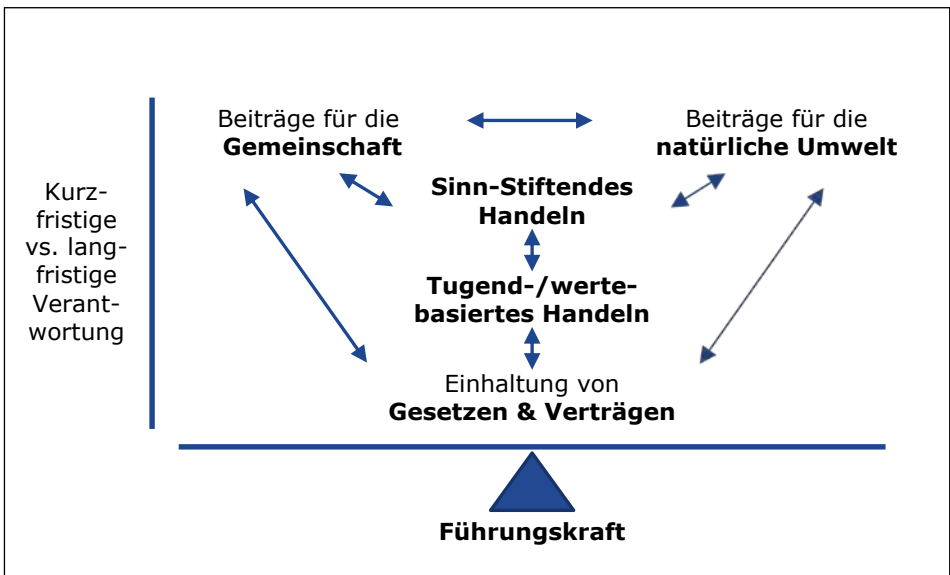


Abb. 5 Kategorien für verantwortliches Handeln von Kaufleuten und Wissenschaftlern
Quelle: Eigene Darstellung.

Dabei erfolgt das verantwortungsvolle Handeln kurzfristig und langfristig. Neben rationalen Unterschieden zwischen den beiden Denk- und Handlungsweisen spielen ebenso emotionale, psychologische und kulturelle Faktoren eine Rolle.¹⁷ Trotz des typisch menschlichen Wunsches, die Komplexität der Dinge zu vereinfachen, verbleibt ein komplexes System des verantwortungsvollen Handelns von Wissenschaftlern und Kaufleuten.

Da sich die Gesellschaften verändern, ändern sich auch die allgemein in einer Gesellschaft akzeptierten Tugenden. Wissenschaftler und Kaufleute sind auch Treiber dieser Dynamik. Sie entwickeln die Gesellschaften (neben Politikern, den Bürgern und anderen) weiter. Sie definieren das Verständnis für eine gute Lebensführung, sie definieren den Rahmen mit, was verantwortungsvolles Handeln bedeutet.

Prof. Dr. Klaus-Michael Ahrend, geboren 1971, ist seit 2008 Vorstandsvorsitzender der HEAG Holding AG. Einer seiner aktuellen Arbeitsschwerpunkte ist die Digitalisierung der Darmstädter Stadtwirtschaft. Seit 2005 ist er Lehrbeauftragter für Unternehmensstrategien und Corporate Governance und seit 2015 Honorarprofessor am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Darmstadt (h_da). Er studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen, der Wirtschaftsuniversität Wien sowie der London School of Economics and Political Science und promovierte 2001 an der Universität Trier.

17 Vgl. dazu Kahnemann, Daniel (2012): Schnelles Denken, langsames Denken. München: Siedler.

30 Schader Stiftung
1988–2018

- 10:00 Uhr **Ankommen**
- 10:30 Uhr **Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis**
Einführung in das Symposium durch:
Alexander Gemeinhardt
 Geschäftsführender Vorstand
Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger Ph.D.
 Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin
 für Sozialforschung gGmbH
 Sprecherin des Senats
Prof. Dr. Klaus-D. Altmeyen
 Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
 Sprecher des Kleinen Konvents
- 11:00 Uhr **Impuls und Debatte: Öffentliche Wissenschaft**
Moderation: Dr. Christof Eichert
 Mitglied des Vorstands
Impulse:
Prof. Dr. Stefan Selke
 Hochschule Furtwangen
 Mitglied des Kleinen Konvents
Daniela Kobelt Neuhaus
 Vorstand der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie, Bensheim
 Stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbands Deutscher Stiftungen
Roman Schmitz
 Kurator der Kammerspiele des Staatstheaters Darmstadt
- 11:50 Uhr **Aussprache**
- 12:30 Uhr **Mittagessen im Garten von Haus Schader**
- 14:00 Uhr **Vertiefung: Akademische Ausbildung für die Praxis**
Moderation: Prof. Dr. Ursula Münch
 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing
 Mitglied des Kleinen Konvents
Impulse:
Prof. Dr. Dr. h.c. Angelika Nußberger
 Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für
 Menschenrechte, Straßburg
 Mitglied des Senats
Dr. Anne Schreiter
 Geschäftsführerin der German Scholars Organization e.V., Berlin

- 15:00 Uhr **Vertiefung: Verantwortliche Forschung und Praxis**
Moderation: Karin Wolff MdL
Staatsministerin a.D.
stellvertretende Vorsitzende der Stiftungsratsleitung
Impulse:
Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Mitglied des Senats
Prof. Dr. Klaus-D. Altmeyen
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Sprecher des Kleinen Konvents
- 16:00 Uhr **Resumee durch Teilnehmende der nächsten akademischen Generation im Plenum**
Tabea Freutel
Doktorandin des Kooperativen DFG-Graduiertenkollegs
„Doing Transitions“ der Goethe-Universität Frankfurt am Main
und der Eberhard Karls Universität Tübingen
Marilena Geugjes
Doktorandin am Institut für Politische Wissenschaft der
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- 16:15 Uhr **Schlussworte**
Dr. Rudolf Kriszeleit
Staatssekretär a.D.
Vorsitzender der Stiftungsratsleitung
Alois M. Schader
Stifter
- 16:30 Uhr **Ende des Symposiums**
- 18:00 Uhr **Sommerfest auf Einladung des Stifters im Ristorante L'Orangerie**
Die Einladung an die zum Symposium angemeldeten Teilnehmenden erfolgte persönlich durch Herrn Schader.

30 Jahre Schader-Stiftung

Das Symposium „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ greift anlässlich des 90. Geburtstags des Stifters im 30. Jahr der Schader-Stiftung ein Desiderat auf und führt es im Gespräch zwischen ausgewiesenen Expertinnen und Experten im Horizont der Stiftung aus.

Die Schader-Stiftung widmet sich seit 1988 dem Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Diese Begriffe haben in den dreißig Jahren eine gewisse Wandlung erlebt und bedürfen fortlaufend der Fassung im Kontext des Stiftungszwecks. Das Symposium „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ am 16. Juli 2018 und dessen hiermit vorliegende Dokumentation und Weiterführung streben nicht nach Harmonisierung, Festsetzung, verbindlicher In- oder Exklusion. Wohl aber sollen Blicke auf und aus Praxis auf die Aufgaben und Herausforderungen der Schader-Stiftung fokussiert werden.

Die Autorinnen und Autoren sind der Stiftung verbunden, als Mitglieder der Organe und Gremien, als Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner oder Mitwirkende. Ihre Beiträge gewähren im kontinuierlichen und in die Zukunft gerichteten Prozess der Schader-Stiftung zum dreißigjährigen Bestehen eine Momentaufnahme der „Praxis der Gesellschaftswissenschaften“.

Weitere Informationen finden Sie unter
www.schader-stiftung.de/praxisdergesellschaftswissenschaften

ISBN 978-3-932736-49-0